

Quartierspezifische Potentiale der Integration (QUARTPOINT): Drei Fallstudien zu lokalen Potentialen und Prozessen der Integration im Kontext der Fluchtzuwanderung

Nuissl, Henning; Engel, Susen; Noack, Michael; Rasper, Julia; Weingarten, Jörg; Wohler, Jale; Deuter, Marie-Sophie; Mantel, Anna; Baumgärtner, Alice

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nuissl, H., Engel, S., Noack, M., Rasper, J., Weingarten, J., Wohler, J., ... Baumgärtner, A. (2018). *Quartierspezifische Potentiale der Integration (QUARTPOINT): Drei Fallstudien zu lokalen Potentialen und Prozessen der Integration im Kontext der Fluchtzuwanderung*. (FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung, 8). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67360-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



FGW-Studie

Integrierende Stadtentwicklung 08

Heike Herrmann, Jan Üblacker (Hrsg.)



Henning Nuissl, Susen Engel, Michael Noack, Julia Rasper, Jörg Weingarten,
Jale Wohler, Marie-Sophie Deuter, Anna Mantel, Alice Baumgärtner

Quartierspezifische Potentiale der Integration (QUARTPOINT)

Drei Fallstudien zu lokalen Potentialen und Prozessen der Integration
im Kontext der Fluchtzuwanderung



Forschungsinstitut
für gesellschaftliche
Weiterentwicklung

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.)
Kronenstraße 62
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080
E-Mail: info@fgw-nrw.de
www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand

Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

Themenbereich

Integrierende Stadtentwicklung
Prof. Dr. Heike Herrmann, Vorstandsmitglied
Dr. Jan Üblacker, wissenschaftlicher Referent

Layout

Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ISSN

2512-4749

Erscheinungsdatum

Düsseldorf, Mai 2019

Henning Nuissl, Susen Engel, Michael Noack, Julia Rasper,
Jörg Weingarten, Jale Wohlert, Marie-Sophie Deuter, Anna Mantel, Alice
Baumgärtner

Quartierspezifische Potentiale der Integration (QUARTPOINT)

Drei Fallstudien zu lokalen Potentialen und Prozessen der In-
tegration im Kontext der Fluchtzuwanderung

Auf einen Blick

- Vielerorts bestehen auf der kleinräumigen Ebene von Quartieren grundsätzlich große Integrationspotentiale. Die Art und Weise des Zusammenlebens im Quartier und das dort vorfindliche zivilgesellschaftliche Engagement spielen dabei eine zentrale Rolle.
- Integrationspotentiale der kommunalen Politik und der lokalen Ökonomie ergeben sich eher auf gesamtstädtischer oder regionaler Ebene.
- Das Integrationspotential der Zivilgesellschaft kann sich nur dann voll entfalten, wenn es kommunalpolitisch unterstützt wird.
- Die jeweils spezifischen lokalen Debatten zu Integrationsfragen, aber auch am Ort vorhandene institutionelle Strukturen sowie Vorerfahrungen mit Integrations- und Zuwanderungsprozessen haben einen nachhaltigen Einfluss auf die Dynamik der Integration im Quartier sowie auf die Ausgestaltung kommunaler Integrationspolitiken.
- Auf kommunaler Ebene bestehen Spielräume und Ansatzpunkte, um eine integrierende Stadtentwicklung voranzutreiben. Neben der sichtbaren Etablierung kommunaler Integrationspolitiken kommt dabei der Weiterentwicklung der Willkommenskultur zu einer Kultur der Anerkennung, dem strategischen Umgang mit Unsicherheiten sowie dem Bemühen um eine im umfassenden Sinne verstandene soziale Kohäsion zentrale Bedeutung zu.
- Integrierende Stadtentwicklung muss auf allen räumlichen Ebenen ‚stattfinden‘ – eine ausschließliche Verengung des Fokus auf die Ebene der Kommune oder des Quartiers ist nicht sinnvoll.

Abstract

Quartierspezifische Potentiale der Integration

Vor dem Hintergrund der fluchtbedingten Zuwanderung der letzten Jahre fragt die vorliegende Studie nach den auf kommunaler Ebene vorhandenen Integrationspotentialen. Sie basiert auf drei empirischen Fallstudien. Mit Essen-Altenessen/Karnap, Essen-Hörsterfeld und Altena wurden drei Quartiere in Nordrhein-Westfalen beispielhaft untersucht, die, wenn auch auf unterschiedliche Weise, vor besonderen Herausforderungen stehen. Die Fallstudien belegen, dass es zur Entfaltung des – in allen drei Fällen nachgewiesenen – zivilgesellschaftlichen Integrationspotentials einer Flankierung durch proaktive kommunale Integrationspolitiken bedarf. Dabei konnten vier Eckpfeiler einer ‚integrierenden Stadtentwicklung‘ identifiziert werden: erstens die Etablierung des Aufgabenfeldes Integration als kommunales Politikfeld, zweitens die Überführung der vielfach vorhandenen Willkommenskultur in eine Kultur der Anerkennung (von Diversität), drittens die Entwicklung von Strategien zum Umgang mit Unsicherheit und viertens das stete Bemühen um eine im umfassenden Sinne verstandene soziale Kohäsion unter Einbeziehung aller an einem Ort lebenden Menschen.

The potential of urban neighbourhoods to foster social integration

The study at hand discusses potentials for social integration at the local level against the background of recent immigration of refugees to Germany. It is based on three empirical case studies: Essen-Altenessen/Karnap, Essen-Hörsterfeld and Altena are three urban neighbourhoods in the federal state of North Rhine-Westphalia that are confronted with particular, yet different challenges. The case studies show that civil society can fully unfold its – well documented – potential for social integration only if supported by proactive local integration policies. Four pillars of an integrative urban development have been identified: firstly, purposeful pursuit of local integration policies, secondly, transformation of a culture of welcoming to a culture of recognition and appreciation (of diversity), thirdly, strategic consideration of issues of uncertainty in local policies, and, fourthly, constant efforts to foster all-encompassing social cohesion.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	vi
Tabellenverzeichnis	vi
Abkürzungsverzeichnis	vii
1 Fluchtmigration und (Des-)Integrationsprozesse in herausgeforderten Quartieren	1
1.1 Anlass der Forschung.....	1
1.2 Fallstudien und Fragestellungen	3
1.3 Forschungsstand.....	4
1.4 Zum Integrationsbegriff.....	7
2 Kommunale Integrationspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Nordrhein-Westfalen	11
2.1 Die Rolle der Kommunen im Mehrebenensystem der Flüchtlingsaufnahme und -integration	11
2.2 Lokale Integrationspotentiale im Kontext von Fluchtmigration	13
3 Methodisches Vorgehen und Fallstudienauswahl	18
3.1 Der Forschungsansatz.....	18
3.2 Die Fallstudienquartiere im Spiegel statistischer Kennzahlen	19
3.3 Das Methodensetting	21
4 Zuwanderung und Integration im Spiegel überregionaler Printmedien	26
4.1 Schwerpunkte der medialen Debatten zu Migration, Flucht und Integration	26
4.1.1 Migrations- und Integrationspolitik	27
4.1.2 Arbeit und Bildung als Katalysatoren der Integration.....	30
4.1.3 Migration und Zuwanderung als Chance – die utilitaristische Perspektive.....	33
4.1.4 ‚Integration findet vor Ort statt‘ – Potentiale und Überforderungstendenzen bei den lokalen Akteur_innen.....	34
4.2 Diskursive Tiefenstrukturen im Feld von Migration und Integration.....	40
5 Die Fallstudien: Quartiersportraits	42
5.1 Die segregierte Großstadt Essen im Kontext der Fluchtmigration.....	42
5.1.1 Rahmeninformationen zur Stadt Essen	42
5.1.2 Fallprofil Altenessen & Karnap.....	49
5.1.3 Fallprofil Hörsterfeld	53

5.2	Die schrumpfende Kleinstadt Altena im Märkischen Kreise im Kontext der Fluchtmigration – Fallprofil Altena.....	57
5.3	Integrationspotentiale der Fallstudienquartiere im Spiegel lokaler Printmedien	64
6	Integrationspotentiale kommunaler Politik und Verwaltung	70
6.1	Migrations- und Integrationspolitik in Essen.....	70
6.2	Migrations- und Integrationspolitik in Altena	72
6.3	Quartierspolitik im Kontext von Fluchtmigration.....	73
6.4	Lokale Integrationsdiskurse – Parallelen und Unterschiede	80
7	Integrationspotentiale der lokalen Ökonomie	85
7.1	Die lokale Ökonomie in den Fallstudienquartieren.....	85
7.2	Die Bedeutung von Erwerbstätigkeit für die Integration	87
7.3	Die potentielle Bedeutung Geflüchteter für die lokale Ökonomie	87
7.4	Aktuelle Herausforderungen der Arbeitsmarktmigration	90
7.5	Das Integrationspotential der migrantischen Ökonomie	95
7.6	Perspektiven für die Zukunft	96
8	Integrationspotentiale der Zivilgesellschaft	98
8.1	Die kommunalpolitische Bedeutung bürgerschaftlicher Engagementstrukturen in den Fallstudienquartieren.....	99
8.2	Zivilgesellschaftliche Integrationspotentiale im interkommunalen Vergleich....	100
8.3	Zivilgesellschaftliche Integrationspotentiale und Bedingungen ihrer Entfaltung	105
9	Lokale Politiken der (Des-)Integration von Geflüchteten – eine Gesamtschau der empirischen Befunde	109
9.1	<i>Policies of Integration</i>	110
9.2	<i>Policies of Uncertainty</i>	113
9.3	<i>Policies of Recognition</i>	116
9.4	<i>Policies of Social Cohesion</i>	119
10	Transferkonzept	121
10.1	Kontextualisierung der Forschungsergebnisse.....	122
10.2	Reflexionsfragen zu quartierspezifischen Integrationspotentialen	127
10.2.1	Thema Integration.....	128
10.2.2	Thema Unsicherheiten	141

10.2.3	Thema Anerkennung.....	143
10.2.4	Thema Kohäsion.....	144
Literaturverzeichnis.....		147
a)	Verzeichnis der geführten Interviews	167
b)	Verzeichnis der ausgewerteten Dokumente und Quellen	168
c)	Verzeichnis der ausgewerteten überregionalen Presseartikel	176
d)	Verzeichnis der zitierten Presseartikel zu den Fallstudienquartieren.....	182
Anhang: Übersicht über Förderprogramme		197
1.	Kommunale Koordinierung und interkulturelle Öffnung	197
2.	Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt.....	200
3.	Gesellschaftliche und soziale Integration.....	211
4.	Kita und Schule	217
5.	Unterstützung von zivilisatorischen Organisation und des Ehrenamtes	219
6.	Sonstige Projekte.....	224
Über die Autor_innen.....		229

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Konzeptioneller Rahmen zur Definition von Kernbereichen der Integration nach Ager/Strang 2004.....	9
Abbildung 2: Essens Stadtbezirke/Stadtteile	42
Abbildung 3: Durchschnittliche Miethöhe in den Essener Stadtteilen (Mietspiegel)	44
Abbildung 4a-c: Nutzungsklassifizierung in den drei Fallstudienquartieren.....	86

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Fallbeispielquartiere (Übersicht)	18
Tabelle 2: Die Untersuchungsquartiere im Spiegel relevanter Kennzahlen.....	19
Tabelle 3: Wahlergebnisse in Essen und den Stadtteilen der Fallstudienquartiere bei der Kommunalwahl 2014 und der Landtagswahl 2017 in Prozent der Wählerstimmen	45
Tabelle 4: Themenfeld <i>Segregation und Integration</i>	124
Tabelle 5: Themenfeld <i>Dimensionen der Zivilgesellschaft</i>	125
Tabelle 6: Themenfeld <i>Integration in den Arbeitsmarkt</i>	126
Tabelle 7: Themenfeld <i>Beschleunigung und Dynamisierung</i>	127

Abkürzungsverzeichnis

AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMUNBR	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EABG	Essener Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaft mbH
EWG	Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
FlüAG	Flüchtlingsaufnahmegesetz (des Landes NRW)
IG Altenessen	Interessengemeinschaft Altenessen
IHK	Industrie- und Handelskammer
ISSAB	Institut für Stadtteilentwicklung, sozialraumorientierte Arbeit und Beratung an der Universität Duisburg-Essen
MAIS	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, NRW (2017: Min. f. Arbeit, Gesundheit u. Soziales)
MIK	Ministerium für Inneres und Kommunales, NRW (2017: Min. d. Inneren)
MSW	Ministerium für Schule und Weiterbildung, NRW (2017: Min. f. Schule u. Bildung)
MWEBWV	Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr, NRW
NRW	Nordrhein-Westfalen
NRZ	Neue Ruhrzeitung
OB	Oberbürgermeister_in
QM	Quartiersmanagement
SGB II	Zweites Sozialgesetzbuch
SZ	Süddeutsche Zeitung
THW	Technisches Hilfswerk
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung

1 Fluchtmigration und (Des-)Integrationsprozesse in herausgeforderten Quartieren

Henning Nuissl, Susen Engel

1.1 Anlass der Forschung

Der „lange Sommer der Migration“ (Tsianos/Kasperek 2015, S. 8), so die Bezeichnung der beiden Migrationsforscher Vassilis Tsianos und Bernd Kasperek für die zweite Hälfte des Jahres 2015, als im Zuge des Krieges in Syrien die bislang höchsten Zuwanderungszahlen nach Deutschland zu verzeichnen waren (vgl. Tsianos/Kasperek 2015, S. 8), prägt bis heute öffentliche Debatten und politisches Klima in Deutschland. Migration im Allgemeinen und Fluchtmigration im Besonderen erfahren höchste Aufmerksamkeit in Gesellschaft und Politik und werden vor allem als Frage der Integration diskutiert. Das viel bemühte Schlagwort „Integration findet vor Ort statt“ (Die Bundesregierung 2007, S. 19) rückt dabei nicht zuletzt die Integrationsförderlichkeit des nähräumlichen Kontexts, in dem Migrant_innen und Geflüchtete sich (zunächst) niederlassen, in den Fokus. Kurzum: Die schon seit Längerem diskutierte Frage nach den Chancen und Grenzen der Integration von Migrant_innen auf lokaler Ebene und im Quartier (vgl. Krämer-Badoni 2002; Schnur 2003; Sackmann 2004; Gesemann/Roth 2009) ist seit einiger Zeit – mit besonderem Fokus auf Geflüchtete, denen in der vorliegenden Publikation auch alle Asylsuchenden begrifflich zugerechnet werden – hoch relevant und aktuell.

Ebenso wenig, wie sie einander gleichen, bieten verschiedene Städte und (ihre) Quartiere dieselben Voraussetzungen für die Integration von Migrant_innen und Geflüchteten. Nahräumliche Ausprägungen und Erfolgsfaktoren einer „Integrierenden Stadtentwicklung“ (Herrmann 2016) können sich demnach substantiell unterscheiden. Von besonderem Interesse sind dabei solche Orte, die vor spezifischen Herausforderungen stehen, weil sich dort ökonomische, soziale, infrastrukturelle oder städtebauliche Probleme verdichten. Zum einen sind hier ‚sozial geforderte‘ Quartiere zu nennen, in denen überdurchschnittlich viele Menschen leben, die – in der Terminologie Pierre Bourdieus (vgl. Bourdieu 1983) – eine deutlich unterdurchschnittliche Ausstattung mit ökonomischem und symbolischem Kapital aufweisen und die meist auch nur über wenig kulturelles und soziales Kapital verfügen. Zum anderen sind auch solche Orte relevant, die von negativen Tendenzen der räumlichen Entwicklung wie demographischer Schrumpfung oder Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte betroffen sind. In beiden Fällen beinhalten kommunale Problemlösungsansätze vielfach eine – zumindest implizit auf autochthone Mittelschichten zielende – Zuwanderungsstrategie im Kontext von Binnenmigration. Während Maßnahmen und Projekte in sozial und ethnisch segregierten Quartieren typischerweise auf die Herstellung einer – meist nicht näher definierten – sozialen Mischung ausgerichtet sind, wollen schrumpfende Städte meist ihre Attraktivität für Zuziehende im Allgemeinen steigern. Internationale Zuwanderung spielte in diesem Zusammenhang lange Zeit keine Rolle.

Vor dem Hintergrund der Zuwanderung Geflüchteter kam es jedoch teilweise zu paradigmatischen Neuausrichtungen im Rahmen stadtpolitischer Strategien.

Orte, die vor besonderen Herausforderungen stehen, sind häufig bevorzugtes Ziel bzw. (erster) Wunschwohntort von Migrant_innen und/oder sie können (bzw. könnten) von deren Zuwanderung in besonderem Maße profitieren. So erbringen gerade die als sozial und ethnisch segregiert beschriebenen Quartiere – oder besser gesagt, die dort lebenden Menschen einschließlich der von ihnen betriebenen lokalen Ökonomie – seit jeher als „Integrationsschleusen“ (Kurténbach 2012) vielfältige Leistungen für die gesellschaftliche Integration (vgl. Simmel 1984; Schnur et al. 2013). Dies wurde nicht zuletzt anhand von Gebieten, die im Rahmen des Städtebauförderprogramms *Soziale Stadt* gefördert werden, mehrfach nachgewiesen (vgl. Difu 2002; IfS 2004). Zugleich sind diese Quartiere aber häufig auch Schauplatz besonderer sozialer Spannungen (vgl. Heitmeyer/Anhut 2000). Auf der anderen Seite sind es vor allem Orte und Regionen mit strukturellen Entwicklungsproblemen, die angesichts von Defiziten wie Wohnungsleerstand, Abwanderung oder Fachkräftemangel für die Integration von Migrant_innen und Geflüchteten günstige Voraussetzungen bieten (vgl. Schader-Stiftung 2011; Bürk/Engel 2012; Engel 2013).

Mit dem in den vergangenen Jahren erfolgten starken Zuzug von Geflüchteten haben zwei – zuvor weithin vernachlässigte – Facetten der Integration von Migrant_innen massiv an Bedeutung gewonnen:

- die Integration von Menschen mit unsicheren Aufenthaltstiteln und
- Fragen (sozial)räumlicher Verteilungsgerechtigkeit.

Denn diese Personengruppe unterliegt insgesamt sehr restriktiven aufenthaltsrechtlichen Rahmensetzungen und genießt mitunter nur eingeschränkt räumliche Freizügigkeit. Sie wird hierzulande gemäß dem *Königsteiner Schlüssel*, der das ‚Aufnahmepotential‘ der einzelnen Bundesländer nach deren Bevölkerungszahl sowie deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bestimmt, auf die 16 Bundesländer verteilt. Dort erfolgt, soweit es sich um Flächenländer handelt, dann eine Verteilung auf die Kommunen. Sowohl mit der Zuweisung von Geflüchteten an einzelne Gebietskörperschaften als auch mit ihrer dortigen Unterbringung sind elementare Fragen der Verteilungsgerechtigkeit berührt. Das wurde etwa 2015 im Essener Norden offensichtlich, als die dort erhobene Forderung politischer und zivilgesellschaftlicher Akteur_innen nach einer ‚gerechteren‘ stadtweiten Verteilung von Geflüchteten in den Sog ausländerfeindlicher Ressentiments geriet. Aber auch jenseits des Problems der räumlichen Verteilung ergeben sich mit Blick auf die Gruppe der Geflüchteten spezifische Integrationsherausforderungen. Denn bis vor kurzem herrschte die weithin unhinterfragte Auffassung vor, dass Personen ohne Bleiberecht keinen Anspruch auf staatliche Integrationsmaßnahmen haben. Stattdessen waren „Alimentierung und Betreuung“ (Kühne 2004) sowie „dauernde staatliche Integrationsverweigerung“ (Kühne 2006, S. 245ff.) die Paradigmen nationalstaatlicher Politik im Zusammenhang mit Fluchtmigration. Die wenigen Studien zur kommunalen Integration von Geflüchteten, die

bereits vor 2015 erarbeitet wurden (vgl. Aumüller/Bretl 2008; Aumüller 2009; Aumüller et al. 2015; gsub 2015), zeigen jedoch, dass diese Gruppe nicht nur längst zur sozialen Realität vieler Kommunen gehört (vgl. Aumüller 2009, S. 128), sondern dass vielerorts schon seit Längerem de facto erfolgreiche Integrationsbemühungen für sie stattfinden (vgl. Aumüller/Bretl 2008). Dabei werden verschiedene Wege beschritten, u. a. die Akquise von EU-Fördermitteln, die ausnahmsweise Einbeziehung von Asylsuchenden in Integrationsmaßnahmen oder die generelle Öffnung kommunaler Regelangebote für alle am Ort ansässigen Personen (vgl. Aumüller/Bretl 2008, S. 124).

1.2 Fallstudien und Fragestellungen

Vor dem skizzierten Hintergrund sowohl der gestiegenen Anforderungen an als auch der gewachsenen Aufmerksamkeit für Integrationspotentiale und -prozesse auf lokaler Ebene untersucht das vom Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) geförderte Projekt QUARTPOINT (QUARTierspezifische POTentiale der INTegration) Integrationsprozesse und Desintegrationstendenzen sowie deren Ursachen. Hierfür fanden von Mitte 2016 bis Anfang 2018 in drei beispielhaft analysierten sozialen Räumen (Quartieren) in Nordrhein-Westfalen, die sich besonderen Herausforderungen gegenübersehen, Feldforschungen statt: in den beiden Essener Stadtbereichen Altenessen & Karnap und Hörsterfeld sowie in der im Märkischen Kreis (Regierungsbezirk Arnsberg) gelegenen Kleinstadt Altena. Die beiden Essener Fallstudien repräsentieren dabei die Problemkonstellation sozialer und ethnischer Segregation, die Altenaer diejenige der Stadtentwicklung im Schrumpfungskontext.

Die drei untersuchten räumlichen Einheiten werden hier unter dem Begriff des Quartiers rubriziert. Die damit gewählte Terminologie weicht – insbesondere im Falle Altenas – zwar vom Alltagssprachlichen Quartiersbegriff ein Stück weit ab und dehnt den – nicht abschließend definierten – fachsprachlichen Quartiersbegriff (vgl. Drilling 2008) ‚räumlich‘ weit aus. Da alle drei Fallstudiengebiete etwa die Größe eines großstädtischen Stadtteils haben und vor allem da es in der vorliegenden Studie zuallerletzt um die geographische Abgrenzung eines physischen Raums geht, erscheint die etwas unorthodoxe Bezeichnung aller drei Gebiete als Quartiere jedoch sinnvoll und vertretbar. Überdies ist sie durchaus mit einer anerkannten Definition in Einklang zu bringen, der zufolge ein Quartier

„ein kontextuell eingebetteter, durch externe und interne Handlungen sozial konstruierter, jedoch unscharf konturierter Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden [ist]“ (Schnur 2008b, S. 40).

Ein Quartier wird in der vorliegenden Studie als sozial konstruierter Raum mit fließenden Grenzen verstanden, der sich aus der Überlagerung einer Vielzahl von individuellen – lebensweltlich verankerten – Lebensräumen ergibt. Es ist somit zum einen ‚mehr‘ als ein nur aus der Perspektive einzelner Individuen zu bestimmender Lebensraum, der

„das subjektive Erleben des Raumes durch die individuelle Interpretation objektiv in Erscheinung tretender räumlicher Dimensionen – bspw. die materiellen (z. B.: die Bausubstanz im Quartier), die institutionellen (z. B.: die Schulordnung) und/oder die funktionalen (z. B.: Verkehrswege) – begrifflich [fasst]“ (Noack 2015, S. 54).

Zum anderen lässt es sich jedoch nicht auf ein geographisch markiertes Territorium reduzieren, wie es typischerweise dem Verwaltungshandeln zugrunde liegt und wie es, insbesondere im städtischen Kontext, als Planungsraum konzeptualisiert werden kann. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass in der kommunalpolitischen Praxis mittlerweile vielerorts versucht wird, die territoriale Definition von Räumen (wie sie dem Verwaltungshandeln wohl notwendigerweise zugrunde liegt) mit der empirischen Bestimmung von Sozialräumen zu verknüpfen (vgl. Noack 2013, 2015) – so etwa im Rahmen der Unterscheidung „Lebensweltlich orientierter Räume“ (Bömermann et al. 2006) im Rahmen der Berliner Sozial- und Stadtentwicklungsplanung.

Für die Feldforschung in den drei Fallstudiengebieten waren mehrere Fragestellungen untersuchungsleitend:

- Welches Integrationspotential vermögen Quartiere, die besonderen Herausforderungen unterliegen, gegenwärtig und zukünftig (noch) zu entfalten?
- Welche Handlungsspielräume bestehen auf der Ebene von Kommunen und Quartieren, um die Integration von Migrant_innen und Geflüchteten zu fördern?
- Sind bei den Akteur_innen der öffentlichen Hand und insbesondere auch der Zivilgesellschaft, die sich für die Integration von Migrant_innen und Geflüchteten in besonders herausgeforderten Quartieren einsetzen, Überforderungstendenzen zu erkennen?
- Welchen Beitrag kann die lokale, im Quartier verankerte Ökonomie zur Integration von Migrant_innen und Geflüchteten leisten?
- Inwiefern können Geflüchtete in lokale politische Prozesse bzw. die Quartiersentwicklung eingebunden werden?

1.3 Forschungsstand

Die genannten untersuchungsleitenden Fragen berühren eine Reihe sozialwissenschaftlicher Debattenstränge, die sowohl analytisch-theoretische als auch anwendungsorientierte Perspektiven beinhalten. Von Belang sind insbesondere die humangeographische und stadtplanerische Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Stadtentwicklung und (internationaler) Migration, die sozialarbeiterische Expertise zu Fragen der In- und Exklusion im Sozialraum sowie die soziologische Erforschung von Migration und Integration. Im Folgenden werden einige Argumente und Einsichten aus diesen Forschungszusammenhängen rekapituliert, die Fragen der Migration und der sozialen Integration auf Quartiere, die vor besonderen Herausforderungen stehen, einbeziehen.

Migration und Integration in segregierten Quartieren

Segregation als „Phänomen der ungleichen Verteilung städtischer Bevölkerung nach bestimmten Merkmalen“ (Farwick 2012, S. 381) im Allgemeinen und residentielle Segregation als „räumliche Verteilung der Wohnstandorte bestimmter Bevölkerungsgruppen“ (Farwick 2012, S. 381) im Besonderen bildet ein zentrales Feld stadtgeographischer sowie stadtsoziologischer Forschung. Denn gerade in ökonomisch schwächeren Städten steigen die Segregationsindices in Bezug auf die soziale Lage seit Jahren überdurchschnittlich stark an (vgl. Friedrichs/Triemer 2009), sodass es zu einer sozialräumlichen Fragmentierung der Stadtstruktur kommt. Der Zuzug benachteiligter Haushalte in belastete Quartiere ist, bei gleichzeitigem Wegzug besserer Haushalte, hierfür maßgeblich mit verantwortlich.

Kennzeichnend für die deutschsprachige, aber auch die internationale Segregationsforschung sind kontroverse Diskussionen der strukturellen Mechanismen freiwilliger wie unfreiwilliger Segregation sowie der quartierspezifischen Effekte sozialer, aber auch sogenannter ethnischer Segregation (vgl. Dangschat 2004; Farwick 2014). Dabei wird häufig festgestellt, dass sich unterschiedliche Segregationsphänomene überlagern. So weisen die Wohnquartiere mit den höchsten Anteilen von Menschen mit Migrationshintergrund zugleich auch hohe Anteile arbeitsloser oder staatliche Transferleistungen beziehender Menschen auf (vgl. Farwick 2012, S. 388-389).

Die wissenschaftliche Diskussion zur Segregation im Quartier wird wesentlich bestimmt von der Frage nach benachteiligenden und integrationshemmenden, aber auch integrationsfördernden Auswirkungen einer bestimmten sozialräumlichen Umgebung (Quartiereffekte). Dabei können materielle, soziale, politische und symbolische Effekte (vgl. Kronauer/Vogel 2004, S. 256) oder auch Wirkungsdimensionen (vgl. Nieszery 2008, S. 109-110) unterschieden werden. Die Forschung kommt dabei – insbesondere mit Blick auf die ethnische Segregation – zu keinen einheitlichen Ergebnissen (vgl. Farwick 2008; 2012; Nieszery 2008). Eine gewisse ‚Deutungshoheit‘ hat jedoch das Argument erlangt, dass es in ethnisch stark segregierten Quartieren zu Prozessen der kulturellen Schließung kommen kann (indem die Herausbildung stabiler *ethnic communities* zugleich die binnenethnische Orientierung stabilisiere) (vgl. Esser 1980; 2001; Heitmeyer 1998), die eine (nicht selten als Assimilation verstandene) Integration verhindern. Diesem Argument folgend zielen Stadtpolitik und -planung vielerorts darauf ab, residentielle Segregation zu verhindern und soziale Mischung (wieder) herzustellen. Dem gegenüber stehen zahlreiche Studien, die zeigen, wie ethnische Gemeinschaften (im Stadtteil) die gesellschaftliche Integration ihrer Mitglieder fördern (vgl. u. a. Berger et al. 2004; Schader-Stiftung 2005; Ceylan 2006; Farwick 2008; Hillmann/Windzio 2008; Schnur 2008a). Sie greifen nicht zuletzt auf das Konzept der ‚segmentierten Alimention‘ (vgl. Portes/Rumbaut 1996; 2001) zurück, das die Bedeutung des in intraethnischen Netzwerken erworbenen sozialen Kapitals für den Zugang zu qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen im regulären – teils auch migrantisch geprägten – Arbeitsmarkt betont. Auch wurde gezeigt, wie mit kommunalen Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und politische Teilhabe sowie insbesondere

durch einen integrierten – und integrierenden – ressortübergreifenden und teilhabeorientierten Ansatz der Stadtteilentwicklung die „strukturelle Integration“ (Heckmann 2015) von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert werden kann (vgl. Kühner/Sauter 2010; Rommelfanger/Sauter 2010; Hinte 2010, 2012; Kalter et al. 2012; Sauter 2015). Die Argumente, die für eine potentiell integrierende Wirkung ethnisch segregierter Quartiere sprechen, können als „Integration durch Binnenintegration“ (Elwert 1982) zusammengefasst werden. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass die vorliegenden Befunde zu den Auswirkungen sozialer Segregation im Allgemeinen und ethnischer Segregation im Besonderen auf Prozesse der sozialen Integration (bzw. Desintegration) keine eindeutigen Schlussfolgerungen zulassen. Schließlich sei erwähnt, dass zuweilen sogar die schiere Existenz ethnisch segregierter Quartiere in Deutschland – aufgrund diverser konzeptioneller Schwächen der zugrundeliegenden Studien – angezweifelt wird (für türkische *Communities* vgl. u. a. Gestring 2011).

Migration und Integration in schrumpfenden Städten

Aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels und demographischer Veränderungsprozesse verzeichneten ab den 1970er-Jahren viele Städte und Gemeinden in Westdeutschland und ab 1990 auch in Ostdeutschland zum Teil massive Arbeitsplatz- und Bevölkerungsverluste. Mit der Jahrtausendwende rückten daher *schrumpfende Städte* und die damit einhergehenden stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen zunehmend in den Fokus von Stadtforschung und Stadtplanung (vgl. Hannemann 2000; Rietdorf et al. 2001; Glock 2006). Sie sind gekennzeichnet durch eine „mehrdimensionale Überlagerung sozioökonomischer, demographischer und physisch-baulicher Prozesse“ (Kühn/Liebmann 2009, S. 14). Dabei bestehen Wechselwirkungen zwischen einem schrumpfenden Arbeitsmarkt und damit zusammenhängenden Abwanderungsprozessen, einer negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Sterbefallüberschuss) sowie veränderten Lebensstilen und Wohnpräferenzen. Kommunale Ansätze zur Bewältigung von Schrumpfungsprozessen werden unter Stichworten wie ‚urbane Regeneration‘, ‚Revitalisierung‘, ‚Reurbanisierung‘, ‚Stadterneuerung‘ oder ‚Stadtumbau‘ verhandelt. Seit 2002 können Kommunen, die von Schrumpfungsprozessen gekennzeichnet sind, auf die – mittlerweile zusammengeführten – Bund-Länder-Programme *Stadtumbau Ost* und *Stadtumbau West* zurückgreifen. Bislang haben davon 490 Städte und Gemeinden in Deutschland mit insgesamt fast 1.200 geförderten Stadtumbaumaßnahmen profitieren können (vgl. BBSR/BMUB 2017). Maßnahmenswerpunkte bildeten dabei der Abriss von Wohnungsbeständen, die Aufwertung von Innenstädten sowie die Anpassung städtischer Infrastrukturen.

Bis vor wenigen Jahren war es eher unüblich, Schrumpfungsprozesse einerseits und Fragen der internationalen Migration andererseits stadtentwicklungspolitisch ‚zusammenzudenken‘. Zu den wenigen Ausnahmen von dieser Beobachtung gehören die auf kleinere Städte und den ländlichen Raum rekurrierenden Forschungs-Praxis-Projekte der Schader-Stiftung, *Integrationspotentiale in kleinen Städten und Landkreisen* (2011) und *Integrationspotentiale ländlicher Regionen im Strukturwandel* (2014). Diese setzten die Anforderungen des demographischen Wandels erstmals systematisch mit der kommunalen Integrationspolitik in Beziehung und

konnten zeigen, dass eine Verankerung integrationspolitischer Handlungsansätze sowie die Etablierung einer Anerkennungs- und Willkommenskultur zur Stabilisierung der kommunalen Entwicklung beitragen (vgl. Schader-Stiftung 2014, S. 4). So ließen sich vielerorts „unter dem ‚Druck der Demografie‘ Öffnungsprozesse der städtischen Gesellschaft im ländlichen Raum gegenüber Migrantinnen und Migranten vollziehen“ (Schader-Stiftung 2011, S. 24). In ähnlicher Weise betont eine internationale Studie von Glick-Schiller und Çağlar die Rolle von Migrant_innen für städtische Regenerierungsstrategien (vgl. Glick-Schiller/Çağlar 2013). Mit ähnlicher Stoßrichtung verweisen einige jüngere deutsche Studien auf die hohe Integrationsfähigkeit gerade kleinerer Städte und ländlicher Regionen (vgl. Braun/Simons 2015; BBSR 2015), „angesichts der Wohnraumprobleme und Segregationsgefahren in Großstädten auf der einen Seite und der Leerstandsproblematik und der Facharbeiterknappheit auf dem Land auf der anderen Seite“ (Franke/Magel 2016, S. 5). Dabei ist allerdings im Auge zu behalten, dass auch kleinere und/oder schrumpfende Städte ganz unterschiedliche demographische, ökonomische, budgetäre und nicht zuletzt (migrations)geschichtliche Voraussetzungen aufweisen, sodass sich ihr Integrationspotential von Fall zu Fall erheblich unterscheidet und einer jeweils spezifischen Betrachtung bedarf (vgl. Schader-Stiftung 2011, S. 19). Hinzu kommt, dass Geflüchtete und Asylbewerber_innen auch in den politischen und öffentlichen Debatten, die in schrumpfenden Städten geführt werden, häufig noch immer als etwas thematisiert werden, das es ‚gerecht‘ zu verteilen gilt. Die seit geraumer Zeit in der und um die Europäische Union geführten Migrationsdebatten tragen in erheblichem Maße mit dazu bei, dass über den Zuzug von Geflüchteten im Sinne eines ‚Lastenausgleichs‘ gesprochen wird (vgl. Netto 2011) – soweit diese Debatten nicht dem in noch weit stärkerem Maße xenophoben Narrativ einer migrationsbedingten Bedrohung Europas folgen.

1.4 Zum Integrationsbegriff

Der Begriff der Integration wird seit einiger Zeit gleichermaßen inflationär wie semantisch vielfältig verwendet. Als ein wesentliches Ergebnis sozialwissenschaftlichen Rasonierens über Integration kann nichtsdestotrotz festgehalten werden, dass gesellschaftliche Integration im Allgemeinen ebenso wie die Integration von Migrant_innen und Geflüchteten im Besonderen voraussetzt, dass (möglichst) alle sozialen Gruppen und Institutionen eines Gemeinwesens für diese Aufgabe gewonnen werden (vgl. Maier 2005; Hinte 2014). Insofern kann Integration – der Weiterentwicklung und Erweiterung des traditionell individualistischen Konzepts der „Sozialintegration“ (Esser 2001) in der jüngeren soziologischen Debatte folgend – als ein zweiseitiger, ergebnisoffener ‚Prozess‘ verstanden werden, dessen Verlauf nicht geradlinig, sondern „fragil, veränderbar und auch revidierbar“ (Pries 2003, S. 34) ist. Als konstitutives Merkmal einer – als ‚Zustand‘ verstandenen und nach Abschluss dieses Prozesses idealerweise – gelungenen Integration kann überdies die gegenseitige moralische und emotionale Anerkennung aller Gesellschaftsmitglieder gelten (vgl. Heitmeyer/Anhut 2000). Ins Blickfeld rücken damit die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Bedingungen, die einen umfassenden „Mitgliedschaftserwerb von Zuwanderern in den Institutionen, sozialen Bezie-

hungen und sozialen Milieus der Aufnahmegesellschaft“ (Heckmann 2015, S. 82) ermöglichen oder aber behindern, wenn nicht gar vereiteln. Diese Strukturen und Bedingungen werden auf allen skalaren Ebenen eines Gemeinwesens definiert und ausgestaltet. Insbesondere sind sie nicht allein Ergebnis nationalstaatlicher Rechtssetzung (auch wenn diese besonders bedeutsam ist), sondern werden ganz wesentlich von deren lokaler Ausgestaltung sowie lokalen Politiken und kleinräumigen Lebensbedingungen mit bestimmt. Integrationsprozesse können demzufolge von Quartier zu Quartier unterschiedlich verlaufen und sind u. a. abhängig von der jeweiligen Ausstattung mit sozialen und technischen Infrastrukturen, von räumlich situier-ten sozialen Netzwerken oder auch von städtebaulichen und lokalökonomischen Gelegenheitsstrukturen. Denn noch sehr viel eindeutiger als eine mikrosoziologisch konzipierte Integration findet der in einem umfassenderen Sinne verstandene Mitgliedschaftserwerb in einer Gesellschaft ‚vor Ort‘ und in jeweils spezifischen Sozialräumen statt. Zugleich ist diese als Mitgliedschaftserwerb verstandene Integration nie als ‚Angelegenheit‘ nur einer (oder mehrerer) Gruppe(n), die es – vermeintlich – zu integrieren gilt, zu begreifen. Sie ist vielmehr als zielgruppen- und bereichsübergreifendes Projekt zu verstehen, bei dem der soziale Raum und die dort aktuellen Themen im Fokus des Handelns stehen, denn „die Konzentration auf eine bestimmte Zielgruppe verstellt den Blick für die Verflechtungen dieser Gruppen in einem Wohnquartier und verstärkt gelegentlich gar die [...] Marginalität der Zielgruppe“ (Hinte 2011, S. 103).

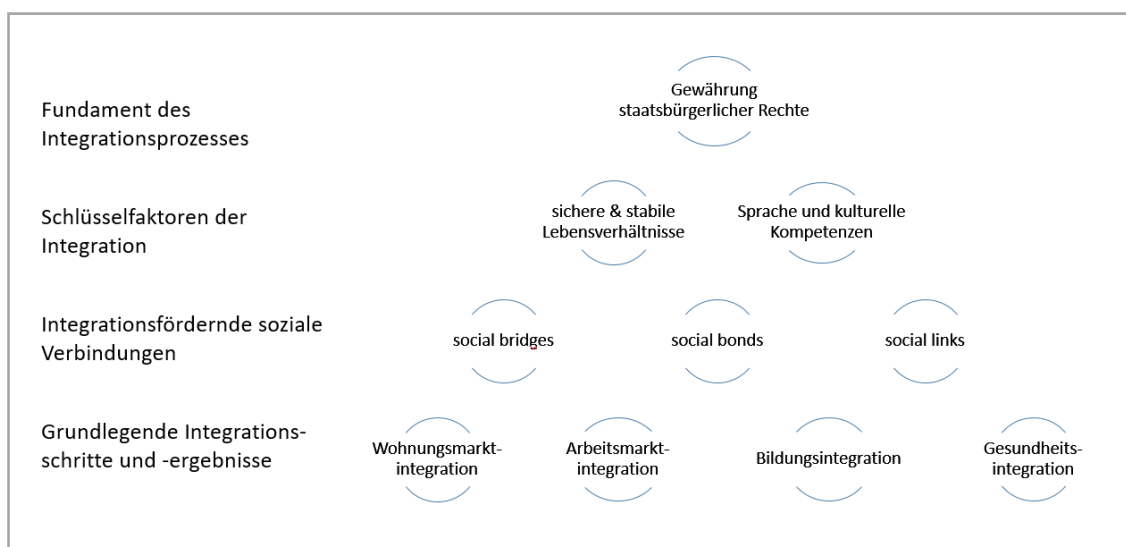
Neuere integrationssoziologische Ansätze betonen die kumulative Verstärkung der Effekte benachteiligender, individuell zuschreibbarer Persönlichkeitsmerkmale (vgl. Nieszery 2008), wie sie mithilfe des Konzepts der Intersektionalität herausgearbeitet wurden (vgl. Degele/Winker 2009). Ohne „die Rekonstruktion bekannter sozioökonomischer Strukturierungsmechanismen [und] die Analyse individueller und gruppenspezifischer Intersektionalitäten“ (Bürkner 2011, S. 33) lassen sich lokale Integrationsprozesse und Desintegrationsdynamiken demnach nicht verstehen. Deren Analyse muss deshalb gesellschaftliche Strukturen berücksichtigen und darf den Fokus nicht ausschließlich auf lokalspezifische Rahmenbedingungen und potentielle Quartiereffekte beschränken (vgl. Hinte 2012). Hierfür stehen insbesondere die konzeptionellen Ansätze zu *citizenship* (vgl. Isin 2012; Yarwood 2014) bzw. *urban citizenship* (vgl. Lebuhn 2013; Hess/Lebuhn 2014) bereit. Die mit ihnen eröffnete Perspektive birgt Vorteile gegenüber der traditionellen Integrationsdebatte, indem sie – nicht zuletzt mit Blick auf die aktuell nach wie vor besonders relevante (ihrerseits heterogene) Gruppe der Geflüchteten – nicht nur sozialstrukturelle Differenzkategorien wie Geschlecht, Alter, soziale Lage oder Nationalität bzw. Migrationshintergrund miteinander verschränkt, sondern auch um die Kategorie des aufenthaltsrechtlichen Status erweitert (vgl. Vertovec/Meissner 2015).

Ein konzeptioneller Rahmen zur Definition von Kernbereichen der Integration wurde von Alastair Ager und Alison Strang im Auftrag des britischen Innenministeriums entwickelt (vgl. Ager/Strang 2004) (vgl. Abb. 1). Dort bildet *citizenship* – also die Gewährung bürgerchaftlicher Rechte auf lokaler Ebene bis hin zur Einbürgerung – das Fundament jedes Integrationsprozesses, auf dem alle weiteren Faktoren und Schritte der Integration aufbauen: Schlüsselfaktoren

der Integration (*faciliators*), integrationsfördernde soziale Verbindungen (*social connections*) und Integrationssschritte und -ergebnisse (*markers and means*) (vgl. Ager/Strang 2004, S. 170).

Normativer Grundgedanke des Ansatzes von Ager und Strang ist es, bei der Konzeptualisierung von Integration nicht zwischen bestimmten sozialen Gruppen wie etwa den Geflüchteten einerseits und Menschen, die (bereits) volle Bürgerrechte genießen, andererseits zu differenzieren. So wird der Erfolg gesellschaftlicher Integration (bzw. gesellschaftliche Desintegration) daran festgemacht, ob bzw. in welchem Maße alle Bürger_innen am Wohnungsmarkt, am Arbeitsmarkt, am Bildungssystem sowie am Gesundheitssystem teilhaben. Als Grundlage einer erfolgreichen gesellschaftlichen Integration gelten (integrationsförderliche) soziale Beziehungen, zu denen *social bridges* (d. h. wechselseitige Beziehungen zwischen unterschiedlichen sozialen und/oder ethnischen Gruppen) ebenso gerechnet werden wie *social bonds* (d. h. familiäre Beziehungen und Bindungen innerhalb einer herkunftsbezogenen Gruppe) und *social links*, worunter die Autoren interkulturell sensible, inklusiv denkende und arbeitende sowie an die sich in pluralen und multiethnischen Stadtgesellschaften stellenden Herausforderungen angepasste Verwaltungsstrukturen verstehen. All diese sozialen Beziehungsformen gilt es nach Ansicht von Ager und Strang daher integrationspolitisch zu stärken und zu fördern (nicht nur die vielfach geforderten *social bonds*), wobei zwei Schlüsselfaktoren eine entscheidende Rolle spielen: (1) die Ausbildung von sprachlichen und kulturellen Kompetenzen, wie sie als sogenannte ‚Kulturation‘ aus klassischen Integrationstheorien (vgl. Esser 2001; 2006) bekannt sind, durch alle Gesellschaftsmitglieder, also nicht zuletzt auch Repräsentant_innen öffentlicher Verwaltungen, die diese Kompetenzen im Umgang mit nichtlandessprachlichen Klient_innen und Kooperationspartner_innen benötigen, und (2) sichere und stabile Lebensverhältnisse, die u. a. den Schutz vor rassistisch motivierter Gewalt oder vor erzwungener Wohnmobilität (Umsiedlung) beinhalten.

Abbildung 1: Konzeptioneller Rahmen zur Definition von Kernbereichen der Integration



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Ager/Strang 2004, S. 170

Für die empirische Erforschung von Integrationsprozessen im Quartier bedeutet das skizzierte und auf dem Ansatz von Ager und Strang (2004) aufbauende Verständnis von Integration, dass das Augenmerk nicht nur der ‚Zielgruppe‘ mit (vermeintlichem) ‚Integrationsbedarf‘ gelten darf, sondern auf den strukturellen Rahmenbedingungen, die Integration(sprozesse) in einer Gesellschaft zu ermöglichen, liegen muss. Daher lag der Forschungsfokus im Projekt QUART-POINT auf Akteur_innen und Institutionen aus Politik und Verwaltung, Zivilgesellschaft und lokaler Ökonomie, die jeweils ein eigenes Teilforschungsfeld (bzw. Arbeitspaket) konstituierten und die auf ihr Integrationspotential sowie ihren Beitrag zu sozialräumlich verankerten Integrationsprozessen hin befragt wurden.

2 Kommunale Integrationspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Nordrhein-Westfalen

Michael Noack, Susen Engel, Anna Mantel

2.1 Die Rolle der Kommunen im Mehrebenensystem der Flüchtlingsaufnahme und -integration

Migrations- und Integrationspolitiken werden vor allem über die Gesetzgebung auf Bundesebene geregelt. Dort werden etwa die Rahmenbedingungen für den Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Integrationskursen sowie der Umfang der finanziellen Alimentierung von Geflüchteten definiert. Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bestimmt, dass Asylverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geregelt werden. Die Fachaufsicht für Asylverfahren sowie die Verantwortung für asyl- und aufenthaltsrechtliche Fragen weist es dem Bundesministerium für Inneres zu, während es für die Gewährung von (finanziellen) Leistungen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in die Pflicht nimmt. Hier zeigt sich „ein Spannungsverhältnis zwischen einem wohlfahrtsstaatlichen Ansatz (Versorgung und arbeitsmarktorientierte Integration) und einem ordnungsrechtlichen (Migrationskontrolle)“ (Schammann/Kühn 2016, S. 7). Dieses Spannungsverhältnis setzt sich auf der Ebene von Ländern und Kommunen fort und sorgt dort für zahlreiche Friktionen zwischen institutionellen Akteuren wie Ausländerbehörden, Jobcentern, Arbeitsämtern, Kommunalverwaltungen etc. (vgl. Schammann/Kühn 2016, S. 37).

Der *Königsteiner Schlüssel*, mit dessen Hilfe die in Deutschland ankommenden Asylsuchenden und Geflüchteten auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden (vgl. Kapitel 1), weist dem dicht besiedelten und hochindustrialisierten Nordrhein-Westfalen (NRW), ebenso wie den Stadtstaaten, gemessen an der Einwohnerzahl überdurchschnittlich viele Geflüchtete zu: Etwa 21 Prozent von ihnen finden dort Aufnahme (vgl. ILS 2016, S. 14). Die Bundesländer führen, neben der eigenständigen Vergabe humanitärer Aufenthaltstitel durch Härtefallkommissionen, die Fachaufsicht über die Ausländerbehörden. Auch die Umsetzung des AsylbLG und damit die Zuständigkeit für Aufnahme, Unterbringung und existenzsichernde Leistungen hat der Bund an die Länder delegiert. Wie sie dort dann organisiert wird, ist von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich und wird durch Landesaufnahmegesetze geregelt – in NRW durch das *Gesetz über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge*, kurz Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), das einen landeseigenen Verteilungsschlüssel ausweist. In den Flächenländern werden die im AsylbLG geregelten staatlichen Aufgaben in der Regel teilweise oder ganz an die kommunale Ebene ‚weitergereicht‘ (vgl. Schammann/Kühn 2016, S. 7).

Die Erstversorgung, Erstunterbringung und Verteilung von Geflüchteten organisiert in NRW – bezirksübergreifend für das gesamte Gebiet des Landes – die Bezirksregierung Arnsberg (einer der fünf Regierungsbezirke des Landes). Sie sorgt zunächst für deren Unterbringung in einer

der durch das Land NRW betriebenen Erstaufnahmeeinrichtungen und weist sie dann den einzelnen Kommunen zu, wobei der zugrundeliegende Verteilungsschlüssel sowohl die Einwohnerzahl als auch die Fläche der Kommunen berücksichtigt. Sofern das Land in einer Kommune eine Erstaufnahmeeinrichtung oder eine Notunterkunft betreibt, reduziert sich die Zahl der von dieser Kommune aufzunehmenden Geflüchteten (vgl. ILS 2016, S. 15). Für die Aufnahme von Geflüchteten erhalten die Kommunen finanzielle Kompensationen durch das Land (vgl. Aumüller et al. 2015, S. 21), die sich seit 2016 in der Summe auf jährlich ca. zwei Milliarden Euro belaufen. Die Kommunen – worunter an dieser Stelle alle kreisfreien Städte, Landkreise, kreisangehörigen Städte sowie Gemeinden zu verstehen sind (vgl. Schammann/Kühn 2016, S. 8) – sind dann dafür verantwortlich, die Versorgung der ihnen zugeteilten Geflüchteten zu gewährleisten und ihnen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, wobei sich Kreise und kreisangehörige Gemeinden diese Aufgaben teilen. Auch die Leistungsbezüge für Menschen im laufenden Asylverfahren sowie Geduldete werden gemäß AsylbLG durch die Kommunen gezahlt und vom Bund mittlerweile anteilig bezuschusst. Endet das Asylverfahren mit einer Anerkennung, übernimmt die Bundesagentur für Arbeit die Verantwortung für die Zahlung von Transferleistungen. Die Ausländerbehörden der Kommunen sind für den Vollzug des Aufenthaltsrechts zuständig, überprüfen die Teilnahme an Sprachkursen und entscheiden über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis.

Darüber hinaus erfüllen die Kommunen weitergehende integrationspolitische Aufgaben, die insbesondere die Sprachvermittlung, die Integration in den Arbeitsmarkt, aber auch die Einbindung in die Zivilgesellschaft betreffen. So ergab bereits 2015 eine bundesweite Befragung kommunaler Einrichtungen vier Schwerpunkte der kommunalen Flüchtlingsarbeit: Neben der „Förderung von Bildung, Ausbildung und Arbeit“ auch die „Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements“, Hilfestellungen bei der Wohnungssuche sowie „Hilfe und Beratung in alltagspraktischen Angelegenheiten“ (gsub 2015, S. 9). Die Kommunen sind damit entscheidende Akteure bei der Integration von Geflüchteten. Mit dem *Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW* versucht das Land NRW daher, deren Integrationspotential zu stärken. Es schafft die Voraussetzungen dafür, in allen Kreisen und kreisfreien Städten ein *Kommunales Integrationszentrum* (KI) einzurichten, was die integrationspolitische Bedeutung der Landkreise (gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden) erhöht hat.

Insgesamt bestehen auf kommunaler Ebene nicht unerhebliche integrationspolitische Handlungsspielräume (vgl. Schammann/Kühn 2016), die sich im Zusammenhang mit der Erbringung von weisungsgebundenen Pflichtaufgaben, pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben (deren Zielsetzung und Erfüllung durch Landesgesetze oder Verordnungen vorgegeben ist, die aber von den Kommunen eigenständig umgesetzt werden) und – vor allem – freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben ergeben. Insbesondere letztere werden in den Kommunen des Landes NRW in sehr unterschiedlichem Umfang und in unterschiedlicher Form erbracht. Das zeigt beispielsweise das Angebot an Deutschkursen oder Beratungsstellen für Asylsuchende mit unklarer Bleibeperspektive, das von Ort zu Ort sehr unterschiedlich ausfällt. Hierbei sind nicht nur die

von ihrer jeweiligen Größe abhängige Leistungsfähigkeit einer Kommune sowie deren Finanzlage ausschlaggebend, sondern auch der kommunalpolitische Wille und lokale Kompetenzen in der Fördermittelakquise. Aber auch mit Blick auf Pflichtaufgaben wie den Vollzug des Aufenthaltsrechts und die Gewährung sozialer Leistungen sind durchaus Handlungsspielräume vorhanden, da zahlreiche gesetzliche Bestimmungen Interpretationsspielräume zulassen, wie Schammann am Beispiel des AsylbLG nachweist (vgl. Schammann 2015). Bei allen Handlungsspielräumen bleibt jedoch die kommunale Flüchtlingspolitik eingebettet in ein Mehrebenensystem.

2.2 Lokale Integrationspotentiale im Kontext von Fluchtmigration

Schon in den 1990er-Jahren, als es einen starken Zuzug aus dem von Kriegen erschütterten Balkanraum gab, hatte die Erforschung von Fragen der Fluchtmigration und der Integration in Deutschland Konjunktur (vgl. Bommes 1996; Wischer 1997). Allerdings bezogen sich die damaligen Forschungsaktivitäten „sehr stark auf bestimmte Projekte, Regionen und Kommunen, ihre Reichweite war also begrenzt. Die Befunde waren bruchstückhaft (z. B. über einzelne Flüchtlingsgruppen an bestimmten Orten), zum Teil inkonsistent und ließen sich nur schwer aufeinander beziehen“ (SVR 2017, S. 13). Auch die gegenwärtigen Forschungen zur Zuwanderung und Integration geflüchteter Menschen „[...] thematisieren zumeist [...] einzelne Handlungsfelder wie z. B. Arbeitsmarktzugänge oder die Integration in Schul- und Bildungssysteme. Dabei fehlt jedoch derzeit ein belastbarer Gesamtüberblick über die sozialräumliche Integration Geflüchteter“ (ILS 2016, S. 8). Vor diesem Hintergrund hat das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) im Jahr 2016 auf der Grundlage von kommunalen Fallstudien – von denen eine die Stadt Altena betraf – ein Gutachten für das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen erarbeitet, das die Gelingensfaktoren von Integrationsprozessen im Quartier beleuchtet. Aufgrund seiner unmittelbaren thematischen Relevanz für die vorliegende Studie werden anhand dieses Gutachtens im Folgenden sowohl Aspekte des dort aufbereiteten Forschungsstands als auch ausgewählte Ergebnisse der dort präsentierten Fallstudien referiert.

Erstunterbringung und Wohnraumversorgung

Drei Stadien der Unterbringung geflüchteter Menschen lassen sich unterscheiden:

- (1) Erstunterbringung während eines laufenden Asylverfahrens
- (2) Temporäre Folgeunterbringung von Menschen mit und ohne Aufenthaltstitel
- (3) Integration von Personen mit Aufenthaltstitel in den regulären Wohnungsmarkt

Während der Aufenthalt geflüchteter Personen in einer Erstaufnahmeeinrichtung bundesweit einheitlich geregelt ist, differieren die Formen der temporären Unterbringung von Kommune zu Kommune. Diese erfolgt entweder in einer Landeseinrichtung bzw. Erstaufnahmeeinrich-

tung, in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften, dezentral in Wohnungen oder in einer Einrichtung für besonders schutzbedürftige Gruppen (z. B. unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, traumatisierte Personen) (vgl. Müller 2013). Auch wenn von kommunaler Seite in der Regel eine dezentrale (Folge-)Unterbringung präferiert wird (vgl. vhw 2016b, S. 29ff.), vermögen die meisten Kommunen eine gleichmäßige räumliche Verteilung von Geflüchteten weder im Rahmen der Erstunterbringung noch bei der temporären Folgeunterbringung umzusetzen: „Gemeinschaftsunterkünfte werden weniger häufig in Wohngebieten eingerichtet, in denen Wohlhabende leben“ (BBSR 2017, S. 6). Vor allem in den Großstädten erschweren unzureichende personelle Ressourcen, Planungsunsicherheiten und Widerstände aus der Bevölkerung vielfach die Versorgung von Geflüchteten mit Wohnraum (vgl. ILS 2016, S. 8). Dort wurden in den vergangenen Jahren vermehrt Großunterkünfte für 50 bis 200 Geflüchtete genutzt (vgl. vhw 2016b, S. 30).

Zur Integration geflüchteter Personen mit einem Aufenthaltstitel in den regulären Wohnungsmarkt liegen insgesamt nur wenige belastbare Ergebnisse vor (vgl. SVR 2016, S. 33). Unstrittig ist zunächst, dass die Mehrheit der Geflüchteten

„in den Quartieren Wohnraum findet, in denen die Mieten moderat sind. In besseren Lagen fehlen Grundstücke, um Wohnraum für Geflüchtete zu errichten. Zudem trifft deren Unterbringung dort teilweise auf erhebliche Widerstände, unabhängig davon, ob es sich um angespannte oder entspannte Wohnungsmärkte handelt“ (BBSR 2017, S. 6).

Die Wohnungsmarktintegration von Geflüchteten geht also mitnichten mit einer Reduzierung ihrer wohnräumlichen Segregation einher.

Ein bundesweiter Vergleich von Befunden zur Wohnraumversorgung geflüchteter Menschen (vgl. vhw 2016a) zeigt, dass in den Kommunen Nordrhein-Westfalens der Mangel an preisgünstigem Wohnraum als besondere Herausforderung bei der Folgeunterbringung angesehen wird (vgl. vhw 2016b, S. 35). Allerdings ist auch ein entspannter Wohnungsmarkt nicht zwangsläufig als Integrationspotential zu werten, da er vielfach mit anderweitig wenig integrationsförderlichen Rahmenbedingungen einhergeht:

„In Kommunen, in denen die Versorgung von Geflüchteten auf dem regulären Wohnungsmarkt gelingt, mangelt es oft an Perspektiven für passende Arbeits- und Ausbildungsplätze. Darüber hinaus ist es für Geflüchtete schwierig, Entfernungen zu Integrationskursen, Ärzten, Einkaufsmärkten und Freunden zu überwinden, da sie auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, der in ländlichen Regionen Defizite aufweist“ (BBSR 2017, S. 6).

Darüber hinaus kann eine dezentrale Unterbringung auch nichtintendierte Schattenseiten aufweisen, wenn etwa der Wohnstandard durch Überbelegung und Wohnungsmängel eingeschränkt wird (vgl. Phillips 2006, S. 545).

Bildung

Zur Frage, inwieweit geflüchtete Menschen im Bildungsbereich integriert sind, liegen aufgrund der föderalen Organisation des deutschen Bildungswesens kaum belastbare Ergebnisse vor (vgl. ILS 2016, S. 10). Zudem zeigen sich je nach Altersgruppe unterschiedliche Bildungsbedarfe:

„Es ist dabei ein Bedarf von über 9.000 bis zu über 12.000 zusätzlichen Plätzen in vorschulischen Einrichtungen in NRW anzunehmen. Auch für das Schulsystem ergeben entsprechende Berechnungen einen enormen Bedarf zwischen knapp 19.000 bis zu über 25.000 Plätzen in den Grund- und weiterführenden Schulen [...] [des Landes NRW]“ (ILS 2016, S. 10).

Quartierspezifische Integrationspotentiale speisen sich auch aus dem Zugang geflüchteter Menschen zu Sprach- und/oder Integrationskursen. „Dabei ist festzustellen, dass die gegenwärtigen Kapazitäten für Integrations- und Sprachkurse auch in Nordrhein-Westfalen nicht auskömmlich sind. Knapp 60 Prozent aller befragten Kommunen geben an, dass das Angebot ausgeweitet werden müsste“ (vhw 2016b, S. 42).

Arbeitsmarkt und Qualifizierung

Im Rahmen der Studie *Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen* des BAMF (vgl. Worbs/Bund 2016)¹ wurden 2014 bundesweit ca. 2.880 Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Sri Lanka und Syrien im Alter zwischen 18 und 69 Jahren schriftlich zu ihrem Bildungs- und Qualifikationsniveau befragt. Knapp 70 Prozent von ihnen gaben an, zwischen 5 und 14 Jahre lang eine Schule besucht zu haben. Aufgrund der Befragungsergebnisse wurden insgesamt 13 Prozent der Befragten als ‚Nichtqualifizierte‘ und 10 Prozent als ‚Höherqualifizierte‘ eingestuft. Zum Zeitpunkt der Befragung war knapp ein Drittel der Personen, darunter jedoch nur wenige Frauen, erwerbstätig:

„Die ausgeübten Tätigkeiten sind auf einige Branchen und Berufe konzentriert und überwiegend auf einem geringen bis mittleren Qualifikationsniveau angesiedelt. Dem steht eine hohe Motivation der Flüchtlinge zur Arbeitsmarktteilnahme gegenüber“ (Worbs/Bund 2016, S. 1).

Auf kommunaler Ebene scheint allerdings kaum Wissen über das Bildungs- und Qualifizierungsniveau der Geflüchteten (vor Ort) vorzuliegen. So haben 85 Prozent der im Rahmen einer Studie des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) (vgl. vhw 2016b, S. 17) befragten kommunalen Akteur_innen aus Nordrhein-Westfalen angegeben, über Bildungsabschlüsse und Qualifizierungsmerkmale geflüchteter Personen nur unzureichend informiert zu sein.

¹ Die Kurzanalyse mit dem Titel *Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen* wird seit Oktober 2013 vom Forschungszentrum des Bundesamtes durchgeführt. Ziel der Studie sind Erkenntnisse darüber, wie sich die Lebenssituation von Menschen gestaltet, die das Asylverfahren mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen haben (vgl. Worbs/Bund 2016, S. 1).

Im Jahr 2016 beschäftigten rund 9 Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland geflüchtete Menschen, weitere 10 Prozent planten, Geflüchtete einzustellen. Dies kann an aufenthaltsrechtlichen Unsicherheiten liegen:

„Erst als anerkannte Geflüchtete besteht ein uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt. Während der Asylantragsstellung ist zunächst keine Beschäftigung vorgesehen. Erst ab einer Aufenthaltsdauer von drei Monaten ist es möglich, ein Praktikum, eine betriebliche Ausbildung oder eine Anstellung wahrzunehmen, die aber der Zustimmung der Bundesagentur und der Ausländerbehörde bedürfen“ (ILS 2016, S. 12).

Der ausgeprägte Wunsch vieler geflüchteter Menschen „nach früher finanzieller Unabhängigkeit über eine möglichst direkte Integration in den Arbeitsmarkt [kann] mit dem Wunsch, sich längerfristig zu qualifizieren, in Konflikt [treten]“ (SVR 2016, S. 7). Niedrigschwellige Erwerbsmöglichkeiten in Qualifizierungsphasen werden hier als Lösung diskutiert (vgl. SVR 2017, S. 9), ebenso wie die Einbindung von Entscheidungsträger_innen aus Verwaltung, Wirtschaft und Politik in die Vermittlung geflüchteter Personen in den ersten Arbeitsmarkt und/oder die Berufsförderung durch soziale Dienstleistungen wie etwa Angebote zur Rechtsberatung oder auch zur psychosozialen Betreuung (vgl. SVR 2016, S. 70-76).

Zivilgesellschaftliches Engagement

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat im Rahmen eines ‚Stimmungsbarometers zu Geflüchteten in Deutschland‘ eine bundesweite repräsentative Befragung zum zivilgesellschaftlichen Engagement durchgeführt (vgl. Jacobsen et al. 2017). Zivilgesellschaftliches Engagement geht demnach sowohl von neu gegründeten Initiativen als auch von (bestehenden) Vereinen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen aus. Fast ein Drittel der Befragten gibt an, sich 2015 in Form von Geld- und Sachspenden für Geflüchtete engagiert zu haben. Zeit für die Unterstützung geflüchteter Menschen am eigenen Wohnort brachten 10 Prozent der Befragten auf.

Für die Geflüchteten selbst ist eine Begegnung mit den Menschen in Deutschland von zentraler Bedeutung:

„Sie brauchen nicht nur Unterstützung, sondern auch die Menschen selbst, und zwar als Sozialkontakte, Kollegen oder gar Freunde. Begegnungen und persönliche Beziehungen sind für sie wichtige Voraussetzungen, um in der Gesellschaft Fuß zu fassen“ (SVR 2017, S. 7)

In diesem Zusammenhang wird insbesondere die Ebene des Quartiers als räumlicher Rahmen, in dem sich Integrationspotentiale entfalten und Integrationsprozesse gelingen können, hervorgehoben:

„Gerade in Bezug auf das Quartier werden von zahlreichen Akteuren die sozialen Kontakte sowie die mögliche Mobilität betont, die durch Bildung, Arbeitsmarkt oder den Zugang zum Wohnungsmarkt ermöglicht wird, weshalb ehrenamtliche Arbeit hier eine Brückenfunktion einnimmt. Auch im Hinblick auf den begrenzten Aktionsraum von Geflüchteten, der an eine Wohnsitzauflage geknüpft sein kann oder im Hinblick auf die Unterbringung Festsetzungen unterliegt, gewinnt das Quartier an besonderer Bedeutung“ (ILS 2016, S. 13).

Das zivilgesellschaftliche Engagement von Personen, die im Rahmen der Fluchtmigration seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, wurde bislang kaum untersucht. Zwar enthält der Freiwilligensurvey 2017 (vgl. BMFSFJ 2017) differenzierte Angaben zum zivilgesellschaftlichen Engagement verschiedener Bevölkerungsgruppen; sie basieren jedoch auf Daten aus dem Jahr 2014. Für jenes Bezugsjahr wird festgestellt, dass sich Menschen ohne Migrationshintergrund zu 46,8 Prozent zivilgesellschaftlich engagieren; für Menschen mit Migrationshintergrund liegt die entsprechende Quote bei 31,5 Prozent (vgl. BMFSFJ 2017, S. 41), wobei allerdings zwischen Menschen mit eigener und solchen ohne eigene Migrationserfahrung zu differenzieren ist:

„Unter Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ist der Anteil der Engagierten mit 43,2 Prozent nahezu ähnlich hoch wie bei den Menschen ohne Migrationshintergrund. Dagegen ist der Anteil der Engagierten unter den Menschen mit Migrationshintergrund, die zwar in Deutschland geboren sind, aber keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, mit 31,1 Prozent deutlich geringer. Am geringsten ist der Anteil der Engagierten bei Personen mit eigener Migrationserfahrung“ (BMFSFJ 2017, S. 41).

3 Methodisches Vorgehen und Fallstudienauswahl

Henning Nuissl, Jörg Weingarten, Michael Noack

3.1 Der Forschungsansatz

Das Projekt QUARTPOINT basiert auf zwei methodischen Fundamenten. Sein Erkenntnisinteresse fordert einerseits einen fallstudienbasierten Forschungszugang, wobei Fallstudienauswahl und Untersuchungsmethodik einen systematischen Vergleich sowie die Formulierung generalisierbarer Schlussfolgerungen ermöglichen sollen (vgl. Borchardt/Göthlich 2009, S. 33). Andererseits ist das Projekt dem Paradigma der partizipationsorientierten Forschung verpflichtet und will demzufolge soziale Wirklichkeit partnerschaftlich erforschen – und im Idealfall auch zum Besseren hin verändern (vgl. von Unger 2014, S. 2)². So wurden im vorliegenden Fall lokal agierende Akteur_innen in den Forschungsprozess integriert, damit praktische Relevanzen gleichberechtigt neben wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen stehen und damit von Anfang an ein außerwissenschaftlicher Verwertungszusammenhang adressiert wird.

Das Forscherteam wählte in Anlehnung an Mattissek et al. ein interpretativ-verstehendes Verfahren (vgl. Mattissek et al. 2013, S. 35). Drei Fallstudienquartiere in Nordrhein-Westfalen wurden für die empirischen Analysen ausgewählt: (1) Altenessen & Karnap in Essen, (2) Hörsterfeld in Essen sowie (3) Altena im Märkischen Kreis. Die Auswahl dieser Fälle folgt dem Prinzip minimal-maximaler Kontrastierung. Vergleichbar sind sie hinsichtlich ihrer Größe nach Einwohnerzahl sowie dahingehend, dass sie spezifischen Herausforderungen gegenüber stehen. Unterschiede zwischen den drei Fällen bestehen hinsichtlich ihrer Lage im Raum (städtisch vs. ländlich geprägt), ihrer städtebaulichen, demographischen und ökonomischen Struktur, ihrer Position im Aufbau der staatlichen Verwaltung (vgl. Tabelle 1) sowie hinsichtlich der jeweiligen stadtentwicklungspolitischen Schwerpunktsetzungen. Essen ist eine sozialräumlich stark segregierte Großstadt, die über ‚typische‘ sozial herausgeforderte Stadtteile verfügt, in denen soziale Problemlagen kumulieren. Altena hingegen ist eine in einer leistungsstarken Industrieregion mit niedriger Arbeitslosenrate und hohem Fachkräftebedarf gelegene Kleinstadt, die lange von einem starken Bevölkerungsrückgang geprägt war. Vor diesem Hintergrund hat der Altenaer Stadtrat 2010 einvernehmlich beschlossen, zusätzliche geflüchtete Personen aufzunehmen.

Tabelle 1: Fallbeispielquartiere (Übersicht)

kreisfreie Stadt Essen		Märkischer Kreis
Altenessen & Karnap	Hörsterfeld	Stadt Altena
einfache Gründerzeitbebauung, altindustrielle Prägung	Großwohnsiedlung der 1970er-Jahre	industriell geprägte Kleinstadt

Quelle: Eigene Darstellung

² Da der partizipativen Forschung ein Gestaltungs- und Veränderungsanspruch zugrunde liegt, ist sie wertebasierte Forschung und diesbezüglich nicht frei von Kritik im wissenschaftlichen Diskurs.

Das gewählte Fallarrangement deckt ein breites Spektrum an städtischen Herausforderungen ab. Damit verspricht es, Aufschluss darüber zu geben, wie lokale Rahmenbedingungen und überkommunale Rahmensetzungen das Integrationspotential von Quartieren beeinflussen.

3.2 Die Fallstudienquartiere im Spiegel statistischer Kennzahlen

Die Gegenüberstellung einiger statistischer Kennwerte (vgl. Tabelle 2) zu den drei Fallstudienquartieren sowie zu den Gebietskörperschaften, denen sie zugehören (Stadt Essen bzw. Märkischer Kreis), verdeutlicht Konvergenzen und Divergenzen im gewählten Fallstudienarrangement. Für die beiden Essener Quartiere liegen keine gebietsscharfen Datensätze vor, da sie nicht auf Stadtteilebene definiert wurden. Das Fallstudienquartier *Altenessen & Karnap* umfasst insgesamt drei (statistische) Essener Stadtteile, die in der Tabelle jeweils separat dargestellt werden, das Fallstudienquartier *Hörsterfeld* liegt im Stadtteil Horst³, weswegen in der Tabelle die Daten für diesen Stadtteil herangezogen werden.

Tabelle 2: Die Untersuchungsquartiere im Spiegel relevanter Kennzahlen

	Altenessen-Nord	Altenessen-Süd	Karnap	Horst (Hörsterfeld)	Essen	Altena	Märkischer Kreis
Bevölkerung							
2012	16.803	25.524	7.752	9.908	566.862	17.869	419.976
2014	17.162	25.923	7.774	9.704	581.312	19.614	413.820
2016	17.138	27.077	8.095	10.782	593.894	17.375**	416.171**
Bevölkerungsdichte (Personen je Hektar der Gesamtfläche)							
2015	32,3	45,6	20,7	25,0	27,8	8,8	37,1
Anteil von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit							
2012	15,8 %	17,3 %	12,0 %	7,2 %	10,4 %	8,3 %	10,2 %
2014	17,0 %	19,2 %	12,7 %	8,2 %	11,9 %	8,7 %	10,3 %
2016	19,0 %	24,4 %	17,1 %	14,3 %	15,3 %	10,5 %	11,9 %
„SGB-II-Quote“ (Anteil von SGB-II-Empfänger_innen an der Gesamtbevölkerung)							
2012	22,9 %	32,1 %	22,4 %	21,6 %	18,5 %	7,1 %	6,8 %
2014	17,0 %	19,2 %	12,7 %	8,2 %	11,9 %	8,7 %	10,3 %
2015**	24,90 %	33,50 %	23 %	24,20 %	19,20 %	7,80 %	6,90 %

** 2015 (Zahlen für 2016 lagen bei Endredaktion noch nicht vor)

Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von Daten des Internetportals *Ein Blick auf ...* (D_E-42), der vom IT-NRW bereitgestellten Kommunalprofile (D_A-043) sowie des *Wegweiser Kommune* (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015)

³ Den Stadtteil kann man in drei Bereiche gliedern: das sogenannte Untere Horst (in den Ruhrauen), das Obere Horst (auf dem Berg gelegener Bereich) und das Hörsterfeld (eine Hochhaussiedlung aus den 1970er-Jahren).

Hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung in den Fallstudienquartieren sticht ins Auge, dass sowohl in Altena als auch im gesamten Märkischen Kreis vor 2015 ein deutlicher Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen war, der im Zuge der Migrationsbewegungen des Jahres 2015 in ein demographisches Wachstum umschlug. Essen hatte demgegenüber bereits vor 2015 Anteil an dem in der ganzen ‚alten BRD‘ wahrnehmbaren Trend, dass die großen Städte (wieder) wachsen, der bereits zu Beginn der 1990er-Jahre im Kielwasser der deutschen Einheit eingesetzt hatte.

Einen besonderen Stellenwert hat mit Blick auf die in dieser Studie verfolgte Fragestellung die statistische Kategorie des Migrationshintergrunds. Sie ist – anstelle der Kategorie der Staatsangehörigkeit – in den vergangenen Jahren zunehmend relevant geworden und hat mittlerweile auch in den alltäglichen Sprachgebrauch Eingang gefunden. So gibt es insbesondere seit dem Jahr 2000, als hierzulande mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts Einbürgerungen erleichtert wurden, immer mehr deutsche Staatsangehörige mit Migrationserfahrung. Allerdings lässt sich auf der Basis der verfügbaren kommunalstatistischen Datensätze nicht ermitteln, wie groß der Anteil an ‚Ausländern mit Migrationserfahrung‘, ‚Deutschen mit Migrationserfahrung‘, ‚Deutschen ohne Migrationserfahrung‘ sowie ‚asylsuchenden Menschen‘ an der Gesamtbevölkerung der drei Untersuchungsquartiere ist.⁴ Daher wurde lediglich der Indikator ‚Anteil der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit‘ erhoben. Für die Stadt Essen wird erkennbar, dass das Quartier Altenessen & Karnap für diesen Indikator im gesamtstädtischen Vergleich deutlich über-, das

Infobox: Der Migrationshintergrund als statistische Kategorie

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund (im weiteren Sinn) zählen nach der Definition im Mikrozensus „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2013). Unter diese Definition fallen also alle Personen mit deutscher und Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Unterschieden wird zwischen Personen mit und ohne eigene Migrationserfahrung:

- *Ausländer mit eigener Migrationserfahrung*: Personen, die im Ausland geboren wurden, nach Deutschland zuwanderten und nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen.
- *Deutsche mit eigener Migrationserfahrung*: Personen die im Ausland geboren wurden, nach Deutschland zuwanderten und über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen.
- *Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung*: Zu dieser Gruppe gehören im Inland geborene Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil eigene Migrationserfahrungen hat oder ein Elternteil eingebürgert wurde oder Aussiedler_in ist.

⁴ Das Statistikamt der Stadt Essen unterscheidet allein zwischen den drei Kategorien: ‚ausschließlich deutsche Staatsangehörigkeit‘, ‚doppelte Staatsangehörigkeit‘, ‚ausschließlich nichtdeutsche Staatsangehörigkeit‘ (vgl. D_E-42).

Quartier Hörsterfeld deutlich unterdurchschnittliche Werte aufweist. In den in der Tabelle nicht aufgeführten südlichen Stadtteilen Essens haben auch nach den Zuwächsen der letzten Jahre Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von weniger als 6 Prozent, im Essener Norden liegt der Wert bei über 18 Prozent (vgl. Noack et al. 2018, S. 2).

Das Integrationspotential eines Quartiers hängt maßgeblich auch von der ökonomischen Situation seiner Bevölkerung ab. Menschen in herausfordernden Lebenslagen sind vermehrt im ‚Bereich der eigenen Betroffenheit‘ engagiert. Bürgerschaftliches Engagement, das sich aus einer altruistischen Motivation speist, kommt vorwiegend für Personen infrage, die in ökonomisch gesicherten Verhältnissen leben. Die in der Tabelle wiedergegebenen Daten zum SGB-II-Bezug in den Fallstudienquartieren (Bezugsjahr 2015) spiegeln die ökonomische Situation im Quartier vor dem ‚langen Sommer der Migration‘ wider.

3.3 Das Methodensetting

Zu den drei ausgewählten Quartieren wurden umfangreiche Fallstudien durchgeführt, die eine Reihe unterschiedlicher empirischer Zugänge und Methoden beinhalteten, die einander ergänzten und teilweise auch aufeinander aufbauten. Angesichts der hypothesengenerierenden und eher explorativen Stoßrichtung der Forschungsarbeit lag der methodische Schwerpunkt dabei auf den qualitativen Methoden des Experteninterviews sowie der Dokumenten- und Presseanalyse. Im Zuge des Transferkonzepts des Projekts QUARTPOINT spielten außerdem teilnehmende – und aktivierende – Beobachtungen von Veranstaltungen und Kommunikationsprozessen in den untersuchten Quartieren eine zentrale Rolle.⁵

Strukturdatenanalyse

Eine sekundärstatistische Strukturdatenanalyse diente dazu, demographische Merkmale der Fallstudienquartiere zu erheben und ins Verhältnis zu den jeweiligen Gebietskörperschaften (Stadt Essen und Märkischer Kreis) zu setzen, ökonomische Kennziffern zu ermitteln und die in den Quartieren vorhandene Infrastrukturausstattung zu eruieren. Die Analyse orientierte sich an einem zuvor entwickelten Indikatorenkatalog zur Erfassung räumlicher und gesellschaftlicher Ex-Ante-Konditionen (vgl. Steingrube 1998, S. 67ff.). Ihr lag die Arbeitshypothese zugrunde, dass quartierspezifische Integrationspotentiale u. a. von der sozioökonomischen Situation der Bevölkerung sowie der Infrastrukturausstattung des betreffenden Quartiers abhängen.

Kartierung

Eine Quartierskartierung diente der Verortung und Visualisierung von Integrationspotentialen in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit. Sie erfolgte als Funktionskartierung auf der Basis eines

⁵ Um die Erhebung und die Auswertung von Daten im Projekt QUARTPOINT zu koordinieren, wurde ein umfangreiches Forschungsmanual erstellt.

zuvor definierten Kartierungsschlüssels und mithilfe eines differenzierten, zuvor erarbeiteten Kartierungsbogens im Rahmen von Quartiersbegehungen (vgl. Hüttermann 2008, S. 38). Da eine vollständige Kartierung aller drei Fallstudienquartiere mit den verfügbaren Ressourcen nicht leistbar war, wurden jeweils ‚Hot Spots‘ bzw. besonders relevante Gebiete (z. B. Haupteinkaufsstraßen) kartiert. Als Kartierungsgrundlage diente die Deutsche Grundkarte 1:5.000 (DKG 5); die kartographische Aufarbeitung erfolgte mittels der Software ArcGIS.

Dokumentenanalyse

Die Recherche und Analyse von

- stadtentwicklungspolitischen und -planerischen Programmen, Konzepten und Studien sowie
- über Ratsinformationssysteme online zugänglichen Pressemitteilungen und Niederschriften von Beschlüssen der lokalen Parlamente

in Essen und Altena diente der Feststellung von stadtteilbezogenen Planungszielen, der Inventarisierung aller in den Fallstudienquartieren wirksamen Programme und Instrumente, der Ermittlung relevanter Akteur_innen sowie generell der Inventarisierung des zu diesen Quartieren verfügbaren Wissens. Zugleich diente sie der Vorbereitung der eigentlichen, interviewgestützten Feldforschung. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der Dokumentenanalyse besonderes Augenmerk darauf gelegt,

- lokale Geschehnisse der jüngeren Vergangenheit zu rekonstruieren,
- Schlüsselpersonen und Netzwerke zu identifizieren,
- einen Überblick darüber zu erhalten, welche Themen und Ereignisse die Fallstudienquartiere zuletzt besonders ‚bewegt‘ hatten sowie
- herauszuarbeiten, welche quartierspezifischen Erfahrungen mit Ansätzen und Politiken einer integrierenden Stadtentwicklung bereits vorliegen.

Die Auswertung der einzelnen Dokumente folgte den Prinzipien der qualitativen Inhaltsanalyse: Entlang eines zuvor definierten Kategoriensystems, das die genannten Aspekte abbildete, wurden die einzelnen Texte auf relevante Informationen hin durchgesehen und interpretiert (vgl. Atteslander 2010, S. 203-204).

Presseanalyse

Für die Zeit unmittelbar nach dem ‚langen Sommer der Migration‘ wurde eine umfangreiche Presseanalyse auf zwei Ebenen vorgenommen (vgl. Diekmann 2012, S. 607): (a) Eine Auswertung überregionaler Printmedien diente der Flankierung und Einordnung der drei Fallstudien, (b) eine Analyse von Pressebeiträgen zu Ereignissen und Debatten in den untersuchten Quar-

tieren war Bestandteil der drei Fallstudien. Erstere verfolgte das Ziel, thematische Schwerpunkte, Argumentationsstrukturen, Deutungszusammenhänge und hegemoniale Vorstellungen zu Migration und Integration zu erfassen, die in den öffentlichen Debatten zu fluchtbedingter Migration dominieren; letztere wurde mit einer der Dokumentenanalyse vergleichbaren Zielsetzung durchgeführt und diente dazu, lokal relevante Ereignisse zu recherchieren, wichtige ‚Stakeholder‘ im Quartier zu identifizieren sowie nachzuvollziehen, welche Debatten die Quartiersöffentlichkeit in besonderem Maße bewegen. In beiden Fällen lag ein besonderer Fokus auf Aspekten der ‚nahräumlichen‘ Integration von Migrant_innen und Geflüchteten (bzw. auf der Bedeutung der Quartiersebene für Integrationsprozesse).

Insgesamt wurden 899 online veröffentlichte Presseartikel ausgewertet. Das Sampling dieser Artikel erfolgte für einen klar umgrenzten Zeitraum – berücksichtigt wurden alle zwischen August 2015 und Dezember 2016 publizierten Artikel – und mithilfe der Internetportale von Presseorganen, in denen anhand der Suchbegriffe ‚Flüchtlinge‘, ‚Integration‘ und ‚Kommune‘ einschlägige Texte recherchiert wurden. Für die überregionale Presseanalyse wurden 300 Beiträge aus den beiden auflagenstärksten überregional erscheinenden Tageszeitungen, *BILD* und *Süddeutsche Zeitung*, ausgewertet; für die regionale 599 Beiträge aus verschiedenen Presseorganen, in denen über lokale Entwicklungen in den drei Fallstudiengebieten berichtet wird. Dies war für alle Fallstudiengebiete die *WAZ*; im Rahmen der Altenaer Fallstudie wurden darüber hinaus das *Altenaer Kreisblatt* sowie die Onlineportale www.come-on.de/lennetal/altena, www.suedwestfalen-nachrichten.de/de/maerkischer-kreis/altena und www.maerkischer-kreis.de/service/medien-im-mk.php herangezogen, im Rahmen der Essener Fallstudien die *NRZ*, der *Nordanzeiger* (für Altenessen) bzw. der *Steeler Kurier* (für Hörsterfeld) und das Onlineportal www.lokalkompass.de/essen/essen-nord/themen/nord-anzeiger.html (eine komplette Auflistung des analysierten Samples von Pressebeiträgen enthalten die Verzeichnisse c und d).

Das Sampling der analysierten Pressebeiträge erfolgte, indem in die Suchmaschinen der genannten Onlinemedien die Suchbegriffe ‚Flüchtlinge‘, ‚Integration‘ und ‚Kommune‘ eingegeben wurden. Auf diese Weise wurden alle im Zeitraum von August 2015 bis Dezember 2016 in diesen Medien publizierten Texte identifiziert. Im Rahmen der regionalen Presseanalyse, die darauf abzielte, die in den Fallstudienquartieren relevanten Themen und Debatten zu erfassen, wurden alle ermittelten Beiträge einer pragmatisch gehandhabten (s. u.) Auswertung unterzogen. Für die überregionale Presseanalyse war hingegen eine weitere Reduktion der auszuwertenden Pressedokumente erforderlich. Denn allein für die *Süddeutsche Zeitung* lieferte die Stichwortsuche über 5.000 einschlägige Artikel, die im genannten Zeitraum erschienen sind. Für die systematische Inhaltsanalyse eines solch umfangreichen Korpus standen keine ausreichenden Ressourcen zur Verfügung. Daher wurde eine Zufallsstichprobe von jeweils 150 Artikeln aus den beiden Internetportalen von *Bild* und *Süddeutscher* gezogen.

Die Interpretation der Presseartikel erfolgte im Wege einer „qualitativ orientierten kategoriengeleiteten Textanalyse“ (Mayring/Fenzel 2014, S. 544) mithilfe der Software MAXQDA. Dieses

Verfahren sieht vor, den Textkorpus mithilfe von ex ante definierten Kategorien zu strukturieren und zu ordnen. Das Kategoriensystem orientierte sich am Erkenntnisinteresse des Projekts QUARTPOINT und weist daher einen starken Bezug zu Quartiersfragen auf. Vier Oberkategorien wurden definiert:

- Zuwanderung, Bevölkerungsrelationen und sozialräumliche Segregation im Quartier
- Integration und Desintegration in Stadtteilen, die besondere Herausforderungen zu gewärtigen haben
- Akteur_innen der Quartierspolitik und ihre Gestaltungsmacht
- Förderprogramme und informelle Prozesse im Quartier

Im Zuge der Kodierung der Presseartikel wurden diese ‚Basiskategorien‘ dann durch weitere, gleichsam induktiv gebildete Kategorien ergänzt und ausdifferenziert. Nachdem der gesamte Textkorpus dementsprechend ‚durchkodiert‘ war, konnte im Zuge der drei Fallstudien gezielt herausgearbeitet werden, welche Themen und Geschehnisse für die jüngste Entwicklung der untersuchten Quartiere prägend waren (vgl. Diekmann 2012, S. 607). Die lokale Presseanalyse war damit beendet. Die überregionale Presseanalyse ging hingegen noch einen Schritt weiter: Die kodierten Textpassagen wurden zunächst paraphrasiert und dann systematisch zusammengefasst. Auf diese Weise wurde sichtbar, welche Perspektiven im Rahmen der öffentlichen Debatten im Kontext von Flucht und Migration bedeutsam sind und wie sich diese Perspektiven im Zeitverlauf veränderten und ausdifferenzierten. Dies diente als Hintergrundfolie zur Bewertung und Interpretation des migrations- und integrationspolitischen Geschehens auf der lokalen Ebene.

Experteninterviews

Ein zentrales Instrument zur Datenerhebung im Zuge der empirischen Feldphase stellten fokussierte Experteninterviews mit Akteur_innen aus Politik und Verwaltung, städtischer Ökonomie, Wirtschaftsverbänden sowie der Zivilgesellschaft dar (vgl. Verzeichnis a). Die Auswahl der Interviewpartner_innen erfolgte auf der Basis der Informationen zu quartierspezifischen Akteurskonstellationen, die im Rahmen erster Felderkundungen sowie vor allem aus Dokumenten- und Presseanalyse gewonnen worden waren. Hinzu kamen Elemente des ‚Schneeballverfahrens‘ – d. h. es wurde Informationen zu relevanten Akteur_innen nachgegangen, die in den zuerst geführten Interviews gegeben worden waren. Dem Kriterium der ‚theoretischen Sättigung‘ wurde insofern Rechnung getragen, als in allen drei Fallstudien darauf geachtet wurde, alle Perspektiven ‚zu Wort kommen zu lassen‘, die in der Presse, in den analysierten Dokumenten oder in den Interviews als – im Hinblick auf lokale Integrationsprozesse – ‚relevant‘ markiert wurden.

Die Interviews wurden mithilfe semistrukturierter Leitfäden durchgeführt, die einerseits einen festen Kanon an Fragen und Gesprächsimpulsen enthielten, die in allen Interviews zum Einsatz

kamen, und die andererseits akteursgruppenspezifische Fragen beinhalteten, um so die Perspektiven der Beteiligten in ihrer Vielschichtigkeit abbilden zu können (vgl. Flick 2007, S. 30). Zu allen Interviews wurde ein einheitliches Daten- und Protokollblatt angelegt, das den nach einem einheitlichen Transkriptionsschema verfertigten Transkripten hinzugefügt wurde. Der so erstellte Datenkorpus wurde mithilfe der Software MAXQDA einer mehrstufigen qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen: In einem ersten Schritt wurde ein umfangreiches Kategoriensystem erstellt, anhand dessen alle Interviews vollständig kodiert wurden. Für die drei im Fokus der Untersuchung stehenden Themenfelder – lokale Politik und Verwaltung, lokale Ökonomie und lokale Zivilgesellschaft – wurde sodann eine ‚Feinanalyse‘ vorgenommen, die die Definition weiterer Kategorien beinhaltete.

Beobachtung und partizipative Forschung

Der partizipative Charakter des hier verfolgten Forschungsansatzes wurde unter anderem durch teilnehmende Beobachtungen gewährleistet, die von Beginn des Forschungsprozesses an in allen drei Fallstudienquartieren stattfanden. Besucht wurden jeweils Sitzungen von Quartiers- oder Integrationsräten sowie Dialogveranstaltungen, die von der jeweiligen Kommunalverwaltung organisiert worden waren. Hinzu kamen die selbst organisierten Transferveranstaltungen, die im Rahmen des Transferkonzepts von QUARTPOINT durchgeführt wurden (vgl. Kapitel 10). Zu den besuchten Veranstaltungen wurden jeweils Beobachtungsprotokolle erstellt, die als Hintergrundinformation bei der Auswertung von Dokumenten und Interviews mit berücksichtigt wurden. Vor allem aber dienten die teilnehmenden Beobachtungen dazu, den Forschungsprozess reflexiv zu organisieren (vgl. Atteslander 2010, S. 96) – d. h. sicherzustellen, dass über alle Forschungsphasen hinweg eine Rückkoppelung zwischen den Deutungs- und Erklärungsmustern des Forscherteams und den Erfahrungen und Relevanzen der Praxispartner_innen besteht.

4 Zuwanderung und Integration im Spiegel überregionaler Printmedien

Susen Engel, Henning Nuißl

Medien sind eine zentrale „Vermittlungsinstanz“ (Jäger/Wamper 2017, S. 11) im Bereich der öffentlichen Kommunikation. Sie berichten über Ereignisse sowie über ökonomische, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge und tragen so zur Meinungsbildung bei (vgl. Sarcinelli 2011, S. 37ff.). Mit Blick auf Migration und Integration kommt ihnen eine „Schlüsselrolle für die Bewusstseinsbildung“ (Butterwegge 2009, S. 91) und auch für den Verlauf politischer Debatten zu, die vielfach nachgewiesen werden konnte (vgl. z. B. Baringhorst 1999; Wengeler 2000; Jung et al. 2000; Niehr/Böke 2000; Bozdag/Möller 2015). Die Art und Weise sowie die Schwerpunktsetzung in der Medienberichterstattung der sogenannten Aufnahmegesellschaft können demnach Einstellungsmuster und politische Entscheidungen zu Migrant_innen und Geflüchteten nachhaltig beeinflussen. Mit dem Ziel, thematische Schwerpunkte, zentrale Argumente und hegemoniale Deutungen zu erfassen, die in den öffentlichen Debatten zu Flucht, Migration und Integration dominieren, wurde daher eine Analyse von Artikeln aus den beiden auflagenstärksten überregionalen Tageszeitungen Deutschlands (*Bild* und *Süddeutsche Zeitung*) vorgenommen. Diese Analyse liefert eine Hintergrundfolie, vor der sich die jeweils vorfindlichen, lokalspezifischen Integrationsbedingungen (in den Fallstudienquartieren) – bzw. die räumlich ungleiche Ausprägung migrations- und integrationspolitischen Wissens und Handelns (vgl. Bauriedl 2008; Glasze/Mattissek 2009) – interpretieren lassen (vgl. Schammann/Kühn 2016).

4.1 Schwerpunkte der medialen Debatten zu Migration, Flucht und Integration

Die überregionale Berichterstattung zu den Themen Migration, Flucht und Integration ist gekennzeichnet durch eine große Vielfalt unterschiedlicher Themen und Perspektiven. Breiten Raum nehmen Berichte über migrationspolitische Strategien und politische Statements ein. In inhaltlicher Hinsicht lassen sich mehrere thematische Schwerpunkte der Berichterstattung erkennen, allen voran das Ringen um ein europäisches und nationales Migrationsregime – hier geht es um den ‚Schutz der europäischen Außengrenzen‘, die ‚temporäre Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums‘, ‚Obergrenzen‘, ‚Kontingente‘, ‚Rückführungen‘ und ‚Abschiebungen‘ sowie eine ‚gerechte Verteilung geflüchteter Menschen der Europäischen Union‘. Daneben steht aber auch eine Reihe von Aspekten im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit, die um die Frage kreisen, wie die fluchtbedingte Zuwanderung nach Deutschland ‚angemessen‘ zu interpretieren ist und welche gesellschaftlichen Herausforderungen, aber auch Chancen und Lösungsansätze sich in ihrem Kontext ergeben. Hier geht es etwa um den Zugang Geflüchteter zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt, um ihre Integration oder

Assimilation oder um ihren Beitrag, den sie in Zeiten von demographischer Alterung und Fachkräftemangel zur Zukunftssicherung leisten können.

4.1.1 Migrations- und Integrationspolitik

Das Ringen um eine europäische Migrationspolitik

Mehrere der analysierten Presseartikel befassen sich mit dem europäischen Migrationsregime, dessen Defizite durch die fluchtbedingte Zuwanderung der letzten Jahre offensichtlich geworden sind. Diese Thematik wird meist unter dem Begriff ‚Flüchtlingskrise‘ rubriziert, obgleich sich in dieser sog. Krise eher die schon immer defizitäre – und daher latent krisenhafte, da weithin fehlende – gesamteuropäische Migrationspolitik manifestiert. Zentral in der Berichterstattung sind die teils bis in die Gegenwart anhaltenden Differenzen zwischen Vertreter_innen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten bezüglich gesamteuropäischer Interventions- und Steuerungsmaßnahmen (vgl. P_ÜB_105; P_ÜB_106; P_ÜB_108; P_ÜB_114; P_ÜSZ_008; P_ÜSZ_028; P_ÜSZ_032; P_ÜSZ_047). Die europäische Debatte ist dabei durch zwei Pole gekennzeichnet: Das Leitmotiv ‚Wir schaffen das‘ der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (vgl. P_ÜB_139) einerseits und die auf Grenzschießung und Kriminalisierung von Asyl setzende rechtskonservative Politik vieler Mitgliedsstaaten andererseits, für die beispielsweise der ungarische Ministerpräsident Victor Orbán steht (vgl. P_ÜB_106; P_ÜSZ_028; P_ÜSZ_032). Zu den größten Konfliktpunkten zählen die Verhandlung von Kontingentlösungen (vgl. P_ÜB_120; P_ÜSZ_047) und damit die Verteilung geflüchteter Menschen auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten (vgl. P_ÜSZ_088) sowie die temporäre Aussetzung des Schengen-Abkommens, d. h. der innereuropäischen Reisefreiheit (vgl. P_ÜB_114; P_ÜSZ_073). 2016 nahmen die meisten der auf der durch Mittel- und Südosteuropa führenden Fluchtroute (innerhalb und außerhalb der EU) gelegenen Transit- und Zielländer temporär Grenzkontrollen und Grenzschießungen vor, um die Zuwanderung von Geflüchteten zu regulieren. Die Außengrenzen (EU-)Europas wurden erstmals seit 1989/90 wieder durch die Installation von Grenzzäunen und anderweitigen Grenzanlagen befestigt (vgl. P_ÜSZ_057). Die hitzig geführten migrationspolitischen Debatten wurden im März 2016 vorübergehend befriedet, als das *EU-Türkei-Abkommen* geschlossen wurde: Geflüchtete, die über die Türkei einreisen, können nun dorthin zurückgeführt werden (vgl. P_ÜB_120).

Ansätze zur Förderung der Integration geflüchteter Menschen auf der Ebene bzw. mithilfe von Programmen der Europäischen Union werden in der überregionalen Presse fast überhaupt nicht aufgegriffen. Nur einer der ausgewerteten Artikel widmet sich überhaupt diesem Thema. Demnach könne Deutschland nicht auf eine Förderung von integrativen Maßnahmen durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) hoffen, da eine kurzfristige Anpassung europäischer Förderrichtlinien auch vor dem Hintergrund außergewöhnlicher Herausforderungen wie der Flüchtlingsaufnahme kaum durchsetzbar sei (vgl. P_ÜB_120).

Nationale Migrationspolitik

In 2015 kam es zu einer ‚Öffnung der Grenzen‘ nach Deutschland (vgl. P_ÜSZ_018), als die Bundesregierung temporär darauf verzichtete, die Einhaltung der Dublin-II-Verordnung (die regelt, in welchem EU-Staat ein Asylantrag zu stellen ist) durchzusetzen. Daraufhin erreichte die Zuwanderung von Geflüchteten nach Deutschland mit rund 890.000 Menschen allein im Jahr 2015 ihren Höhepunkt. Im Vergleich zum Vorjahr hatte sich die Zahl der Asylanträge damit vervierfacht. Die in der medialen Berichterstattung apostrophierte Grenzöffnung kann als metaphorisch bezeichnet werden, da im Schengen-Raum materielle Grenzen gar nicht (mehr) existier(t)en; tatsächlich verzichtete Deutschland lediglich darauf, seine ehemals offenen Grenzen zu schließen und ihren unangemeldeten Übertritt zu sanktionieren. Die Bundeskanzlerin begründete dies damit, dass sich die Situation der Geflüchteten in Ungarn in eine humanitäre Krise zu wandeln drohte (vgl. P_ÜB_045).

Die Debatte um eine Begrenzung der Fluchtmigration fand ihren pointiertesten Ausdruck in der Kritik der bayerischen CSU an der migrationspolitischen Linie der Schwesterpartei CDU (vgl. P_ÜB_038; P_ÜB_112), die so weit reichte, die Einführung einer Obergrenze für die jährliche Zuwanderung zur Voraussetzung einer erneuten Koalition der Unionsparteien nach der nächsten Bundestagswahl zu erklären (vgl. P_ÜB_152). Der CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer wird u. a. mit folgenden Worten zitiert: „Auch ein reiches Land kann nicht alle aufnehmen“ und „ohne die Begrenzung der Zuwanderung werden wir die Integration der Zuwanderer in unsere Gesellschaft nicht schaffen“ (P_ÜB_112, vgl. eine ähnliche Äußerung Seehofers in P_ÜB_007). Aus „Notwehr“ plädiert er daher für eine strikte Begrenzung der Aufnahme von Geflüchteten (P_ÜB_013) und verbindet damit das weit verbreitete Argument eines begrenzten Integrationsvermögens (vgl. P_ÜB_012; P_ÜB_017; P_ÜB_030; P_ÜB_044; P_ÜSZ_077) mit einer besonders drastischen Metapher. Weiter ausgeführt wird dieses Argument im Überforderungsnarrativ, das Ende 2015 als Gegenerzählung zu Merkels ‚Wir schaffen das‘ auftaucht (vgl. P_ÜB_013; P_ÜB_014; P_ÜB_038). Hier wird unter anderem beklagt, dass es eines Masterplans für die Kommunen bedürfe (vgl. P_ÜB_013; P_ÜB_087), da diese sowohl personell (vgl. P_ÜB_012; P_ÜB_006; P_ÜB_090; P_ÜSZ_010) als auch bezüglich der Unterbringung der Geflüchteten (vgl. P_ÜB_024; P_ÜB_043; P_ÜSZ_005) überfordert seien. Die CSU erweist sich in den Jahren 2015 und 2016 als eine der einflussreichsten Impulsgeberinnen einer auf Migrationsbeschränkung und Asylrechtseinschränkung fokussierten Debatte. Berichtet wird u. a. von der Erarbeitung einer Beschlussvorlage, nach der eine Einreise nach Deutschland das Vorlegen gültiger Ausweisdokumente voraussetzt, was einem Einreiseverbot für viele Geflüchtete insbesondere aus Krisen- und Kriegsländern gleichkäme (vgl. P_ÜSZ_072). Stattdessen setzen CDU-Vorsitzende und die Bundeskanzlerin auf die Schaffung von Transitzonen, das konsequente Durchsetzen von Abschiebungen und Maßnahmen der Grenzsicherung (vgl. P_ÜB_013; P_ÜB_017; P_ÜB_152; P_ÜSZ_045).

Parallel zu den Debatten um Obergrenzen und Kontingente vermehren sich Berichte über Änderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht. Aufgrund der steigenden Zahl von Asylanträgen von

Menschen aus den sogenannten Balkanstaaten setzten sich mehrere Bundespolitiker_innen dafür ein, eine schnellere Rückführung dieser Menschen zu ermöglichen. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) wird im August 2015 mit Blick auf südosteuropäische Asyl-antragssteller_innen folgendermaßen zitiert: „Für diese Gruppe gibt es keine Chance auf Anerkennung auf Asyl. Da müssen die Entscheidungen deutlich schneller fallen und nach den Entscheidungen auch tatsächlich Rückführungen stattfinden“ (P_ÜSZ_010). Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag Thomas Oppermann sekundiert: „Viele Balkan-Flüchtlinge wollen vor allem Arbeit in Deutschland. Bei uns gibt es Schutz vor Krieg und Verfolgung, nicht aber einen Anspruch auf Arbeitsmigration“ (P_ÜSZ_010). Im Oktober 2015 trat so ein neues Asylgesetz – das sogenannte Asylpaket I – in Kraft (vgl. P_ÜSZ_051; P_ÜSZ_053; P_ÜSZ_120), das einerseits die Gruppe der sogenannten ‚sicheren‘ Herkunftsländer um mehrere Staaten erweitert und andererseits die Kategorie der Asylbewerber_innen mit guter Bleibeperspektive einführt, denen bereits im laufenden Asylverfahren Zugang zu staatlichen Integrationsleistungen wie Sprach- und Integrationskursen eröffnet wird. Beschlossen wurden außerdem die Etablierung eines Schnellverfahrens zur Entscheidung von Asylanträgen, die Errichtung neuer Aufnahmeeinrichtungen, die Residenzpflicht für Asylbewerber_innen aus ‚sicheren‘ Herkunftsländern sowie eine neue Organisationseinheit, die Abschiebungen erleichtern soll.

Im März 2016 wurde das Asylrecht mit dem Ziel der Reduktion der Zuwanderungszahlen durch das sogenannte Asylpaket II erneut verschärft. Asylverfahren von Menschen aus ‚sicheren‘ Herkunftsländern werden seitdem grundsätzlich in Eilverfahren entschieden; die Gründe, derenwegen ihre Abschiebung auszusetzen ist, wurden erheblich eingeschränkt. Zudem wurde für Menschen mit subsidiärem Schutzstatus das Recht auf Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt. Im Zuge der Verabschiedung des Asylpakets II wird Bundeskanzlerin Angela Merkel wie folgt zitiert: „Für die nächsten Monate ist das Wichtigste Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung“ (P_ÜB_140).

Im August 2016 trat schließlich das sogenannte Integrationsgesetz in Kraft. Nachdem Asylbewerber_innen bisher von der Teilnahme an staatlichen Integrationskursen weitestgehend ausgeschlossen waren, können sie nun dazu verpflichtet werden. Zugleich wird die Möglichkeit einer Ausbildungsduldung für Menschen ohne formellen Aufenthaltstitel eröffnet (vgl. P_ÜB_133). Damit weitet die Bundesregierung ihre sozialstaatliche Maxime des „Fördern[s] und Fordern[s]“ – so auch eine Titelüberschrift in der Bild-Zeitung (P_ÜB_052) – auf Asylbewerber_innen ohne sicheren Aufenthaltsstatus aus. Das Integrationsgesetz wurde in den Presseartikeln vor allem aufgrund der darin enthaltenen Wiedereinführung der Wohnsitzauflage diskutiert (vgl. P_ÜB_052; P_ÜB_075; P_ÜB_125; P_ÜB_147).

Staatliche Distributions- und Abschiebepolitik im Kontext der Fluchtmigration

Die Verteilung von nach Deutschland geflüchteten Menschen innerhalb des Landes spielt in der Presse eine eher geringe Rolle. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sie über den *Königsteiner Schlüssel* klar geregelt ist. Problematisiert werden jedoch die Belastungen für

einzelne Kommunen – vor allem die flächenmäßig kleinen Großstädte und insbesondere auch die Stadtstaaten mit ihren ehemals angespannten Wohnungsmärkten (vgl. P_ÜSZ_144).

Sehr viel eingehender als auf deren räumliche Verteilung wird in der Presse auf die zum Teil chaotischen Zustände bei der Erstversorgung und Unterbringung der neuangekommenen Geflüchteten eingegangen. Dazu wird meist die Situation in einzelnen Landkreisen und Kommunen geschildert, die im Jahr 2015 – angesichts nicht ausreichender Kapazitäten der zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer – aufgefordert waren, Notunterkünfte für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen. Berichtet wird u. a. von Notunterkünften in Sport- und Turnhallen (vgl. P_ÜSZ_002), Traglufthallen (vgl. P_ÜSZ_095) oder Obdachlosenheimen (vgl. P_ÜSZ_096; P_ÜB_109) sowie von bilateralen Abkommen zwischen einzelnen Bundesländern (vgl. P_ÜB_148). Insgesamt wird von sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen und Vorgehensweisen bei Erstversorgung und Unterbringung berichtet. So schildert die *Süddeutsche Zeitung* 2015 und 2016 in mehreren Artikeln, wie der Freistaat Bayern die besonderen Herausforderungen bewältigt hat, denen er sich als dasjenige Bundesland gegenüber sah, über das fast alle Geflüchteten nach Deutschland einreisten (vgl. P_ÜSZ_028; P_ÜB_104). Besonders anpassungsfähig zeigten sich die kommunalen Akteure_innen offenbar auch im baden-württembergischen Heidelberg, wo es frühzeitig gelang, sämtliche Stationen des Asylverfahrens räumlich zu bündeln (vgl. P_ÜB_104). Für die Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen wird dagegen von erheblichen Problemen und Kapazitätsengpässen bei der Erstversorgung berichtet.

Freiwillige Rückkehr, Rückführung und Abschiebung sind über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg dominante Themen in der Presse. So wird berichtet, dass zwischen Januar und September 2015 bereits 22.000 abgelehnte Asylbewerber_innen über ein Rückkehrförderprogramm der Bundesregierung ausgewandert sind (vgl. P_ÜB_114). Neben der anreizgesteuerten ‚freiwilligen‘ Rückkehr spielt auch die Verhandlung mit den Maghreb-Staaten Marokko, Tunesien und Algerien zur Etablierung eines Verfahrens der effizienten Abschiebung abgelehnter Asylbewerber_innen aus diesen Ländern eine zentrale Rolle in der Berichterstattung (vgl. P_ÜB_134).

4.1.2 Arbeit und Bildung als Katalysatoren der Integration

Viele der analysierten Artikel thematisieren Voraussetzungen bzw. Bedingungsfaktoren einer Integration Geflüchteter. Dabei werden vor allem der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen als zentrale Integrationsmotoren gekennzeichnet.

Arbeitsmarktintegration

Die Einbindung Geflüchteter in den Arbeitsmarkt wird verstärkt erst seit 2016 in der Presse abgebildet und gilt dann aus zweierlei Gründen als essentiell: zum einen, da sie gleichbedeutend sei mit der ökonomischen Integration in die Aufnahmegesellschaft, zum anderen aber auch, da sie die Akzeptanz durch Mitglieder dieser – leistungsorientierten – Mehrheitsgesell-

schaft gewährleiste (vgl. P_ÜB_102; P_ÜB_028; P_ÜB_054; P_ÜB_038; P_ÜB_073). Es sind vor allem politische Akteur_innen, deren Aussagen in diesem Zusammenhang zitiert werden. Die Bundesbeauftragte für Integration, Aydan Özoguz (SPD), etwa glaubt, „dass am Ende ein fester Arbeitsplatz einer der wichtigsten Ansätze ist, um hier heimisch zu werden und Akzeptanz zu finden“ (P_ÜB_073). Für die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt werden typische Hindernisse benannt: Häufig wird deren niedriger Bildungs- und/oder Qualifikationsstand beklagt (vgl. P_ÜB_020; P_ÜB_101), zuweilen auch deren „Arbeitsunwilligkeit“ (P_ÜB_044) – beides impliziert die individuelle Verantwortlichkeit für den Integrationserfolg. In anderen Artikeln werden jedoch auch bürokratische Hürden bemängelt, etwa wenn Arbeitsverbote berufsfördernde Maßnahmen verhinderten (vgl. P_ÜB_053; P_ÜB_085; P_ÜB_019).

Recht ausführlich wird in den analysierten Presseartikeln diskutiert, ab wann realistischerweise mit einem Eintritt der geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt zu rechnen ist. So sei aufgrund der zu absolvierenden Integrations- und Qualifikationsmaßnahmen davon auszugehen, dass ein Großteil der erwerbsfähigen anerkannten Geflüchteten zunächst unter die Grundversicherung fallen werde. Tatsächlich waren im September 2016 ca. 140.000 von ihnen berufstätig, während ca. 10.000 eine Ausbildung absolvierten (vgl. P_ÜB_143) und 153.000 arbeitslos gemeldet waren (vgl. P_ÜB_142). (Hinzu kommt rund eine halbe Million nicht arbeitslos gemeldeter Transferleistungsbezieher_innen). Des Weiteren werden Stimmen zitiert, die davon ausgehen, dass lediglich 10-15 Prozent der Geflüchteten binnen eines Jahres eine Beschäftigung finden (vgl. P_ÜB_138; P_ÜB_144). Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung, die der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen beigemessen wird, wurden schon zu Beginn des Jahres 2016 erste Stimmen laut, die für diese Personengruppe eine Aufweichung bestehender Regelungen zum Arbeitsrecht und zum Arbeitnehmerschutz vorschlugen. Vom CDU-Bundesvorstand, von den sogenannten Wirtschaftsweisen der Bundesregierung und vom Präsidenten des Industrieverbandes BDI wurden Ausnahmeregelungen beim gesetzlichen Mindestlohn sowie die Aufhebung des Zeitarbeitsverbots ins Gespräch gebracht (vgl. P_ÜB_020; P_ÜB_041; P_ÜB_085) – letztere wurde mittlerweile gesetzlich geregelt. Demgegenüber wird unter anderem der SPD-Politiker Sigmar Gabriel zitiert, der auf die Notwendigkeit allgemeinverbindlicher Tarifverträge und guter Arbeitsbedingungen hinweist, um Geflüchtete nicht „zur billigen Arbeitsreserve“ zu machen und dadurch „Löhne und Tarifverträge auszuhöhlen“ (P_ÜB_105).

Bildung

Die Bedeutung von Bildungsmaßnahmen und -teilhabe wird in der Presse aus zwei grundsätzlich unterschiedlichen Perspektiven thematisiert. Einerseits wird die Bedeutung eines ausreichenden Angebots (vgl. P_ÜB_050), aber auch der Wahrnehmung von Bildungsmaßnahmen hervorgehoben, die sich an geflüchtete Menschen richten und die diese beim Spracherwerb, der beruflichen Qualifizierung oder auch der kulturellen Assimilation (vgl. P_ÜSZ_140) unterstützen sollen (vgl. P_ÜB_038). Allem voran wird die Sprachbarriere als Integrationshemmnis benannt, deren Beseitigung eine vordringliche und langfristige Aufgabe sei (vgl. P_ÜB_094;

P_ÜSZ_125; P_ÜB_044; P_ÜB_047). Andererseits werden auch Programme behandelt, die sich an die Aufnahmegesellschaft richten (vgl. P_ÜSZ_140) – etwa solche, die interkulturelle oder rechtliche Kompetenzen an Ehrenamtliche vermitteln (vgl. P_ÜSZ_079) oder Vorurteilen und fremdenfeindlichen Ressentiments entgegenwirken wollen (vgl. P_ÜSZ_050).

Unterschiedliche Integrationsverständnisse

Die Art und Weise der Thematisierung von Integrationsfaktoren in den einzelnen Pressebeiträgen verweist auf die unterschiedlichen Integrationsverständnisse, die politische und öffentliche Debatten bestimmen. Wenn etwa die Bedeutung einer „Willkommenskultur“ (P_ÜSZ_005; P_ÜSZ_009), die Wichtigkeit von zwischenmenschlichem Austausch (vgl. P_ÜB_035) – z. B. im Zuge der Aufnahme in einen Sportverein (vgl. P_ÜSZ_058; P_ÜB_055) – oder die Notwendigkeit von Bildungsangeboten für Mitglieder der Aufnahmegesellschaft betont werden, impliziert dies, dass Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, die eine ‚Öffnung‘ auch aufseiten der Aufnahmegesellschaft voraussetzt. Wenn andererseits der Fokus einseitig auf (gesetzliche) Normen, Angebote und Infrastrukturen gerichtet wird, die die individuellen Integrationsanstrengungen der Neuangekommenen leiten und unterstützen sollen, so offenbart dies ein Verständnis, das Integration zumindest implizit als deren Bringschuld versteht. In diesem Zusammenhang kann auch die immer wieder aufkeimende Debatte um eine ‚Deutsche Leitkultur‘ erwähnt werden. So forderte der CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer im November 2016, „Stoppschilder“ aufzustellen und die „eigene Leitkultur“ zu verteidigen (P_ÜB_100).

Finanzielle Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt

Entsprechend der großen Bedeutung, die der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten insgesamt beigemessen wird, berichtet die überregionale Presse auch vergleichsweise ausführlich über deren staatliche Förderung. So wird eine Prognose des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom Herbst 2015 angeführt, der zufolge die für Sprachförderung, Qualifizierung, Arbeitsmarkteingliederung sowie Unterstützung des Lebensunterhalts von Geflüchteten jährlich erforderlichen Finanzmittel bis 2019 auf rund 7 Milliarden Euro ansteigen werden (vgl. P_ÜB_004). Zitiert wird auch das Petikum des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit (BA), Unternehmen bei der Einstellung von Geflüchteten finanziell zu unterstützen, da diese „am Anfang nicht die Leistung [erbringen], dass man einen vollen Lohn zahlen kann“ (P_ÜB_144). Um diese Forderung umzusetzen, entwickelte die BA ein vierstufiges System der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter (vgl. P_ÜB_149), bereitete die flächendeckende Einrichtung von *Integration Points* vor (vgl. P_ÜB_127) und dehnte so ihre in der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen erprobte Förderpolitik auch auf Geflüchtete im Anerkennungsverfahren aus. Thematisiert wird in der Presse ferner die Initiative *Wir zusammen*, mit der die Bundesregierung das Engagement der Wirtschaft für die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu stärken versucht (vgl. P_ÜB_133; P_ÜB_144). Parallel zu diesen Anstrengungen aufseiten des Bundes wird über eine Reihe weiterer Initiativen und Fördermaßnahmen berichtet – so etwa

über die Bereitstellung von mehr als 6.000 Ausbildungsplätzen für Geflüchtete in überbetrieblichen Bildungsstätten im Rahmen eines vom Zentralverband des Handwerks zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aufgelegten Qualifizierungsprogramms (vgl. P_ÜB_072; P_ÜB_073; P_ÜB_028), über das vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag etablierte Netzwerk *Unternehmen integrieren Flüchtlinge* (vgl. P_ÜB_143) oder über das Aktionsprogramm *Ankommen in Deutschland*, mit dem die Bertelsmann Stiftung die Integrationsarbeit von Städten und Gemeinden unterstützt. Berichtet wird zudem von vielen weiteren regionalen (vgl. P_ÜB_130) und lokalen (vgl. P_ÜSZ_086) Initiativen wie etwa dem Einsatz einzelner Handwerkskammern für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen (vgl. P_ÜB_028; P_ÜSZ_097) oder dem Engagement einzelner Betriebe, die Geflüchtete ausbilden oder eingestellt haben (vgl. P_ÜB_077; P_ÜB_110; P_ÜB_129).

4.1.3 Migration und Zuwanderung als Chance – die utilitaristische Perspektive

Ein immer wieder aufscheinendes Narrativ in der Berichterstattung über Migration und Flucht besteht darin, die jüngste Zuwanderung als Lösung bestehender oder absehbar auftretender Probleme der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung in Deutschland auszuweisen. Zugrunde liegt diesem Narrativ eine utilitaristische (bzw. rationalistische) Perspektive.

Zuwanderung als Antidot des demographischen Wandels

Aufgrund der Zuwanderung von sowohl Geflüchteten als auch von EU-Bürger_innen stieg die Bevölkerungszahl Deutschlands allein im Jahr 2015 um rund 1,2 Prozent bzw. 1,14 Millionen Menschen (vgl. P_ÜB_137; P_ÜSZ_121). Diese Entwicklung wird immer wieder in den Kontext des demographischen Wandels gestellt. Die extremen Unterschiede zwischen den Zuwanderern bzw. Zuwanderinnen bezüglich ihrer Einreisewege, ihres Aufenthaltsstatus und ihrer Lebensbedingungen unberücksichtigt lassend, wird die Immigration der jüngsten Vergangenheit als Chance für das ‚alternde‘ Deutschland dargestellt. So wird u. a. darauf verwiesen, dass die Einwohnerzahl Deutschlands ohne Zuwanderung kontinuierlich schrumpfen würde. Soziostrukturelle Veränderungen der Bevölkerung im Zuge der Zuwanderung werden dagegen vor allem auf der Ebene von Städten und Gemeinden thematisiert (vgl. P_ÜB_025; P_ÜB_137).

Zuwanderung als Motor der Volkswirtschaft

Mehrere der analysierten Presseartikel stellen einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland her. Neben den politischen Debatten zum Ausgleich der mit der Aufnahme und Integration von Geflüchteten entstehenden finanziellen Lasten häufen sich ab Herbst 2015 Berichte, in denen der volkswirtschaftliche Nutzen der Fluchtmigration im Vordergrund steht. So wird eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) referiert, der zufolge die Aufnahme von Geflüchteten langfristig „positive wirtschaftliche Impulse“ zeige, binnen vier Jahren der deutschen Wirtschaft „mehr Gewinn bringen als [...] Kosten verursachen“ würde (P_ÜB_020) und – eine gelingende Arbeitsmarktin- tegration vorausgesetzt – zum Erhalt von Wohlstand und Wachstum in Deutschland beitrage

(vgl. P_ÜB_020). In anderen Artikeln wird etwas weniger euphorisch konstatiert, dass die Zuwanderung vor allem aufgrund „staatlicher Ausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge und mehr Umsatz im Handel“ (P_ÜB_027) das Wirtschaftswachstum positiv beeinflusse (vgl. P_ÜB_079). Unter dem Titel *Wie Flüchtlinge unsere Wirtschaft retten* argumentiert ein weiterer Beitrag, dass insbesondere Geflüchtete aus den arabischen Ländern für weltweit tätige deutsche Unternehmen große Chancen bergen, die Wirtschaftsbeziehungen in die arabischsprachige Welt zu stärken (vgl. P_ÜB_028). Auswirkungen der Flüchtlingsaufnahme auf regionale und lokale Ökonomien werden in der überregionalen Presse dagegen nur am Rande thematisiert – beispielsweise indem kommunale (Mehr-)Ausgaben für den Bau von Flüchtlingsunterkünften oder den Ausbau sozialer Infrastrukturen als ‚Konjunkturprogramm‘ gedeutet werden, von dem vor allem regional verankerte mittelständische Betriebe profitieren (vgl. P_ÜSZ_095; P_ÜB_116; P_ÜSZ_065; P_ÜSZ_121).

Zuwanderung als Lösung für das Problem des Fachkräftemangels

Eine im Zusammenhang mit der jüngsten Fluchtmigration nach Deutschland immer wieder geäußerte Hoffnung betrifft den Fachkräftemangel, der in zahlreichen Branchen und Regionen den deutschen Arbeitsmarkt kennzeichnet. So sieht Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) für viele Bereiche der Wirtschaft einen zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften (vgl. P_ÜB_084), da ab 2020 eine Vielzahl der heute noch erwerbstätigen Personen in den Ruhestand tritt, und etikettiert vor diesem Hintergrund die nach Deutschland geflüchteten Menschen medienwirksam als „Fachkräfte von übermorgen“ (P_ÜB_137). Etwas weniger plakativ wünscht sich (der ehemalige) Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), Flüchtlinge gezielt im Pflegebereich auszubilden, da hier viele Fachkräfte fehlten und der Bedarf steigen werde (vgl. P_ÜB_093; P_ÜB_094). Der bayerische Landkreistag hält eine dezentrale Verteilung der Geflüchteten auf die Bundesrepublik auch deshalb für sinnvoll, um Fachkräfte an den ländlichen Raum zu binden (vgl. P_ÜB_126). In fast allen Artikeln, die sich mit den positiven Arbeitsmarktimpulsen befassen, die von geflüchteten Menschen ausgehen können, wird betont, dass ein ‚längerer Atem‘ erforderlich sei: Zunächst müsse eine weitergehende, nicht nur ökonomische, sondern auch gesellschaftliche Integration der künftigen Fachkräfte stattfinden, für die eine ausreichende staatliche Förderung (Sprachförderung, Qualifizierung etc.) zu gewährleisten sei (vgl. P_ÜB_138; P_ÜB_143; P_ÜB_144).

4.1.4 ‚Integration findet vor Ort statt‘ – Potentiale und Überforderungstendenzen bei den lokalen Akteur_innen

In der überregionalen Berichterstattung zur Fluchtmigration dominieren die Stimmen von Akteur_innen der Bundesebene. Migrations- und integrationspolitische Implikationen der Zuwanderung werden ganz überwiegend auf gesamtgesellschaftlicher Ebene behandelt und bleiben damit größtenteils orts- bzw. raumlos. Spezifische regionale oder lokale Rahmenbedingungen für die Integration zugewanderter Menschen werden – mit Ausnahme der vielen Berichte zum zivilgesellschaftlichen Engagement in vielen Städten und Gemeinden – nur in weni-

gen Presseartikeln thematisiert. Dementsprechend wird auch die Bedeutung nähräumlicher Strukturen oder Beziehungen bzw. der Quartiersebene bestenfalls am Rande behandelt.

Segregation

Sofern die Zuwanderung von Geflüchteten in der überregionalen Presse mit Blick auf die kommunale Ebene thematisiert wird, geschieht dies ganz überwiegend in Verbindung mit der Sorge vor sozialräumlicher Segregation und wird nicht selten mit drastischen Warnungen verbunden – vor einer „Ballung sozialer Probleme“ (P_ÜB_147), vor der Herausbildung von „Ghettos“ (P_ÜB_048), „Parallelgesellschaften“ (P_ÜB_119) und der „Gefahr sozialer Konflikte“ (P_ÜB_108) oder gar vor der Entstehung von „unmittelbare[n] Sicherheitsproblem[en] für unseren Staat“ (P_ÜB_112; P_ÜB_145) und von „soziale[m] Sprengstoff“ (P_ÜSZ_096), die von der räumlichen Konzentration von Geflüchteten befördert werde. Als prominentes Beispiel wird in diesem Zusammenhang mehrfach die Stadt Essen angesprochen, wo Lokalpolitiker_innen die ihres Erachtens ungerechte Verteilung von Geflüchteten im Stadtgebiet bemängelten (vgl. P_ÜB_048) und im Winter 2015/2016 mit dem mehr als fragwürdigen, der NPD-Rhetorik früherer Jahre entlehnten Slogan „Der Norden ist voll“ für Schlagzeilen sorgten (vgl. P_ÜB_033; P_ÜB_034; P_ÜB_048; vgl. Kapitel 5.1).

Wohnen

Auch das Wohnen ‚an sich‘ wird in der Presse häufig als Integrationsfaktor thematisiert. Hierbei wird einer dezentralen Unterbringung von Geflüchteten (vgl. P_ÜSZ_056; P_ÜSZ_090) und insbesondere einer Unterbringung in privatem Wohnraum (vgl. P_ÜB_003) eine in hohem Maße integrationsförderliche Wirkung zugesprochen. Zentrale Großunterkünfte werden demgegenüber typischerweise als – ausgesprochen integrationshemmende – Segregation problematisiert (vgl. P_ÜB_019; P_ÜB_039; P_ÜB_051). Die tatsächlichen Wohnbedingungen werden in diesem Zusammenhang kaum thematisiert (vgl. P_ÜB_037; P_ÜB_090). Vor diesem Hintergrund wird (auch im Kontext der Fluchtmigration) über Bestrebungen berichtet, den Wohnungsneubau, v. a. den sozialen Wohnungsbau, zu forcieren (vgl. P_ÜSZ_056; P_ÜSZ_096; P_ÜB_029; P_ÜB_109).

Politik und Verwaltung

Sofern die Rolle der Kommunen für die Integration von Zugewanderten im Allgemeinen und Geflüchteten im Besonderen in der überregionalen Presse thematisiert wird, konzentriert sich die Berichterstattung in aller Regel auf die Belastung und Überforderung lokaler Institutionen und Akteur_innen im Zuge der Unterbringung und Erstversorgung einer großen und unkalkulierbaren Zahl von Geflüchteten (vgl. P_ÜB_002; P_ÜB_003; P_ÜB_012). Die *BILD*-Zeitung ergreift in diesem Zusammenhang (wenn auch grammatikalisch nicht ganz richtig) explizit Partei für die Kommunen: „Während die Bundesregierung und die EU den Tenor vorgibt, die Geflüchteten aufzunehmen, sind es die Städte und Gemeinden, die den Flüchtlingsansturm bewältigen müssen – bis zur Bewilligung ihrer Asylanträge – oder der Abschiebung“ (P_ÜB_003).

Abgesehen von der hier vorgenommenen metaphorischen Gleichsetzung der Fluchtmigration mit einer Naturgewalt verweist dieses Zitat vor allem darauf, dass Städte und Gemeinden geflüchtete Menschen in der Regel nicht aus freien Stücken aufnehmen. In einem anderen Artikel wird die *New York Times* als Kronzeugin der kommunalen Überforderung angerufen, da selbst sie über die langen Schlangen vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales mit „deprimierten, entnervten und verzweifelten Flüchtlingen“ als „Sinnbild für eine überforderte und ineffiziente Verwaltung“ (P_ÜB_104) berichtet habe. In diesem Sinne lassen sich auch die Berichte über unkonventionelle Strategien in der Unterbringung deuten: In Bremen wurde kurzzeitig über die Beschlagnahmung leerstehender Gebäude nachgedacht (vgl. P_ÜSZ_039), während der Landshuter Landrat als Protestaktion einige dem Landkreis zugewiesene Geflüchtete per Reisebus zum Berliner Kanzleramt schickte (vgl. P_ÜSZ_075). Des Weiteren finden sich in der überregionalen Presse einige Artikel, die auf die geringen kommunalen Entscheidungsspielräume bei der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften (vgl. P_ÜB_002; P_ÜSZ_046) und der Gestaltung von Integrationsstrategien hinweisen – in diesem Kontext ist die hohe Medienpräsenz der Kleinstadt Altena, die lange Zeit die einzige deutsche Stadt war, die freiwillig zusätzliche Geflüchtete aufnahm, erwähnenswert (vgl. P_ÜSZ_061). Es wird deutlich, dass insbesondere die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Fluchtmigration die Überforderung der lokalen Behörden nachhaltig verschärfte. Langfristige Perspektiven sind für die Städte und Gemeinden vor allem in Bezug auf die von ihnen zu leistende Anpassung in der sozialen Infrastruktur (Ausbau der Kita-, Schul- und Ausbildungsplätze, Erweiterung der eigenen Personalkapazitäten) unabdingbar (vgl. P_ÜSZ_085).

Finanzielle Unterstützung der Kommunen

Im Spätsommer 2015 bildete die Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung einen thematischen Schwerpunkt in der Presseberichterstattung. So forderten mehrere Länder, einzelne Parteien, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtetag, dass die Bundesregierung die Kosten für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten übernimmt, da die Kommunen mit diesen Aufgaben finanziell überfordert seien (vgl. P_ÜB_008; P_ÜB_058; P_ÜB_059; P_ÜB_105; P_ÜB_126; P_ÜB_128; P_ÜB_146; P_ÜSZ_001). Zitiert wird u. a. die Präsidentin des Deutschen Städtetages: „Das geht nur mit weiterer Hilfe von Bund und Ländern. Denn es wird vor Ort immer enger! Städte und Gemeinden arbeiten derzeit am Anschlag“ (P_ÜB_008). Nach längeren Auseinandersetzungen einigten sich Bund und Länder darauf, dass der Bund den Ländern von 2016 bis 2018 insgesamt sieben Milliarden Euro für die Integration von Geflüchteten bereitstellt (vgl. P_ÜB_063; P_ÜB_064). Seit Juni 2016 übernimmt der Bund überdies die Kosten für die langfristige Unterbringung anerkannter Geflüchteter (vgl. P_ÜB_128), die gemäß der Sozialgesetzgebung durch die Kommunen zu tragen wären. Auch innerhalb der einzelnen Bundesländer gibt es teils scharfe Auseinandersetzungen zwischen Landesregierung und Kommunen über die Verteilung der im Zuge der Zuwanderung von Geflüchteten anfallenden finanziellen Lasten (vgl. P_ÜB_021; P_ÜB_065).

Gesellschaftliche Polarisierungen: Zwischen Willkommenskultur und Xenophobie

Während insbesondere Landrät_innen, Bürgermeister_innen und andere Lokalpolitiker_innen in der Presse die Überforderung der Kommunen bei der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen betonen (vgl. P_ÜB_012; P_ÜB_033; P_ÜB_034; P_ÜB_110; P_ÜSZ_005; P_ÜSZ_120), dominieren gleichzeitig Berichte darüber, wie die Zivilgesellschaft die mit der fluchtbedingten Zuwanderung verbundenen Herausforderungen mit einer „Welle der Hilfsbereitschaft“ (P_ÜSZ_022) bewältigt. Aus vielen einzelnen Städten und Gemeinden wird über ein umfassendes ehrenamtliches Engagement berichtet, dem die erfolgreiche Aufnahme Geflüchteter zu großen Teilen zu verdanken war (vgl. P_ÜB_055; P_ÜB_135; P_ÜB_141; P_ÜSZ_004; P_ÜSZ_012; P_ÜSZ_041; P_ÜSZ_049; P_ÜSZ_056; P_ÜSZ_058; P_ÜSZ_077; P_ÜSZ_093; P_ÜSZ_119; P_ÜSZ_124; P_ÜSZ_142). Beispiele für dieses vielfältige Engagement sind: nachbarschaftliche Willkommensfeste oder Willkommenscafés, ehrenamtlich organisierte Kleiderkammern und Möbelsammlungen, Aufnahme von Geflüchteten im eigenen Zuhause, Patenprogramme, Bereitstellung von Internetzugängen in Flüchtlingsunterkünften, ehrenamtlicher Sprachunterricht, Unterstützung bei der Wohnungssuche, Garten- und Theaterprojekte, Integration in Sportvereinen, Reparatur, Verleih und Verkauf von Fahrrädern.

Auch wenn in einigen Artikeln Ehrenamtliche zitiert werden, die das Helfen glücklich mache (vgl. P_ÜSZ_004; P_ÜSZ_043), häufen sich parallel dazu Berichte, die die hohe Belastung, den Stress und die Überforderung der ehrenamtlich Tätigen aufzeigen und in denen gefordert wird, die ehrenamtlich erbrachte Leistungen in hauptamtliche Strukturen zu überführen (vgl. P_ÜB_013; P_ÜB_024; P_ÜSZ_085). So ließe sich die vielerorts konstatierte mangelnde Zusammenarbeit in der Flüchtlingshilfe zwischen Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft überwinden.

Doch neben der Beschreibung lokaler Ausprägungen einer Willkommenskultur nimmt auch das Erstarken nationalistischer und xenophober Strömungen in der Gesellschaft einen bedeutenden Platz in der überregionalen Medienberichterstattung ein. Ausführlich wird über die politischen Verwerfungen am rechten Rand des Parteienspektrums berichtet, die sich im Zuge der Flüchtlingszuwanderung massiv verschärft haben. So dokumentieren zahlreiche Artikel, wie sich sog. ‚migrationskritische‘ Positionen in der öffentlichen Debatte etabliert haben (vgl. P_ÜSZ_054; P_ÜSZ_127), die von islamophoben Warnungen vor einer angeblich drohenden „Islamisierung Europas“ (P_ÜB_106; P_ÜSZ_028) orchestriert werden. Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Verlautbarungen aus dem etablierten Parteienspektrum sind dabei nicht immer leicht zu ziehen – etwa wenn ein Zusammenhang zwischen dem (unkontrollierten) Zuzug von Geflüchteten und der Terrorgefahr hergestellt wird (vgl. P_ÜSZ_129; P_ÜSZ_030; P_ÜB_131; P_ÜB_134). Hinzu kommen Berichte über zahllose fremdenfeindlich motivierte Übergriffe auf Menschen vermeintlich ausländischer Herkunft, deren Unterstützer_innen, aber auch Politiker_innen sowie über Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte (vgl. P_ÜB_049; P_ÜB_086; P_ÜB_090; P_ÜB_105; P_ÜB_113; P_ÜB_145; P_ÜB_150; P_ÜSZ_017; P_ÜSZ_020; P_ÜSZ_025; P_ÜSZ_061; P_ÜSZ_066; P_ÜSZ_091). Im Jahr 2015 gab es 1.057 Übergriffe, bis

September 2016 wurden bereits 1.300 weitere verzeichnet (P_ÜB_145). Im Oktober 2015 wird die Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Reker aufgrund ihrer Flüchtlingspolitik von einem Täter mit einem Messer lebensgefährlich verletzt (vgl. P_ÜB_113). (Und knapp zwei Jahre später wird auch der Bürgermeister der Stadt Altena zum Opfer einer solchen Messerattacke, die bundesweit Aufmerksamkeit fand, jedoch nicht mehr in den Untersuchungszeitraum der hier vorgestellten Presseanalyse fiel).

Die immer vernehmbarere Artikulation von fremdenfeindlichen und nationalistischen Positionen kann vor Ort als bedeutendes Integrationshemmnis wirken. So wird Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einer Äußerung zu der Partei Alternative für Deutschland (AfD) folgendermaßen zitiert: „Die AfD ist eine Partei, die die Gesellschaft nicht zusammenführt und keine geeigneten Lösungen für die Probleme anbietet, sondern Vorurteile schürt und spaltet“ (P_ÜB_045). Aber auch eine missglückte Informationspolitik politischer Entscheidungsträger_innen wird in der Presse für das Erstarken fremdenfeindlicher Positionen verantwortlich gemacht (vgl. P_ÜB_019; P_ÜSZ_061). Zugleich wird vermehrt das Problem der sozialen Gerechtigkeit thematisiert, so etwa von Vizekanzler Sigmar Gabriel: „Es darf sich keine Stimmung ausbreiten, in der es heißt: Na ja, für die habt ihr alles, für mich nix“ (P_ÜB_009); „wir dürfen nie zulassen, dass man die Flüchtlinge gegen die Interessen der hier lebenden Menschen ausspielen kann“ (P_ÜB_105).

Neben den zahlreichen Hinweisen auf fremdenfeindliche und nationalistische Strömungen werden in der Presse auch Stimmen zitiert, die im politischen bzw. orthodoxen Islam ein wesentliches Integrationshemmnis sehen (vgl. P_ÜB_100; P_ÜSZ_129; P_ÜSZ_030; P_ÜB_131; P_ÜB_134). Des Weiteren wird konstatiert, dass die aktive Verweigerung von Integrationsanstrengungen aufseiten der Zugewanderten Ursache von Desintegrationsprozessen sei (vgl. P_ÜB_014). Diese Argumentationsfigur findet sich häufig in Verbindung mit der soziokulturellen Besonderung der Gruppe der jungen, muslimischen Männer, die als Problem ‚an sich‘ dargestellt werden (vgl. P_ÜB_012; P_ÜB_022; P_ÜB_035; P_ÜB_090; P_ÜB_109; P_ÜB_135), aber auch in Verbindung mit der Problematisierung der (Voll-)Verschleierung muslimischer Frauen (vgl. P_ÜSZ_067). Sowohl in der Berichterstattung über allein reisende muslimische Männer als auch in derjenigen über sich verschleiernde Frauen scheint ein antimuslimisches Narrativ durch (vgl. Shooman 2014), das in der Sorge kulminiert, Deutschland drohe, durch die Zuwanderung von Menschen mit islamischem Glauben zu einer „machohaften, gewalttätigen und religiös intoleranten“ (P_ÜB_022) Gesellschaft zu werden.

Rolle der muslimischen Religionsgemeinden

Sofern die analysierten Presseartikel die Bedeutung von muslimischen Gemeinden bei der Integration geflüchteter Menschen überhaupt erwähnen, gelangen sie zu einer ambivalenten Einschätzung. In einem Artikel, der den Vorsitzenden des Zentralrats für Muslime in Deutschland zu Wort kommen lässt, schildert dieser die Schlüsselrolle, die den Moscheegemeinden bei der Integration zukommt. Gleichzeitig kritisiert er, dass deren Leistungen nicht mit der Vergabe

von Fördergeldern honoriert würden, da bei der Fördermittelvergabe traditionell die kirchlichen Wohlfahrtsverbände bevorzugt würden (vgl. P_ÜB_010). Ein anderer Beitrag gibt die Meinung des baden-württembergischen Integrationsministers wieder, der die Auffassung vertritt, Muslim_innen in Deutschland sollten sich bei der Integration der Neuangekommenen stärker einbringen, da dadurch islamophoben Stimmungen in der Gesellschaft entgegenge wirkt werden könne (vgl. P_ÜB_120). Die geringe mediale Aufmerksamkeit für die Rolle von Muslim_innen bei der Flüchtlingsintegration sowie deren ambivalente Darstellung legen den Verdacht nahe, dass die Darstellung zivilgesellschaftlichen Engagements in diesem Bereich tendenziell einseitig bzw. verkürzt ist und eine wichtige Akteursgruppe weitgehend ausblendet.

Die Perspektive geflüchteter Menschen

Eine gewichtige Stimme in der Debatte um Immigration und Integration sollten auch die nach Deutschland geflüchteten Menschen selbst haben. Dennoch findet gerade deren Perspektive in den untersuchten Presseartikeln kaum Beachtung. Viel häufiger als mit ihnen wird über sie gesprochen; Projekte erscheinen als *für* sie, aber nicht *von* ihnen gestaltet. Für eine Einbeziehung der jüngst zugewanderten Menschen in bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen finden sich in den analysierten Presseartikeln daher kaum Anzeichen. Lediglich einige Passagen zu einer Zusammenarbeit im Ehrenamt lassen sich finden (vgl. P_ÜB_141; P_ÜSZ_110; P_ÜB_123), in denen unter anderem die Gefahr der Abschiebung von Geflüchteten, die sich in der Integrationsarbeit engagieren, thematisiert wird. Auch das Prinzip ‚Geflüchtete helfen Geflüchteten‘ wird vereinzelt angesprochen (vgl. P_ÜSZ_004; P_ÜB_135), wobei ein Artikel über die Gemeinde Augustsburg heraussticht: Der dortige Bürgermeister möchte die Asylbewerber_innen aktiv in den Bau ihrer Unterkünfte einbeziehen. Nach einer kurzen Anlernphase sollen sie Minihäuser in Holzrahmenbauweise errichten, wodurch die lokale Wirtschaft angekurbelt, eine Alternative zur Containerbauweise möglich gemacht und „ein Mittel gegen Langeweile“ geschaffen werde (vgl. P_ÜB_116). Auch andere Artikel verdeutlichen, wie wichtig die aktive Einbeziehung von Geflüchteten in Integrationsprojekte für deren gesellschaftliche Integration ist (vgl. P_ÜB_110; P_ÜB_145; P_ÜB_150; P_ÜSZ_120).

Das Dilemma der Unsicherheit: lokales Engagement vs. staatliche Migrationssteuerung

Nur in wenigen der analysierten Presseberichte wird die Diskrepanz zwischen dem vielschichtigen und vor allem zivilgesellschaftlich getragenen Engagement für die Integration geflüchteter Menschen auf lokaler Ebene einerseits und den gesamtstaatlichen Bestrebungen, die Zuwanderung zu beschränken und die Abschiebung nicht anerkannter Asylbewerber_innen zu forcieren, andererseits explizit problematisiert. Dies geschieht dann fast immer in Form einer Reportage von Einzelschicksalen. So wird beispielsweise über einen aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland geflüchteten Mann mit vier Kindern berichtet, der trotz seiner regulären Erwerbstätigkeit und seines Engagements als Trainer im örtlichen Fußballverein abgeschoben werden soll (vgl. P_ÜB_123).

4.2 Diskursive Tiefenstrukturen im Feld von Migration und Integration

Als „Artefakte kommunikativer Praxis“ (Salheiser 2014, S. 814) verweisen die im vorhergehenden Abschnitt inhaltsanalytisch herausgearbeiteten Hauptlinien der öffentlichen Debatte zu Migration, Flucht und Integration auf „überindividuelle, institutionalisierte und geregelte Redeweisen, die mit Handlungen verknüpft sind und Macht ausüben [sowie] Ergebnis und Grundlage menschlichen Handelns in einem sozio-historischen Prozess [sind]“ (Jäger 2001, S. 81). Diese gesellschaftlich etablierten Redeweisen können in Form von Narrativen rekonstruiert werden, die als deutungs- und handlungsgenerierende Tiefenstrukturen (vgl. Reichertz 2016) bzw. als „diskursstrukturierende[s] Regelsystem“ (Viehöver 2001, S. 177) nur bestimmten Deutungsmustern und Handlungsoptionen Kohärenz und Sinnhaftigkeit verleihen und andere ausschließen. Als Ergebnis einer weitergehenden, Argumente der jüngeren Migrationsforschung einbeziehenden, Interpretation der Befunde der überregionalen Presseanalyse zeichnen sich die drei im Folgenden skizzierten Narrative zu Flucht, Migration und Integration ab.

Das Narrativ der Verschränkung von Integrationserfolg und Migrationsbeschränkung

Nachdem im Sommer und Herbst 2015 weithin über eine ausgeprägte Bereitschaft zur Aufnahme von geflüchteten Menschen sowie über die damit zusammenhängenden organisatorischen und infrastrukturellen Herausforderungen berichtet werden konnte, verschob sich die Perspektive (nicht nur) in der überregionalen Presse alsbald in Richtung einer Problematisierung der Möglichkeiten (und Fähigkeiten) zur Integration der großen Zahl nach Deutschland geflüchteter bzw. migrierter Menschen. Eine zentrale Argumentationsfigur besteht nunmehr darin, die Möglichkeit der Integration der Zugewanderten kausal mit der gleichzeitigen Begrenzung der Zuwanderungszahlen zu verbinden, da anders die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität sowie der Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für alle Anspruchsberechtigten (Staatsbürger_innen, Ausländer_innen mit Aufenthaltserlaubnis, anerkannte Flüchtlinge, Asylbewerber_innen) nicht mehr zu gewährleisten sei. Diese Argumentationsfigur – bzw. die mit ihr begründete Gleichzeitigkeit von integrierenden Politikansätzen, die Grundrechte und wohlfahrtsstaatliche Integrationsleistungen für alle Bewohner_innen garantieren wollen, und exkludierenden Politikansätzen, deren Ziel die Durchsetzung von Zuzugsgrenzen ist – hat Hollifield als das „liberale Paradoxon“ (Hollifield 2004, S. 85) der Migrationspolitik gekennzeichnet. Es kann als Ausdruck eines Dilemmas der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten interpretiert werden: Diese sind einerseits ökonomisch auf Freihandel und offene Grenzen angewiesen sowie einem in ihren Verfassungen verankerten Liberalismus verpflichtet, entwickeln andererseits aber auch starke Abgrenzungstendenzen nach außen, um das Fortbestehen ihrer sozialen Sicherungssysteme – und damit gesellschaftliche Stabilität und Kohärenz für das „eigene Staatsvolk“ (Boswell 2007, S. 79) – zu garantieren.

Das Narrativ eines ökonomisierten Migrations- und Integrationsverständnisses

In der überregionalen Presse treten deutlich die Hoffnungen zutage, die viele Akteur_innen aus Politik und Wirtschaft im Hinblick auf den prognostizierten Fachkräftemangel mit der

fluchtbedingten Zuwanderung nach Deutschland verbinden. Für eine Reihe von Branchen und Regionen sei es demnach von Vorteil, die in Deutschland ankommenden Geflüchteten möglichst zügig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. (Die oben skizzierten Liberalisierungen im Asylrecht sowie die unter der Maxime des ‚Förderns und Forderns‘ aufgelegten integrationspolitischen Programme belegen die Wirkmächtigkeit dieser Annahme.) Damit wird – vor dem Hintergrund demographischer Alterung und damit verbundenem Rückgang von Personen im erwerbsfähigen Alter – die Persistenz bzw. die Wiederbelebung eines spezifischen Integrationsnarrativs erkennbar, das sich bereits in früheren Einwanderungsphasen herausgebildet hat. So unterlag bereits der Anwerbung von Gastarbeiter_innen in den 1960er- und 1970er-Jahren ein „Notwendigkeitsdiskurs“ (Wengeler 2006, S. 18), der die forcierte Zuwanderung aus dem Mittelmeerraum unmittelbar und ausschließlich mit einer für das weitere Gedeihen der deutschen Wirtschaft unabdingbaren Zuführung von Arbeitskräften verband. In der Migrationsforschung wird dies zum Anlass genommen, das „Dispositiv der unternehmerischen Willkommenskultur“ (Bröse 2018, S. 206) zu konstatieren und eine „Logistifizierung der Migrationsregime“ – geflüchtete Menschen als „unerwartete Arbeitskraft“ – zu diagnostizieren (Altenried et al. 2017, S. 10). Der Begriff der Integration wird in diesem Zusammenhang vorrangig mit sozialstrukturellen Kategorien wie Erwerbstätigkeit, Staatsbürgerschaft, Sprach- und Bildungserwerb verbunden, während ihn viele Einwanderer und Einwanderinnen eher mit bi- bzw. transnationalen Konzepten assoziieren (vgl. Rauer/Schmidtke 2004, S. 272).

Das Narrativ der Legitimität kulturalisierender Differenzierung und Hierarchisierung

Im analysierten Korpus überregionaler Pressebeiträge wird regelmäßig eine aufenthaltsrechtliche Klassifikation Geflüchteter vorgenommen, indem zwischen guter und schlechter Bleibeperspektive sowie nach legitimen und illegitimen Fluchtgründen unterschieden wird. Diese Differenzierung, die für die betroffenen Menschen weitreichende Folgen hinsichtlich des Zugangs zu Wohnungs-, Bildungs- und Arbeitsmärkten hat, berührt zwar zunächst nur Fragen des Aufenthaltsrechts, wirkt sich aber unmittelbar auf gesellschaftliche Teilhabechancen aus und trägt zu einer generellen Stereotypisierung von Migrant_innen als „gute“ und „schlechte Migranten“ (Kreft/Urske 2016, S. 5) bei. Neben der Differenzierung von Migrant_innen nach ihrem Aufenthaltsstatus führen auch antimuslimische Tendenzen zu einer Hierarchisierung im Reden über Migration und Integration (vgl. Jäger/Wamper 2017). In diesem Zusammenhang kann auch von einem *religious turn* im deutschen Migrationsdiskurs gesprochen werden (vgl. Spielhaus 2006; Foroutan 2012), der sich in der jüngeren Vergangenheit von einer Debatte über Ausländer_innen zu einer Debatte über Migrant_innen und schließlich weithin zu einer Debatte über Muslim_innen gewandelt hat.

5 Die Fallstudien: Quartiersportraits

Anna Mantel, Julia Rasper, Jale Wohler, Henning Nuissl, Susen Engel, Alice Baumgärtner

5.1 Die segregierte Großstadt Essen im Kontext der Fluchtmigration

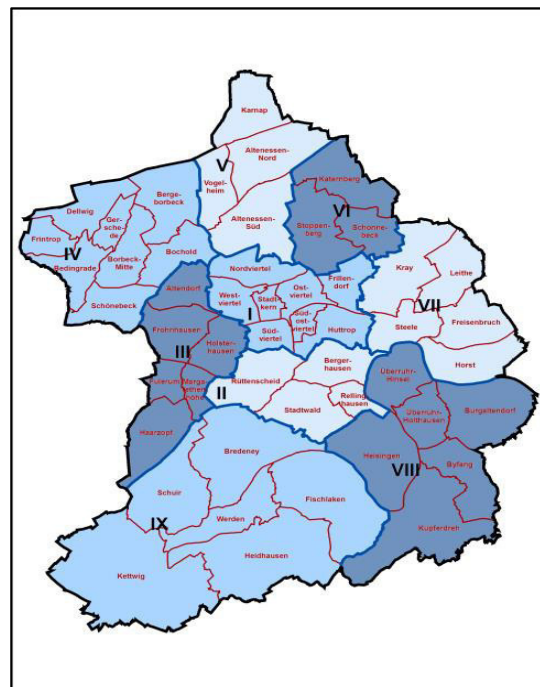
5.1.1 Rahmeninformationen zur Stadt Essen

Stadtentwicklung, Bevölkerungsentwicklung und Zuwanderung

Essen ist mit fast 590.000 Einwohner_innen die drittgrößte Stadt Nordrhein-Westfalens und, knapp hinter Dortmund, die zweitgrößte im Ruhrgebiet. Ihren wirtschaftlichen Aufschwung erlebte die Stadt im 19. Jahrhundert durch die rasante Entwicklung der Kohle- und Stahlindustrie. Zwischen 1852 und 1905 verzeichnete sie einen Bevölkerungszuwachs von 950 Prozent und wuchs so binnen weniger Jahrzehnte zur Großstadt heran (vgl. D_E-40, S. 3). Vom tiefgreifenden Strukturwandel, der das Ruhrgebiet ab den 1960er-Jahren erfasste, blieb auch Essen nicht verschont (vgl. D_E-40, S. 2ff.). Der damit einhergehende Bevölkerungsrückgang verkehrte sich erst jüngst wieder ins Gegenteil (vgl. Tabelle 2): Während die Zahl der am Hauptwoh-nort ansässigen Einwohner_innen im Jahr 2012 bei nur noch gut 566.000 lag, konnten 2016 schon wieder 589.894 Einwohner_innen gezählt werden. Die Bevölkerungsdichte stieg im sel-ben Zeitraum leicht von 2.720 auf über 2.800 Personen je Quadratkilometer. Diese Trendum-kehr geht vor allem auf eine gestiegene inter-nationale Zuwanderung zurück. So stieg der Anteil ‚Nichtdeutscher‘ (so die Bezeichnung für Personen mit einer anderen als der deut-schen Staatsangehörigkeit in der Essener Be-völkerungstatistik) an der Essener Gesamt-bevölkerung von 2012 bis 2015 um fast fünf Prozentpunkte, von 10,4 Prozent auf über 15 Prozent.

Das Essener Stadtgebiet gliedert sich in 50 Stadtteile, die in neun Bezirke mit eigenen Bezirksvertretungen zusammengefasst sind (vgl. D_E-49). Kennzeichnend ist eine ausge-prägte sozialräumliche Trennung zwischen der nördlichen und der südlichen Hälfte des Stadtgebiets: Im Süden befinden sich vor al-lem bürgerlich geprägte, landschaftlich reiz-volle Wohnlagen, im Norden die traditionell industriell geprägten, ehemaligen Arbeiter-

Abbildung 2: Essens Stadtbezirke/Stadtteile



Quelle: D_E-47

quartiere (vgl. D_E-55, S. 79, 82). So ist der Anteil von Personen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, ebenso wie die Arbeitslosenrate im Essener Norden erheblich höher als im Süden der Stadt. Auch der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund (bzw. von ‚Nichtdeutschen‘) ist dort erheblich höher. Das Fallstudienquartier Altenessen & Karnap liegt im Essener Norden im Stadtbezirk V; das im Stadtbezirk VII gelegene Fallstudienquartier Hörsterfeld liegt etwa auf der Grenze zwischen Essener Norden und Süden, ähnelt hinsichtlich seiner Sozialstruktur jedoch weniger den in seiner unmittelbaren Nachbarschaft gelegenen, sondern eher den nördlichen Stadtteilen (vgl. D_E-36).

Ökonomische Rahmenbedingungen und Arbeitsmarkt

Bis zur Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts prägten Zechen sowie insbesondere der Krupp-Konzern die Essener Wirtschaft. Mit dem Ende des zweiten Weltkriegs kam die Stahlproduktion in Essen jedoch zum Erliegen und 1986 schloss auch die letzte Essener Zeche Zollverein, das heutige Weltkulturerbe. Mit einem Anteil von 21 Prozent in Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie 62 Prozent in den sonstigen Dienstleistungen ist die überwiegende Mehrheit der über 233.000 Essener Beschäftigten heute im tertiären Sektor beschäftigt (vgl. D_E-41, S. 9). Nur noch knapp 17 Prozent von ihnen arbeiten im produzierenden Gewerbe (vgl. D_E-41, S. 9). Darüber hinaus ist Essen Hauptsitz großer Konzerne wie e.on und gilt daher mittlerweile als Dienstleistungsstadt (vgl. D_E-40, S. 4).

Bei stark ansteigender internationaler Zuwanderung verzeichnet Essen seit 2012 eine rückläufige Arbeitslosenquote – von 13,6 Prozent Ende 2012 auf nur noch 11,7 Prozent Ende 2017 (vgl. IT.NRW 2018). Die Stadt profitierte damit nachhaltig von der guten konjunkturellen Lage im Land, auch wenn die Arbeitslosigkeit im Landes- und Bundesvergleich immer noch überdurchschnittlich hoch ist.

Wohnungsmarkt

Die Entwicklung des Essener Wohnungsmarktes wird für die vergangenen Jahre – im Vergleich zu anderen Städten mit vergleichbarer Größe – als relativ entspannt und stabil eingeschätzt (vgl. D_E-39; D_E-55, S. 78). Dabei bestehen allerdings erhebliche teilträumliche Differenzen. Während die Wohnungsnachfrage in begehrten Wohnlagen im Essener Süden das Angebot übersteigt (vgl. D_E-13), ist in anderen Teilen der Stadt als Folge der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung der jüngeren Vergangenheit Wohnungsleerstand zu beobachten (vgl. D_E-28). Für 2011 gibt die Stadt eine Wohnungsleerstandsquote von 5,5 Prozent für das gesamte Stadtgebiet an (vgl. D_E-45, S. 10). Räumlich konzentriert sich der Leerstand auf das Stadtzentrum, das nordwestlich des Zentrums gelegene Altendorf sowie die westlichen Stadtteile (vgl. D_E-28). Nachdem der öffentlich geförderte Wohnungsbau von 1987 bis 2006 stark rückläufig war, besteht aktuell ein erhöhter Bedarf an günstigen und barrierefreien Wohnungen (vgl. D_E-39; D_E-28). In jüngster Zeit steigt die Zahl der neugebauten Sozialwohnungen zwar wieder an (vgl. D_E-45, S. 24); ob dieser Trend anhalten wird, ist jedoch davon abhängig, wie sich die Konditionen für den geförderten Wohnungsbau in den kommenden Jahren – auch

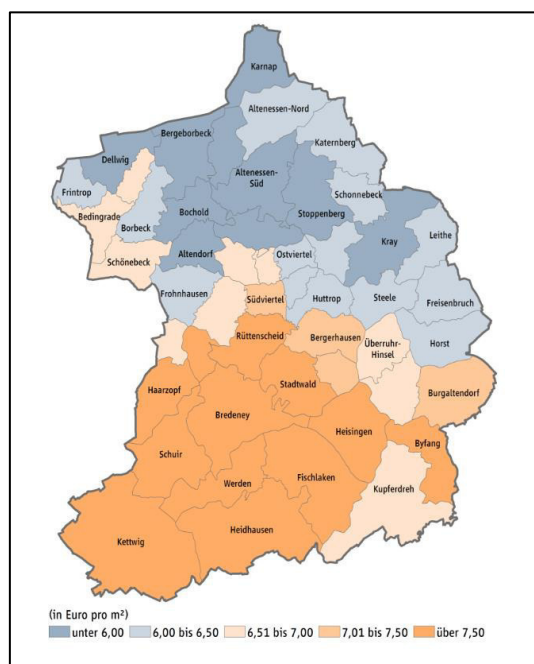
im Hinblick auf den vermehrten Zuzug von Asylbewerber_innen – entwickeln werden (vgl. D_E-46, S. 79). Bislang gelingt jedoch die Vermittlung preiswerten Wohnraums an Geflüchtete (vgl. P_E-159).

Laut mittelfristiger Prognose fehlen 2020 in Essen 18.000 Wohnungen (vgl. P_E-176). Akteur_innen aus der Wohnungswirtschaft sollen deshalb gemeinsame Planungen aufnehmen, um den öffentlich geförderten Wohnungsbau stadtweit auszubauen (vgl. P_E-164). Ende 2015 stellte der OB mit Planungs- und Sozialdezernent_innen vor dem Hintergrund dieser Anforderung ein „geordnetes Bebauungsplanverfahren“ (P_E-175) vor – eine städtebauliche Offensive, um Platz für dringend benötigten neuen Wohnraum zu schaffen. Bei Anwohner_innen und Naturschützer_innen überwiegt die Skepsis hinsichtlich der geplanten Bebauungen (vgl. P_E-077). Häufig stehen die Sorgen um die Schaffung von Wohnraum in engem Zusammenhang mit Sorgen um Verdrängung weiterer, häufig benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den nördlichen Stadtteilen (vgl. P_E-158; P_E-159; P_E-176; P_E-177).

Die Popularität von Essen als Wohnort erstreckt sich nur auf ausgewählte Gebiete. Die zugeschriebene Nachfrage nach Eigentum und eine beschleunigte Vermarktung sind überwiegend im Süden spürbar, wo ihr nicht im passenden Tempo entsprochen werden kann – mit der Konsequenz, dass „die Kaufpreise für qualitativ hochwertige Immobilien in den stark nachgefragten Stadtteilen insbesondere des Essener Südens steigen“ (vgl. D_AE_K-12).

Die Mieten sind in Essen im Zeitraum von 2009 bis 2015 nur mäßig von monatlich 5,65 auf 6,00 Euro/m² gestiegen. In den südlichen Lagen können im Neubau jedoch auch Spitzenmieten von bis zu 11 Euro/m² im Monat erreicht werden. Damit liegt das Essener Mietniveau noch unter dem nordrhein-westfälischen Landesdurchschnitt von 6,14 Euro/m² im Monat im Jahr 2015 (vgl. D_E-47, S. 11; D_E-55, S. 81; D_E-48, S. 3). Abbildung 3 zeigt den aktuellen Mietspiegel der Stadt Essen und illustriert dabei prägnant das für Essen typische Süd-Nord-Gefälle.

Abbildung 3: Durchschnittliche Miethöhe in den Essener Stadtteilen (Mietspiegel)



Quelle: D_E-39

Verwaltung und Lokalpolitik

Neben den politischen Organen und Verwaltungsstrukturen auf gesamtstädtischer Ebene, an deren Spitze der_die Oberbürgermeister_in sowie der_die Stadtdirektor_in stehen, verfügt die Stadt Essen über insgesamt neun Bezirke mit eigenen Bezirksvertretungen und Bezirksbürger-

meister_innen. Bei den letzten Wahlen zum Rat der Stadt Essen im Jahr 2014 gingen 34 Prozent der Stimmen an die SPD, 31,5 Prozent an die CDU. Die Grünen erreichten 11,2 Prozent der Stimmen, die Linke 5,3 Prozent, das Essener Bürger Bündnis (EEB) 4,3 Prozent. Auf die AfD entfielen damals lediglich 3,8 Prozent der Stimmen, hinzu kamen allerdings nochmals fast ebenso viele Stimmen für die rechtspopulistische Partei Pro NRW. Die FDP erzielte 3,3 Prozent (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Wahlergebnisse in Essen und den Stadtteilen der Fallstudienquartiere bei der Kommunalwahl 2014 und der Landtagswahl 2017 in Prozent der Wählerstimmen

(Abweichungen durch Aufrundung)

Gebiet	Wahl	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	AfD	EEB	Sonst.
Stadt Essen	2014 (Rat)	34,0	31,5	11,2	3,3	5,3	3,8	4,3	6,8
	2017 (Land)	37,9	31,3	5,6	8,5	5,3	9,5	-	1,8
Altenessen Süd	2014 (Rat)	39,5	20,1	7,7	2,1	7,5	3,9	6,2	13,1
	2017 (Land)	45,9	20,4	4,0	5,5	7	16,3	-	1,0
Altenessen Nord	2014 (Rat)	39,7	25,0	5,9	1,6	5,5	4,2	8,1	10,0
	2017 (Land)	45,6	22,9	3,4	5,7	5,2	16,5	-	0,7
Karnap	2014 (Rat)	43,2	14,3	4,6	0,6	4,2	2,3	23,8	7,1
	2017 (Land)	47,9	17,6	3,0	5,2	4,0	21,8	-	0,4
Horst	2014 (Rat)	38,0	31,1	9,8	2,8	5,4	3,5	4,5	4,9
	2017 (Land)	37,6	32,2	5,8	8,9	5,1	10,1	-	0,4

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von D_E-68; D_E-69

Bei der Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2015 hat der vormalige Integrationsbeauftragte des Landes, Thomas Kufen (CDU), Reinhard Paß (SPD) abgelöst, allerdings bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung (vgl. D_E-52).

Gegenüber der Kommunalwahl drei Jahre zuvor bestätigte die Landtagswahl von 2017 im Wesentlichen die politischen Kräfteverhältnisse bezüglich der beiden großen Parteien. Dem landesweiten Trend folgend hat sich der Stimmenanteil der Grünen jedoch halbiert und derjenige der FDP verzweieinhalbfacht. Noch stärker ist der Stimmenanteil der AfD gewachsen.

Die beiden Essener Fallstudienquartiere erwiesen sich (auch) in den beiden vergangenen Wahlen als Hochburgen der SPD, während die bürgerlichen Parteien FDP und Grüne unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielten. In Altenessen & Karnap, nicht jedoch in Horst, erhielt darüber hinaus die AfD extrem viele Stimmen.

Stadtentwicklungsprojekte

Im Kontext von Stadtentwicklung und Sozialer Stadt ist in Essen eine umfangreiche Förderlandschaft entstanden, die nicht zuletzt darauf ausgerichtet ist, den ausgeprägten Nord-Süd-Disparitäten der Stadt etwas entgegenzusetzen. Ein Spezifikum stellt dabei das Essener Modell des Quartiermanagements dar. Dabei handelt es sich um

„ein[en] strategische[n] Ansatz der integrierten Stadt(teil)entwicklungspolitik, der darauf abzielt, die Lebensbedingungen in benachteiligten Essener Wohnquartieren – orientiert an den Lebensentwürfen und Interessen der jeweiligen Bewohner_innen – zu stabilisieren und zu verbessern. Dies soll erreicht werden durch eine systematische und verpflichtende Kooperation über alle Ressortgrenzen der Stadtverwaltung hinweg, eine gebietsbezogene Bündelung der vorhandenen Mittel sowie eine möglichst breite Beteiligung von Wohnbevölkerung, ortsansässigen Institutionen, Vereinen, Verbänden und der lokalen Wirtschaft.“ (D_AE_K-06)

Eingesetzt wird dieses Instrument, in dem Gebietsbeauftragte der Stadt Essen, intermediäre Akteur_innen der Universität Essen sowie in der Stadtteilarbeit tätige Fachkräfte aus unterschiedlichen Fachbereichen und Verbänden (unter Beteiligung von Bürger_innen) zusammenarbeiten, in einzelnen vom Strukturwandel besonders betroffenen Programmgebieten der *Sozialen Stadt – Investitionen im Quartier*. Seit 2012 ist der Stadtteil Altenessen-Süd – und damit ein Teil des Fallstudienquartiers Altenessen & Karnap – zusammen mit dem Nordviertel Programmgebiet. Flankiert wird das dortige Quartiersmanagement u. a. durch die Projekte *Stärken vor Ort* (vgl. D_E-51) und BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) (vgl. D_E-53). Letzteres verspricht maßgeschneiderte Unterstützungsleistungen für Personen mit Kindern unter 14 Jahren, die im SGB-II-Leistungsbezug sind und eine (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt anstreben. Unabhängig von dieser Förderkulisse verabschiedete der Rat der Stadt Essen im Jahr 1997 „Ansätze integrierter Kommunalpolitik“ und verpflichtete sich damit dazu, Projekte „dialogorientiert, fachübergreifend, integriert und möglichst nachhaltig“ zu gestalten (D_E-50).

Kommunale Migrations- und Integrationspolitik in der Stadt Essen

Essen ist seit langem von internationaler Zuwanderung geprägt. Daher sind dort Migration und Integration als kommunalpolitisches Themen- und Handlungsfeld etabliert, das sich in einer Vielzahl von Konzepten, Programmen und weiteren Dokumenten manifestiert. Entsprechende Aktivitäten und Maßnahmen konzentrieren sich dabei auf den Essener Norden und sind teils querschnittsorientiert, teils sektoral ausgerichtet.

Ein zentrales Instrument der Essener Migrations- und Integrationspolitik ist das *Strategiekonzept Integration von Flüchtlingen* (vgl. D_E-01), das im Jahr 2016 das *Strategiekonzept Interkul-*

turelle Orientierung abgelöst hat. Mit ihm verpflichtet sich die Stadt dazu, die soziale Integration von Geflüchteten zu fördern, ihre „Teilhabe und Teilnahme am sozialen Leben“ zu gewährleisten und eine „Spaltung der Stadtgesellschaft“ zu vermeiden (D_E-01, S. 10). Dabei wird die Notwendigkeit der Mitwirkung unterschiedlichster Akteur_innen aus Verbänden, Stadtteilen und Zivilgesellschaft betont. Als Voraussetzung gelingender Integration wird zudem hervorgehoben, dass Menschen „sich an den Orten aktiv integrieren, an denen sie leben“ (D_E-01, S. 2) – es wird also explizit auch eine Integrationsleistung der neu Hinzugezogenen erwartet. Der Zuzug von Geflüchteten wird im *Strategiekonzept* in Zahlen abgebildet und stadtteilbezogen beschrieben. Zentrale statistische Kategorien sind dabei der „Anteil nichtdeutscher Bevölkerung“ an der Gesamtbevölkerung, der „Anteil aus den wesentlichen 12 Herkunftsländern (Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Libanon, Eritrea, Nigeria, Somalia, Marokko, Algerien, Bangladesch und Pakistan)“ an der nichtdeutschen Bevölkerung und der „Anteil Bulgar_innen/Rumän_innen an Nichtdeutschen“ (D_E-01, S. 5). Das Konzept weist einen starken Sozialraumbezug auf und hebt insbesondere die Bedeutung von Bildung, Schule und Vernetzungsprozessen hervor (vgl. D_E-01, S. 8). Es betont, dass in Essen bereits integrationsfördernde Strukturen etabliert sind (Stadtteilarbeit), an die angeknüpft werden kann und die ausgeweitet werden sollen. „Die strategischen Ziele sollen zukünftig im Dezernat des Oberbürgermeisters als Querschnittsaufgabe organisiert werden“ (vgl. D_E-01, S. 3). Es wird angestrebt, (auch) Geflüchtete im Rahmen der Regelstrukturen der kommunalen sozialen Arbeit zu adressieren. Außerdem wird die große Bedeutung von Begegnungsräumen in den Quartieren, die von Ehrenamtlichen, Bewohner_innen und Geflüchteten gleichermaßen genutzt werden können, unterstrichen. Zur Konkretisierung der Integrationsstrategie soll

„eine für den Bereich ‚Integration‘ in den Bezirken neu zu schaffende Stabsstelle ein tragfähiges Arbeitsgremium unter Einbeziehung externer Akteure in den Bezirken aufbauen und die Geschäftsführung für diese dezentralen Kompetenzteams übernehmen. Die Sozialen Dienste des Jugendamtes werden sich im Rahmen der Kooperation mit den anderen Fachbereichen nicht nur auf die spezifisch jugendhilfeorientierten Themen der Integration begrenzen, sondern werden sich konzeptionell weiterentwickeln“ (D_E-01, S. 7).

Im *Strategiekonzept* wird lediglich von ‚Menschen mit Bleibeperspektive‘ gesprochen (vgl. D_E-01, S. 7ff.), auf diejenigen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus wird nicht eingegangen. Die lokale Ökonomie wird als Integrationsfaktor nicht erwähnt.

Dem *Strategiekonzept* (vgl. D_E-01) liegt der ebenfalls aus dem Jahr 2016 stammende Bericht zur ‚Integration von Flüchtlingen in Essen‘ zugrunde (vgl. D_E-02). Der Bericht will einen „Gesamtüberblick über den konzeptionellen Ansatz der Integrationsarbeit in Essen“ (D_E-02, S. 2) bieten. Er enthält zu Beginn eine Sachverhaltsdarstellung, die auf die Nöte der Geflüchteten ebenso wie auf die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Zivilgesellschaft – auf die große Hilfsbereitschaft ebenso wie auf die Besorgnis vieler Bürger_innen – eingeht. Erwähnt wird an dieser Stelle auch, dass der Zuzug von geflüchteten Menschen eine Chance zur Behebung des Fachkräftemangels bedeuten kann (vgl. D_E-02, S. 2); Fluchtzuwanderung wird also auch in einen ökonomischen Kontext gestellt. Hervorgehoben werden des Weiteren die langjährige Tradition der kommunalen Integrationspolitik in Essen sowie die Ausrichtung dieser Politik am

Grundsatz des ‚Förderns und Forderns‘. Es wird betont, dass gelingende Integration voraussetzt, „dass die gesamte Stadtverwaltung, und nicht nur der Fachbereich Interkulturelle Öffnung/Kommunales Integrationszentrum, wie die gesamte Stadtgesellschaft für die Integrationsprozesse verantwortlich und so parallele Strukturen abzubauen sind“ (D_E-02, S. 2).

Neben Geflüchteten stehen auch Menschen aus Südosteuropa, die in Essen einen neuen Lebensmittelpunkt gesucht und gefunden haben, im Fokus der kommunalen Integrationspolitik (vgl. D_E-09). Häufig von Armut bedroht, ziehen auch sie vor allem in den Essener Norden. Als Kommune, die nachweislich von „Zuwanderung aus Südosteuropa betroffen“ ist – genauer: da Essen „einen mindestens 50 Prozent über dem Landesdurchschnitt liegenden Anteil von Personen aus den sogenannten EU-11-Mitgliedstaaten aufweis[t], die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitssuchende [...] erhalten“ (D_E-09, S. 2) – kann die Stadt Essen zusätzliche Landesmittel beantragen: im Zeitraum von 2017-2019 bis zu 250.000 Euro jährlich, mit denen insbesondere „Streetworker im Rahmen gemeinwesenensorientierter Sozialarbeit, Verwaltungspersonal und zusätzliche Maßnahmen“ (D_E-09, S. 3) finanziert werden können.

Relevant für die Integration unterschiedlicher Personengruppen ist auch das Kommunale Integrationszentrum, das seit dem Sommer 2017 an den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters angegliedert ist. Es hat „[...] vorrangig den Auftrag, durch Koordinierungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen Einrichtungen des Regelsystems in der Kommune im Hinblick auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu sensibilisieren und zu qualifizieren“ (D_E-54, S. 2). Dabei ist es einem Verständnis von Integration als Querschnittsaufgabe sowie dem Prinzip der Interkulturalität verpflichtet.

Die integrationspolitischen Anstrengungen der Stadt Essen wurden insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 von der regionalen Tageszeitung WAZ medial begleitet. Neben den entsprechenden kommunalpolitischen Prozessen und Entscheidungen stand dabei zum einen auch die Frage der angemessenen Verteilung von Geflüchteten in einer stark segregierten Stadt im Mittelpunkt, die in der Essener Kommunalpolitik zu massiven inner- und interparteilichen Konflikten geführt hatte (vgl. P_E-56; P_E-79; P_E-109; P_E-111; P_E-115; P_E-113; P_E-116). Zum anderen wurde ausführlich über die besonderen Schwierigkeiten der Integration von einzelnen Menschen bzw. Gruppen mit libanesischer Zuwanderungsgeschichte – bzw. die kriminelle Energie einzelner Clans – berichtet, denen nach Ansicht der kommunalen Verwaltungsspitze durch die intensive Zusammenarbeit mit libanesischen Vereinen, aber auch durch konsequente Abschiebungen begegnet werden sollte (vgl. P_E-47; P_E-64; P_E-136; P_E-138).

Migration und Integration als etabliertes kommunales Politikfeld

Die Stadt Essen verfügt aufgrund ihrer von Zuwanderung, aber auch vom Strukturwandel geprägten jüngeren Geschichte bereits seit Jahrzehnten über vielfältige Erfahrungen mit integrierter Stadtteilentwicklung – auf kommunalpolitischer Ebene in Form von Programmen und Maßnahmen, aber auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene, wo neu zugezogene und alteingesess-

sene Bürger_innen ihr Zusammenleben in den einzelnen Quartieren gestalten. Seit vielen Jahrzehnten gelten die nördlichen, nahe der Industrie gelegenen Quartiere als Integrationsschleusen. Der Zuzug von Migrant_innen in diese Quartiere bewahrt die Stadt Essen vor den demographischen Herausforderungen, vor denen schrumpfende Städte oder ländliche Gebiete stehen. Die dort etablierten institutionellen ‚Integrationsstrukturen‘ (z. B. Beratungsstellen, interkulturelle Kompetenzen von Verwaltungsmitarbeiter_innen, Quartiersmanagements) ebenso wie die gewachsene ‚Integrationskultur‘ bergen heute zugleich die größten Integrationspotentiale wie auch die größten sozialräumlichen Herausforderungen. Auf der anderen Seite steht die für Essen typische Debatte um stadtentwicklungspolitische Herausforderungen und ‚Grenzen der Integrationsfähigkeit‘, die mit einer ausgeprägten sozialen und ethnischen Segregation mutmaßlich verbunden sind. Vor diesem Hintergrund strebt die Stadt Essen die Schaffung von Regelstrukturen im Feld der kommunalen Integrationspolitik sowie die Vernetzung und Kooperation aller relevanten Akteur_innen an. Ankerpunkt ist dabei das Essener Modell der Quartiersentwicklung, mit dem bereits seit Jahrzehnten auf die Herausforderungen der Integration und sozialräumlichen Segregation reagiert wird.

5.1.2 Fallprofil Altenessen & Karnap

Geographische Lage und historische Genese von Altenessen und Karnap

Altenessen-Süd, Altenessen-Nord und Karnap, Essens nördlichster Stadtteil, bilden gemeinsam mit Vogelheim den Essener Bezirk V. Altenessen wurde im Jahr 1120 als Bauernschaft ‚Alden-essende‘ erstmals erwähnt. Bevor 1808 die Bürgermeisterei Altenessen entstand, hatte es jahrhundertlang zum Stift Essen gehört. Im Jahr 1915 erfolgte die Eingemeindung in das mittlerweile zur Großstadt angewachsene Essen (vgl. D_E-27). Insbesondere der Süden Altenessens, der zum Programmgebiet *Soziale Stadt* gehört, ist eingerahmt von Arealen, die im Umbruch und in Aufwertung begriffen sind. Der Westen grenzt an Altendorf, wo der Thyssen-Krupp-Konzern sein Headquarter und den dazugehörigen Park neu gestaltet hat (vgl. D_AE_K-1). Auch Karnap geht auf eine mittelalterliche Bauernschaft zurück: das 1332 erstmals erwähnte Carnap. Ab 1808 gehörte es zunächst zur Bürgermeisterei Altenessen, wurde nach deren Eingemeindung nach Essen jedoch für kurze Zeit zur selbstständigen Gemeinde, bevor es 1929 ebenfalls eingemeindet wurde (vgl. D_E-27). Die ursprüngliche Bauernsiedlung entwickelte sich im 19. und 20. Jahrhundert zu einer Bergarbeitersiedlung mit „Gartenstadtcharakter“ (D_E-27).

Die drei Stadtteile sind wie viele Quartiere im Ruhrgebiet in besonderem Maße vom Strukturwandel betroffen. Fünf Zechen haben jahrhundertlang ihren Charakter geprägt und über mehrere Generationen sichere Arbeitsplätze geboten. 1973 wurde die letzte von ihnen geschlossen (vgl. D_AE_K-10). Heute wird versucht, beispielsweise mit der Zeche Carl, industriekulturelle Potentiale zu heben. Durch die Entwicklung von Grün- und Freiflächen oder auch die Anlage von Radwegen auf ehemaligen Industriebahntrassen hat sich die Aufenthaltsqualität stark

erhöht (vgl. D_AE_K-10). Gleichwohl ist ein im gesamtstädtischen Maßstab überdurchschnittlich hoher Teil der Bevölkerung von existenzsichernden Leistungen abhängig.

Bevölkerungsstruktur, Bevölkerungsentwicklung und Zuwanderung

Aufgrund der guten Eisenbahnanbindung Altenessens und des daraus resultierenden Wirtschaftswachstums entwickelte sich der Stadtteil Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem Bergbauzentrum und erlebte binnen 100 Jahren einen starken Bevölkerungsanstieg von 733 auf 45.916 Einwohner_innen (vgl. D_AE_K-12). Im Stadtbezirk V bildet Altenessen-Süd heute mit 27.122 Einwohner_innen das bevölkerungsreichste Gebiet, gefolgt von Altenessen-Nord (17.109). Karnap ist im Gegensatz dazu mit 8.128 Einwohner_innen der bevölkerungsärmste Stadtteil. Chancen wie Herausforderungen liegen insbesondere in Altenessen-Süd darin, dass dies „ein junger Stadtteil mit hohen Anteilen von Kindern und Jugendlichen und niedrigem Seniorenanteil“ (D_AE_K-11) ist.

Blieben die Bevölkerungszahlen im Stadtbezirk V weitgehend konstant, so fand in den letzten zehn Jahren eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur statt. Entlang des Bevölkerungsatlas der Stadt Essen zeichnet sich für Altenessen-Süd und -Nord sowie für Karnap ab, dass die „Bevölkerung mit ausschließlich deutscher Staatsangehörigkeit“ im Zeitraum von 2007 bis 2016 in allen Stadtteilen (bzw. im gesamten Stadtbezirk V um 9,1 Prozent) abgenommen, die „Bevölkerung mit doppelter Staatsbürgerschaft“ und die „Bevölkerung mit außerschließlich nicht deutscher Staatsbürgerschaft“ hingegen (im Stadtbezirk V um 2,5 bzw. 5,1 Prozent) zugenommen hat (D_E-29). Dabei spielt der „starke Zuwachs einer eher armutsbedrohten ‚nichtdeutschen‘ Bevölkerung und der Doppelstaater“ (D_AE_K-3) für die Quartierentwicklung in Altenessen-Süd eine große Rolle. Ein großer Teil der neu Zugewanderten kommt aus der Türkei und Polen, hervorzuheben sind aber auch Migrant_innen aus dem Libanon, die in Altenessen-Süd sehr zahlreich vertreten sind. Neben weiteren Herkunftsländern wie Marokko, Serbien, Kosovo, Montenegro, Afghanistan, Irak und der Russischen Föderation spielt zunehmend auch die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien eine bedeutende Rolle (vgl. D_AE_K-3).

Bei den letzten Landtagswahlen im Jahr 2017 zeigt sich in den Stadtteilen Altenessen-Nord und -Süd sowie Karnap eine überdurchschnittlich starke politische Polarisierung. So schnitt neben der SPD besonders die AfD deutlich stärker ab als in der Gesamtstadt (vgl. Tabelle 3). Dies dürfte u. a. auch auf das mediale Echo zurückzuführen sein, das den Parteiwechsel eines ehemaligen SPD-Ortspolitikers zur AfD begleitet hat (vgl. P_E-56; P_E-79; P_E-109; P_E-111; P_E-115; P_E-113; P_E-116).

Ökonomische Rahmenbedingungen und Arbeitsmarkt

Altenessen-Süd zeichnet sich durch „viele Gewerbegebiete und umsatzstarke Handelszentren“ (D_AE_K-1) aus. Begleitet werden diese durch die *Interessensgemeinschaft Altenessen* (IG Altenessen), die unter anderem die Jobbörse *Komma gucken* mit initiiert. Die IG Altenessen setzt sich vorrangig aus Gewerbetreibenden zusammen, möchte jedoch nicht darauf reduziert

werden, eine Werbegemeinschaft zu sein, sondern versteht sich „als Lobbyist für den gesamten Stadtteil“ (D_AE_K-18). Der Stadtteil Karnap beherbergt die Gewerbegebiete *Matthias-Stinnes-Süd* und *Carnaper Hof* sowie die Firma Oberland Glas AG (vgl. D_AE_K-15) und ist überdies Standort eines Müllheizkraftwerks (vgl. D_AE_K-15). Letzteres bietet 125 Arbeitsplätze und präsentiert sich auch als Ausbildungsstandort für Metallberufe oder angehende Mechatroniker_innen (vgl. D_AE_K-15). Im Gewerbegebiet *Carnaper Hof* wird ein „Nutzungsmix aus Service, Produktion, Handwerk, Logistik, Groß- und Internethandel unter Einschluss von Gastronomie sowie eines Hotels“ (D_AE_K-17) angestrebt.

Im Quartier Altenessen & Karnap sind viele Personen von staatlichen Transferleistungen abhängig. Betrug deren Anteil an der Gesamtbevölkerung dort im Jahr 2006 noch 22 Prozent, waren dies 2015 bereits 24 Prozent:

„In Altenessen-Süd erhalten 28,8 Prozent der Erwachsenen existenzsichernde Leistungen (SGB II und XII). Damit hat Altenessen-Süd im gesamtstädtischen Vergleich der absoluten Zahlen die meisten Bezieher von existenzsichernden Leistungen aller Stadtteile. [...] Auffällig ist die hohe Anzahl an Kindern, die von diesen Leistungen abhängig sind, in Altenessen-Süd sind dies 49,9 Prozent aller unter 18 Jährigen“ (D_AE_K-3).

Städtebauliche Aspekte, Wohnungsmarkt und soziale Infrastruktur

Altenessen zählt zu den ‚verdichteten industriell geprägten Siedlungsbereichen‘ Essens. Von großen Verkehrsadern zergliedert, zeichnet es sich durch das „Fehlen eindeutiger Zentren“ (D_AE_K-1) sowie „Mängel hinsichtlich des Images und der wahrgenommenen Sicherheit“ (D_AE_K-3) aus. Prägend ist die Wohnnutzung – überwiegend in Form mehrstöckiger Gebäude, die „vielfach große[n] Gesellschaften oder auch Anleger[n], die oftmals im Besitz von ganzen Baublöcken sind“ (D_AE_K-3), gehören. Der Anteil an Sozialwohnungen ist höher als im gesamtstädtischen Durchschnitt. Die ebenfalls vorhandenen großen Gewerbeflächen erschweren es jedoch, „zusammenhängende, attraktive Wohngebiete“ (D_AE_K-3) zu entwickeln – „so entsteht der Eindruck von verinselten Wohnquartieren bei großräumiger Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Verkehr, Grün- und Freiflächen“ (D_AE_K-3). Karnap hingegen zeichnet sich durch „Siedlungsbau, Reihenhausbau [und] gehobene Wohnanlagen mit steigendem Grünanteil“ (D_AE_K-11) aus.

Das Mietniveau in Altenessen & Karnap ist niedrig. Mit durchschnittlichen Mietpreisen von 5,55 Euro/m² lag es 2014 etwas unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt von rund 6,00 Euro/m² (vgl. D_E-45, S. 11). Der Vergleichswert für die südlich gelegenen Stadtteile liegt bei 7,86 Euro/m² (vgl. CBRE/Vonovia 2016, S. 33). 2015 rief der Geschäftsführer des kommunalen Wohnungsbauunternehmens Allbau ‚eine Umkehr der bisherigen Wohnungsbaustrategie‘ aus, um auf die ‚Flüchtlingssituation‘ zu reagieren, und kündigt den Bau von etwa 250 Sozialwohnungen im Stadtteil an.

Das Quartier Altenessen & Karnap verfügt über insgesamt neun Grundschulen sowie drei weiterführende Schulen (vgl. D_E-34). In Altenessen bestehen sieben städtische Kindertagesstät-

ten, die teilweise auch als Familienzentrum ausgewiesen sind. Karnap verfügt ebenfalls über ein Familienzentrum sowie eine katholische Kindertagesstätte (vgl. D_E-31). Auch die ärztliche Versorgung ist vielfältig. Altenessen-Nord zählt zwanzig Arztpraxen, Altenessen-Süd zehn und Karnap acht. Im Quartier existiert außerdem das *Sport- und Gesundheitszentrum Altenessen* mit angegliedertem Schwimmbad (vgl. D_AE_K-20). Ein Süd-Nord-Gefälle besteht jedoch auch hinsichtlich der medizinischen Versorgung in Essen. So monieren Lokalpolitiker_innen aus dem Essener Norden eine unzureichende Versorgung mit Kinderärzt_innen im Stadtbezirk V (vgl. P_AE_K-132).

Über die Grenzen von Altenessen & Karnap hinaus ist das heutige Kulturzentrum und ehemalige Steinkohle-Bergwerk *Zeche Carl* bekannt, das ein vielfältiges Angebot an Kunst- und Musikveranstaltungen sowie Begegnungsmöglichkeiten organisiert und in dem auch die bürgergetragene Altenessen-Konferenz stattfindet (vgl. D_AE_K-21). Ein weiterer Ort der (internationalen) Begegnung ist der 2016 eröffnete *Treffpunkt Süd* in Altenessen, wo verschiedene Angebote der Freizeitgestaltung in Anspruch genommen oder auch selbst organisiert werden können (P_AE_K-31). Er wurde durch den im Zuge der Zuwanderung von Geflüchteten entstandenen *Runden Tisch Erbslöhstraße* in Zusammenarbeit mit dem Institut für Stadtteilentwicklung, sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) initiiert.

Projekte der Stadtentwicklung

Altenessen profitiert von mehreren stadtentwicklungspolitischen Förderprogrammen. So bildet Altenessen-Süd seit 2013 gemeinsam mit dem Nordviertel (Bezirk I) ein Programmgebiet der *Sozialen Stadt*, was u. a. mit einer „einseitige[n] Belegung von Sozialwohnungen“ und „Bevölkerungsstrukturverschiebungen“ (D_AE_K-01) sowie einem insgesamt hohen Konfliktpotential begründet wird. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines verstärkten Zuzugs von Personen mit erhöhtem Armutsrisiko aus Südosteuropa wird dieses Programm von drei weiteren flankiert: Das Förderprogramm *MiA (Migrantinnen und Migranten in Arbeit)* hat das Ziel, „Menschen aus Ländern der Europäischen Union mit den Erfordernissen des deutschen Arbeitsmarktes vertraut zu machen und die notwendigen Schritte zur Integration in den Arbeitsmarkt einzuleiten“ (D_E-15); das aus MiA entstandene Projekt *MiO (Migrantinnen und Migranten in Orientierung)* „richtet sich an Zugewanderte aus den EU-Staaten [...] und zielt darauf ab, diese [...] an die Regelsysteme heranzuführen“ (D_E-09); das Projekt *MifriN (Migranten in friedlicher Nachbarschaft)* greift ebenfalls die Herausforderungen auf, die mit der Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa einhergehen, und zielt unter anderem ab auf Konfliktprävention und -mediation sowie schulische Integration (vgl. D_AE_K-03). Karnap ist derzeit nicht Teil der stadtentwicklungspolitischen Förderkulisse in Essen und damit von vielen Fördermöglichkeiten, die sich in Altenessen bieten, abgeschnitten. Zwischen 1979 und 1989 profitierte es jedoch von einer umfangreichen städtebaulichen Sanierung (vgl. D_E-27).

Zivilgesellschaft und Vereine

Altenessen & Karnap verfügt über eine vielfältige Vereinslandschaft. In Karnap existieren u. a. die Kolpingfamilie Essen-Karnap, der Turnverein Karnap 04 e. V. und der Fußballclub Essen-Karnap 07/27 e. V. (vgl. D_AE_K-11) sowie der Gartenbauverein Essen-Karnap e. V. (vgl. D_AE_K-22). Auch in Altenessen prägen einige mitunter alteingesessene Vereine das Bild: Sportvereine wie Altenessen Cycling e. V. oder der Altenessener Turnverein 1886 e. V. werden ergänzt durch Vereine wie die KG Frohe Narren 1948 e. V., den Kleingartenverein Altenessen e. V. sowie den Mieterschutz im Revier e. V. (vgl. D_AE_K-18). Aktive Religionsgemeinschaften im Quartier sind die evangelische Kirchengemeinde Altenessen-Karnap, die katholischen Pfarrgemeinden St. Hedwig und St. Johann, die Assalam-Moschee, das Islamzentrum Salahu-d-Din Moschee, die Fatih-Moschee sowie der in Altenessen in der Abu Bakr Moschee ansässige Islamische Bund Essen e. V.

Seit 1974 besteht der Bürgerverein Karnap e. V., „der seine Aufgabe [...] zum einen in der Verbesserung der Lebensqualität der Bürger_innen im Stadtteil und zum anderen in der Vertretung der Interessen des Stadtteils über seine Grenzen hinaus“ (D_AE_K-16) sieht. In Altenessen hat sich die Altenessen-Konferenz etabliert, die mittlerweile neunmal getagt hat – ein „für alle Bürger offenes Forum zum öffentlichen Meinungsaustausch über Angelegenheiten des Stadtteils“ (D_AE_K-19). Getragen wird sie von den drei in Altenessen & Karnap existierenden christlichen Kirchengemeinden, dem Essener Verbund der Immigrantenvereine sowie engagierten Einzelpersonen aus dem Stadtteil. Die diskutierten Themen werden von den Teilnehmer_innen bestimmt und betrafen bislang z. B. das Stadtbild, das Nachbarschaftsleben, die Verkehrssituation sowie nicht zuletzt die Integration von Geflüchteten (vgl. D_AE_K-19).

5.1.3 Fallprofil Hörsterfeld

Hörsterfeld ist, neben Unterem und Oberem Horst, ein Teil des zum Essener Stadtbezirk VII gehörenden Stadtteils Horst und liegt leicht erhöht, nur durch eine große Grünfläche vom nördlichen Ufer der Ruhr getrennt im äußersten Osten der Stadt in landschaftlich reizvoller Lage. Das heutige Hörsterfeld entstand Mitte der 1970er-Jahre als dem Leitbild ‚Urbanität durch Dichte‘ verpflichtete Großwohnsiedlung auf einer bis dahin landwirtschaftlich genutzten Fläche (vgl. Schnur 2010, S. 221-222). Der damit verbundene Zuzug von ca. 6.000 Menschen führte zu einer Verdreifachung der Einwohner_innenzahlen in Horst (vgl. D_EH-12, S. 34ff.; P_EH-30).

Bevölkerungsstruktur, Bevölkerungsentwicklung und Zuwanderung

Ebenso wie die gesamte Stadt verzeichnete der Stadtteil Horst bis 2014 eine sinkende, in den letzten Jahren jedoch eine wachsende Bevölkerungszahl. Während 2014 noch 9.704 Menschen in Horst lebten, waren dort Ende 2016 bereits wieder 10.782 mit Hauptwohnsitz gemeldet (vgl. Tabelle 2). Dieses starke, deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegende Wachstum lässt sich mit dem Zuzug von Geflüchteten, aber auch einer verstärkten Neubautä-

tigkeit im Segment der Ein- und Zweifamilienhäuser – so entstehen auf einer Industriebrachfläche derzeit ca. 170 Wohneinheiten (vgl. P_EH-30) – erklären. Hierbei profitiert der gesamte Stadtteil Horst nicht zuletzt von seiner attraktiven Lage direkter Nähe zur Ruhr mit ihrem hohen Naherholungs- und Freizeitwert (vgl. P_EH-30; D_EH-12, S. 37).

Einhergehend mit der starken Zuwanderung war in Horst auch ein Anstieg der SGB-II-Quote und der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen. Zugleich ist der Anteil an Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft deutlich gewachsen. Hatten 2012 noch 7,2 Prozent der Horster_innen eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit, waren es 2016 bereits 14,2 Prozent: eine Verdoppelung innerhalb von nur vier Jahren (vgl. Tabelle 2), die maßgeblich auf den Zuzug von Geflüchteten zurückgeht. Die Horster_innen mit nichtdeutscher oder doppelter Staatsangehörigkeit hatten am 31.12.2015 zu 19,6 Prozent die polnische, zu 13 Prozent die russische, zu 12,8 Prozent die syrische, zu 8,8 Prozent die kasachische und zu 6,3 Prozent die türkische Staatsangehörigkeit (vgl. D_EH-11). Im Hörsterfeld sind außerdem größere Gruppe von Iraker_innen und Afghan_innen ansässig.

Bei den letzten Wahlen – zum Rat der Stadt Essen bzw. zum nordrhein-westfälischen Landtag – erwies sich Horst als ein Stadtteil, dessen Wahlergebnisse insgesamt recht nahe am gesamtstädtischen Ergebnis lagen. Allein die SPD schnitt deutlich stärker als in der Gesamtstadt ab, die Grünen etwas schwächer (vgl. Tabelle 3).

Ökonomische Rahmenbedingungen und Arbeitsmarkt

Horst hat sich, wie viele Ortschaften des Ruhrgebiets, im Zuge der Industrialisierung vom landwirtschaftlich geprägten Dorf zu einem Standort der Großindustrie entwickelt. Bereits im 18. Jahrhundert siedelten sich erste Zechen und alsbald auch weiterverarbeitende Industrien an. Mitte des 19. Jahrhunderts war das damals größte Hüttenwerk Deutschlands in Horst ansässig. Auch wenn 1962 die letzte Zeche schloss, ist Horst bis heute ein bedeutender Industriestandort. Nicht zuletzt befindet sich dort mit einem Glaswerk, das heute zu den modernsten in Europa gehört, das wahrscheinlich älteste Industrieunternehmen Essens (vgl. D_EH-12, S. 24ff.). Mit seinem hauptsächlich gewerblich ausgerichteten Unternehmensbesatz nimmt Horst heutzutage eine Sonderrolle innerhalb der vom Dienstleistungssektor geprägten Essener Wirtschaftsstruktur ein.

Der Anteil der Empfänger_innen staatlicher Transferleistungen nach SGB II an der Gesamtbevölkerung ist im Stadtteil Horst in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Betrug er im Jahr 2012 bereits beachtliche 21,6 Prozent so lag er 2015 schon bei 24,2 Prozent. Die Zuwanderung von Geflüchteten nach Horst, vor allem in das Hörsterfeld, dürfte seitdem zu einem weiteren Anstieg dieses Werts geführt haben. Die vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote von 10,2 Prozent sowie insbesondere der Anteil von 45 Prozent Langzeitarbeitslosen, die die Essener Statistik für den Stadtteil Horst zum Stichtag 31.12.2015 angibt (vgl. D_EH-11), unterstreichen dieses Bild.

Städtebauliche Aspekte, Wohnungsmarkt und soziale Infrastruktur

Prägend für Hörsterfeld ist verdichteter Geschosswohnungsbau, der ab 1973 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus entstanden ist (vgl. DEH-14). Das kleine Stadtteilzentrum und die Einkaufspassage im Hörsterfeld sind vor allem auf den kurz- und teilweise mittelfristigen Bedarf ausgerichtet; ein Supermarkt ist vorhanden, Dienstleistungen finden sich ebenfalls vereinzelt. An vielen Stellen sind aktuell allerdings Leerstände prägend (vgl. P_EH-31).

Die Siedlungsdichte Horsts ist aufgrund der Zuzüge der jüngsten Vergangenheit zuletzt deutlich gewachsen – von 2.340 Einwohner_innen je Quadratkilometer im Jahr 2012 auf 2.550 im Jahr 2016; in Hörsterfeld (für das die Essener Statistik eigene Zahlen vorhält) liegt sie allerdings deutlich höher.

Der Essener Mietspiegel weist für Horst mit 5,50 €/m² eine leicht unter dem Essener Durchschnitt von 6,00 €/m² liegende Durchschnittsmiete auf (vgl. D_E-39). Der Wohnungsmarkt im Stadtteil wird aktuell durch den starken Zuzug von Migrant_innen geprägt, der maßgeblich auf die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in eigenen Wohnungen zurückgeht. Vor allem in der Großwohnsiedlung Hörsterfeld standen hierfür aufgrund eines vergleichsweise niedrigen Mietniveaus und nicht unerheblicher Leerstände geeignete Wohnungen zur Verfügung. Viele zuvor leerstehende Wohneinheiten, die teils über eine sanierungsbedürftige Ausstattung verfügen, sind derzeit wieder belegt.

Der Stadtteil Horst verfügt über drei Kindertagesstätten mit insgesamt mehr als 300 Plätzen, die allerdings keine ausreichende Versorgung gewährleisten. So steht nur für ein Viertel der Unter-Dreijährigen ein Betreuungsplatz zur Verfügung; deren Versorgung ist damit noch einmal deutlich schlechter als im gesamtstädtischen Mittel (vgl. D_EH-11). Horst verfügt über zwei Grundschulen; für den Besuch der weiterführenden Schule müssen die Schüler_innen jedoch auf die Nachbarstadtteile ausweichen (vgl. D_EH-12, S. 60). In den letzten Jahren wurde die Entwicklung des Stadtteils durch altersgerechtes Wohnen und ein Hausärzteezentrum sowie Aufwertungen im Stadtteil (z. B. Bänke und Beete) generationenübergreifend vorangetrieben (vgl. P_EH-31).

In Bezug auf die Integration geflüchteter Menschen ist als kommunale Institution besonders der in der Einkaufspassage der Großwohnsiedlung angesiedelte Bürgerladen Hörsterfeld zu nennen. Er ist vonseiten der Stadt mit einer Vollzeitstelle besetzt, zusätzlich wird die Einrichtung durch vier Gemeinwohlerkräfte der evangelischen Kirchengemeinde unterstützt. Hauptaufgabe des Bürgerladens sind Beratungsleistungen, insbesondere die Hilfestellung bei der Beantragung von Sozialleistungen und anderen bürokratischen Vorgängen. Zusätzlich werden Kontakte zu anderen Beratungsstellen oder Ämtern, aber z. B. auch zu lokalen Sportvereinen vermittelt (vgl. P_EH-29). Der Bürgerladen kooperiert eng mit der in direkter Nachbarschaft angesiedelten Außenstelle des Allgemeinen Sozialen Dienstes der Stadt. Gleichzeitig bestehen enge Verbindungen zum Bürgerhaus Oststadt und zum Stadtteilbüro Bergmannsfeld – beide in Quartieren mit ähnlicher Sozialstruktur und vergleichbaren kommunalpolitischen Aufgaben-

stellungen gelegen (vgl. D_EH-03). Überdies ist der Bürgerladen in den *Mitarbeiterkreis Hörsterfeld* eingebunden, ein Netzwerk aus Vertreter_innen von Schulen, Gemeinden und Sozialen Diensten im Stadtteil. Dass Hörsterfeld heute nicht mehr als sozialer Brennpunkt gilt, ist vor allem auf das Engagement der genannten Institutionen und Netzwerke sowie die enge Zusammenarbeit der dort beteiligten Akteur_innen zurückzuführen (vgl. D_EH-12, S. 35).

Projekte der Stadtentwicklung

Die Errichtung der Großwohnsiedlung Hörsterfeld ging zurück auf das Konzept *Essener Oststadt*, das im Essener Osten insgesamt drei Großwohnsiedlungen vorsah (vgl. D_EH-12, S. 34ff.), die zu einer Entlastung der Innenstadt und zu einer räumlichen Funktionsteilung im Stadtgebiet Essens beitragen sollten (vgl. P_EH-31). Über die ‚Schwestersiedlung‘ Bergmannsfeld schrieb die WAZ 1969:

„Hier entsteht ein neues Zukunftsland, das mit bisherigen Maßstäben nicht gemessen werden kann. Hier wird Wirklichkeit, was in einem Jahrhundert versäumt worden ist: Menschenwürdige Wohngelegenheiten in freier landschaftlich reizvoller Umgebung, verkehrsgerechte Straßen und Plätze ohne düstere Häuserzeilen mit unfreundlichen Hinterhöfen“ (P_EH-32).

Doch von Beginn an stießen die Großwohnsiedlungen auf ein geteiltes Echo, gerade auch bei den alteingesessenen Bewohner_innen des Stadtteils Horst (vgl. D_EH-12, S. 35). Hierzu trugen nicht zuletzt die Belegungspolitik der Stadt, die nach kurzer Zeit sichtbar werdenden Baumängel, der Mangel an Gemeinschaftseinrichtungen sowie das Fehlen eines Zentrums bei. Wie viele andere Großsiedlungen der Zeit wurde Hörsterfeld als „seelenloses Hochhaus-Ghetto“ oder als „Mahnmal verfehlten Städtebaus“ stigmatisiert (P_EH-31) und wies in einigen Teilen noch vor einigen Jahren nicht nur einen erheblichen Sanierungsrückstand, sondern auch steigende Leerstandsquoten auf (vgl. D_EH-09). Durch vielfältiges soziales Engagement im Stadtteil hat sich das Image Hörsterfelds mittlerweile jedoch verbessert (vgl. D_EH-12, S. 35; P_EH-31). Im Jahr 2016 hat das kommunale Wohnungsbauunternehmen Allbau, das bis dahin ein hohes Maß an sozialer Verantwortung im Quartier gezeigt und verschiedene Projekte initiiert hatte, seine Bestände im Hörsterfeld an einen neuen Eigentümer verkauft (vgl. P_EH-28; D_EH-13). Die Essener Linke forderte daraufhin eine personelle Aufstockung der Einrichtungen der sozialen Arbeit im Hörsterfeld (vgl. P_EH-29), stieß damit jedoch auf Widerspruch bei der SPD, die nicht mit negativen sozialen Auswirkungen aufgrund des Rückzugs der Allbau rechnete (vgl. D_EH-03).

Zivilgesellschaft und Vereine

Horst verfügt über eine lebhafte Vereinslandschaft. Mit der Märkischen Turngemeinde Horst beherbergt der kleine Stadtteil Essens größten Sportverein. Ferner existieren eine katholische sowie eine evangelische Kirchengemeinde (vgl. D_EH-12, S. 35), jedoch keine Moscheegemeinde. Im Hinblick auf die Integration geflüchteter Menschen spielen der Bürgerladen Hörsterfeld und der Mitarbeiterkreis Hörsterfeld – auch in Kooperation mit weiteren sozialen Einrichtungen in der Oststadt und im Bergmannsfeld – eine herausragende Rolle. Sie haben we-

sentlichen Anteil daran, dass die Integration von Geflüchteten im Hörsterfeld weitgehend ‚geräuschlos‘ erfolgt(e). Darüber hinaus darf auch der Runde Tisch Flüchtlingshilfe Essen-Steele e. V. nicht unerwähnt bleiben.

5.2 Die schrumpfende Kleinstadt Altena im Märkischen Kreise im Kontext der Fluchtmigration – Fallprofil Altena

Der Märkische Kreis

Der Märkische Kreis wird von den beiden größeren Mittelstädten Iserlohn und Lüdenscheid, zehn Kleinstädten, darunter Altena, sowie drei kleineren Gemeinden gebildet. Zentrales Charakteristikum des mit 417.000 Einwohner_innen im deutschlandweiten Vergleich großen Landkreises ist die Parallelität von Abwanderung, Geburtenrückgang und demographischer Alterung einerseits und ökonomischem Wachstum andererseits. Seit den 1970er-Jahren sinken die Bevölkerungszahlen kontinuierlich, und ein Rückgang um weitere 10 Prozent bis 2025 ist prognostiziert. Gleichzeitig hat der Kreis mit einer hohen Verschuldung zu kämpfen (vgl. P_MK-27; P_MK-28; P_MK-106). Als traditionsreicher Industriestandort ist er bis heute von mittelständischen Unternehmen geprägt. Von insgesamt rund 147.600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand: Juni 2011) arbeiten rund 80.000 im produzierenden Gewerbe (vgl. D_MK-02). Die Arbeitslosigkeit ist mit 6,5 Prozent vergleichsweise niedrig. Prognostiziert werden nicht nur weiter sinkende Arbeitslosenzahlen, sondern auch ein Fachkräftemangel (vgl. D_MK-02; P_MK-130). Bereits in jüngster Zeit klagten Industrie- und Handwerksbetriebe aus der Region über die Abwanderung potentieller Fach- und Führungskräfte sowie über Nachwuchssorgen (vgl. P_MK-21; P_MK-31). Aus diesem Grund versucht der Märkische Kreis, sich auf nationaler und internationaler Ebene als attraktiver Wohnstandort für Fachkräfte zu präsentieren und eine ‚neue Willkommenskultur‘ zu entwickeln (vgl. P_MK-4). Wie das gesamte Land Nordrhein-Westfalen gilt auch der Märkische Kreis als Einwanderungsregion. Der Zensus von 2011 verzeichnet für den Kreis einen Anteil von 28 Prozent von Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung und damit einen deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 19,2 Prozent liegenden Wert (vgl. D_A-018a). Die Hauptherkunftsländer sind auf Kreisebene Polen und die Türkei (jeweils ca. 20 Prozent), gefolgt von Kasachstan, der Russischen Föderation und Italien (vgl. D_MK-02).

Städtebauliche Struktur der Stadt Altena

Altena liegt im geographischen Zentrum des Märkischen Kreises in der Mittelgebirgslandschaft des Sauerlands. Zur Stadt gehören neben der Kernstadt, die sich in drei Ortsteile gliedert (Altstadt, Nettenscheid und Breitenhagen), noch drei weitere Stadtteile (Dahle, Evingsen, Rahmede). Die Bevölkerungsdichte Altenas beträgt gut 400, die Siedlungsdichte gut 2.320 Einwohner_innen je Quadratkilometer. Das Zentrum Altenas, die Altstadt, erstreckt sich über mehrere Kilometer entlang des Flusses Lenne und wird von steilen Berghängen gesäumt (vgl. D_A-016).

Die Stadt entstand unterhalb der gleichnamigen Burg aus dem 12. Jahrhundert. Bekannt sind Burg und Stadt Altena nicht zuletzt als Sitz der weltweit ersten Jugendherberge.

Bevölkerungsentwicklung und Zuwanderung

Altena ist stark vom demographischen Wandel betroffen. Der kontinuierliche Bevölkerungsrückgang und die zunehmende Alterung der Stadtbevölkerung sind dort ebenso stark ausgeprägt wie in vielen peripher gelegenen Regionen Ostdeutschlands. Kaum eine andere westdeutsche Stadt schrumpfte in den vergangenen Jahren in ähnlichem Maße (vgl. D_A-002). Im Jahr 1970 zählte Altena noch rund 32.000 Einwohner_innen, im Jahr 2015 waren es nur noch rund 17.000 (vgl. P_A-031). Dieser Aderlass ist sowohl auf einen anhaltend hohen Sterbeüberschuss als auch auf die Abwanderung insbesondere von Familien, Jugendlichen und jungen Erwerbspersonen zurückzuführen (vgl. D_A-002). Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre lag 2012 bei 24 Prozent. Damit ist jeder vierte in Altena lebende Mensch über 65 Jahre alt (vgl. D_A-043).

Laut Zensus wies im Jahr 2011 ein Fünftel aller Altenaer_innen einen Migrationshintergrund auf. Dieser Wert lag knapp über dem bundesdeutschen Durchschnitt (vgl. D_A-018a). Im regionalen Vergleich ist dieser Anteil jedoch eher gering. In der Nachbarstadt Werdohl besitzt statistisch jede dritte Person einen Migrationshintergrund (vgl. D_MK-03). Die Mehrheit der Altenaer_innen mit Migrationshintergrund lebt schon lange in Deutschland oder ist hier geboren und gehört somit zur alteingesessenen Bevölkerung; die wichtigsten Herkunftsländer sind Polen und die Türkei mit jeweils ca. 23 Prozent sowie Griechenland mit 13 Prozent (vgl. D_A-018a). Lediglich 3,4 Prozent der Altenaer_innen mit Migrationshintergrund leben seit weniger als 10 Jahren in Deutschland (vgl. D_A-018a). Somit ist Altena bereits seit vielen Jahren Zielort internationaler Migration. Die Anzahl der in der Stadt lebenden Menschen im Asylverfahren unterliegt großen Schwankungen. Während sie im Jahr 2012 lediglich bei 26 lag (vgl. D_A-020), stieg sie, wie in der gesamten Bundesrepublik, in den letzten Jahren stark an. Ende 2015 lebten mehr als 290 Menschen im Asylverfahren in Altena (vgl. D_A-030). Damit stellen geflüchtete Menschen die größte Gruppe der Zuzügler_innen.

Ökonomische Rahmenbedingungen und Arbeitsmarkt

Der Märkische Kreis gehört zu den industriestärksten Regionen in Nordrhein-Westfalen. Auch Altena ist durch die metallverarbeitende Industrie und vor allem die Drahtindustrie geprägt. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel verlor die Stadt in den 1970er-Jahren jedoch rund ein Drittel der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze: Waren dies im Jahr 1980 noch 9.000, so verringerte sich diese Zahl bis 2015 auf rund 5.200 (vgl. D_A-016; D_A-002). Mit knapp 3.400 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ist das verarbeitende Gewerbe jedoch nach wie vor der größte Wirtschaftszweig der Stadt (vgl. D_A-043).

Der Arbeitslosenanteil an den Erwerbspersonen in Altena lag im Jahr 2015, wie auch in den Vorjahren, bei 9,5 Prozent. Ein Anteil von 10,5 Prozent der Erwerbspersonen unter 65 Jahren

erhielt Leistungen nach dem SGB II, etwa ein Viertel von ihnen als sogenannte ‚Aufstocker_innen‘ zusätzlich zu ihrem Erwerbseinkommen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015).

Städtebauliche Aspekte und Wohnungsmarkt

Die Altstadt Altenas ist durch zahlreiche historische Gebäude geprägt. Dazu gehören neben der Burg insbesondere Wohnhäuser, die z. T. aus dem 17. Jahrhundert stammen. Die zur Kernstadt gehörenden Quartiere Nettenscheid und Breitenhagen sind dagegen vor allem durch Zeilenwohnungsbau und einfache Wohnanlagen der 1960er-Jahre gekennzeichnet. Die Ortschaften außerhalb der Kernstadt weisen dorfförmlich Strukturen auf und werden vorrangig von Einfamilienhäusern dominiert.

Insgesamt verfügt Altena über 9.756 Wohnungen. Der durchschnittliche Mietpreis in Altena lag in den letzten drei Jahren konstant bei unter 5 € pro Quadratmeter (vgl. ILS 2016, S. 25) und damit deutlich unter dem nordrhein-westfälischen Landesdurchschnitt (vgl. D_E-32). Größter Vermieter der Stadt ist mit rund 1.900 Wohneinheiten aller Größen die Altenaer Baugesellschaft. Deren Wohnungsbestand entstammt überwiegend dem Wohnungsbau der Nachkriegszeit, umfasst aber auch einige Altbauwohnungen (vgl. D_A-018), die jedoch hinsichtlich Größe, Zuschnitt und Ausstattung häufig nicht mehr den heutigen Ansprüchen genügen (vgl. D_A-002).

Bedingt durch den demographischen Wandel ist der Wohnungsmarkt in Altena durch eine hohe Leerstandsquote und niedrige Mietzinsen gekennzeichnet. Die letzte Wohnungszählung verzeichnete 2011 in Altena 1.098 leerstehende Wohnungen (vgl. D_A-018). Das entspricht einer Leerstandsquote von knapp 11 Prozent, die den entsprechenden Wert für den gesamten Märkischen Kreis (5,3 Prozent) um mehr als das Doppelte übertrifft (vgl. D_A-018; P_A-031). Aufgrund des hohen Leerstandes sowie gewandelter Wohnansprüche wurden – teilweise gefördert mit Mitteln des Bundesprogramms *Stadtumbau West* (vgl. P_A-002) – einige Gebäude abgerissen.

Stadtentwicklung im Kontext des demographischen Wandels und der Fluchtmigration

Altena sieht sich aufgrund ihrer demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Diesen Herausforderungen versuchte die Stadt bereits mit verschiedenen Projekten der Stadtentwicklung zu begegnen. Aufgrund der angespannten Haushaltslage setzte sie dabei vor allem auf vier zentrale Bereiche:

- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- *Stadtumbau West* und Ausbau touristischer Attraktionen in der Altstadt
- Profilierung als ‚Willkommensstadt‘
- Anpassung der kommunalen Infrastrukturen

Hierbei erweist sich die Stadt als sehr erfolgreich in der Akquise von Fördergeldern aus verschiedenen Programmen des Bundes, des Landes Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Union, die auch miteinander kombiniert werden (vgl. D_A-016).

Altena – Eine Stadt für alle Generationen

Eine der ersten stadtentwicklungspolitischen Aktivitäten mit dem Ziel, den demographischen Wandels zu meistern, bestand im Projekt *Altena – eine Stadt für alle Generationen*. Mit ihm wurde Altena zur Modellkommune im Rahmen des Pilotprojekts *Neues Altern in der Stadt* (NAIS) der Bertelsmann Stiftung. Dieses Projekt mündete in das 2007 vom Stadtrat beschlossene *Entwicklungs- und Handlungskonzept Altena 2015* (vgl. D_A-002) sowie das Dokument *Leitbildentwurf und Szenarien für Altena 2020* (vgl. Bertelsmann Stiftung/Stadt Altena 2006). Seitdem setzen Stadtpolitik und -verwaltung in Altena auf die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Ein weiteres wesentliches und nachhaltiges Ergebnis des Projekts war die Gründung der zivilgesellschaftlich organisierten Freiwilligenagentur *Stellwerk – Das Generationenbüro für Altena*, die mit dem Ziel gegründet wurde, das „Potential der vielen älteren Menschen, die in der Stadt leben, ehrenamtlich zu nutzen“ (P_A-060). Maßgeblich gefördert und koordiniert durch das *Stellwerk*, hat sich in Altena eine starke Zivilgesellschaft herausgebildet.

Stadtumbau West

2008 wurde Altena in das Städtebauförderungsprogramm des Bundes *Stadtumbau West* aufgenommen (vgl. D_A-026). Dessen Ziel ist es, städtebauliche Anpassungsstrategien an wirtschaftliche, demographische und kulturelle Entwicklungen zu fördern. Ein großer Teil der Altenaer Innenstadt (insgesamt 234 ha) wurde als Stadtumbaugebiet ausgewiesen, um dort die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, Geschäftslagen zu revitalisieren und verbesserte Wegeverbindungen zu schaffen (vgl. D_A-016). Die in diesem Zusammenhang geförderten Projekte umfassten beispielsweise die Umgestaltung des Lenneufers zu einer Promenade, die den Fluss barrierefrei zugänglich und besser erlebbar macht (vgl. P_A-007), sowie die Errichtung eines Erlebnisaufzugs, der die Innenstadt mit der Burg verbindet und so die touristische Attraktivität Altenas erhöht (vgl. P_A-006). Außerdem wurde der Abriss von Mehrfamilienhäusern aus den 1960er-/70er-Jahren gefördert (vgl. D_A-016). Für ihren gleichermaßen proaktiven wie behutsamen Umgang mit den Herausforderungen des strukturellen und demographischen Wandels erhielt die Stadt den Martin-Leicht-Preis für Stadt- und Regionalentwicklung 2001 (vgl. P_A-003) und wurde 2014 im Rahmen eines Wettbewerbs zum 10-jährigen Jubiläum des Programmes *Stadtumbau West* als besonders gelungenes Beispiel für Stadtumbau in der Kategorie Stadtzentren ausgezeichnet (vgl. P_A-006). Darüber hinaus wurden in Kooperation mit mehreren Nachbargemeinden kleinere Projekte im Rahmen der *Regionale 2013* und des Städtebauförderungsprogramms *Kleinere Städte und Gemeinden* durchgeführt sowie Fördermittel der EU – die z. B. ebenfalls in den Bau des Eventaufzugs flossen – akquiriert (vgl. D_A-016).

Profilierung als ‚Willkommensstadt‘

Der Bevölkerungsrückgang sowie die demographische Alterung sind auch maßgeblich mit dafür verantwortlich, wie die Stadt Altena an Fragen der grenzüberschreitenden Migration und Integration herangeht. Im Oktober 2015 nahm die Stadt zusätzlich zu den 190 über den *Königsteiner Schlüssel* zugewiesenen Asylbewerber_innen freiwillig 103 weitere auf. Diese von allen Stadtratsmitgliedern getragene Entscheidung begründete der Bürgermeister mit der Hoffnung, dadurch der demographischen Entwicklung Altenas begegnen zu können (vgl. D_A-030), und konstatierte eine „Win-Win-Situation“ (P_A-031) für alle Beteiligten: Altenas Beitrag zur notwendigen Integration von Geflüchteten berge zugleich die Chance, neue Bürger_innen für die schrumpfende Stadt zu gewinnen (vgl. P_A-045; P_A-031). Tatsächlich war nicht zuletzt die Aufnahme von Geflüchteten dafür ausschlaggebend, dass im Jahr 2015 der jahrzehntelange negative Trend der Altenaer Bevölkerungsentwicklung stoppte (vgl. D_A-043).

Trotz allem: Abbau der kommunalen Infrastruktur

Die stadtentwicklungspolitischen Anstrengungen, die in Altena in der jüngeren Vergangenheit unternommen wurden, konnten nichts daran ändern, dass die kommunalen Infrastrukturen an die gesunkene Einwohnerzahl angepasst werden musste. So wurden mittlerweile eines von zwei Freibädern, verschiedene Sportstätten und 2016 auch das örtliche Krankenhaus geschlossen (vgl. P_A-003). Die Hauptschule, eine Grundschule und zum Ende des Schuljahres 2016/17 sogar die Realschule wurden geschlossen, sodass in der Stadt lediglich zwei Grundschulen, eine Förderschule, eine berufsbildende Schule und das Burg-Gymnasium verbleiben (vgl. D_A-006). Des Weiteren wurde die Zahl der Kindergartengruppen reduziert. Auch die Kirche plant die Schließung von Gotteshäusern. Parallel zum Rückbau sozialer Infrastrukturen hat sich auch die Einzelhandelsstruktur der Stadt stark gewandelt. Zahlreiche Ladenlokale in der Innenstadt stehen leer (vgl. D_A-016) und im Februar 2017 schloss der einzige innerstädtische Supermarkt (vgl. P_A-133). Im öffentlichen Nahverkehr kam es ebenfalls zu Angebotseinschränkungen (vgl. Bertelsmann Stiftung/Stadt Altena 2006, S. 11). Angesichts des Rückbaus sozialer Infrastrukturen ging der Zuzug von geflüchteten Familien mit Kindern in der jüngsten Vergangenheit mit teils erheblichen Be- und Überlastungen für die bestehenden Kindertageseinrichtung und Schulen einher.

Lokale Politik und Verwaltung

Bei der Kommunalwahl im Mai 2014 erreichte die CDU mit 48,3 Prozent die Mehrheit der Stimmen. Im Altenaer Stadtrat verfügt sie damit über 15 der insgesamt 32 Sitze. Die SPD wurde mit 29,8 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft und erhielt neun Sitze, die Grünen errangen vier Sitze, die Linke zwei und die FDP sowie die lokale Partei SDA (Soziale und Demokratische Alternative) jeweils einen Sitz im Stadtrat. Der Bürgermeister, der bereits seit 1999 sein Amt bekleidet, gehört der CDU an. Die Altenaer Stadtpolitik weist eine hohe personelle Kontinuität auf.

Als Kleinstadt verfügt Altena über eine relativ kleine Verwaltung, die lange keine migrations-spezifischen Strukturen kannte. Seit 2011 sind in Altena drei ehrenamtliche Integrationslotsinnen tätig, die nicht-deutschsprachige Bürger_innen bei Behördengängen und Verwaltungsangelegenheiten unterstützen. Sie wurden im Rahmen einer Schulung vom Landratsamt auf ihre Lotsinnentätigkeit vorbereitet und sind kreisweit mit anderen Lots_innen und in Altena über das *Generationenbüro Stellwerk* vernetzt (vgl. D_A-015). 2015 wurde im Rathaus Altenas im Zuge der freiwilligen Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter eine dreiköpfige Stabsstelle *Arbeitsgruppe Integration* gebildet. Unter der Federführung des Bürgermeisters gehören ihr der Leiter des Sozialamts als Koordinator für Geflüchtete sowie die Gleichstellungsbeauftragte an, die zugleich die Leitung der bereits 2007 im Rahmen des Projektes *Altena – eine Stadt für alle Generationen* geschaffenen Stabsstelle für bürgerschaftliches Engagement innehat (vgl. ILS 2016, S. 25). 2016 wurde zudem auf einen Stadtratsbeschluss hin die Schaffung neuer Stellen für die Flüchtlingsarbeit und Integration beschlossen – und das trotz der angespannten Haushaltslage der Stadt (vgl. P_A-035). Die Stabsstelle wird seitdem durch zwei Halbtagskräfte u. a. mit arabischen Sprachkenntnissen unterstützt, die sich um die Betreuung der in Altena lebenden Flüchtlinge kümmern und vor allem die berufliche Integration vorantreiben sollen (vgl. P_A-035). Kommunale Integrationspolitik wurde somit in Altena erstmals formal institutionalisiert.

Die Stadt Altena ist hoch verschuldet. Ende 2015 hatte sie Gesamtschulden in Höhe von knapp 97 Millionen €; davon waren allein 48,4 Millionen € Kassenkredite zur Deckung des kurzfristigen Finanzbedarfs (vgl. D_A-20). Als eine der 34 besonders armen Kommunen in Nordrhein-Westfalen nimmt die Stadt seit 2011 am Landesprogramm *Stärkungspakt Stadtfinanzen* teil, das auf Grundlage des Stärkungspaktgesetzes (Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) des Landes Nordrhein-Westfalen) Konsolidierungshilfen für überschuldete Städte und Gemeinden vorsieht. Altena erhält dadurch über zehn Jahre 1,92 Millionen € pro Jahr aus der Landeskasse. Um diese Hilfen in Anspruch nehmen zu dürfen, muss die Stadt kontinuierlich an der Konsolidierung und Sanierung ihres Kommunalhaushalts arbeiten und Einsparungen vornehmen. Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt, sodass die Stadt ab 2021 ohne die zusätzlichen Gelder des Landes auskommt (vgl. D_A-20). Die geforderten Einsparungen wurden insbesondere über eine Umstrukturierung und Straffung der Kommunalverwaltung erzielt; auf Veranlassung eines zwischenzeitlich eingesetzten ‚Sparkommissars‘ wurde aber auch die Erhöhung kommunaler Steuern beschlossen (vgl. D_A-20; D_A-26).

Einen Zuschuss vom Land Nordrhein-Westfalen bekommt Altena für den Aufbau eines Begegnungszentrums. Dazu wird eine Immobilie nahe der Innenstadt u. a. mithilfe von Geflüchteten renoviert. Das Projekt wird mit 488.000 € vom Land gefördert (vgl. P_A-137). Über diese Förderung kann außerdem die Stelle für die Leiterin des Begegnungszentrums finanziert werden. Ziel der Stadt ist es, Räume für Treffen und Begegnungen, aber auch für weitere Sprachkurse zu schaffen (vgl. P_A-080). Die räumlich beengten Möglichkeiten des *Stellwerks* sollen dadurch ergänzt werden (vgl. P_A-137).

Zivilgesellschaft und Vereine

Altena weist eine diversifizierte Vereinsstruktur und eine Vielzahl religiöser Gemeinden auf. So zählt die Homepage der Stadt allein dreizehn christliche sowie eine islamische Gemeinde und mehr als 187 Vereine und Bürgervereinigungen auf. Die Stärkung dieser zivilgesellschaftlichen Strukturen und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements auch außerhalb klassischer Institutionalisierungsformen bilden – spätestens seit der Umsetzung des Projekts *Neues Altern in der Stadt* – einen Schwerpunkt der Altenaer Kommunalpolitik. Damit wurden die Grundlagen geschaffen für die erfolgreiche Integrationsarbeit der jüngsten Vergangenheit, die maßgeblich von den 70 bis 100 Personen, die als ‚Kümmerer‘ bzw. ‚Kümmerinnen‘ für Geflüchtete in der Stadt aktiv waren, bewerkstelligt wurde. Vor allem profitiert die Stadt dabei von dem Netzwerk der Ehrenamtlichen, die sich rund um das *Stellwerk* organisiert haben (vgl. P_A-004). Über das *Stellwerk* werden Angebote und Aktionen koordiniert, und es ist die zentrale Anlaufstelle für ehrenamtliche Helfer_innen. Die Koordination findet durch die Leiterin der Stabsstelle für bürgerschaftliches Engagement und ‚inoffizielle Flüchtlingsbeauftragte‘ der Stadt statt. Das *Stellwerk* bildet damit die Schnittstelle zwischen der Stadtverwaltung und den Bürger_innen. In Zusammenarbeit von Stadt und *Stellwerk* wurde u. a. eine Begrüßungsmappe erstellt, welche einen Stadtplan und in Kontaktdaten, Informationen zu Schulen, Sprachkursen, Gesundheit und Freizeit in vier Sprachen enthält (vgl. P_A-027). Auch finden in dessen Räumen seit 2014 Sprachkurse statt. Das *Café International* fungiert als Plattform für den interkulturellen Austausch in der Stadt.

Die ‚Entdeckung‘ der Integration als kommunalpolitisches Aufgabenfeld

Viele Studien verweisen auf die Vorteile kleinstädtischer Strukturen im Hinblick auf die Integration von Immigrant_innen (vgl. Schader-Stiftung 2011, 2014; Braun/Simons 2015; BBSR 2015). Die Situation in Altena kann in diesem Zusammenhang als exemplarischer Beleg gelten: Das Vorhandensein von freiem Wohnraum zu niedrigen Mietzinsen, der Arbeitskräftebedarf der örtlichen Betriebe, eine weithin migrationsoffene Zivilgesellschaft, ein gewachsenes bürgerschaftliches Engagement sowie die Abwesenheit rechtsextremer Strukturen bieten zweifelsfrei sehr gute Rahmenbedingungen für eine integrierende Stadtentwicklung.

Allerdings hat es in Altena vor 2015 kaum eine kommunalpolitische Auseinandersetzung mit dem Thema Integration gegeben, obwohl die Stadt aufgrund der Zuwanderung von sogenannten Gastarbeiter_innen schon lange von Migration geprägt war. Sowohl in den Sitzungsniederschriften des Stadtrats als auch in der lokalen Presseberichterstattung finden sich fast keine Hinweise auf die lange Migrationsgeschichte der Stadt – eine (öffentliche) Auseinandersetzung mit der bzw. ein Bemühen um die Integration der in den vergangenen Jahrzehnten zugewanderten Migrant_innen fand offenbar kaum statt. Im Fokus standen vielmehr allein die in diesem Zusammenhang anfallenden Versorgungs- und Verwaltungskosten, derentwegen im Jahr 2008 beschlossen wurde, Asylbewerber_innen mit Bargeld anstelle von Gutscheinen zu alimentieren (vgl. D_A-003). Bis vor wenigen Jahren gab es in Altena also keinerlei konzeptionell-

programmatische Grundlage für eine kommunale Integrationspolitik – weder existierte ein entsprechendes Leitbild noch ein Integrationskonzept (vgl. ILS 2016, S. 25). Ein 2008 von der SPD-Fraktion im Stadtrat vorgeschlagenes Integrationskonzept wurde von der Mehrheitsfraktion der CDU abgelehnt, die ein solches Konzept – auch aufgrund des Personalmangels in der Verwaltung – für ‚übertrieben‘ hielt; mit dem Hinweis darauf, dass es kaum eine andere Stadt gebe, „in der es so gut läuft“ (D_A-009), wurde die Beschlussvorlage schließlich mehrheitlich abgelehnt. Einstimmig verabschiedete der Altenaer Stadtrat aber in der gleichen Sitzung immerhin eine vom Bürgermeister initiierte für die städtische Verwaltung geltende Selbstverpflichtung, nach der „das Bemühen um die Integration [fortgesetzt] und nach Möglichkeit [weiterentwickelt]“ (D_A-009) wird.

Heute ist in Altena ein starker politischer Wille zur Integration neuzugewanderter Mitbürger_innen erkennbar. Dies zeigt sich vor allem in der Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen im Zuge der Aufnahme von Geflüchteten, aber auch im Ausschöpfen von Handlungsspielräumen in der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik sowohl durch den Bürgermeister als auch durch die Verwaltungsmitarbeiter_innen. Altenas Umgang mit Geflüchteten sei geprägt von „Pragmatismus, Zusammenhalt und einer besonderen Herangehensweise“ (P_A-050), so der Bürgermeister in seiner Neujahrsansprache. So trat die Stadtverwaltung bereits 2013, als vermehrt Geflüchtete nach Altena gelangten und geeignete Unterkünfte fehlten, an die Altenaer Baugesellschaft heran, um deren Unterbringung zu organisieren (vgl. D_A-024). Die Integrationsherausforderungen der jüngsten Vergangenheit – konkret: die Unterbringung und Versorgung der 2016 etwa 350 in Altena lebenden Geflüchteten – wären ohne das breite Engagement der Bürger_innen jedoch kaum zu bewältigen gewesen.

5.3 Integrationspotentiale der Fallstudienquartiere im Spiegel lokaler Printmedien

Im Hinblick auf Integrationspotentiale und -hemmnisse setzen Printmedien aus Essen und Altena ähnlich gelagerte thematische Schwerpunkte. Berichtet wird insbesondere über (1) zivilgesellschaftliches Engagement, (2) politische Initiativen zur Förderung der Integration sowie (3) spezifische Integrationsbedingungen bzw. Chancen und Hindernisse einer Integration von Geflüchteten.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Sowohl in Essen als auch in Altena berichten die lokalen Printmedien umfassend und positiv über das zivilgesellschaftliche Engagement von Bürger_innen und Vereinen. Verschiedene Berichte gehen auf die Hilfsbereitschaft und das insgesamt hohe Engagement der Zivilgesellschaft ein oder heben exemplarisch die Bemühungen Einzelner hervor (vgl. P_AEK-036; P_AEK-105; P_E-010; P_E-036; P_A-008; P_A-025). So wurde etwa über den ersten Infoabend *Altena hilft Flüchtlingen* berichtet, zu dem mehr als 80 Personen kamen (vgl. P_A-008), oder über die sog. *Altenessen-Konferenz* mit ihren rund 300 Teilnehmer_innen. Für beide Städte wird auch immer

wieder die hohe Spendenbereitschaft der Bevölkerung unterstrichen (vgl. P_E-036; P_E-037; P_A-023; P_A-008; P_A-010; P_AEK-047; P_AEK-077).

In Altena sind im Hinblick auf das ehrenamtliche Engagement besonders die ‚Kümmerer‘ bzw. ‚Kümmerinnen‘ zu nennen, die den Geflüchteten im Alltag und z. B. bei Behördengängen helfen (vgl. P_A-025; P_A-060; P_A-004; P_A-048). Eine besondere Stellung in der Berichterstattung aus Altena nehmen vor allem über das zivilgesellschaftlich organisierte Generationenbüro *Stellwerk* angebotene und koordinierte Aktionen ein, die sich unter anderem von der Erstellung einer Begrüßungsmappe und der Organisation von Sprachkursen über Chorprojekte und Kochaktionen bis hin zu einem *Café Internationale* erstrecken (vgl. P_A-027; P_A-067; P_A-069; P_A-071; P_A-072). Dort werden viele Angebote und Aktionen koordiniert und es ist eine Anlaufstelle für ehrenamtliche Helfer_innen. Es wird auch darüber berichtet, wie ehrenamtliche Helfer_innen, vor allem von DRK, THW und Feuerwehr, dabei halfen, Wohnungen für Geflüchtete herzurichten (vgl. P_A-060). Demgegenüber fällt auf, dass die (nachholende) Integration von bereits in früheren Jahren bzw. Jahrzehnten zugewanderten Menschen in der Altenaer Berichterstattung keine Rolle spielt. Auch das zivilgesellschaftliche Engagement der muslimischen Moscheegemeinde kommt kaum zur Sprache.

Die ehrenamtlichen Aktivitäten zur Unterstützung von Geflüchteten, über die in Essen berichtet wird, erstrecken sich ebenfalls über alle Bereiche des alltäglichen Lebens und betreffen beispielsweise das Kennenlernen von Infrastrukturen, den Umgang mit Behörden oder das Einleben an der Schule (vgl. P_E-018; P_E-019; P_E-010; P_E-028; P_E-048; P_E-070; P_E-107; P_E-116). Die von der Presse aufgegriffenen zivilgesellschaftlichen Integrationsbemühungen umfassen auch die gemeinsame Gestaltung von Nachbarschafts- und Begegnungsfesten (vgl. P_AEK-023; P_AEK-029; P_AEK-040; P_AEK-053; P_E-019; P_A-071). So wird über ein im November 2015 gemeinsam vom Bürgerladen Hörsterfeld, dem Stadtteilbüro im Bergmannsfeld und dem Bürgerhaus in Freisenbruch organisiertes Willkommensfest berichtet, an dem ca. 120 Geflüchtete und Bewohner_innen aus den betreffenden Stadtteilen sowie Vertreter_innen des Caritasverbands, der Kirchen, der Pfadfinder_innen, von Sportvereinen und Ehrenamtliche teilnahmen (vgl. P_EH-18). In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass im Quartier Hörsterfeld noch Wohnungen frei sind, in die Geflüchtete einziehen können. Damit wird eine lokale verortete Willkommenskultur transportiert – freilich zusammen mit einer latenten Assimilationserwartung: „[...] [D]as Nachbarschaftsfest riecht ganz erheblich nach Wiederholung. Zumal im Hörsterfeld etwa noch viel Platz ist für Menschen, so sie denn alle Regularien erfüllt haben“ (P_EH-18). In der Essener Berichterstattung werden auch Projekte hervorgehoben, die von Menschen mit eigener Migrationserfahrung initiiert werden (vgl. P_E-162; P_E-148; P_E-23). Beispielsweise setzt die Essener Diakonie Migrant_innen als Gesundheitslots_innen ein, die andere Zugezogene erfolgreich beraten können (vgl. P_E-167). Positive Berichterstattung erfolgt auch in Bezug auf die Integrationsbereitschaft Geflüchteter, indem positive Integrationsbiographien beschrieben werden (vgl. P_E-153; P_E-041; P_E-169; P_E-129; P_E-171; P_E-137). Auch wird über muslimische Mitbürger_innen oder Institutionsvertreter_innen berichtet, die sich gegen eine islamistische oder fundamentalistische Ausrichtung

ihres Glaubens positionieren, so etwa im Gespräch zwischen städtischen Akteur_innen und Moscheevertretern in Essen. Gemeinsam unterzeichneten sie eine Grundsatzerklärung und wollen sich kritisch mit Extremismus und Terrorismus auseinandersetzen (vgl. P_E-133; P_E-140). Die Berichterstattung zu beiden Städten thematisiert außerdem politische Aktivitäten wie zum Beispiel Demonstrationen gegen Rechts (vgl. P_A-026; P_E-131) und spiegelt insgesamt eine kritische Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen Positionen wieder (vgl. P_AEK-003; P_AEK-014; P_AEK-003; P_A-113; P_A-034).

Politische Initiativen zur Förderung der Integration

Das beschriebene zivilgesellschaftliche Engagement ist ein wichtiger Grundstein für die politische Integrationsarbeit in den Kommunen und wird als solche auch in den Medien thematisiert (vgl. P_A-060; P_MK-37; P_AEK-105). Darüber hinaus finden sich in der lokalen Presse viele Hinweise auf umfangreiche politische Anstrengungen und Initiativen in beiden Städten, die auf eine gelingende Integration auf lokaler Ebene abzielen.

Vor allem in der Berichterstattung zu Altena wird deutlich, dass eine enge Vernetzung zwischen der Lokalpolitik und anderen Akteur_innen stattfindet. So zeigt sich auch im Spiegel der Presse die herausragende Rolle des *Generationenbüros Stellwerk*, das eine wichtige Schnittstelle zwischen der Stadt und den Bürger_innen bildet (vgl. P_A-037; P_A-034). Ferner wird sehr positiv darüber berichtet, wie die Stadt in Zusammenarbeit mit der Altenaer Baugesellschaft, teilweise aber auch mit Privatpersonen die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten bewerkstelligt hat (vgl. P_A-009; P_A-024). Ähnliches gilt für die Förderung der Arbeitsmarktintegration. So versuchte der Bürgermeister frühzeitig lokale Betriebe bei der Integrationsarbeit einzubeziehen und initiierte zusammen mit der Arbeitsagentur das *Altenaer Modell* einen Stufenplan zur beruflichen Eingliederung von Geflüchteten (vgl. P_A-052; P_A-060; P_A-110; P_A-052; P_A-004). Des Weiteren wird über die Einstellung von zwei Teilzeitkräften durch die Stadtverwaltung berichtet, die sich um die Betreuung der in Altena lebenden Flüchtlinge kümmern und vor allem deren berufliche Integration vorantreiben sollen (vgl. P_A-035; P_A-053). Dies steht in Verbindung mit dem Aufbau eines durch Fördergelder des Landes bezuschussten Begegnungszentrums (vgl. P_A-080; P_A-137) sowie mit dem generellen Einverständnis im Altenaer Stadtrat, trotz angespannter Haushaltslage Mittel für die Integration von Geflüchteten bereitzustellen (vgl. P_A-035).

Die in der Essener Berichterstattung aufgegriffenen integrationsfördernden Bemühungen von Zivilgesellschaft, Politik und Institutionen richten sich auf Begegnung, Bildung, Ausstattung und Sport sowie Sprachförderung aus und werden insbesondere mit dem Ziel einer Arbeitsmarktintegration verknüpft. Vor dem Hintergrund, dass Bildung als integrationsfördernder Motor verstanden wird, möchte beispielweise die CDU eine beschleunigte Beschulung von Flüchtlingskindern erreichen (vgl. P_AEK-031). Herausgestellt werden auch Aktionen zur Beschulung junger Geflüchteter, etwa über das *Integrationszentrum der Essener Gymnasien* in Steele (vgl. P_E-082). Über weitere institutionelle und kommunalpolitische Bemühungen, wie bei-

spielsweise die Gründung einer Wohnungsvermittlungsagentur von der Stadt und dem Essener Wohnungsunternehmen Allbau (vgl. P_E-141) oder die Initiierung von Begegnungsfesten (vgl. P_E-132), wird berichtet. Auch das Aktionsbündnis *Sicheres Altenessen*, das sich dem Paradigma des ‚Förderns und Forderns‘ verschrieben hat, zeigt aus Sicht der Presse Wirkung bei der Integrationsarbeit. Mit der Berichterstattung über Oberbürgermeister Kufen, der sich 2015 klar zum bestehenden Asylrecht und zu der Bereitschaft, Geflüchtete willkommen zu heißen, bekannte (vgl. P_E-020), unterstreicht die Presse die Integrationsanstrengungen der Stadt Essen.

Integrationsbedingungen: Chancen und Hindernisse

Sowohl in der Berichterstattung zu Essen als auch zu Altena nehmen die Integrationsbedingungen eine zentrale Rolle ein. In den Presseartikeln mit Bezug zu Altena wird mehrfach auf die Vorteile einer Kleinstadt im Hinblick auf die Integration verwiesen. Aufgrund der besseren Netzwerke und der ‚menschlichen Nähe‘ gelinge Integration dort leichter als in Großstädten (vgl. P_A-055; P_A-122; P_A-124). Auch der entspannte Wohnungsmarkt leiste dabei einen Beitrag, indem verhindert werden könne, dass Flüchtlinge isoliert in Massenunterkünften leben (vgl. P_A-130). Andererseits stehen gerade kleinere Kommunen und Städte auch vor besonderen Herausforderungen, was sich in Altena vor allem in der umfassenden Thematisierung der angespannten Haushaltslage und der Mehrbelastung im Zusammenhang mit der Integration Geflüchteter widerspiegelt. Kritik wird dabei vor allem an der Landesregierung und der Verteilung der Gelder laut (vgl. P_A-064; P_A-078; P_A-079; P_A-080). Als Hemmnis bei der Betreuung von geflüchteten Schüler_innen werden insbesondere auch personelle und infrastrukturelle Kapazitätsgrenzen angeführt (vgl. P_A-090). Die förderlichen Integrationsbedingungen einer Kleinstadt und die mit der Zuwanderung sowohl für Geflüchtete als auch für eine vom demographischen Wandel betroffene Stadt verbundenen Chancen werden vor allem im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die (wie wir heute wissen, am Ende nicht realisierten) Pläne einer syrischen Gemeinde aus Essen thematisiert, nach Altena umzuziehen (vgl. P_A-123; P_A-126; P_A-134; P_A-135). Die Berichterstattung ist überwiegend positiv, gleichzeitig wird aber auch am Rande Kritik an der Informationspolitik des Bürgermeisters laut (vgl. P_A-127).

Demgegenüber steht in Essen ein Diskurs über Segregation und Verteilungsgerechtigkeit im Mittelpunkt. Artikel aus Essen greifen insbesondere die polarisierte sozialräumliche Struktur der Stadt auf und thematisieren eine mögliche – sowohl von politischen Akteur_innen als auch der Bevölkerung in Teilen befürchtete – Verschärfung der Segregations- und Spaltungsprozesse im Essener Stadtgefüge (vgl. P_AEK-013). Es wird deutlich, dass die Essener Kommunalpolitik zu Beginn des Jahres 2016 vorrangig mit der Frage der Verteilungsgerechtigkeit beschäftigt und in dieser Frage tief zerrissen war (vgl. P_AEK-089; P_AEK-0169). Einen Niederschlag findet dies unter anderem in der Diskussion um die Wohnsitzauflage (vgl. P_AEK-087; P_AEK-064), die, im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit, vielfach eher positiv beurteilt wird. Ein Beitrag zu Essen beschreibt aber auch die Auswirkungen der Wohnsitzauflage für die Betroffenen selbst

und hebt hervor, dass sie Integration verhindern sowie Armut und Obdachlosigkeit provozieren könne (vgl. P_AEK-115). Das Problem der Verteilungsgerechtigkeit wird auch in der Berichterstattung über die Stadtentwicklungs- und Flächenpolitik der Stadt Essen thematisch – beispielsweise indem in der Presse die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Landschaftsschutzgebieten im Essener Süden oder aber die Entstehung weiterer Unterkünfte im ‚hoch belasteten‘ Essener Norden diskutiert werden (vgl. P_AEK-048; P_AEK-050; P_AEK-056; P_AEK-063). Grundsätzlich befeuert der Zuzug Geflüchteter die lokale Segregationsproblematik, so der Tenor in der Presse – „in puncto Migration schultern die Nordstadtteile seit Urzeiten einen riesigen Anteil“ (P_AEK-064), weshalb für ein Ernstnehmen der Hilferufe ‚aus dem Norden‘ plädiert wird. Eine vor diesem Hintergrund auffallend geringe Rolle spielt die Schutzbedürftigkeit – bzw. ganz allgemein – die Perspektive der Geflüchteten selbst in der Berichterstattung.

Neben strukturell bedingten Integrationshindernissen wird in der Berichterstattung auch die ablehnende Haltung gegenüber Zuwanderung und Integration in Teilen der Bevölkerung aufgegriffen. Beschrieben wird ein zunehmendes Gewalt- und Konfliktpotential seitens der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten, die immer wieder angegriffen oder auch ausgebeutet würden (vgl. P_E-007; P_E-043; P_E-059; P_E-141). Berichtet wird aber auch über Aggression und Gewalt von Migrant_innen etwa gegenüber Mitarbeiter_innen des Sozialamts. Ferner gibt es vereinzelte Berichte zur Integrationsunwilligkeit von Geflüchteten – so wird thematisiert, dass 40 Prozent der Bewohner_innen eines Zeltdorfes die ihnen unterbreiteten Sprachlernangebote ausgeschlagen hätten (vgl. P_AEK-095). Einen vergleichsweise breiten Raum nehmen in der Berichterstattung über Essen integrationskritische bis -feindliche Zusammenschlüsse von Bürger_innen und Politiker_innen ein. Die Bandbreite reicht von um ihre Sicherheit besorgten Rentner_innen bis hin zu Angst vor rechter Gewalt (vgl. P_E-03; P_E-07; P_E-14; P_E-47; P_E-48; P_E-53; P_E-59; P_E-64; P_E-86; P_E-100; P_E-101). Nachteilig auf Integration kann sich nach Einschätzung der Presse außerdem die nur schleppend laufende Vermittlung in geeigneten Wohnraum auswirken (vgl. P_E-11; P_E-134; P_E-023). Auch in Altena zeigt sich, dass es bei aller Offenheit und Integrationsbereitschaft gegenüber Geflüchteten in Teilen der Zivilgesellschaft auch eine stark ablehnende Haltung gegenüber Migrant_innen gibt. Besonders deutlich wird dies im Herbst 2015, als nahezu zeitgleich über die Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter (vgl. P_A-009; P_A-028) und einen fremdenfeindlich motivierten Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft (vgl. P_A-011; P_A-012; P_A-013; P_A-014; P_A-015; P_A-016; P_A-057; P_A-058; P_A-098; P_A-113; P_A-114) berichtet wird. Die lokale Berichterstattung dazu ist umfassend, von großer Betroffenheit geprägt und lässt anklingen, dass Ängste in der Bevölkerung vorhanden sind, die ernst genommen werden müssen (vgl. P_A-022; P_A-026; P_A-099; P_A-103). Gleichzeitig wird aber vor allem die Haltung „Jetzt nehmen wir erst recht Geflüchtete auf“ (P_A-034) deutlich und Altena wird als „Hauptstadt der Mutbürger“ (P_A-045; P_A-060) bezeichnet.

In der lokalen Presse wird regelmäßig auch auf die Grenzen der Belastbarkeit bei den zahlreichen ehrenamtlich Aktiven, aber auch bei der kommunalen Verwaltung hingewiesen. Bezug

genommen wird dabei u. a. auf die Fernsehberichterstattung des Westdeutschen Rundfunks über „ehrenamtliche Flüchtlingshelfer am Limit“ (P_A-102). So wird über Schulungsworkshops für Ehrenamtliche in Essen berichtet (vgl. P_AEK-022). In Altena wurden Angebote zur Supervision für Helfer_innen entwickelt, um sie in die Lage zu versetzen, die ihnen berichteten, psychisch belastenden Fluchtgeschichten zu verarbeiten (vgl. P_A-110).

Resümee

Insgesamt spiegelt die Presseanalyse die breite gesellschaftliche Debatte über die Flüchtlingsintegration wider. Zahlreichen Artikeln, die eine lokale Willkommenskultur betonen und den Vorbildcharakter von integrationsfördernden Projekten und ehrenamtlichen Tätigkeiten beleuchten, stehen Artikel zur Stadt Essen gegenüber, die den lokalspezifischen Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit hervorheben und die Frage nach einer Belastungsgrenze für den Essener Norden aufwerfen. Das Gros der Artikel betont die Bedeutung einer zügigen Integration von Geflüchteten in Arbeit und Gesellschaft und unterstreicht die in der lokalen Bürgerschaft bereits verankerte Willkommenskultur, ohne dabei kritische Fragen zu vernachlässigen.

6 Integrationspotentiale kommunaler Politik und Verwaltung

Susen Engel, Marie-Sophie Deuter, Henning Nuissl

Im Zuge der fluchtbedingten Zuwanderung der letzten Jahre haben viele deutsche Kommunen ihre integrationspolitischen Anstrengungen intensiviert und teilweise neu ausgerichtet oder auch solche Anstrengungen erstmals überhaupt unternommen. Anhand der drei Fallstudien, auf denen die vorliegende Studie basiert, wird im Folgenden diskutiert, wie erfolgversprechend eine kommunale Migrations- und Integrationspolitik mit Blick auf solche Quartiere, die ehemals vor besonderen Herausforderungen stehen, ist oder potentiell sein kann.

6.1 Migrations- und Integrationspolitik in Essen

Das kommunale Politikfeld Migration und Integration wird in Essen wesentlich durch den Stadtrat bzw. die jeweiligen Ratsfraktionen und Fachausschüsse sowie durch die Stadtverwaltung bestimmt. Die Bezirksvertretungen können hier zwar politische Debatten mit beeinflussen, haben jedoch kaum eigene Gestaltungsmöglichkeiten, da sie lediglich über rein bezirkliche Angelegenheiten (mit)entscheiden können, wie etwa die Ausstattung öffentlicher Schulen. Im Kontext der Fluchtmigration sind daher in erster Linie die Steuerungskapazitäten und Handlungsansätze gesamtstädtisch agierender politisch-administrativer Gremien bzw. Institutionen relevant (vgl. D_E-59; D_E-58).

Bereits seit 1975 verfügt Essen über einen (vormals Ausländerrat genannten) Integrationsrat, der durch Stellungnahmen und Empfehlungen das (kollektive) Interesse der ausländischen und/oder migrationserfahrenen Essener_innen in den kommunalpolitischen Willensbildungsprozess einspeist. Essen gehörte auch zu den ersten deutschen Kommunen, in denen Fragen der Interkulturalität, der interkulturellen Orientierung und damit einhergehend der Öffnung von Verwaltungsstrukturen ausdrücklich thematisiert wurden; 1997 stieß die Stadt hierzu einen strategischen Leitbildprozess an. Kommunale Migrations- und Integrationspolitik wird in Essen seit vielen Jahren als Querschnittsaufgabe gefasst; der Schwerpunkt lag bisher vor allem auf einer Strategie der ressortübergreifenden interkulturellen Öffnung (vgl. D_E-28; D_E-29; D_E-30). Aufgrund budgetärer Engpässe kam es allerdings jüngst auch zu Personaleinsparungen in diesem Politikfeld (vgl. I_E-02).

Bis 2017 war das Politikfeld Migration und Integration in der Essener Stadtverwaltung im Geschäftsbereich *Kultur, Integration und Sport* und dort im Fachbereich *Interkulturelle Orientierung* verankert. Seit 2017 bündelt das vom Land geförderte Kommunale Integrationszentrum die Aktivitäten in diesem Politikfeld. Es ist dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet, um den Bedeutungszuwachs der Integrationsarbeit auch in der Verwaltungsstruktur sichtbar zu machen. Seine Aufgaben umfassen vor allem Koordinierungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen für sämtliche Einrichtungen des sozialen Regelsystems im Hinblick auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. D_E-54). Zudem beantragt und verwaltet es Landes- und Bundesmittel zur Integration von Neuzugewanderten; seine Leiterin

fungiert außerdem als städtische Integrationsbeauftragte. Insgesamt hat die Stadt Essen in der Vergangenheit bereits vielfältige Aktivitäten im Politikfeld Migration und Integration entfaltet und entsprechende Erfahrungen gewonnen. Dabei sind zwei Merkmale für die entsprechenden kommunalpolitischen Ansätze kennzeichnend: (1) Zielgruppenorientierung und (2) Verräumlichung.

Mit Blick auf die soziale Integration von Migrant_innen organisierte die Stadt Essen schon früh ressortübergreifende und externe Akteur_innen einbeziehende Arbeitsgruppen in den Bereichen frühkindliche Bildung, Sprachförderung, Wohnungsversorgung und Arbeitsmarktintegration. Hinzu kommen seit den 1990er-Jahren Bemühungen, eine interkulturelle Orientierung aller Verwaltungseinheiten zu fördern. Migrations- und integrationspolitische Programme und Maßnahmen der Stadt adressieren typischerweise bestimmte qua Herkunft definierte Zielgruppen, zum Beispiel „Menschen mit libanesischer Zuwanderungsgeschichte“ (Schweitzer 2018, S. 738) oder „Zuwanderungen aus Südosteuropa“ (D_E-27, S. 89). Auch die ‚Förderlogik‘ des Landes unterstützt diesbezüglich einen ‚ethnisierenden‘ Blick bzw. die Definition gruppenspezifischer Integrationsherausforderungen. So können kreisfreie Städte und Landkreise mit überdurchschnittlicher Zuwanderung aus südosteuropäischen Ländern zusätzliche Fördermittel von bis zu 250.000 € jährlich beantragen (vgl. D_E-09).

Die integrationspolitischen Ansätze der Stadt Essen erfuhren bereits vor dem ‚langen Sommer der Migration‘ Kritik. So wurde moniert, dass sie sich ausschließlich an Menschen mit gesichertem Aufenthaltstitel wenden, während die zum Teil seit Jahrzehnten in Essen lebenden Asylbewerber_innen und sogenannten Geduldeten kaum von ihnen profitierten (vgl. Schweitzer 2018, S. 739). Daran hat sich auch in jüngster Zeit wenig geändert. So adressiert das *Strategiekonzept zur Integration von Flüchtlingen* (vgl. D_E-1) lediglich Menschen mit Bleibeperspektive, während auf diejenigen ohne eine solche Perspektive oder mit ungesichertem Aufenthaltsstatus nicht eingegangen wird. Unabhängig von der fallweise zweifelsohne notwendigen zielgruppenorientierten Unterstützung von Menschen, die in besonderem Maße mit ‚Zugangsbarrieren‘ und Diskriminierungen konfrontiert sind, ist aus postmigrantischer Perspektive kritisch zu betrachten, wenn Integrationshemmnisse weniger als Folge von aufenthaltsrechtlichen Restriktionen (wie einem ungeklärten Aufenthaltsstatus) oder sozialen Positionierungen verstanden (bzw. konzeptualisiert) werden, sondern als Ergebnis einer bestimmten Herkunft (vgl. Castro Varela 2015, S. 82; Bröse 2018, S. 216; Pro Asyl 2017).

Die Ausrichtung der Migrations- und Integrationspolitik in Essen orientiert sich typischerweise am sozialräumlichen Süd-Nord-Gefälle der Stadt(-gesellschaft). So konzentrieren sich integrationsfördernde Maßnahmen und Projekte vorrangig auf die nördliche Hälfte des Stadtgebiets. Dort finden sich die Gebietskulissen der relevanten Bundesprogramme wie *Soziale Stadt* und *Demokratie leben* ebenso wie des Landesprogramms *Komm-An* und der Projekte zur Integration von Zuwandernden aus Südosteuropa.

Während die Integration von Geflüchteten in Essen in der Vergangenheit nicht explizit als eigenes kommunales Handlungsfeld ausgewiesen wurde, artikulieren verschiedene lokale Akteur_innen seit 2014 zunehmend diesbezügliche Gestaltungs- und Steuerungsbedarfe (vgl. I_E-05). Eine zentrale Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem 2016 vom Rat der Stadt beschlossenen *Strategiekonzept Integration von Flüchtlingen* zu (vgl. D_E-01). Es skizziert, fernab quartierspezifischer politischer Empörung, pragmatische Integrationsansätze und knüpft an die kommunale Strategie des Quartiermanagements an, die explizit zielgruppenübergreifende Arrangements beinhaltet (vgl. Grimm et al. 2004, S. 25). Die Zielgruppenorientierung großer Teile der Essener Migrations- und Integrationspolitik wird so ein Stück weit aufgebrochen. Gleichwohl erfährt das *Strategiekonzept* auch Kritik. So fordert eine Reihe von Interviewpartner_innen eine räumlich differenzierende Förderung von Integrationsmaßnahmen, da im Norden der Stadt die größten Integrationsleistungen erbracht werden und dort demzufolge mehr Personal und finanzielle Unterstützung erforderlich sei (vgl. I_EA-01; I_EH-03); dies betreffe nicht zuletzt den Ausbau von Kita- und Grundschulplätzen (vgl. I_E-05; I_EA-05; I_EA-02). Vereinzelt wird auch vorgebracht, dass geflüchtete Menschen weniger als Empfänger_innen und stärker als Koproduzent_innen integrationspolitischer Leistungen gesehen werden sollten (vgl. I_E-03).

6.2 Migrations- und Integrationspolitik in Altena

In Altena gab es über viele Jahre zwei kleinere Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber_innen; weitere Geflüchtete lebten, dezentral untergebracht, in eigenen Wohnungen. Obwohl die Stadt insofern seit vielen Jahren über Erfahrungen mit der Aufnahme von Migrant_innen verfügt, fehlt ihr bis heute eine konzeptuell-programmatische Grundlage für die kommunale Migrations- und Integrationspolitik. Das ändert jedoch nichts daran, dass die Integration von Geflüchteten mittlerweile nicht nur ausdrücklich, sondern auch an hervorgehobener Stelle als kommunale Aufgabe ausgewiesen wird – mit beachtlichem Erfolg: In der Stadtverwaltung wurde diese Aufgabe nicht nur mit eigenen Personalressourcen untersetzt, sondern es wurde auch eine interkulturelle Öffnung aller Verwaltungsstellen forciert; darüber hinaus gelingt es der Stadt Altena durch die enge Zusammenarbeit mit der Altenaer Baugesellschaft sowie privaten Vermieter_innen schon seit geraumer Zeit, alle dort ansässigen Geflüchteten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, dezentral unterzubringen (vgl. I_A-01; I_A-02). Hierbei erweisen sich die kleinstädtische Struktur und die kurzen (Verwaltungs-)Wege von Vorteil. Flache Hierarchien und persönliche Netzwerke sowie ein pragmatisches und zielorientiertes Vorgehen kennzeichnen die Altenaer Migrations- und Integrationspolitik (vgl. ILS 2016, S. 26; I_A-01; I_A-07).

Der dezidiert proaktiven Migrations- und Integrationspolitik der Stadt Altena liegt die Hoffnung zugrunde, durch die optimale Integration von Migrant_innen im Allgemeinen und Geflüchteten im Besonderen Neubürger_innen für die ehemals schrumpfende Stadt zu gewinnen (vgl. I_A-01). Während der Fokus dieser Politik in den Jahren 2015 und 2016 noch auf der ‚Erstintegration‘ von Geflüchteten lag, wurde alsbald versucht, eine breite und auf Inklusion

zielende Integration zu verwirklichen. Dementsprechend wird auf eine zielgruppenorientierte – z. B. nach Herkunftsländern oder Aufenthaltsstatus differenzierende – Ansprache von Geflüchteten weitgehend verzichtet und deren Begleitung und Unterstützung als Aufgabe der kommunalen Regelstrukturen verstanden. Für dieses Vorgehen besteht ein breiter politischer Konsens aller im Stadtrat vertretenen Fraktionen, der auch das Ergebnis einer frühzeitigen Einbeziehung und Ansprache von Akteur_innen der Stadtgesellschaft durch die kommunale Verwaltungsspitze ist (vgl. ILS 2016, S. 25).

Im Gegensatz zur Großstadt Essen ist die Kleinstadt Altena nicht kreisfrei. So ist nicht zuletzt das für Altena zuständige Kommunale Integrationszentrum beim Märkischen Kreis angesiedelt. Es sieht seine Ziele schwerpunktmäßig in der Verbesserung von Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien und der Koordinierung von Maßnahmen und Projekten im Bereich der Integration (vgl. D_MK-05). Für Altenas Migrations- und Integrationspolitik spielt es jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Zwar werden dessen Angebote in den Bereichen frühkindlicher Bildung und Weiterbildung für Verwaltungsmitarbeiter_innen auch von Altenaer_innen rege genutzt, aber vor allem Koordinationsaktivitäten – wie z. B. der Austausch mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Flüchtlingshelfer_innen anderer Gemeinden des Kreises – werden vielfach in Eigenregie organisiert. So erachten viele der vor Ort in der Flüchtlingsarbeit engagierten Akteur_innen die vom Land NRW geschaffenen kommunalen Integrationszentren zwar in den kreisfreien Städten als sinnvoll, weniger jedoch in den Kreisen, wo sich ihrer Auffassung nach dezentrale Strukturen als günstiger erweisen (vgl. I_A-01).

6.3 Quartierspolitik im Kontext von Fluchtmigration

Anhand der drei Fallstudienquartiere lassen sich verschiedene Typen der kommunalen Migrations- und Integrationspolitik identifizieren. Es kann nachgezeichnet werden, wie diese Politik nicht nur von den strukturellen Spezifika der betreffenden Gebietskörperschaften und ihrer Quartiere, sondern mehr noch von lokalen Debatten und öffentlichkeitswirksamem lokalem politischem Handeln bestimmt werden. Daraus ergibt sich ein kontrastreiches Bild von Politiken der Empörung, der Normalisierung und der Inwertsetzung.

Politiken der Empörung in Altenessen & Karnap

Im Quartier Altenessen & Karnap wird der Zuzug von geflüchteten Menschen von (teils partei-internen) parteipolitischen Konflikten und einer hohen medialen Aufmerksamkeit begleitet, die sich insbesondere um die ‚gerechte‘ Verteilung der Ankommenden im Stadtgebiet sowie die ‚Grenzen‘ der Integrationsfähigkeit von Quartieren drehen (vgl. P_E-56; P_E-79; P_E-109; P_E-111; P_E-115; P_E-113; P_E-116). Vor diesem Hintergrund ist der ‚quartierpolitische‘ Diskurs – trotz langjähriger Erfahrungen mit Zuwanderung sowie einer umfangreichen (auch) integrationspolitischen Förder- und Projektkulisse – von einem Überforderungsnarrativ geprägt, das zumindest eine Zeitlang auch die gesamtstädtischen Debatten in Essen beherrschte.

In den Interviews, aber auch in der lokalen Presse werden im Zusammenhang mit der Zuweisung und Unterbringung geflüchteter Menschen in Altenessen & Karnap Fragen einer sogenannten Verteilungsungerechtigkeit betont und als zentrale Herausforderung charakterisiert. Dies muss vor dem Hintergrund der in Essen traditionsreichen Auseinandersetzungen um eine strukturelle Benachteiligung des Essener Nordens hinsichtlich nahezu aller Aspekte lokaler Entwicklungspolitik und kommunalpolitischer Repräsentation und Mitsprache gesehen werden. So empfanden in den Jahren 2015 und 2016 viele Essener_innen die geplante innerstädtische Verteilung von Geflüchteten als ungerecht (vgl. I_E-04; P_AEK-049), da deren Unterbringung außer in den vorhandenen Erstaufnahmeeinrichtungen in Notunterkünften erfolgen sollte, die fast ausschließlich im Essener Norden aus leerstehenden öffentlichen Gebäuden (z. B. Schulen) oder auf Brachflächen – so wurden auf zwei Freiflächen in Altenessen und Karnap sogenannte Zeltdörfer errichtet (vgl. D_E-57) – entstehen sollten (vgl. I_E-02). Eine im Essener Norden veranstaltete Bürgerversammlung vermochte diesen Planungen keine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu verschaffen (vgl. I_EA-05). In der Folge wurden sie aufgrund des massiven Protests von Lokalpolitiker_innen, aber auch weiten Teilen der Quartiersbevölkerung teilweise abgewendet, sodass es auch im Essener Süden zur Einrichtung von Notunterkünften kam (vgl. P_E-106). Dennoch wird die quartierspezifische ‚Belastung‘ infolge der Unterbringung von Geflüchteten als unausgewogen beurteilt und der Stadt vorgeworfen, sie habe den Weg des geringsten Widerstands gewählt (vgl. I_E-02). Seit Beginn des Jahres 2017 sind die meisten Geflüchteten in Essen dezentral in eigenen Wohnungen untergebracht. Für den Essener Norden bedeutet dies nach Ansicht vieler Akteur_innen vor Ort jedoch keine spürbare Entlastung, da die allermeisten Geflüchteten nach wie vor dort – in den typischen „Ankunftsquartieren“ (Kurtenbach 2013, S. 10) – wohnen würden. Die in Altenessen & Karnap fast allgegenwärtige Besorgnis über eine wahrgenommene innerstädtische ‚Verteilungsungerechtigkeit‘ betrifft also nicht nur die Erstunterbringung von Geflüchteten, sondern auch deren dezentrale Folgeunterbringung, die beispielsweise als „Run auf die Quartiere“ (I_E-03: 207) des Essener Nordens bezeichnet wurde. Vor diesem Hintergrund wurde auch die Forderung nach einer finanziellen Unterstützung der betroffenen Stadtviertel für die dort erbrachten Integrationsleistungen laut (vgl. I_E-02; I_E-03).

Aufgrund der geringen Mieten, der diversifizierten und auf die Bedarfe von Immigrant_innen zugeschnittenen lokalen Angebote im Bereich der unterstützenden Sozialarbeit sowie im Bereich der Nahversorgung und der Präsenz verschiedener sogenannter migrantischer *communities* ist Altenessen & Karnap für Geflüchtete ein attraktiver Wohnstandort (vgl. I_E-03). Seiner Anzugskraft hatte die Stadt wenig entgegenzusetzen. Da die in Essen tätigen Wohnungsunternehmen die Zusammenarbeit bei der Unterbringung von Geflüchteten weitgehend verweigerten, stand der Stadt die Option eines strategischen Belegungsmanagements in einzelnen Wohnhäusern, Straßen oder Quartieren nicht zur Verfügung. Die wahrgenommene ‚Verteilungsungerechtigkeit‘ wird jedoch auch als Resultat einer politischen ‚Lobbyarbeit des Essener Südens‘ erachtet. Diese schlägt sich beispielsweise darin nieder, dass bei Neubauprojekten im Essener Süden kaum Quoten für den sozialen Wohnungsbau definiert wurden (vgl. I_EA-05).

Gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten war im Essener Norden nicht nur eine z. T. sehr ablehnende Haltung in der Bevölkerung zu beobachten (vgl. I_EA-01), sondern es gab auch Widerstand aus den Ortsverbänden politischer Parteien jenseits des rechten Spektrums (NPD, AfD, Pro NRW) sowie insbesondere der SPD. Bundesweite Aufmerksamkeit erregte Anfang 2016 der ehemalige Essener SPD-Politiker Guido Reil, der aufgrund seiner Kritik an der Flüchtlingspolitik seiner Partei zur AfD wechselte (vgl. I_EA-01). Zuvor war er maßgeblich daran beteiligt gewesen, dass die SPD im Essener Norden eine Demonstration unter dem NPD-affinen Motto ‚Der Norden ist voll‘ geplant hatte, die dann nach massiver parteiinterner Kritik wieder abgesagt wurde. Auf der Jahreshauptversammlung der SPD Altenessen wurden diese Geschehnisse dann aufgearbeitet, und man einigte sich darauf, dass die Wortwahl des Demonstrationsmottos ungeeignet gewesen sei, dass es jedoch ‚Belastungsgrenzen‘ für den Essener Norden gebe und dass der massive Zuzug von Geflüchteten die bereits erzielten Erfolge der Stadtteilentwicklung zunichte zu machen drohe (vgl. P_E-56; P_E-79; P_E-109; P_E-111; P_E-115; P_E-113; P_E-116; P_AEK-087). Einige SPD-Politiker_innen aus dem Essener Norden engagierten sich als Privatpersonen auch weiterhin in Bürgerinitiativen gegen die Unterbringung von Geflüchteten in ihrem Stadtteil (wobei es derartige Initiativen auch im Essener Süden gab). Die Lokalpresse kritisiert zwar einzelne Aktionen, fordert aber gleichzeitig ein „Erst-Nehmen der Hilferufe aus dem Norden“ (P_AEK-068).

Es ist auffällig, dass die ablehnende bis fremdenfeindliche Haltung, die einzelne Lokalpolitiker_innen im Essener Norden im Zuge der fluchtbedingten Zuwanderung an den Tag legten, in den vor Ort geführten Interviews kaum thematisiert wird – geschweige denn, dass eine Abgrenzung von dieser Haltung vorgenommen worden wäre. Stattdessen wird vielfach das Narrativ einer ‚für Essen typischen Verteilungsungerechtigkeit‘ aufgegriffen, mit einem Szenario der lokalen Überforderung eines bereits stark segregierten Stadtgebiets durch weitere internationale Zuzüge verbunden und so eine generell ablehnende Haltung gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten legitimiert (vgl. I_EA-05; I_EH-03). Dies geschieht unter anderem im Zuge der plastischen Schilderung von sozialen Problemlagen und ‚integrationsunwilligen‘ Gruppen im Stadtteil (vgl. I_EA-01; I_EA-04). Vereinzelt werden auch konkrete kommunalpolitische Missstände – wie etwa ein Mangel an Sozialarbeiter_innen (vgl. I_EA-03) und Grundschulplätzen (vgl. I_EA-02) – als Erschwernis für die Integration im Quartier angeführt. Auch die Lokalpresse prophezeit den Essener ‚Ankommensstadtteilen‘ steigende Kriminalitätsraten oder gar die Herausbildung von „No-Go-Areas“ (I_E-02). Eine solche „Verräumlichung der ‚sozialen Frage‘“ (Tsianos/Ronneberger 2012, S. 46) mit dem Ziel einer Legitimation abwehrender und restriktiver Politiken (Tsianos/Ronneberger 2012, S. 43) kann als Bestandteil eines Prozesses der Dramatisierung und Etikettierung interpretiert werden, wie er für ‚panische Räume‘ charakteristisch ist (vgl. Tsianos/Ronneberger 2012, S. 43). Gestützt wird diese Interpretation beispielsweise auch von der Art und Weise, wie ein lokaler Akteur seine Erleichterung über das Abklingen der integrationspolitischen Aufregungswelle im Essener Norden formuliert – er konstatiert, dass „alles friedlich geblieben ist“ (I_EA-03: 463). Die kritische Betrachtung der lokalpolitischen bzw. ‚diskursiven‘ Reaktion auf den ‚langen Sommer der Migration‘ soll jedoch nicht

darüber hinwegtäuschen, dass auch im Essener Norden ein umfassendes und in vielerlei Hinsicht erfolgreiches zivilgesellschaftliches Engagement für die Integration von Geflüchteten zu verzeichnen war (vgl. Kapitel 8.1).

Politiken der Normalisierung im Hörsterfeld

Auch die ehemals von Leerstand und niedrigen Mieten geprägte Großwohnsiedlung Hörsterfeld ist ein Zuzugsgebiet für Geflüchtete. So berichten mehrere Interviewpartner_innen, dass es dort hohe Zuzugszahlen insbesondere von Menschen aus Syrien gab, wodurch eine zum Teil in sich geschlossene *community* entstanden und eine bereits bestehende Tendenz zur ‚ethnischen‘ Segregation verstärkt worden sei (vgl. I_EH-01; I_EH-02; I_EH-03; I_E-03). Diese Zuzüge gehen insbesondere darauf zurück, dass das größte regionale Immobilienunternehmen Allbau ab 2016 Geflüchtete in Wohnungen seines Bestands vermittelte und dabei in erster Linie auf die Verfügbarkeit und den Mietpreis von Wohnungen achtete, nicht jedoch darauf, eine räumliche Konzentration von Geflüchteten zu vermeiden (vgl. I_E-05). Anders als in Altenessen & Karnap reagiert die Lokalpolitik in Essen-Horst auf die mit diesen Zuzügen verbundenen Integrationsanforderungen allerdings weitestgehend unaufgeregt.

Der Horster Bezirksbürgermeister geht im Interview zwar ausführlich auf den Zuzug von Geflüchteten im Hörsterfeld ein, ohne diesen jedoch zu problematisieren. Er beurteilt das Zusammenleben im Quartier als nach wie vor „normal“ (I_EH-03: 165ff.) und markiert die quartiersbezogenen Herausforderungen, die sich aus den jüngsten Zuzügen ergeben, damit als gleichsam alltäglich. Auch die Akteur_innen vor Ort und die Anwohner_innen akzeptieren seiner Ansicht nach die veränderte Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (vgl. I_EH-03). Dem in anderen Stadtteilen medial und politisch befeuerten Segregationsdiskurs erteilt er dabei eine ganz pragmatische Absage: „Wenn man sich querstellt und man kommt nicht weiter, verschärft man ein Problem, was eigentlich gar kein Problem sein braucht“ (I_EH-03: 28-29). Neben der toleranten Grundhaltung des Bezirksbürgermeisters können auch mehrere quartierspezifische Gründe für die vergleichsweise entspannte Atmosphäre im Hörsterfeld angegeben werden. So wird aus den Interviews ersichtlich, in welchem Maße der Rückgang und die demographische Alterung der Bevölkerung im Quartier das Image Hörsterfelds negativ prägte. Infolge des Zuzugs von Geflüchteten sind heute viele Gebäude wieder nahezu voll vermietet (vgl. I_EH-01). Als integrationsförderlich wird auch die diversifizierte Sozialstruktur im gesamten Stadtteil Horst beschrieben, die mit der heterogenen Struktur der Wohnungsbestände (von unsaniert bis Eigentum) einhergeht (vgl. I_EH-01). Hinzu kommt die Einwanderungsgeschichte des Quartiers, in das zunächst viele Gastarbeiter_innen, später dann viele Spätaussiedler_innen und libanesischen Immigrant_innen gezogen waren. Vor diesem Hintergrund wird Hörsterfeld als in besonderem Maße belastbar und integrationsfähig beschrieben (vgl. I_EH-01; I_EH-02; I_EH-03). Aus gesamtstädtischer Perspektive bestärkt die Amtsleitung des Jugendamtes diese Einschätzung:

„Ich glaube aber, dass diese Stadtteile letztendlich dennoch substanziell in der Lage sind, bei allen ökonomischen, menschlichen und wie auch immer Schwierigkeiten, auch wieder eine große Integrationsleistung für die Stadt zu erbringen, weil es sozusagen eine Grunderfahrung in den Quartieren gibt, Integration zu organisieren“ (I_E-03: 222ff.).

Ein Produkt der Quartiersgeschichte Hörsterfelds ist der seit 30 Jahren bestehende Bürgerladen, dessen Mission es ist, ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ zu leisten und soziale Prozesse vor Ort mitzugestalten. Er wird von einem Mitarbeiter des Jugendamts geführt und stützt sich auf ein umfangreiches ehrenamtliches Engagement. Dort finden unter anderem ein internationales Müttercafé, die Treffen einer syrischen sowie einer libanesischen Frauengruppe und Arabischsprachkurse für Kinder statt. Aufgrund seiner erfolgreichen Projekte erfährt der Bürgerladen stadtweit Aufmerksamkeit. Gleichzeitig dient er als Anlaufstelle bei Problemen des Alltags, unterstützt – seit 2015 insbesondere auch geflüchtete – Bürger_innen beispielsweise bei der Kommunikation mit Behörden und befördert so die Integration im Quartier (vgl. I_EH-01). Der Hauptverantwortliche des Bürgerladens sieht sich zwar durch Kolleg_innen aus der Verwaltung unterstützt und würdigt im Interview auch die über die Jahre verlässliche Finanzierung der Einrichtung aus dem städtischen Budget, meistert gemeinsam mit einem Team an Ehrenamtlichen jedoch viele der Integrationsaufgaben im Quartier autonom. Der insgesamt unaufgeregten Haltung gegenüber Fragen der Zuwanderung schließt er sich ausdrücklich an: Zwar thematisiert auch er Missstände vor Ort, die durch internationale Zuzüge virulent würden, doch sucht er hierfür strukturelle Ursachen, statt Fluchtmigration per se zu problematisieren (vgl. I_EH-01).

Bei aller Gelassenheit wird die Integration von Geflüchteten auch im Hörsterfeld als wichtige lokalpolitische Aufgabe betrachtet: ‚Vernünftige Integration bei uns im Stadtbezirk ist eine riesen Aufgabe und der stelle ich mich gerne‘ (I_EH-03: 23-24). Insbesondere für deren dezentrale Unterbringung wurden große Anstrengungen unternommen – nicht zuletzt durch einen monatlich tagenden Kreis aus Bezirksbürgermeister, Bürgerladen, Kirche und Wohnungsunternehmen (vgl. I_EH-01; I_EH-02; I_EH-03). Dies geschah unter anderem mit Blick auf eines der von der Stadt Essen als Notunterkunft errichteten ‚Zeltdörfer‘, das im Bezirk Horst gelegen war. Die Zustände dort wurden von Vertreter_innen der Lokalpolitik als menschenunwürdig bewertet (vgl. I_EH-03) und haben auch deutschlandweit negative Aufmerksamkeit erzeugt, weshalb die Schließung dieser Unterkunft zu einem zentralen Politikziel der lokalen Akteur_innen wurde. Überdies wurde eine leerstehende Schule teilweise wieder in Betrieb genommen, um dort Sprachförderkurse anzubieten. Aktivitäten zur Förderung der Arbeitsmarktintegration bestehen, jenseits der Beratungsangebote des Bürgerladens, auf der Ebene des Quartiers hingegen keine. Dies wird einerseits mit dem Bedürfnis geflüchteter Menschen begründet, „erst einmal in Ruhe anzukommen“ (I_EH-03), ist andererseits aber auch Ausdruck dessen, dass Integration als zwischen Quartier und Kommune arbeitsteilig zu organisierende Aufgabe verstanden wird: Arbeitsmarktintegration gilt demnach als dezidiert gesamtstädtische Herausforderung (vgl. I_EH-03).

Politiken der Inwertsetzung von Zuwanderung in Altena

Das kommunalpolitische Handeln in Altena wurde und wird von den Herausforderungen des demographischen Wandels bestimmt, die die Stadt gleichermaßen strategisch wie pragmatisch zu bewältigen versucht. So wurden in der Vergangenheit mehrere strategische Stadtentwicklungsprogramme und -projekte aufgelegt, die einerseits auf ein ‚Gesundshrumpfen‘, andererseits auf eine gesteigerte Attraktivität für Einheimische und Tourist_innen abzielten (vgl. Kapitel 5.2). Auch ein zusammen mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführtes Projekt zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und bürgerschaftlichen Engagements (*NAIS - Neues Altern in der Stadt*) ordnete sich in diesen Rahmen ein (vgl. D_A-002; Bertelsmann Stiftung/Stadt Altena 2006). Eine sehr pragmatische Herangehensweise zeigte sich beispielsweise, als die Bürger_innen ihre Innenstadt selber pflasterten und die Stadt lediglich das Material bezahlte (vgl. P_A-003). Sowohl die Durchführung strategischer Stadtentwicklungsprojekte als auch die pragmatische Umsetzung einzelner Aktivitäten wird in Altena dadurch erleichtert, dass die Zahl stadtentwicklungspolitisch relevanter Akteur_innen überschaubar ist – vieles gelingt ‚auf Zuzuf‘, weil man sich untereinander kennt und die (Verwaltungs-)Wege kurz sind (vgl. I_A-07; I_A-01; P_A-050).

Auch wenn es bis 2015 keine nennenswerten Anstrengungen gab, Migration und Integration als kommunales Politikfeld zu etablieren (vgl. I_A-01), vermochte die Stadt nicht zuletzt aufgrund ihrer vorherigen Erfahrungen mit einer gleichermaßen strategischen wie pragmatischen Stadtentwicklungspolitik sehr schnell, auf die Fluchtmigration nach Deutschland proaktiv zu reagieren. Die freiwillige Aufnahme von 102 (zusätzlichen) Geflüchteten im Herbst 2015 verband sich mit der Hoffnung, Neubürger_innen zu gewinnen. Zugleich veranlasste sie die Stadt, nunmehr in vielerlei Hinsicht integrationspolitisch tätig zu werden, wobei sie insbesondere in drei Hinsichten einmal mehr eine gleichermaßen pragmatische wie strategische Herangehensweise an den Tag legte:

- Einbindung der lokalen Ökonomie und der Wohnungswirtschaft
- Stärkung der und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Strukturen
- Neuausrichtung von Stadtpolitik und -verwaltung

Die Einbindung von lokaler Ökonomie und Wohnungswirtschaft in die kommunalpolitischen Bemühungen zur Integration von Geflüchteten erfolgte durch die gezielte Ansprache von Betrieben (vgl. Kapitel 7.2) sowie die ‚steuernde Einflussnahme‘ auf die kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Nicht nur mit dem Ziel der Integration (vgl. I_A-01), sondern auch, um eine sozialräumliche Segregation zu vermeiden, wurde mit großem Engagement und sehr erfolgreich eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten organisiert (vgl. I_A-01; I_A-04; I_A-07) – dies weist auf die Wirkmächtigkeit des ‚Ghettonarrativs‘ auch in kleineren Kommunen hin. Nachdem sie einen Aufenthaltstitel erworben haben, können die Geflüchteten in Altena häufig in der für sie angemieteten Wohnung verbleiben (vgl. I_A-02).

Im Zuge der integrationspolitischen Anstrengungen der Stadt Altena kam es zu einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Das zeigt sich in der engen Zusammenarbeit des Rathauses mit der Freiwilligenagentur *Stellwerk*, aber auch mit anderen Akteur_innen wie Kirchengemeinden und Vereinen. Das bereits bestehende zivilgesellschaftlich organisierte *Stellwerk* erwies sich dabei als besonders wichtiger Akteur bei der Integration Geflüchteter (vgl. I_A-01), was nicht zuletzt die Pfadabhängigkeit strategischer Stadtentwicklung belegt (vgl. Liebmann/Kuder 2012).

Die (partielle) Neuausrichtung von Stadtpolitik und -verwaltung in Altena im Zuge der ‚Entdeckung‘ von Migration und Integration als relevantes kommunales Politikfeld manifestierte sich zuallererst in der Schaffung neuer Stellen in der Stadtverwaltung und der damit verbundenen Überführung des Aufgabenfelds Integration in die kommunalen Regelstrukturen. Vor allem aber folgte sie dem strategisch-pragmatischen Politikmuster, das sich bereits früher als erfolgversprechend erwiesen hatte. So beruhte sie auf der geschickten Nutzung der vorhandenen Netzwerke (z. B. bei der Einbindung von Ehrenamtlichen oder der Ansprache von Betrieben), der (vergleichsweise ‚offensiv‘ ausgelegten) kommunalen Diskretionsspielräume (z. B. bei der Adressierung von Geflüchteten ohne gesicherten Aufenthaltsstatus) und der in der spezifischen Quartierstypik einer eher peripher, aber in einer Region mit hohem Industriebesatz gelegenen schrumpfenden Stadt begründeten Handlungsmöglichkeiten (z. B. bei der Akquise leerstehender Wohnungen oder der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt). Herausforderungen ergeben sich bis heute aus den knapp bemessenen finanziellen Spielräumen der Stadt sowie aus ihrer Einbettung in ein Mehrebenensystem, das neben Land und Kommune auch den Kreis umfasst und in dem unterschiedliche Handlungslogiken, Doppelstrukturen und nicht zuletzt eine mittlerweile recht unübersichtliche integrationspolitische Förderlandschaft bestehen, die mit den Ressourcen, die einem kleinstädtischen Verwaltungsapparat zur Verfügung stehen, mitunter schwer einzuschätzen und zu überblicken sind. Hinzu kommen die beträchtlichen Unsicherheiten, denen eine auf Zuwanderung ausgerichtete Stadtentwicklungsstrategie zwangsläufig unterliegt; sie betreffen u. a. die Notwendigkeit, über die Aufrechterhaltung, Schließung oder Erweiterung kommunaler Infrastrukturen zu entscheiden, ohne zu wissen, ob die gegenwärtige Zuwanderung tatsächlich zu dauerhaft erhöhten Bedarfen führt (vgl. Kapitel 9). Insgesamt kann für Altena von einer „integrierenden Stadtentwicklung“ (Herrmann 2016) gesprochen werden, die sich dadurch auszeichnet, dass unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt und unterschiedlichste Problemlagen auf verschiedenen Ebenen in einen Zusammenhang gebracht und unter Einbeziehung verschiedener Akteur_innen bewältigt werden.

6.4 Lokale Integrationsdiskurse – Parallelen und Unterschiede

Möglichkeiten der Ausgestaltung kommunaler Migrations- und Integrationspolitik

Zwischen den drei untersuchten Fallstudienquartieren lassen sich beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Etablierung und Ausgestaltung der kommunalen Migrations- und Integrationspolitik feststellen. Sie betreffen u. a. den Grad der Institutionalisierung integrationspolitischer Zielsetzungen in Form von Programmen und Konzepten, das Aufgabenverständnis von Akteur_innen der kommunalen Verwaltung, die Zielgruppenorientierung oder auch die Ressortzuordnung (bzw. Querschnittsorientierung) integrationspolitischer Aktivitäten. Zurückführen lassen sich diese Unterschiede zunächst auf strukturelle Merkmale wie die Größe, die Haushaltssituation, die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, aber auch die spezifische Migrationsgeschichte und die Pfadabhängigkeiten begründende gewachsene Institutionenlandschaft einer Kommune und ihrer Quartiere. Diese Faktoren allein vermögen jedoch die empirisch beobachteten, unterschiedlichen lokalpolitischen Konstellationen nicht zu erklären. Vielmehr wird kommunale Migrations- und Integrationspolitik maßgeblich auch davon beeinflusst, welche Herausforderungen jeweils die stadtentwicklungspolitische Agenda dominieren und welche Fragen und Probleme die lokalen öffentlichen Debatten bestimmen.

In Essen wird die – quartierspezifisch unterschiedliche – Ausgestaltung lokaler Integrationspolitik(en) vor allem vom Deutungsmuster einer sozialräumlich stark segregierten Stadt beeinflusst: Während die demographische Zusammensetzung in Altenessen & Karnap als Herausforderung für die Stadtentwicklung beurteilt wird und die dort zu Segregation und ‚Verteilungsgerechtigkeit‘ geführten Debatten Züge einer öffentlichen Hysterie tragen, prägen im Hörsterfeld, wo sich die zentralen Akteur_innen auf bestehende Integrationsstrukturen verlassen, Pragmatismus und Normalisierungsbestrebungen das lokalpolitische Handeln. Dagegen wirkt sich in Altena das in der lokalen Öffentlichkeit seit Langem bestehende Einvernehmen darüber, dass die zentrale stadtentwicklungspolitische Herausforderung in der Regenerierung und Revitalisierung der Stadt besteht, als deutungs- und handlungsgenerierend aus: Politik und Verwaltung treiben die Aufnahme und Integration von Geflüchteten proaktiv voran.

Bei aller Unterschiedlichkeit weisen die in den drei Fallstudien beobachteten lokalen Integrationspolitik(en) auf diskursiver Ebene auch Parallelen auf. Im Folgenden werden die fallübergreifend prägenden Narrative der Krise, der Be- und Überlastung und des Segregationsproblems skizziert. Sie können in den in Altenessen & Karnap, im Hörsterfeld und in Altena geführten integrations- und migrationspolitischen Debatten nachgewiesen werden.

Der Krisendiskurs: Flüchtlingskrise oder Verwaltungskrise?

Viele der interviewten Akteur_innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Ökonomie betonen in ihren Schilderungen zur Zuwanderung geflüchteter Menschen ab dem Sommer 2015 die Überlastung und Überforderung von Verwaltungsstrukturen. So habe es in den Kom-

munen an Personal und bis 2016⁶ auch an finanziellen Ressourcen gefehlt; außerdem hätten zahlreiche Änderungen im Aufenthalts- und Zuwanderungsrecht das Verwaltungshandeln erschwert. Auch die immer zahlreicher werdenden integrationspolitischen Förderprogramme, die von Bund und Land in den Jahren 2015 und 2016 initiiert wurden (vgl. Anhang), seien für die kommunale Politik und Verwaltung zunehmend unüberschaubar geworden.

Sowohl in Essen als auch in Altena wurden während des ‚langen Sommers der Migration‘ Krisenstäbe eingerichtet, um die Erstversorgung und Unterbringung der neuankommenden Menschen zu gewährleisten (vgl. P_AEK-006); in Altena wurde sogar eine dreiköpfige Stabsstelle *Arbeitsgruppe Integration* unter Federführung des Bürgermeisters gebildet (vgl. ILS 2016, S. 25). Da Städte und Gemeinden im Märkischen Kreis aufgrund eingeschränkter personeller und materieller Ressourcen diese Aufgabe nicht allein zu schultern vermochten, wurde auch dort, im Landratsamt, ein Krisenstab eingesetzt (vgl. P_MK-15; P_MK-17; P_MK-18), der sie unterstützte (vgl. P_MK-14; P_MK-19). Gleichzeitig bat der Landrat bei der Bezirksregierung um Unterstützung und ersuchte die Malteser des Bistums Essen um Amtshilfe (vgl. P_MK-20).

Sowohl aus Essen als auch aus dem Märkischen Kreis berichten die Interviewpartner_innen, dass der Anstieg der Flüchtlingszahlen die Behörden nahezu unvorbereitet traf und eine hohe Arbeitsbelastung sowie personelle Engpässe erzeugte (vgl. I_EH-01; I_EH-03; I_AM-03). Die Stadt Essen stellte im Jahr 2016 deshalb 250 zusätzliche Mitarbeiter_innen für das Sozialamt, das Jobcenter, die Ausländerbehörde und den Bereich der städtischen Immobilienwirtschaft ein (vgl. P_E-108). Auch in den Kommunen des Märkischen Kreises, darunter Altena, wurden neue Mitarbeiter_innen für die Flüchtlingsarbeit eingestellt (vgl. I_AM-01). Insgesamt diktierte die Prozesslogik von Asylverfahren, an welcher Stelle und zu welchem Zeitpunkt zusätzliches Personal erforderlich war: Zuerst stieg der Personalbedarf in den Ausländerbehörden, später – mit zunehmender Anerkennung von Asylbewerber_innen und Geflüchteten – in den Jobcentern. Beeinträchtigt wurde die Verwaltungsarbeit auch durch eine aufgrund der gestiegenen Arbeitsbelastungen erhöhte Mitarbeiterfluktuation (vgl. I_AM-03) sowie die vergleichsweise kurze Laufzeit vieler (integrationspolitischer) Maßnahmen, derentwegen neu geschaffene Stellen alsbald wieder wegfielen (vgl. I_E-02).

Zahlreiche Änderungen im Aufenthalts- und Zuwanderungsrecht haben das kommunale Verwaltungshandeln in der jüngsten Vergangenheit zusätzlich erschwert. Vielfach wurden ihretwegen erst kürzlich getroffene Entscheidungen obsolet bzw. mussten unter veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen erneut gefällt werden (vgl. I_E-02). In den Interviews wird diesbezüglich von einer ‚Erlassflut‘ gesprochen: „Da wusste man also nicht, wie man von einem Monat in den nächsten kommt. Ob da nicht das, was jetzt festgelegt worden ist, im nächsten Monat schon wieder in eine ganz andere Richtung geht.“ (I_AM-03: 739ff.)

⁶ Ab 2016 erhöhte der Bund seine Zuschüsse für die Kosten der Flüchtlingsunterbringung und -integration (Die Bundesregierung 2016b)

Integration wird zunehmend als Querschnittsaufgabe verstanden. Vielfältige und neue Förderprogramme sollen dabei helfen, dieses Politikfeld weiter zu professionalisieren und auszugestalten, führen aber auch zu einer insgesamt kaum mehr überschaubaren Förderlandschaft. So bestehen zwar zahlreiche Möglichkeiten, zusätzliche Mittel für die Flüchtlingsarbeit und -integration vor Ort zu beantragen, aber viele der interviewten Akteur_innen aus der kommunalen Verwaltung beklagen, dass es sie überfordere, den Überblick über die vielfältigen Fördermöglichkeiten zu behalten und die entsprechenden Antragsverfahren voranzutreiben. Bereits für die (bzw. vor der) Einwerbung von Fördermitteln sei deshalb zusätzliches Personal notwendig (vgl. I_E-02; I_E-03).

In der Gesamtschau lassen sich die mit der jüngsten Fluchtimmigration verbundenen Herausforderungen weniger als ‚Flüchtlingskrise‘ denn als ‚Verwaltungskrise‘ zusammenfassen (vgl. Hahlen/Kühn 2016). Auch die interviewten Expert_innen schreiben die Überforderung von Verwaltungsstrukturen vielfach nicht (allein) dem Anstieg der Zuwanderungszahlen, sondern auch systemimmanenten Faktoren wie einer mangelnden Flexibilität bürokratischer Abläufe sowie einer hierarchischen Organisationskultur zu (vgl. I_A-08; I_EH-01; I_EA-03; I_A-05). Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die mangelhafte Zusammenarbeit und/oder die inkompatiblen Arbeitsweisen unterschiedlicher Verwaltungsstellen sowie auf ungeklärte Zuständigkeitsbereiche und/oder die Herausbildung von Doppelstrukturen (vgl. I_AM-03; I_A-02; I_E-05; I_EA-02; I_AM-01). Auch die neu geschaffenen Kommunalen Integrationszentren erwiesen sich in den hier untersuchten Fallstudien als außerstande, die notwendigen Koordinierungs- und Steuerungsaufgaben im Bereich der Flüchtlingsarbeit zu leisten.

Der Be- und Überlastungsdiskurs: ‚Integration setzt Migrationsbeschränkung voraus‘

Eine Be- und Überlastung infolge der fluchtbedingten Zuwanderung nach Deutschland wurde und wird nicht nur mit Blick auf die Arbeit staatlicher Verwaltungsstrukturen konstatiert, sondern ist auch zentraler argumentativer Bezugspunkt gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Fragen der Migration und Integration. Sowohl in der Stadt Essen als auch im Märkischen Kreis reklamierten politische Akteur_innen bereits früh die Existenz quantitativer Belastungsgrenzen bei der Flüchtlingsaufnahme. Der Landrat des Märkischen Kreises äußerte im Oktober 2015 in mehreren Interviews sowohl in Zeitungen wie auch im Fernsehen seine Sorge, dass die Kommunen den unbegrenzten Zuzug Geflüchteter auf Dauer nicht bewältigen können (vgl. P_MK-24). Gemeinsam mit vier Landratskolleg_innen aus dem Sauer- und Siegerland verfasste er schließlich einen ‚Brandbrief‘ an die Bundeskanzlerin, in dem die Forderung erhoben wurde, ‚Maßnahmen zu ergreifen, die den gegenwärtigen Zustrom von Flüchtlingen schnell und effektiv verringern‘. Denn die Aufnahmekapazitäten seien derzeit erschöpft, sodass ‚eine ungebremste Fortsetzung des ungeordneten und ungesteuerten Flüchtlingszustroms den inneren Frieden unseres Landes gefährdet sowie die radikalen und extremistischen Kräfte stärkt‘ (vgl. P_MK-24; P_MK-25). Auch in Essen wurde eine Begrenzung des Zuzugs Geflüchteter gefordert – dies aber nicht in Form eines stadtweiten ‚Hilferufs‘, sondern als stadtteilspezifische Initiative (vgl. P_ÜB_033; P_ÜB_034; P_E-128). Auch die Stadt Altena bemaß die Zahl der zu-

sätzlich (zu den ihr zugewiesenen) aufgenommenen Geflüchteten nach den vermuteten lokalen Integrationskapazitäten in Bezug auf Wohnraum, Infrastrukturausstattung und ‚Zumutbarkeitsgrenzen‘ der ansässigen Bevölkerung.

Das Be- und Überlastungsnarrativ, das die migrations- und integrationspolitischen Debatten in Deutschland wohl stärker prägt als jedes andere, verbindet sich meist mit der Überzeugung der dieses Narrativ reproduzierenden Akteur_innen, dass ein insgesamt begrenztes Integrationsvermögen eine Regulierung bzw. Reduzierung der Zuwanderungszahlen notwendig mache. Dies gilt nicht nur für die nationalstaatliche Ebene, sondern auch und insbesondere für die lokale Ebene des Quartiers. Die Grenzen des lokal Leist- und Machbaren werden dabei sowohl in ökonomischer als auch vor allem in gesellschaftlicher Hinsicht gezogen. So wird insbesondere darauf hingewiesen, dass das Integrationspotential im Quartier von der Integrationsbereitschaft der ansässigen Bevölkerung abhängt, die ihrerseits die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität sowie den eigenen Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen voraussetzt. Damit wird auch auf lokaler Ebene der Integrationserfolg von Immigrant_innen mit der Notwendigkeit einer Zuzugsbeschränkung in einen Zusammenhang gebracht, sodass auch hier das liberale Paradoxon der Migrationspolitik (vgl. Hollifield 2004, S. 85) seinen spezifischen Ausdruck findet.

Der Segregationsproblemdiskurs: Ethnisierung der Stadtentwicklungspolitik

Hinter der in Altenessen & Karnap artikulierten Forderung nach einer Zuzugsbegrenzung verbirgt sich neben der Überzeugung, dass die Aufnahmekapazitäten eines Quartiers für neu Hinzuziehende quantitativ limitiert sind, auch eine ‚qualitative Begrenzungslogik‘, die im Kontext der langjährigen Diskussionen um soziale Segregation und sozialräumliche Polarisierung in der Stadt Essen steht: Es geht nicht nur darum, wie viele, sondern auch darum, welche Menschen zuziehen. So taucht in den im Essener Norden geführten Interviews, aber auch in lokalen Presseberichten immer wieder der Begriff des ‚ethnischen Ghettos‘ auf – wobei aus wissenschaftlicher Perspektive anzumerken ist, dass ein solcher Raumtypus in deutschen Städten empirisch nicht nachweisbar ist (vgl. Gestring 2011; Tsianos 2015). Um der Herausbildung und Verfestigung solcher Ghettos entgegenzuwirken, erscheint die Verhinderung des Zuzugs bestimmter Gruppen von Immigrant_innen bzw. Geflüchteten mehr als opportun.

Auch in der Kleinstadt Altena, wo eine wohnräumliche Konzentration alteingesessener, meist als türkischstämmig wahrgenommener Migrant_innen nur für wenige Straßenzüge beschrieben und der insofern keine nennenswerte sozialräumliche Segregation attestiert werden kann, ist die Vermeidung von Segregationsprozessen ein zentrales stadtentwicklungspolitisches Anliegen. Vor allem auch deshalb findet dort die kommunal gesteuerte dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen fast ausnahmslos Zustimmung, wie dieses Zitat illustriert: „Den Weg, den man jetzt geht, dass man dezentral Flüchtlinge unterbringt, find ich sehr gut. Einfach um diese Ghettobildung zu vermeiden.“ (I_A-04: 645-646). Der in vielen Großstädten (nicht zuletzt

im Ruhrgebiet) beinahe hegemoniale Segregationsproblemdiskurs wird demnach auch in Kleinstädten adaptiert und prägt dort das kommunalpolitische Handeln.

Die „Figur des explosiven Raums“, in dem sich ein „Sprengstoff ansammelt, der sich irgendwann entlädt“ (Tsianos 2015, S. 67), kann als wesentliches Element des Segregationsproblemdiskurses gelten. Um diesen ‚Sprengstoff‘ näher zu charakterisieren, wird eher selten auf Diagnosen zu soziostrukturellen Problemlagen zurückgegriffen; stattdessen wird meist auf (vermeintlich) kulturelle Differenzkategorien rekurriert: Begriffe wie *Flüchtling*, *Muslim*, *Kriminalität* und *Segregation* werden in einer Weise miteinander verknüpft, die allein dem Ziel dient, ‚Parallelgesellschaften‘ sozialräumlich im ‚Problembezirk‘, wenn nicht im ‚Ghetto‘ zu verorten (vgl. Hackett 2013). Insofern läuft die Besorgnis ob einer räumlichen Konzentration von Geflüchteten – allzumal im Kontext von Quartieren, die vor besonderen Herausforderungen stehen – in letzter Konsequenz darauf hinaus, migrantische *communities* als gefährliche und desintegrierte Räume zu konzipieren (vgl. Ronneberger/Tsianos 2009, S. 46), und ist damit sowohl Ausdruck einer Verräumlichung gesellschaftlicher Differenzierungsprozesse als auch einer Kulturalisierung stadtentwicklungspolitischer Debatten.

7 Integrationspotentiale der lokalen Ökonomie

Jörg Weingarten, Jale Wohlert

In den Arbeitsmarktzahlen der Bundesagentur für Arbeit sind die Auswirkungen der jüngsten Fluchtzuwanderung mittlerweile abgebildet (vgl. BA 2017, S. 7). Aus den acht zuwanderungsstärksten nichteuropäischen Asylherkunftsländern waren im September 2017 bundesweit ca. 195.000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt – mit im Vergleich zum Vorjahr deutlich steigender Tendenz (+62 Prozent; vgl. BA 2017, S. 8). Jedes sechste deutsche Unternehmen beschäftigt heute Geflüchtete – als Auszubildende, Praktikant_innen oder reguläre Mitarbeiter_innen (vgl. Flake et al. 2017, S. 3). Dennoch fällt ein Großteil der Geflüchteten nach der Anerkennung des Asylgesuchs zunächst in die Grundsicherung. Im August 2017 hatten 584.000 Geflüchtete einen Anspruch auf die Grundsicherung nach SGB II (vgl. BA 2017, S. 14).

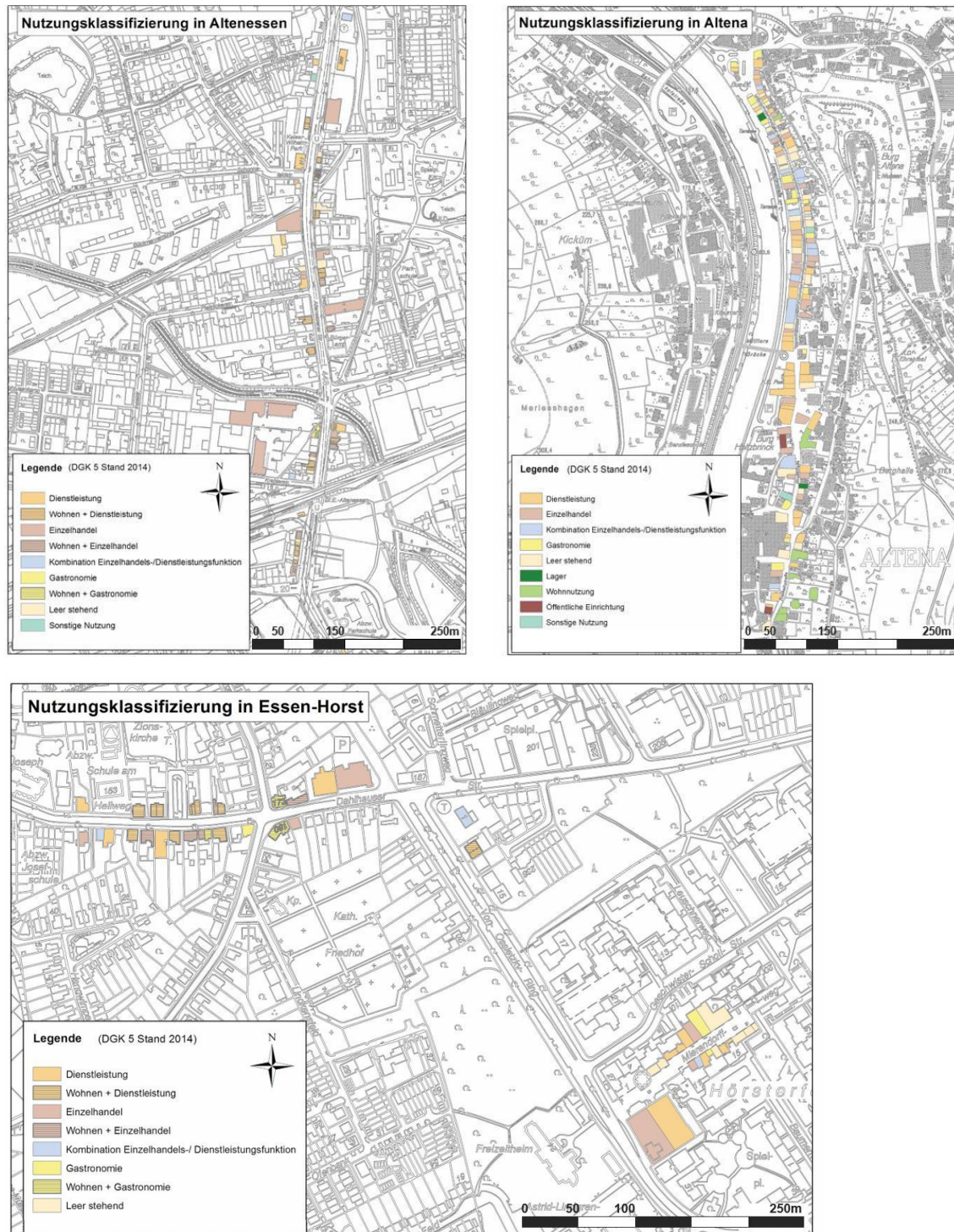
Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen lokaler Ökonomie und der Arbeitsmarktin-tegration von Geflüchteten diskutiert. Unter lokaler Ökonomie wird dabei die Gesamtheit des ökonomischen Handelns innerhalb eines (im Sinne der Fallstudienquartiere) geographisch begrenzten Gebiets verstanden (vgl. Technologie-Netzwerk 1990, S. 19). Damit sind lokal tätige Unternehmen gemeint, die vor allem lokale Bedarfe decken und auf dieser Ebene auch ihre Mitarbeiter_innen rekrutieren. Sie nehmen eine wichtige Rolle in der wohnungsnahen Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ein, sind ein zentraler Bestandteil der örtlichen Nahversorgung, stärken die lokalen Wirtschaftskreisläufe, mobilisieren die endogenen, quartierspezifischen Potentiale und tragen zur Attraktivierung des Quartiers bei (vgl. Henn 2013, S. 12).

7.1 Die lokale Ökonomie in den Fallstudienquartieren

Einen Überblick über die Quartiers- und Angebotsstrukturen der lokalen Ökonomie in den untersuchten Quartieren geben die Abbildungen 4a bis c. Hierzu wurde eine Kartierung der Erdgeschossnutzungen entlang der Hauptverkehrswege bzw. Haupteinkaufsstraßen der Untersuchungsräume durchgeführt. Altena bietet als Mittelzentrum entlang der Lennestraße ein größeres Angebot an Dienstleistungen, Einzelhandel und Gastronomie; im nördlichen Bereich dieser Hauptachse lässt das lagebedingte Attraktivitätspotential nach, es sind mehrere Leerstände zu verzeichnen (vgl. Abb. 4b). In Altenessen sind im Bereich der Altenessener Straße deutlich weniger Dienstleistungs- und Einzelhandelsangebote zu verzeichnen als in Altena. Dafür sind hier mehrere größere Einzelhandelseinrichtungen vorhanden; Leerstände konzentrieren sich im nördlichen Bereich (vgl. Abb. 4a). In Horst besteht ein Nahversorgungszentrum entlang der Dorstener Straße mit mehreren Einzelhandels- und Dienstleistungsstandorten, das, bedingt durch die Siedlungsgenese, jedoch deutlich kleiner ist als in den anderen beiden Quartieren. Hörsterfeld, in Abbildung 4c in südöstlicher Richtung zu finden, weist eine kleine Einkaufspassage mit Dienstleistungen und Einzelhandel auf, die jedoch von einer sehr hohen

Leerstandsquote von nahezu 50 Prozent betroffen ist. Die folgenden Karten können keine umfassende Bestandserhebung der Netzwerkstrukturen der lokalen Ökonomie leisten. Die Realnutzungskartierung gibt jedoch einen Überblick zum Dienstleistungs- und Handelsbesatz in den untersuchten Quartieren.

Abbildung 4a-c: Nutzungsklassifizierung in den drei Fallstudienquartieren



Quelle: Eigene Darstellung, DGK 5

Im Rahmen der Projektarbeit wurden auch mehrere Akteur_innen der lokalen Ökonomie interviewt. Diese nehmen allerdings nur selten Bezug auf konkrete, quartierspezifische Wirtschaftsstrukturen, auch wenn dies eine explizite, in den Interviews formulierte Fragestellung war. Vielmehr dominiert in den Interviews eine dem Quartier übergeordnete, mindestens stadtweite, teils auch regionale Betrachtungsweise von Wirtschaftsstrukturen und arbeitsmarktlichen Integrationsfragen. Quartierspezifische Integrationspotentiale der lokalen Ökonomie lassen sich vor diesem Hintergrund nur in sehr begrenztem Maße thematisieren. Gleichzeitig zeigt sich, dass auf Quartiersebene mit Blick auf die Arbeitsmarktintegration nur beschränkte Handlungsmöglichkeiten bestehen.

7.2 Die Bedeutung von Erwerbstätigkeit für die Integration

In allen drei Fallstudien wird von den Interviewpartner_innen die Bedeutung einer Erwerbstätigkeit für eine umfassende Integration hervorgehoben. Diese Ansicht wird auch im allgemeinen fachlichen und politischen Diskurs geteilt (vgl. Gesemann 2018, S. 462; Flake et al. 2017, S. 4; Hohmann 2004, S. 6). Die Bedeutung der Wertschätzung der eigenen Arbeit wird am Fallbeispiel Altena deutlich, wo Geflüchtete ehrenamtlich am Aufbau eines Begegnungszentrums mitwirkten (vgl. I_A-05). Auch in anderen Interviews, sowohl in Altena als auch in Essen, wird das durch eine Beschäftigung hervorgerufene Gefühl, ein wichtiger Teil der Gesellschaft zu sein, betont (vgl. I_E-01; I_A-05). Nicht zu vernachlässigen sind auch die sozialen Kontakte, die durch Arbeit entstehen können (vgl. Thränhardt o. J., S. 4). Dies wird beispielhaft durch den Ausdruck „Komm doch abends mal mit zum Sport“ (I_E-01: 424ff.) verdeutlicht. Der hohe Stellenwert der Arbeitsmarktintegration spiegelt sich auch in der Ausrichtung der ausgewerteten Förderprogramme wider (vgl. Anhang: Übersicht über die Förderprogramme).

Zu wenig problematisiert wird in der wissenschaftlichen Diskussion bisweilen die Frage, welcher Art von Arbeit Geflüchtete nachgehen (sollten) (vgl. Schultz/Kolb 2018, S. 513). Auch in den Interviews wird die Relevanz einer qualitätvollen Arbeit nur in einem Fall hervorgehoben (vgl. I_A-05). Die Notwendigkeit der Arbeitsmarktintegration darf jedoch nicht als Rechtfertigung für schlechte Arbeitsbedingungen und unzureichende Entlohnung dienen. Denn prekäre Arbeit erleichtert mitnichten die gesellschaftliche Teilhabe, sondern erschwert sie (vgl. Täubig 2009). Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung von Leiharbeitsfirmen, die sich auf die Beschäftigung Geflüchteter spezialisieren, einzuschätzen. Die Firmen nutzen den Umstand, dass Geflüchtete schnell und unkompliziert einen Zugang zum Arbeitsmarkt suchen. Zwar erlangen die Menschen so eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Weiterbildungsmöglichkeiten, Wege in reguläre Arbeitsverhältnisse stehen ihnen jedoch in den seltensten Fällen offen (vgl. DGB 2017, S. 4).

7.3 Die potentielle Bedeutung Geflüchteter für die lokale Ökonomie

Ein diversifiziertes Meinungsbild ist bei der Frage nach den sozioökonomischen Effekten, die Geflüchtete auf einen Wirtschaftsraum ausüben, erkennbar. Auch in den Medien wurde dies

im Zusammenhang mit der aktuellen Fluchtmigration verstärkt diskutiert (vgl. Kapitel 4). Wird häufig eine durch Zuwanderung steigende Belastung kommunaler Haushalte infolge erhöhter Sozialausgaben und eine Substitution ‚einheimischer‘ Arbeitskräfte durch neu Zugewanderte befürchtet, verweisen Studien hingegen auf positive wirtschaftliche Effekte von Zuwanderung. Hierbei sei darauf hingewiesen, dass sich diese Erkenntnisse vor allem auf Volkswirtschaften beziehen und nicht umstandslos auf die Ebene der lokalen Ökonomie übertragen werden können. Frühere Phasen überdurchschnittlicher Zuwanderung haben gezeigt, dass nach einem kurzfristigen Mehraufwand (z. B. im Rahmen der Erstunterbringung) langfristig aus ökonomischer wie auch arbeitsmarktpolitischer Sicht und im Hinblick auf kommunale Haushalte positive Effekte überwiegen (vgl. von Loeffelholz 2018, S. 168). Dies wird auch von der aktuellen Migrationsbewegung erwartet.

Migrant_innen treten im Wirtschaftssystem als zusätzliche Verbraucher_innen auf, sodass es zu einer Vergrößerung der Nachfrage, einer erhöhten Wertschöpfung sowie einer Diversifizierung der Angebotsstruktur kommt (vgl. von Loeffelholz 2018, S. 148ff.). Empirisch belegt ist ebenso, dass Migrant_innen langfristig dem Staat mehr Beiträge und Steuern zuführen, als sie im Gegenzug an Transferleistungen erhalten (vgl. Thränhardt o. J., S. 5). Auch die Mutmaßung, durch Geflüchtete würden einheimische Arbeitskräfte substituiert und damit das allgemeine Lohnniveau herabgesenkt, kann empirisch widerlegt werden. Zwar findet eine Substitution im Bereich ungelernter Arbeitskräfte statt, gleichzeitig rücken diese jedoch vermehrt in höhere Positionen auf. Zugleich fungieren die ungelernten Geflüchteten als Komplemente für Höherqualifizierte, sodass hier ein Anstieg des Lohnniveaus zu verzeichnen ist (vgl. von Loeffelholz 2018, S. 148-149). Wrobel spricht deshalb vom Multiplikatoreffekt, den Migrant_innen auf eine Ökonomie ausüben (vgl. Wrobel 2016, S. 13). Es sei aber darauf hingewiesen, dass sich die hier erwähnten positiven Effekte nur dann einstellen, wenn Geflüchtete – ebenso wie Migrant_innen anderer Einwanderungsphasen – zumindest mittel- bis langfristig ungehinderten Zugang zum Arbeitsmarkt haben (vgl. von Loeffelholz 2018, S. 144, 168; Aumüller 2018, S. 192). Damit auch auf der Ebene der lokalen Ökonomie positive Impulse von der Zuwanderung ausgehen, bedarf es überdies entsprechender Angebotsstrukturen, die beispielsweise im Fallstudienquartier Hörsterfeld mit seiner primären Wohnnutzung nicht gegeben ist.

In der jüngeren Vergangenheit haben vor allem der in vielen Branchen bestehende Fachkräftemangel sowie der fortschreitende demographische Wandel dazu beigetragen, dass von der Zuwanderung zunehmend ein positiver wirtschaftlicher Effekt erwartet wird. Da die nach Deutschland zugewanderten Menschen unterdurchschnittlich alt und überdurchschnittlich häufig im erwerbsfähigen Alter sind, sind sie in der jüngeren Vergangenheit zunehmend in den Fokus arbeitsmarktpolitischer Strategien geraten (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 137; Gesemann 2018, S. 511; Aumüller 2018, S. 192; DGB 2017, S. 3). Politik und Wirtschaft hoffen, mit ihrer Hilfe den Fachkräftemangel in Branchen wie Gesundheit und Pflege abfedern zu können. Zugleich richten sich die Hoffnungen der vom Fachkräftemangel besonders betroffenen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) vielfach auf das Arbeitskräftepotential der Migrant_innen (vgl. Flake et al. 2017, S. 4). Gleichlautende Hoffnungen

werden auch in mehreren Interviews artikuliert (vgl. I_EA-02; I_A-01). Das aktuell trotz Fachkräftemangel und demographischem Wandel starke Wirtschaftswachstum (vgl. Schultz/Kolb 2018, S. 511; BA 2017, S. 4) erhöht die Nachfrage nach Arbeitskräften zusätzlich und stärkt so die Position der Geflüchteten. Das Fachkräftekonzept der Bundesregierung setzt vor diesem Hintergrund explizit auf Zuwanderung (vgl. BMAS 2015). Eine lange Phase stark restriktiver Politik gegenüber der internationalen Arbeitsmigration (vgl. Oltmer 2018, S. 68) ist damit vorläufig zu Ende gegangen. Regelungen wie das Arbeitsverbot für Geflüchtete wurden deshalb aufgeweicht, jedoch nicht aufgehoben, sodass nach wie vor erhebliche Hürden für die Arbeitsmarktintegration von Migrant_innen bestehen (vgl. Thränhardt o. J., S. 10ff.).

Es sei darauf hingewiesen, dass der Gedanke, dem Fachkräftemangel durch Migration zu begegnen, nicht neu ist. Er lag bereits der Anwerbung von Gastarbeiter_innen zwischen der Mitte der 1950er-Jahre und den 1970er-Jahren zugrunde (vgl. Gans/Pott 2018, S. 17). Anzumerken ist jedoch, dass dies in einem gänzlich anderen gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Kontext geschah, der keine langfristige Migration nach Deutschland vorsah und dementsprechend jenseits der Erwerbsarbeit keinerlei Integrationsbemühungen beinhaltete (vgl. Oltmer 2018, S. 59).

Gerade in Altena, das in besonderer Weise vom demographischen Wandel betroffen und in seiner Wirtschaftsstruktur vor allem durch KMU geprägt ist, verbinden sich hinsichtlich der Stärkung des Fachkräftepotentials große Hoffnungen mit der fluchtbedingten Zuwanderung. So richtete der Altenaer Bürgermeister beispielsweise Unternehmerfrühstücke aus, um die Unternehmen zur Einstellung Geflüchteter zu motivieren. Der hohe Industriebesatz mit Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit geringen fachlichen und sprachlichen Qualifikationen wird als lokalspezifische Chance für deren Arbeitsmarktintegration angesehen. Jedoch hat sich nach Aussagen einer Großzahl von Interviewpartner_innen mittlerweile gezeigt, dass gerade gut ausgebildete, junge Geflüchtete Altena ausschließlich als Durchgangsstation betrachten und sich im Rheinland oder Ruhrgebiet bessere Beschäftigungsmöglichkeiten erhoffen, sobald ihr Aufenthaltsstatus einen Umzug ermöglicht (vgl. I_A-01; I_A-02; I_A-04; I_A-05; I_A-08). Obwohl Altena eine offene Flüchtlingspolitik und Willkommenskultur betreibt, bleibt langfristig die Herausforderung bestehen, der Abwanderung junger Menschen und damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Auch Essen forciert in seinem Integrationskonzept die wirtschaftlichen Chancen der Migration zur Abmilderung des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels. Hier wird von einer ‚Win-Win-Situation‘ für Geflüchtete und lokale Wirtschaft gesprochen (vgl. D_E-1, S. 31). An den Untersuchungsergebnissen aus Essen zeigt sich allerdings auch, dass die Hoffnung auf eine in Agglomerationsräumen erleichterte Arbeitsmarktintegration junger Geflüchteter nicht haltbar ist. Es wird deutlich, dass der Fachkräftemangel kein quartierspezifisches, sondern ein mindestens im regionalen Kontext zu begreifendes und zu behandelndes Problemfeld ist.

7.4 Aktuelle Herausforderungen der Arbeitsmarktmigration

Auch wenn kein Zweifel daran besteht, dass Erwerbstätigkeit eine zentrale Bedeutung für gesellschaftliche Integration hat, wurde in den Fallstudien deutlich, dass noch viele Herausforderungen für die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter bestehen. Als aktuell größte Hürden haben sich zum einen die Langwierigkeit des Spracherwerbs, zum anderen der hohe für die Einstellung Geflüchteter erforderliche bürokratische Aufwand herauskristallisiert.

Sprachkenntnisse

Sprache und Bildung gelten generell als Grundvoraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration (vgl. BMAS 2016, S. 5; Brücker et al. 2017, S. 7; Gesemann 2018, S. 461; Thränhardt o. J., S. 22). Sowohl in den Expert_inneninterviews als auch in der wissenschaftlichen Literatur wird ein wesentlicher Grund dafür, dass bisher nur ein geringer Teil der Geflüchteten sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, in deren häufig (noch) unzureichenden Deutschkenntnissen gesehen. Auch in Altena, wo große Anstrengungen zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter unternommen wurden, stellte sich Ernüchterung ein, als deutlich wurde, dass die sprachlichen Barrieren für eine Erwerbstätigkeit noch zu hoch seien. Integrations- und Sprachkursen wurde in der Folge die höchste Priorität eingeräumt (vgl. I_A-05).

Heutzutage sind für die Mehrheit der Berufsbilder umfassende Sprachkenntnisse notwendig (vgl. I_AM-02; I_A-05; I_AM-01). Je geringer das Sprachniveau eines Menschen, desto niedriger ist auch das Qualifizierungsniveau der Jobs, die für die Person infrage kommen (vgl. I_A-02) und desto schwieriger ist deren Vermittlung am Arbeitsmarkt generell (vgl. BA 2017, S. 4). Vonseiten des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit sind deshalb verschiedene Programme zum berufsbezogenen Spracherwerb aufgelegt worden (vgl. BMAS 2016, S. 5, 11-12). Die Erfahrungen in den untersuchten Quartieren haben jedoch gezeigt, dass viele Geflüchtete, die das B1-Niveau bereits erreicht haben, an den hohen Herausforderungen der B2-Kurse scheitern, die häufig als Messlatte für den Arbeitsmarkteintritt vorausgesetzt werden. Für das Handwerk gibt Glasl an, dass Geflüchtete häufig erst nach drei bis vier Jahren ein Sprachniveau erreichen, mit dem eine erfolgreiche Teilnahme am Berufsschulunterricht und damit die Aufnahme einer Ausbildung möglich ist (vgl. Glasl 2017, S. 10-11). Auch in zwei Altenaer Interviews wird diese Einschätzung geteilt (vgl. I_A-01; I_A-06). Bedacht werden muss außerdem, dass aktuell ca. acht Prozent der Geflüchteten nicht alphabetisiert sind (vgl. Brücker et al. 2017, S. 7) und dementsprechend umfassender Bildungsangebote bedürfen (vgl. I_EA-03). Erschwerend kommt hinzu, dass erst seit der Verabschiedung des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes 2015 Integrations- und Sprachkurse nicht nur für Personen mit einem gesicherten Aufenthaltstitel, sondern auch für Menschen mit einer hohen Bleibewahrscheinlichkeit zugänglich sind. Dies kann als Fortschritt gesehen werden, schließt aber immer noch eine Reihe von Menschen aus. Zudem wurde im Rahmen des Asylpakets II festgelegt, dass bei diesen Kursen eine Eigenbeteiligung von 10 Euro monatlich zu leisten ist (vgl. Aumüller 2018, S. 189), die eine finanzielle Hürde darstellen kann. Und selbst wenn alle Voraussetzungen für eine

Sprachkursteilnahme vorhanden sind, besteht die Gefahr, dass keine freien Plätze zur Verfügung stehen (vgl. Schultz/Kolb 2018, S. 517). Vor diesem Hintergrund sollte die Strategie überdacht werden, die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter erst dann anzustreben, wenn umfassende Deutschkenntnisse vorliegen. Training-on-the-job-Maßnahmen könnten eine sinnvolle Alternative sein, um jahrelange Erwerbslosigkeit zu verhindern. Auch ist es aus ökonomischer Perspektive fraglich, dass nur Personen mit hoher Bleibeperspektive oder gesichertem Aufenthaltstitel Zugang zu Sprachkursen gewährt wird. Denn die jüngere Geschichte zeigt, dass auch abgelehnte Asylbewerber_innen mitunter über Jahrzehnte in Deutschland leben (vgl. Wendel 2014, S. 5-6). Nicht zu vernachlässigen ist außerdem das sprachliche Potential, das Geflüchtete durch die Kenntnis ihrer Muttersprache in ein Unternehmen einbringen können; hinzu kommt, dass fast jede_r zweite von ihnen neben der eigenen Muttersprache noch mindestens eine andere Sprache spricht (vgl. Brücker et al. 2017, S. 6).

Qualifikation

Neben Sprachkenntnissen werden Qualifizierung bzw. formale Bildungsabschlüsse als wichtige Säule für die Arbeitsmarktintegration gesehen. Fehlende formale Bildungsabschlüsse, die in den Herkunftsländern der Geflüchteten häufig einen geringeren Stellenwert einnehmen, erschweren die Integration (vgl. BA 2017, S. 13). Sowohl in Essen als auch in Altena hat sich gezeigt, dass Geflüchtete mit höherer Qualifizierung schneller eine Beschäftigung finden. In den Interviews wird beispielsweise auf positive Einzelschicksale von Banker_innen oder Ärzt_innen verwiesen (vgl. I_E-03; I_A-04; I_A-05).

Die Praxis zeigt, dass die Geflüchteten häufig ein geringeres Bildungsniveau als der Bundesdurchschnitt aufweisen. Von den Geflüchteten, die zwischen 2013 und Januar 2016 einen Asylantrag gestellt haben, haben 11 Prozent keine Schule besucht, 35 Prozent haben einen einfachen Schulabschluss, 40 Prozent haben eine weiterführende Schule besucht und weitere 12 Prozent haben einen Hochschulabschluss oder eine Promotion (vgl. Brücker et al. 2017, S. 6). Ihre berufsbildenden Abschlüsse werden in Deutschland jedoch häufig nicht anerkannt. Zwar besteht seit 2012 das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen“ (Schultz/Kolb 2018, S. 514). In der Praxis lässt sich aber feststellen, dass die Prüfung der Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Abschlüssen mit deutschen Referenzberufen sehr zeitintensiv, mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden und nicht einheitlich organisiert ist (vgl. Brücker et al. 2017, S. 8, S. 47). Das kritisieren auch mehrere Interviewpartner_innen, die außerdem darauf hinweisen, dass gerade Geflüchtete häufig nicht alle Nachweise der von ihnen erworbenen berufsqualifizierenden Abschlüsse vorlegen können (vgl. I_EA-05; I_A-05; I_E-05; I_E-04). Zudem gibt es bisher keine Möglichkeit, Arbeitserfahrung ohne entsprechende Qualifizierung anzuerkennen (vgl. Schultz/Kolb 2018, S. 517). Hinzukommt, dass manche Berufe auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht nachgefragt sind. In den Interviews wird hierzu beispielsweise der in den Herkunftsländern der Geflüchteten häufige Beruf des bzw. der Viehzüchter_in genannt, der in der hochindustrialisierten deut-

schen Landwirtschaft keine Rolle spielt (vgl. I_E-01). Umschulungsangebote sind deshalb überaus wichtig.

Von der Bundesagentur für Arbeit wurden im November 2017 65 Prozent der arbeitslos gemeldeten Geflüchteten auf den Qualifikationsstand des bzw. der ‚Helfer_in‘, ‚taxiert‘, 15 Prozent wurden als Fachkräfte oder Spezialist_innen und etwa 4 Prozent als Expert_innen eingestuft. Zu weiteren 16 Prozent liegen keine Angaben vor. Sowohl bei den arbeitslos gemeldeten als auch bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Geflüchteten ist das Helfer_inneniveau vorherrschend (vgl. BA 2017, S. 13). In den Interviews wird hervorgehoben, dass es sich gerade bei unqualifizierten Tätigkeiten nicht um Mangelberufe handelt. Vielmehr treten die Geflüchteten damit in einen Arbeitsmarkt ein, „auf dem sich schon ganz viele andere tummeln“ (I_E-02: 481ff.). Eine Abmilderung des Fachkräftemangels ist damit nicht gegeben. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass damit ein Substitutionseffekt gegenüber den bisher von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen eintritt und somit eine Stärkung des zweiten Arbeitsmarkts notwendig wird (vgl. I_E-02; I_E-05; I_AM-02). (Dem oben skizzierten Argument eines positiven volkswirtschaftlichen Effekts von Zuwanderung wird ‚vor Ort‘ also nicht ohne weiteres gefolgt). Statt auf eine Stärkung des zweiten Arbeitsmarkts setzt die Bundesregierung jedoch vor allem auf die Qualifizierung der Geflüchteten. Dieser Strategie ist es förderlich, dass die Geflüchteten im Allgemeinen eine hohe Bildungsmotivation aufweisen und erkannt haben, dass formalen Bildungsabschlüssen hierzulande eine große Bedeutung zukommt (vgl. Brücker et al. 2017, S. 8; Gesemann 2018, S. 462; Thränhardt o. J., S. 22). Die Qualifikationsstruktur der Geflüchteten dürfte sich mittelfristig also deutlich verbessern.

Generell lässt sich bei den Geflüchteten eine hohe Motivation zur Arbeitsaufnahme feststellen; dass diese dann aufgrund fehlender formaler Qualifikationen häufig nicht möglich ist, führt oft zu Frustration und Enttäuschung (vgl. I_EA-05). Um eine schnelle Vermittlung in Arbeit zu bewerkstelligen, erscheint daher ein frühzeitiges Screening der Qualifizierungen der Geflüchteten, möglichst kurz nach der Ankunft und nicht erst nach dem abgeschlossenen Asylverfahren, notwendig (vgl. Thränhardt o. J., S. 2). Dies hebt auch das neue Essener Integrationskonzept hervor, trifft zu diesem Punkt aber keine detaillierten Aussagen (vgl. D_E-1, S. 36).

Vor allem in den in Essen geführten Interviews zeichnet sich zudem ein Fokus auf die Bildung geflüchteter Kinder und Jugendlicher ab. Auch sie gilt unter dem Gesichtspunkt der langfristigen Arbeitsmarktintegration als relevantes Handlungsfeld, da insbesondere die aktuell schulpflichtigen Migrant_innen langfristig zu Fachkräften ausgebildet werden können, sofern ihnen das System der allgemeinen und beruflichen Bildung die entsprechenden Chancen eröffnet (vgl. I_EA-02). Mit Blick auf die ausgeprägten sozialräumlichen Disparitäten und die Frage der räumlichen Verteilung der Geflüchteten in Essen wurde in diesem Zusammenhang die Ausstattung der Schulen angesprochen. Im Vergleich zu den südlichen Bezirken finden die Kinder und Jugendlichen in den nördlichen Stadtteilen schlechtere Rahmenbedingungen, wie z. B. größere Klassengrößen, vor (vgl. I_EA-02; I_EA-04). Ein Schulleiter aus dem Essener Norden betont: „Wenn es nicht gelingt, die Kinder, die jetzt rüberkommen, auszubilden und zu befähigen, ihre

Rolle in der Gesellschaft und im Arbeitsmarkt zu finden, dann gehen wir rein ökonomisch gesehen nicht als Gewinner aus der Krise hervor.“ (I_EA-02: 233ff.). Im Herbst 2017 haben mehrere Essener Schulleiter_innen in einem offenen Brief an Stadt, Land und Politik auf die Missstände an den Schulen im Essener Norden aufmerksam gemacht und zusätzliche Lehrkraft- und Sozialarbeiter_innenstellen gefordert (vgl. Spletter 2017).

Kulturelle Differenzen spielen im Vergleich zu den bisher aufgeführten Integrationshemmnissen im Bereich des Arbeitsmarkts eine untergeordnete Rolle. In den Interviews wird angesprochen, dass das unbekannte, deutlich komplexere deutsche (Aus-)Bildungssystem viele Geflüchtete vor Herausforderungen stellt (vgl. I_E-04; I_A-01; Hohmann 2004, S. 24-25). Nicht immer scheint es einleuchtend, zuerst eine Ausbildung zu durchlaufen, anstelle sofort einen (zumindest aus der kurzfristigen Perspektive) besser bezahlten, dafür weniger qualifizierten Job anzunehmen (vgl. Lahner 2017, S. 11; Hofmann/Dunscher 2017, S. 202-203). Damit Vielfalt kein Einstellungshindernis darstellt, ist nicht nur eine Offenheit aufseiten der Geflüchteten, sondern auch aufseiten der einstellenden Unternehmen gefragt (vgl. Lahner 2017, S. 10).

Potenzielle Risiken für Unternehmen

Bei der Einstellung von Geflüchteten wird ein Unternehmen im seltensten Fall allein aus gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein handeln, sondern, insbesondere wenn es sich um einen kleineren Betrieb handelt, auch Wirtschaftlichkeitserwägungen im Auge haben. Die Interviewpartner_innen sowohl aus Essen als auch aus Altena betonen, dass für eine Einstellung der Aufenthaltsstatus eines geflüchteten Menschen von elementarer Bedeutung ist (vgl. I_AM-02; I_AM-03; I_EH-02). Denn ein unsicherer Aufenthaltsstatus und die damit verbundene latente Gefahr einer Abschiebung bedeuten, dass Unternehmen ein hohes finanzielles Risiko eingehen, wenn sie in die Einarbeitung und Qualifizierung entsprechender Arbeitnehmer_innen investieren (vgl. I_EA-03; I_EA-05). Sie stellen damit eine erhebliche, häufig prohibitive Einstellungshürde dar, was auch mehrere andere Studien bestätigen (vgl. Hofmann/Dunschen 2017, S. 202-203; Hohmann 2004, S. 6; ZDH 2016, S. 5).

Mehr Planungssicherheit bei der Beschäftigung von Geflüchteten wurde im Spätsommer 2016 durch die *3+2-Regelung* geschaffen. Sie bietet Geflüchteten für die Zeit ihrer Ausbildung sowie für die darauffolgenden zwei Jahre eine Duldung. Im Anschluss daran kann ein formeller Aufenthaltstitel erworben werden. Die von Interviewpartner_innen im Märkischen Kreis gelobte Regelung (vgl. I_AM-02) wird auch in einschlägigen Veröffentlichungen grundsätzlich positiv beurteilt; zugleich wird dort aber darauf hingewiesen, dass Ermessensspielräume zu einer lokal unterschiedlichen Auslegung der Regelung führen, sodass diese keineswegs überall das gleiche Maß an Planungssicherheit für Geflüchtete und deren Arbeitgeber_innen gewährleistet (vgl. Flake et al. 2017, S. 16; DGB 2017, S. 10).

Dass Unternehmen bei der Einstellung von Arbeitskräften mit unsicherem Aufenthaltstitel ein erhebliches Risiko eingehen, wird in den Interviews in Essen deutlich häufiger kritisiert als in Altena. Dies dürfte zum einen auf den hohen Bedarf an Arbeitskräften in Altena zurückzuführen

ren sein, zum anderen darauf, dass die Altenaer Kommunalverwaltung Unternehmen bei der Einstellung von Geflüchteten aktiv unterstützt (vgl. I_A-08). Die enge Kooperation und die kurzen Wege innerhalb des überschaubaren kommunalen Verwaltungsapparats stellen sich hier als vorteilhaft dar (vgl. I_A-01).

Bürokratischer Aufwand

Aufgrund des dort ausgeprägten Fachkräftemangels wurden in Altena, trotz der damit verbundenen Unsicherheiten, mehrfach Menschen eingestellt, die sich lediglich im Status der Duldung befanden (vgl. I_A-08). Dies bedeutete für die einstellenden Unternehmen zugleich einen erheblichen bürokratischen Aufwand, da zunächst eine Arbeitserlaubnis für die betreffenden Arbeitnehmer_innen erwirkt werden musste.

Der bürokratische Aufwand (z. B. Antrag auf Arbeitserlaubnis, Antrag auf Duldung, Verlängerung der Duldung) schreckt viele Unternehmen von der Einstellung eines nicht anerkannten Geflüchteten bzw. einer Person im laufenden Verfahren ab. Das lässt sich sowohl aus den geführten Interviews und aus der Presse als auch aus weiteren Veröffentlichungen entnehmen. Die Interviewpartner_innen kritisieren die mangelnde Kooperation verschiedener Behörden, die vielen Gesetzesänderungen und das „auseinandergefedderte“ (I_AM-02: 661) System an Zuständigkeiten (vgl. I_A-04; I_AM-02). Besondere Schwierigkeiten verursacht hierbei der

„Rechtskreiswechsel von SGB III nach SGB II nach der Asylanerkennung. Während Asylbewerber_innen während der Dauer des Asylverfahrens in die Zuständigkeit der Arbeitsagenturen und in den Adressatenkreis des SGB III fallen, werden sie mit der Asylanerkennung zu Kunden der Jobcenter und Adressaten des SGB II.“ (Aumüller 2018, S. 193)

Gerade in der Kooperation zwischen Arbeitsagenturen und Jobcenter bestehen Koordinierungsprobleme. In NRW wurden deshalb sog. *Integration Points* als Anlaufstelle für Geflüchtete eingerichtet. Auch im Integrationskonzept der Stadt Essen, welches eine enge Verzahnung aller arbeitsmarktrelevanten Akteur_innen vorsieht, nimmt der *Integration Point* eine wichtige, kommunale Schnittstellenfunktion ein (vgl. D_E-1, S. 31).

Die öffentliche Hand versucht, durch Projekte, Informationskampagnen und die Anpassung von Institutionen und gesetzlichen Regelungen die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu erleichtern (vgl. BMAS 2016). Gleichzeitig wurden durch Liberalisierungen wie beispielsweise das auf drei Monate gekürzte Arbeitsverbot, die in vielen Arbeitsagenturbezirken ausgesetzte Vorrangprüfung, die Ausbildungsduldung oder die Erleichterung des Zugangs zur Ausbildungs- und Studienförderung die Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter deutlich verbessert.

Bund, Länder und Kommunen haben auf die Herausforderungen der jüngsten Flüchtlingsmigration mit einer kaum überschaubaren Zahl an Förderprogrammen, Projekten und Informations- und Beratungsangeboten reagiert (vgl. Anhang: Übersicht über die Förderprogramme). Die Unterstützung der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter stellt dabei einen Schwerpunkt dar, was zugleich den Stellenwert dieses Politikziels unterstreicht (vgl. Schultz/Kolb 2018,

S. 515-516). Die Vielfalt an Programmen und Maßnahmen stellt jedoch nicht nur die sie implementierenden Verwaltungen vor große Herausforderungen, sondern insbesondere auch die Unternehmen, die von ihnen profitieren sollen oder wollen. Besonders KMU haben kaum Ressourcen, um sich über die existierenden Fördermöglichkeiten umfassend zu informieren (vgl. I_EA-04). Flake et al. weisen darauf hin, dass viele Angebote erst dann zur Kenntnis und ggf. wahrgenommen werden, wenn bereits eine Einstellung erfolgt ist (vgl. Flake et al. 2017, S. 3, 7, 16). (Hinzu kommt, dass, wie in den Interviews festzustellen ist, manche dieser Fördermöglichkeiten am Bedarf der Unternehmen vorbeizugehen scheinen.) Mit Blick auf die lokale Ökonomie erscheint es daher wichtig, den Unternehmen im Quartier entweder Fördermöglichkeiten direkt aufzuzeigen oder sie zumindest über die einschlägigen Beratungsangebote vor Ort zu informieren.

7.5 Das Integrationspotential der migrantischen Ökonomie

Vor allem in den Essener Expert_innengesprächen wurde mehrfach das mögliche Integrationspotential der migrantischen Ökonomie thematisiert. In den Altenaer Interviews taucht diese Thematik, vermutlich aufgrund des Fehlens einer explizit ethnisierten Ökonomie, nicht auf. Eine häufig zitierte Definition der migrantischen Ökonomie liefert das Deutsche Institut für Urbanistik: Unternehmen der migrantischen Ökonomie zeichnen sich aus durch die „selbstständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund sowie abhängige Beschäftigung in von Personen mit Migrationshintergrund geführten Betrieben [...], die in einem spezifischen Migrantenmilieu verwurzelt ist“ (Difu 2005). Auch migrantische Unternehmen bieten einen potenziellen Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen, gleichwohl steht auch ihnen die Möglichkeit einer selbstständigen Beschäftigung zu.

Insgesamt sind in Deutschland ca. 2,2 Millionen Menschen in der migrantischen Ökonomie beschäftigt (vgl. Leicht/Langhauser 2014, S. 6, 22, 36). Dominierten dort in den 1990er-Jahren noch Handel und Gastgewerbe, ist jedes vierte migrantische Unternehmen heute dem Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen zuzuordnen (vgl. Leicht/Langhauser 2014, S. 6ff.). Gleichwohl wird die migrantische Ökonomie noch immer häufig mit der Entstehung von sog. Parallelgesellschaften in Verbindung gebracht (vgl. Leicht 2018, S. 525-526). Hinzu kommen stigmatisierende Unterstellungen wie die Vermutung, migrantische Unternehmer_innen hätten ihr Unternehmen allein mit dem Ziel gegründet, der Arbeitslosigkeit zu entgehen, verfügten über ein sehr geringes Qualifikationsniveau und hätten sich mit ihrem Betrieb in eine „Sackgasse für berufliche Mobilität“ (Leicht/Langhauser 2014, S. 7-8) begeben.

Aktuell ist jedoch ein Wandel in der wissenschaftlichen Analyse migrantischer Ökonomie zu beobachten: weg von einer rein auf das soziale Phänomen ausgerichteten Forschung, hin zur Betrachtung der ökonomischen Potentiale. Hervorgehoben werden insbesondere der Beitrag der migrantischen Ökonomie zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und – vor allem mit Blick auf kleine quartiersbezogene Unternehmen – zur Daseinsvorsorge, deren Verdiensten um die Arbeitsmarktintegration von Migrant_innen und den von ihr ausgehenden Innovationsim-

pulsen. Das manifestiert sich auch darin, dass die genannten Vorurteile zunehmend empirisch widerlegt werden konnten (vgl. Nuissl/Schmiz 2015). Bisher werden die Potentiale der migrantischen Ökonomie im Rahmen kommunaler Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungskonzepte jedoch kaum adressiert; nur selten – und wenn, dann fast ausnahmslos in Großstädten (vgl. Nuissl/Schmiz 2013, S. 181) – steht die migrantische Ökonomie im Fokus von Beratungs- und Informationsangeboten (vgl. Leicht 2018, S. 526, 544-545). Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, dass die migrantische Ökonomie nur in den Essener Interviews, nicht jedoch in Altena angesprochen wird. Gleichwohl hat sich in den Essener Gesprächen gezeigt, dass die mögliche Integrationsleistung der migrantischen Ökonomie sehr kritisch gesehen wird und die in der Literatur beschriebenen verbreiteten Vorurteile auch dort anzutreffen sind (vgl. I_E-01; I_E-01; I_EA-01). Teils verbinden sie sich mit persönlichen oder medial vermittelten Erfahrungen mit der in Altenessen stark vertretenen libanesischen *community* und werden dann auf alle neu angekommenen Menschen übertragen (vgl. I_E-04; I_E-05; I_EA-05). Dies dürfte ursächlich dafür sein, dass die migrantische Ökonomie bisher auch in Essen nicht ins Blickfeld kommunaler Integrationsbemühungen geraten ist, sodass ihr mutmaßlich beträchtliches Integrationspotential – nicht zuletzt für Personen, die sich erst seit kurzem in Deutschland aufhalten und die die Landessprache noch nicht hinreichend beherrschen – weitgehend ungenutzt bleibt.

7.6 Perspektiven für die Zukunft

Abgesehen von einigen quartierspezifischen Besonderheiten scheinen sich die Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration in den drei untersuchten Fallbeispielen ähnlich darzustellen. Trotz gewaltiger Bemühungen steht die Arbeitsmarktintegration der zwischen 2015 und 2017 angekommenen Migrant_innen noch am Anfang. Auf Quartiersebene sind die Handlungsspielräume, um die diesbezüglich bestehenden Herausforderungen zu bewältigen, freilich begrenzt. Das verdeutlichen nicht zuletzt die Interviewpartner_innen, die sich in ihren Aussagen meist auf Aktivitäten von Bund oder Ländern, zuweilen auch von Kommunen beziehen, aber fast nie die Quartiersebene thematisieren. Zudem zeigen Beispiele wie Hörsterfeld, dass nicht jedes Quartier, das viele Geflüchtete aufgenommen hat, auch über einen ausreichenden Betriebsbesatz verfügt, um ‚vor Ort‘ zu deren Arbeitsmarktintegration beizutragen. Umgekehrt ist die Situation in Altena: Dort besteht das Problem, dass viele Geflüchtete trotz des vorhandenen Angebots an Arbeitsplätzen andere Wohnstandorte präferieren (würden). Hinzu kommen die bürokratischen Hürden, die gerade für KMU mit einer Einstellung Geflüchteter verbunden sind. Hier sind umfassende, passgenaue Unterstützungsangebote vonnöten.

Damit Geflüchtete einen substantiellen Beitrag zur Abmilderung des Fachkräftemangels leisten können, gilt es vor allem, sie in die Lage zu versetzen, rasch die deutsche Sprache zu erlernen und an Qualifizierungsangeboten teilzunehmen. Auch eine ‚Entbürokratisierung‘ des Wegs zur Arbeitserlaubnis für Personen mit temporären Aufenthaltstiteln scheint erforderlich. Auf der Ebene von Quartieren können diese Aufgaben jedoch nicht aktiv angegangen, sondern bestenfalls reaktiv bearbeitet werden. Hier ist der Gesetzgeber gefragt, den rechtlichen Rahmen anzupassen und die Arbeitsmarktintegration von Migrant_innen passgenauer als bislang zu för-

dern. Die Sensibilisierung von Unternehmen für die Einstellung Geflüchteter und die Vermittlung von Kontakten zwischen ihnen und ihren potentiellen geflüchteten Arbeitskräften kann jedoch durchaus sinnvoll auf Quartiersebene gefördert werden. Das größte auf Quartiersebene angesiedelte Potential für die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter stellen die dort bestehenden informellen Kontakte sowie die lokalen Netzwerkstrukturen dar, die teilweise auch helfen können bürokratische Hürden ‚semiformell‘ zu unterlaufen. Aspekte zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements sind deshalb weiter zu fördern und zu unterstützen. Hier zeigt sich, dass die Arbeitsmarktintegration eng mit anderen Dimensionen der Integration verbunden und als integraler Bestandteil einer integrierenden Stadtentwicklung zu betrachten ist.

Weitestgehend ungenutzt bleibt aktuell das Potential der migrantischen Ökonomie. Die Fachliteratur deckt hier jedoch Vorurteile auf, die sich empirisch größtenteils widerlegen lassen. Gerade auf Quartiersebene könnte eine (noch) engere Vernetzung ökonomischer und zivilgesellschaftlicher Akteur_innen mit der migrantischen Ökonomie helfen, deren Potential für die Arbeitsmarktintegration stärker auszuschöpfen.

8 Integrationspotentiale der Zivilgesellschaft

Julia Raspel, Michael Noack

Die an einem jeweiligen Ort existierenden Integrationspotentiale der Zivilgesellschaft beruhen – das dürfte weitgehend unbestritten sein – maßgeblich auf dem dort vorfindlichen bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagement. Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements fasst dabei ein weites Spektrum an Aktivitäten zusammen, die freiwillig und gemeinwohlorientiert ausgeführt werden (vgl. Backes/Höltge 2008, S. 282). Zu diesen Aktivitäten gehören insbesondere alle Arten persönlicher Hilfestellungen, die sich Bürger_innen in sozialen, kulturellen oder ökonomischen Belangen gegenseitig leisten (vgl. Kurze 2007, S. 136). Der Terminus des ehrenamtlichen Engagements wird „als Funktionsübernahme durch nicht hauptamtlich beschäftigte Mitglieder in den Kontroll-, Beratungs- und Entscheidungsorganen von Genossenschaften, Verbänden, Vereinen“ (Helmig 2018) definiert. Dementsprechend umfasst er das engere Spektrum jener (bürgerschaftlichen) Engagementaktivitäten, die stärker organisatorisch verortet sind.⁷ Empirisch lassen sich bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement häufig nicht eindeutig unterscheiden. So sind beispielsweise viele der im Rahmen der vorliegenden Studie interviewten zivilgesellschaftlichen Akteur_innen sowohl bürgerschaftlich als auch – in Vereinen und Verbänden – ehrenamtlich engagiert. Auch der räumliche Bezug zivilgesellschaftlichen Engagements kann variieren; dieses kann sich auf das gesamte Gebiet einer Kommune oder auch nur einen einzelnen Straßenzug beziehen. Zivilgesellschaftliche Integrationspotentiale lassen sich daher oft nicht strikt quartiersbezogen analysieren.

Es sei darauf hingewiesen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht zwangsläufig positiv zu bewerten ist, „da nicht alle zivilgesellschaftlichen Assoziationen ‚sozial oder bürgerschaftlich gestimmt‘ sind“ (Roth 2000, S. 31, zitiert nach Braun 2001, S. 97). So wurden gerade im Zusammenhang mit der Fluchtmigration in den letzten Jahren zunehmend auch ‚gemeinwohlschädigende‘ Engagementstrukturen thematisiert (vgl. Braun 2001, S. 98), die „undemokratische und ‚unzivile‘ Formen“ (Adloff 2005, S. 151) annehmen und nicht selten auch eine Bedrohung für Initiativen darstellen, die sich für die Integration von Geflüchteten einsetzen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2017, S. 10).

Um herauszuarbeiten, welche zivilgesellschaftlichen Integrationspotentiale im Quartier (und darüber hinaus) auf welche Weise entfaltet werden können, wird im Folgenden auf Grundlage der drei Fallstudien das Zusammenspiel von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement einerseits und kommunalpolitischen Integrationsleistungen andererseits beleuchtet.

⁷ Soweit nicht eindeutig institutionalisierte, ehrenamtliche Aktivitäten betroffen sind, wird in Kapitel 8 der ‚akademische‘ Begriff des bürgerschaftlichen Engagements verwendet. In den anderen Teilen der vorliegenden Studie wird hingegen – entsprechend den Konventionen der Alltagssprache – der Begriff des Ehrenamts bzw. des ehrenamtlichen Engagements synonym zum bürgerschaftlichen Engagement verwendet.

8.1 Die kommunalpolitische Bedeutung bürgerschaftlicher Engagementstrukturen in den Fallstudienquartieren

Für die Stadt Essen waren und sind hinsichtlich ihrer Bemühungen um eine integrierende Stadtentwicklung zivilgesellschaftliche Initiativen zur Begleitung und Unterstützung Geflüchteter von großer Bedeutung. Dies zeigt sich nicht nur in Interviewäußerungen und Presseartikeln, sondern auch anhand kommunalpolitischer Strategien und Projekte, die zivilgesellschaftliche Potentiale ausdrücklich berücksichtigen bzw. einbinden. So verfügt Essen über ein Strategiekonzept zur Integration von Flüchtlingen, das sozialraumbezogen umgesetzt werden soll (vgl. Kapitel 6). In der dazugehörigen Sachverhaltsdarstellung wird verdeutlicht, dass die Integration von Geflüchteten eine prioritäre Aufgabe ist, die von Stadtverwaltung und Verbänden – aber auch „anderen Akteuren in den Stadtteilen“ (D_E-01, S. 1) gewährleistet werden müsse. Zugleich wird mehrfach die hohe Relevanz ‚bürgerschaftlichen Engagements‘ (vgl. z. B. D_E-01, S. 1) als wirkmächtiger Gelingensfaktor betont. Zwar wird die Notwendigkeit einer professionellen Steuerung und Koordinierung nicht in Abrede gestellt, der Fokus der mit Blick auf die zusätzlichen Integrationsaufgaben beabsichtigten Ausweitung des Quartiermanagements richtet sich jedoch auf „Aufbau und Begleitung nachbarschaftlicher und selbsttragender Beteiligungsstrukturen“ (D_E-01, S. 2). Um einen Austausch der für Integration relevanten Akteur_innen zu gewährleisten, wird auf teilweise erst noch zu schaffende Begegnungsräume und die Initiierung „bezirklicher Integrationskonferenzen“ (D_E1-01, S. 8) unter Beteiligung der Zivilgesellschaft verwiesen. Außerdem wurden Stabsstellen neu eingerichtet und damit betraut, vorhandene administrative Strukturen zu vernetzen und dabei auch ehrenamtliche Strukturen einzubeziehen.

Mit dem Ziel der Entfaltung und Bündelung zivilgesellschaftlicher Integrationspotentiale hat die Stadt Essen zudem in Zusammenarbeit mit dem *Diakoniewerk Essen* und dem *Caritasverband für die Stadt Essen e. V.* ein Team *Koordinierungsstelle Ehrenamt* gebildet, das mit fünf hauptamtlichen Mitarbeiter_innen ausgestattet ist. Die hohe Zahl an Anfragen aus der Bevölkerung, auf welche Weise den ankommenden Geflüchteten geholfen werden kann, hatten die genannten kirchlichen Träger sowie die Stadt zu diesem Schritt veranlasst. Aktivitätsfelder der Koordinierungsstelle bilden u. a. die trägerübergreifende Organisation bzw. Vermittlung der Begleitung von Einzelpersonen, nicht zuletzt unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, oder Familien bei Behördengängen sowie Angebote der Sprachförderung. Überdies organisiert sie „Informationsabende sowie Schulungen für die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So können die qualifizierten Helfer dem Bedarf der jeweiligen Einrichtung entsprechend informiert, geschult und eingeteilt werden“ (D_E-03, o. S.). Zielgruppe sind Menschen, die sich aufgrund der Flüchtlingssituation ehrenamtlich engagieren wollen. Darüber hinaus besteht bereits seit 2005 der Verein *Ehrenamt Agentur Essen e. V.*, der u. a. Personen, die sich bürgerschaftlich engagieren wollen, berät, vermittelt und qualifiziert. Er hat drei Projekte – *Gemeinsam Aufwachsen in Essen*, *Ankommen in Essen* sowie *Zusammen wachsen in Essen* – initiiert, die als Begegnungs- und Unterstützungsräume für Geflüchtete und Alteingesessene fungieren.

Auch mit Blick auf Altena wird die Bedeutung der Zivilgesellschaft bzw. von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement in zahlreichen Presseartikeln zum Thema ‚Flüchtlingshilfe‘ und Integration (vgl. P_A-08; P_A-010) sowie im Rahmen der geführten Experteninterviews betont. Ähnlich wie in Essen wird immer wieder auch hervorgehoben, dass die besondere Rolle der Zivilgesellschaft nicht erst seit 2015 erkannt wird. So standen zivilgesellschaftliche Potentiale bereits im Fokus mehrerer Projekte, mit denen die Stadt in den Jahren zuvor versuchte, stadtentwicklungspolitisch auf die demographische Schrumpfung zu reagieren (vgl. Kapitel 5.2). So entschied sich die Stadt Altena als Modellkommune des (Dach-)Projekts *Neues Altern in der Stadt* (NAIS) der Bertelsmann-Stiftung, den Schwerpunkt der Projektarbeit im Bereich der zukunftsorientierten Seniorenpolitik zu setzen, und verfolgte in diesem Zusammenhang das Ziel, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken (vgl. Bertelsmann Stiftung 2006, S. 3ff.). Aus diesem Projektkontext ist das *Stellwerk – Das Generationenbüro für Altena* hervorgegangen, das Veranstaltungen organisiert, Unterstützungsleistungen vermittelt, Koordinierungstätigkeiten übernimmt und für einen ‚zivilgesellschaftlichen Informationstransfer‘ sorgt (vgl. D_A-049). Diese Institution spielte im Rahmen der Geflüchtetenintegration eine zentrale Rolle (vgl. Kapitel 6 und 9). Auch die Stadt Essen unterstützt eine Ehrenamtagentur, die *Ehrenamt Agentur Essen e. V.* (vgl. I_E-02).

Hervorzuheben sind auch die Runden Tische zur Geflüchtetenintegration, die in den Fallstudienquartieren aus der Zivilgesellschaft heraus initiiert wurden (vgl. z. B. I_EA-05) und die dem Informationsfluss, aber auch der Organisation und Koordination von Unterstützungsleistungen dienen.

8.2 Zivilgesellschaftliche Integrationspotentiale im interkommunalen Vergleich

Strukturen und Akteur_innen zivilgesellschaftlichen Engagements

Sowohl Altena als auch Essen konnten bei der Bewältigung der mit der Zuwanderung von Geflüchteten verbundenen Integrationsaufgaben auf vielfältige Ressourcen der Zivilgesellschaft zurückgreifen. Die Zusammensetzung der Akteur_innen, die sich bürgerschaftlich und ehrenamtlich für Geflüchtete engagieren, schätzen die Interviewpartner_innen dabei recht unterschiedlich, überwiegend aber als heterogen ein. Fallstudienübergreifend lässt sie sich daher nur allgemein charakterisieren: Personen, die sich im Quartier für die Unterstützung von Geflüchteten einsetzen, sind demnach:

- Angehörige aller sozialer Schichten,
- nicht selten noch Schüler_innen oder Student_innen,
- überwiegend älter,
- überwiegend weiblich und
- in einigen Fällen selbst geflüchtet,

und sie verfügen häufig bereits über Erfahrungen im bürgerschaftlichen Engagement. Uneinigkeit besteht bezüglich der Einschätzung, ob Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren, überdurchschnittlich häufig auch selbst einen Migrationshintergrund haben. Die Altenaer Flüchtlingskoordinator_innen thematisieren diesbezüglich außerdem, wie Migrant_innen verstärkt zu einem Ehrenamt animiert oder in das örtliche Vereinsleben integriert werden können (vgl. I_AM-04). Belastbare Zahlen zum bürgerschaftlichen Engagement Geflüchteter liegen leider weder bundesweit noch in den untersuchten Kommunen vor.⁸

In Altena kommt den Mitgliedern des *Stellwerks* sowie den Gemeindemitgliedern der katholischen und evangelischen Kirche erhebliche Bedeutung zu. Dabei bestehen personelle Überschneidungen: „Viele Stellwerker gehen auch in die Kirche. Im Stellwerk finden die zusammen, die sich aus anderen Bezügen kennen“ (I_A-06). Diese Akteur_innen standen bereits vor 2015 mit der türkischen Gemeinde in Altena, die sich ebenfalls für die ankommenden Geflüchteten engagiert hat, in Kontakt. Hinzu kommt das Engagement von teils ‚stadtweit‘ bekannten Einzelpersonen, die sich beispielsweise als „informelle Sozial-Streetworkerin“ (I_A-08) oder als „Mädchen für alles“ (I_A-09) einbringen oder die (weniger öffentlichkeitswirksam) als alteingesessene Mieter_innen die neuen Nachbar_innen beim Eingewöhnen unterstützen (I_A-08). Mithilfe des Begriffs ‚Kümmerer‘, den mehrere Interviewte verwenden, ist es in Altena zudem gelungen, eine spezifische Identität, ein Zugehörigkeitsgefühl der engagierten Bürger_innen zu schaffen

In den Essener Quartieren Altenessen & Karnap sowie Horst ist das bürgerschaftliche Engagement nicht in demselben Maß bzw. ähnlich erfolgreich institutionalisiert wie in Altena über das *Stellwerk*. In den Interviews werden jedoch auch für diese Quartiere insbesondere die Mitglieder der christlichen Kirchengemeinden als engagierte und tatkräftige Unterstützer_innen von Geflüchteten ausgewiesen. Für Altenessen werden außerdem Lehrer_innen als besondere Gruppe, die sich mittels Sprachkursangeboten engagiert, benannt. Zudem wird hervorgehoben, dass es dort gelungen sei, auch Männer für ein bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen:

„Einer der Fahrräder repariert während seiner Rente und für die Geflüchteten Fahrräder da zusammengebaut hat und oder mit ihnen zusammen. Unter den Männern, es ist ja sonst schwieriger die Männer zu kriegen als die Frauen, weil die Frauen sind ja schneller dann auch in dem sozialen Engagement. Da waren also am Runden Tisch viel mehr Frauen als Männer, aber hier passiert es jetzt tatsächlich offensichtlich auch, dass die Männer da Feuer fangen“ (I_EA-03: 25).

⁸ Bezogen auf ganz Deutschland wird geschätzt, dass sich in den letzten Jahren nahezu jede_r zehnte Einwohner_in für Geflüchtete engagiert hat (vgl. Ahrens 2015, S. 13; BMFSFJ 2017, S. 219). Dieses Engagement erfolgte sowohl im Rahmen informeller und/oder neu gegründeter Initiativen als auch innerhalb bestehender Vereinsstrukturen (vgl. Karakayali/Kleist 2016, S. 25). Dabei war zu beobachten, dass sich das Spektrum engagierter Menschen insgesamt zugunsten der ‚gesellschaftlichen Mitte‘ verschob (vgl. Karakayali 2016, S. 3). In überdurchschnittlichem Maße engagieren sich junge Menschen, Frauen, Personen mit einem sogenannten Migrationshintergrund sowie Menschen muslimischen Glaubens für Geflüchtete (vgl. Karakayali/Kleist 2016, S. 15-16; Bertelsmann Stiftung 2017, S. 20ff.).

Tätigkeits- und Handlungsfelder

Durch das bürgerschaftliche Engagement besteht sowohl in Altena als auch in den Essener Quartieren eine breite Angebotspalette an integrationspolitischen Maßnahmen, die sich in ihrer Vielfalt kaum unterscheidet. Interviewpartner_innen aus Altena heben allerdings besonders hervor, dass die zugrunde liegenden Ideen und Bedarfe aus der Bevölkerung heraus formuliert wurden (vgl. I_A-01) und dass sich die Angebote an alle Bevölkerungsgruppen richten (vgl. I_A-08). Gleichzeitig wird Offenheit für neue Impulse suggeriert (vgl. I_A-08; I_A-07).

Großen Raum nimmt seit dem Einsetzen der jüngsten fluchtbedingten Zuwanderungsbewegung die Organisation alltagsnaher Hilfe ein. Insbesondere in Altena konnte eine ‚Kümmererstruktur‘ etabliert werden, die Geflüchtete „in das Leben hier“ (I_A-03: 362) einführt. Viele Familien oder auch Wohngruppen haben in Altena eine persönliche Bezugsperson – ihren ‚Kümmerer‘ bzw. ihre ‚Kümmerin‘ – erhalten, „als Basis und Anknüpfungspunkt in die Gesellschaft“ (I_A-08: 54). Im Vordergrund steht dabei das Kennenlernen der lokalen Infrastruktur. Auch in Essen besteht eine Patenkultur, in der individuell auf die Bedarfe der Ankommenden eingegangen werden kann (vgl. I_E-02). Wenn auch nicht vorrangig intendiert, fungieren die Bezugspersonen bzw. ‚Kümmerer‘ oder ‚Kümmerinnen‘, die Geflüchteten in Alltagsdingen zur Hand gehen, für letztere nicht selten auch als ‚psychosozialer Anker‘ (vgl. I_A-08; I_A-03). Nicht zuletzt deshalb ist die Begegnung zwischen alteingesessener Stadtbevölkerung und Neuzugezogenen ein zentrales Anliegen vieler Initiativen. So werden Begegnungsräume geschaffen und Feste organisiert. Die muslimische Gemeinde in Altena bietet z. B. religiöse Veranstaltungen, Kinderfeiertage oder auch Fußballturniere an (vgl. I_A-07; I_A-08; I_E-05).

Die Sprachvermittlung und die Durchführung von Sprachkursen nehmen ebenfalls großen Raum im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Unterstützung von Geflüchteten ein (vgl. I_A-08; I_EA-02; I_EA-05). In den Interviews wird beschrieben, dass die Geflüchteten in diesem Zusammenhang auch zwischenmenschliche Zuwendung erfahren. Weitere Aktivitäten betreffen Nachhilfe und Religionsunterricht für Schüler_innen, die Vermittlung in den Arbeitsmarkt über die Nutzung von Netzwerken (vgl. I_A-06) oder die persönliche Ansprache bei Unternehmen (vgl. I_E-01), die Wohnungsvermietung, Sach-, Koran- und Kleiderspenden, die Versorgung mit Nahrungsmitteln sowie kulturelle Angebote (vgl. I_E-01; I_EH-02; I_A-06; I_A-01; I_A-07; I_E-05).

Einen wesentlichen Beitrag zum vorhandenen zivilgesellschaftlichen Integrationspotential leistet in den Fallstudienquartieren auch der (Breiten-)Sport. So wird in den Interviews für alle drei Quartiere auf das Engagement örtlicher Fußballvereine für die Integration von Geflüchteten hingewiesen. Diese Aktivitäten spiegeln wider, dass dem Sport und der dazugehörigen Vereinskultur häufig eine integrative Wirkung zugesprochen wird, auch wenn letztere auf Geflüchtete zunächst meist fremdartig wirkt (vgl. I_EH-03; I_EA-03; I_EH-02). Wenn es Geflüchteten ermöglicht wird, im Rahmen sportlicher Veranstaltungen als eigener ‚Verein‘ anzutreten, hat dies meist ebenfalls eine bedeutende Integrationswirkung (vgl. I_A-07).

Bürgerschaftliches Engagement im Zusammenspiel mit Politik und Verwaltung – Erfolge und Herausforderungen

Eine Besonderheit des im Rahmen der fluchtbedingten Zuwanderung der jüngsten Vergangenheit zu beobachtenden bürgerschaftlichen Engagements stellt dessen enge Verzahnung mit Politik und Verwaltung dar. Es besteht weithin Einigkeit, dass mit den Leistungen der ‚Freiwilligen‘ im Kontext der ‚Flüchtlingssituation‘ eine notwendige und bemerkenswerte Entlastung der kommunalen Regelstrukturen einhergegangen ist (vgl. I_A-03; I_AM-04; I_A-07; I_EH-02; I_E-03). Vor allem in Altena war die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Stadt bereits vor 2015 eingeübt worden – dies nicht zuletzt im Zuge einer großzügigen Überlassung kommunaler Infrastrukturen an zivilgesellschaftliche Akteur_innen und Initiativen (vgl. I_A-08). Im Gegenzug haben letztere auch Tätigkeiten, beispielsweise in der Jugendhilfe, übernommen, die regulär von hauptamtlichen Fachkräften erbracht werden, und werden dabei durchaus auch als Expert_innen anerkannt und um Rat gebeten (vgl. I_A-03). Vor dem Hintergrund des enormen Handlungsdrucks der vergangenen Jahre gelang den Beteiligten aus Kommune und Zivilgesellschaft eine Zusammenarbeit ‚Hand in Hand‘ (vgl. I_E-03; I_A-03), die insgesamt als gut beschrieben wird (vgl. I_EA-03) – jedoch meist verbunden mit dem Hinweis, dass es nicht das Ziel sein könne, die Zivilgesellschaft für genuin kommunale Aufgaben dauerhaft in die Pflicht zu nehmen und das Ehrenamt somit professionell zu überformen.

In allen drei Fallstudien wird nicht nur deutlich, dass den vielfach erfolgreichen Integrationsbemühungen der jüngsten Vergangenheit eine bemerkenswerte Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand zugrunde liegt; es zeigt sich auch, dass diese Zusammenarbeit nicht immer einfach und reibungslos verläuft, sondern große Herausforderungen birgt. Die Abgabe von Verantwortung und das Zulassen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten fallen der kommunalen Verwaltung nicht immer leicht (vgl. I_E-03). Zugleich muss der Autonomie der bürgerschaftlich Engagierten Rechnung getragen und die Freiwilligkeit ihrer Aktivitäten gewürdigt werden: Wir „sind keine Weisungsbefugte[n], wir sind und bleiben Ehrenamtler, können kommen und gehen wann wir wollen, machen so viel wie wir wollen“ (I_A-07).

Eine klare Rollenverteilung und Abgrenzung zwischen den unterschiedlichen Akteur_innen, die an der Integrationsarbeit im Quartier beteiligt sind, erscheint daher als Voraussetzung einer gelungenen Kooperation. Gelingt sie nicht, zeigt die Zusammenarbeit in der Regel rasch Abnutzungserscheinungen oder resultiert sogar in einem Gefühl der Ausbeutung (vgl. I_EA-01).

In Essen sind die Beziehungen zwischen der kommunalen Verwaltung und den vor Ort existierenden Migrant_innenselbstorganisationen im Allgemeinen und Moscheevereinen im Besonderen in jüngster Zeit zunehmend komplizierter geworden. Ihre Eintrübung hängt nicht zuletzt mit den aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei, aber auch mit der latenten Furcht vor terroristischen Anschlägen zusammen. Ehemals vertrauensvolle Kooperationsbeziehungen verlieren ihre Tragfähigkeit:

„Also wie finden Sie auf der Quartiersebene verbindliche Ansprechpartner, die auf Augenhöhe mit der gleichen Zielrichtung mitgehen? Das finde ich äußerst schwierig. Also ich habe das vorhin angesprochen, da stehe ich auch zu, also was sich im Moment über die Erdogan-Politik z. B. in den Moscheen verändert, da ist viel weggebrochen in vielen Stadtteilen, wo wir sagten, da waren die Imame und die Moscheen ein wesentlicher Partner, die wieder Einfluss auf die Erziehung und Familiengestaltung genommen haben. Die Leute werden so schnell ausgewechselt, die Politik einzelner Moscheen-Vereine verändert sich so schnell, dass ich nicht mehr beurteilen kann, wem man sozusagen auf Augenhöhe in die Augen gucken kann und wem nicht. Das kann ich nicht mehr beurteilen, ich bin da jetzt sehr vorsichtig in meiner Wortwahl. Abgesehen davon, dass wir natürlich auch Moscheen haben, wo auch Amri-ähnliche Typen durchgelaufen sind. Aber früher, vor drei oder vier Jahren, da war das überhaupt kein Thema, dass man mit Moschee-Vereinen zusammenarbeitet. Mittlerweile kann ich Ihnen für Altenessen-Süd vielleicht eine Moschee sagen, mit der ich auf der Ebene der Migranten-Selbstorganisation, wenn ich Moscheen dazu rechne, kooperieren würde“ (I_E-03: 80).

Die Mitglieder eines Moscheevereins in Altena wiederum äußern im Interview Bedauern über eine bislang fehlende Zusammenarbeit mit den katholischen und evangelischen Gemeinden sowie dem *Stellwerk*, aber auch darüber, dass sie in ihrer Integrationsarbeit – wie etwa bei der Ausrichtung des von ihnen organisierten Fußballturniers – von der Stadt keine finanzielle Unterstützung erhalten (vgl. I_A-06). Sie beschreiben außerdem mediale ‚Angriffe‘ auf ihre Engagementkultur und mutmaßen, dass die mangelnde Anerkennung ihres Engagements auf Vorbehalte gegenüber ihrer Religion zurückzuführen ist. Wünschenswert wäre ihres Erachtens eine gemeinsame, ‚christlich-muslimische‘ Unterstützung von Geflüchteten. Diese Aussagen deuten darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement einer normativen Rahmung unterliegt und ‚anbieter-spezifisch‘ bewertet wird. Ob die Zusammenarbeit zwischen nichtmuslimischen und muslimischen Initiativen, aber auch deren Vernetzung mit städtischen Verwaltungsstrukturen gelingt, ist stark personen- und interessenabhängig (vgl. I_A-02). Insgesamt besteht jedoch weithin Einvernehmen, dass Kontakte in die migrantischen *communities* hinein derzeit zwar noch ausbaufähig, aber ungemein wichtig sind (vgl. I_EA-05), sich im derzeitigen integrations- und innenpolitischen Klima allerdings als zunehmend fragil erweisen.

In den Interviews wird auch thematisiert, inwiefern sich die Engagementbereitschaft der in der Geflüchtetenarbeit engagierten freiwilligen Helfer_innen mit der Zeit verändert hat. So müssen sie häufig mit enttäuschten Erwartungen umgehen – etwa wenn Angebote nicht, wie erhofft, angenommen werden oder kulturelle Unterschiede zu Missverständnissen führen (vgl. I_AE-01). Deutlich wird auch, dass sie mitunter hohen Ansprüchen hinsichtlich ihrer Einsatzbereitschaft und Flexibilität gegenüberstehen. Überforderung und Überbeanspruchung führen nicht selten zu Rückzugstendenzen (vgl. I_A-07). Aus Besorgnis um die Nachhaltigkeit des bürgerschaftlichen Engagements werden vereinzelt auch Vorwürfe gegenüber Staat und Verwaltung erhoben:

„[S]taatliche Strukturen haben eine Menge dazu beigetragen, dass diese Ehrenamtler auch zum Teil verschnupft sind und sich gefragt haben ‚Ist schön, dass wir anfangs da waren und inzwischen werden wir nicht mehr gebraucht und nicht mehr gesehen.‘ Wobei ich denke, das ist gut, ich will auch nicht verkennen, dass auch auf Seiten der Ehrenamtlichen eine Menge an Ernüchterung eingetreten ist, anstelle der Euphorie, die da anfangs sozusagen wahrscheinlich am Werk war“ (I_EA-01: 157).

Nachdem anfänglich, d. h. im Sommer und Herbst, spontan ein ‚Überangebot‘ an zivilgesellschaftlicher Unterstützung für Geflüchtete bestand, tritt mittlerweile die Sorge um eine langfristige Verstetigung dieser Unterstützung zutage (vgl. I_AM-03). Sie ist auch in der Schwierigkeit begründet, die genauen Bedarfe der Zielgruppe abzuschätzen und passgenaue Angebote für die Zielgruppe zu schaffen (vgl. I_AM-04). Es mangelt demnach nicht an zeitlichen und finanziellen Kapazitäten, sondern daran, „wirklich zu wissen, was ist jetzt das nächste, wo wir mal Energie reinstecken sollten“ (I_A-07: 26). Hinzu kommt, dass außen- und innenpolitische Entwicklungen und Entscheidungen das bürgerschaftliche Engagement zusätzlich beschweren. Abschiebungen oder Umzüge von Familien verunmöglichen eine kontinuierliche Integrationsarbeit vor Ort und führen bei den Unterstützer_innen zu Frustrationen (vgl. I_A-04). So steht in Altena – dem derzeit keine Geflüchteten zugewiesen werden – mittlerweile nicht mehr die (Erst-)Unterstützung von Geflüchteten im Zentrum des bürgerschaftlichen Engagements, sondern die Verhinderung von Abschiebungen (vgl. I_A-07). Auch die Bedeutsamkeit der Kümmererstruktur lässt mittlerweile nach, ein Prozess der Verselbstständigung hat begonnen (vgl. I_A-03; I_A-07).

8.3 Zivilgesellschaftliche Integrationspotentiale und Bedingungen ihrer Entfaltung

Die Bewältigung der Zuwanderungssituation seit dem Herbst 2015 wird in hohem Maße dem Engagement der Zivilgesellschaft zugeschrieben. Entlang von Interviewaussagen aus allen drei Untersuchungsquartieren lassen sich teils quartierspezifische, teils sozialraumübergreifende Potentiale eruieren, die den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten vor Ort innewohnen. Überdies werden Gelingensfaktoren beschrieben, die Integrationsprozesse befördern und zu ihrer Entfaltung beitragen.

Potentiale

Ein übergreifendes, basales Potential liegt in der grundsätzlichen Motivation vieler Menschen, sich überhaupt für die Integration Geflüchteter zu engagieren. Die Interviewpartner_innen aus Essen und Altena beschreiben die positive menschliche Haltung sowie die Einsatzbereitschaft zivilgesellschaftlicher Akteur_innen zu Beginn der ‚Krise‘, die das vielfältige Angebot an Integrationsleistungen erst ermöglichte (vgl. I_A-01; I_A-08; I_A-07; I_EH-02). Ein weiterer fallstudienübergreifend festgestellter Faktor, der zum Gelingen der bürgerschaftlichen Unterstützung Geflüchteter erheblich beigetragen hat, besteht darin, dass belastbare zivilgesellschaftliche Engagementstrukturen bereits vor 2015 vorhanden waren: Es mussten nicht erst Gruppen gegründet oder ‚Ehrenamtliche‘ gesucht werden, sondern es gab viele Ressourcen, auf die zurückgegriffen werden konnte (vgl. I_EH-02). Die (weitere) Vernetzung dieser Strukturen ermöglicht es, deren Potential voll auszuschöpfen (vgl. I_EA-04).

Als ein spezifisches Potential zivilgesellschaftlicher Strukturen in Kleinstädten lässt sich deren Übersichtlichkeit und deren häufig enge (auch personelle) Verknüpfung mit der kommunalen

Verwaltung anführen (vgl. I_A-01). Dies hilft beispielsweise, Doppelstrukturen zu vermeiden – so sind in Altena die Angebote der einen Initiative (z. B. die Kleiderkammer des *Stellwerks*) auch allen anderen Initiativen bekannt (vgl. I_A-04). Darüber hinaus bestehen häufig „gute Querverbindungen zur Ökonomie vor Ort“ (I_A-02), z. B. zu Unternehmensangehörigen, die sich ebenfalls zivilgesellschaftlich engagieren.

Ein weiteres Potential zivilgesellschaftlicher Strukturen kann in deren hohem Bekanntheitsgrad liegen. Er ist z. B. im Fall des Altenaer *Stellwerks* überaus förderlich für die Akquise von Spenden: Das *Stellwerk* ist „mental präsent in der Stadtkultur“ (I_A-08), viele Bürger_innen fühlen sich ihm verbunden. Um in der Zivilgesellschaft liegende Integrationspotentiale zu fördern, kann es sich also als hilfreich erweisen, deren Institutionen in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern.

Integrationspotentiale birgt auch das Expert_innenwissen, das viele bürgerschaftlich engagierte Personen häufig aus ihrer hauptsächlichen Berufstätigkeit mitbringen – beispielsweise wenn sie in einer Beratungsstelle für Migrant_innen tätig sind (vgl. I_A-01). In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass Ideen zur Gestaltung von Unterstützungssettings mitunter auch aus dem Ausland ‚importiert‘ werden (vgl. I_A-08).

Ein möglicherweise nicht ausreichend gewürdigtes bzw. verkanntes Integrationspotential bergen Migrant_innenvereine und Migrant_innenselbstorganisationen. Neben ihren Beiträgen zur Integrationsarbeit im Quartier – etwa durch die Organisation von Begegnungsfesten (vgl. I_A-07), die nicht zuletzt das öffentliche Leben ‚vor Ort‘ bereichern – können ihre Ansprechpartner_innen oder Vorstände als Multiplikator_innen für die jeweilige *community* fungieren und helfen, Zugänge zu dieser *community* zu schaffen – z. B. für Mitarbeiter_innen der Kommunalverwaltung.

Nicht zuletzt liegt in der inhärenten Unabhängigkeit und freien Gestaltbarkeit bürgerschaftlichen Engagements das vielleicht wichtigste Potential der Zivilgesellschaft, um Integration im Quartier (und darüber hinaus) zu befördern. So wird in den Interviews beschrieben, dass zivilgesellschaftliche Akteur_innen, die sich für Geflüchtete engagieren, individuell auf die Geflüchteten eingehen können, was im Rahmen der stärker reglementierten und standardisierten Unterstützungsangebote der öffentlichen Hand meist nicht ohne weiteres möglich ist (vgl. I_A-04; I_A-06; I_E-02). Darüber hinaus können sie auch an solchen Stellen helfen, an denen eine ‚offizielle‘ Unterstützung, meist aus aufenthaltsrechtlichen Gründen, gar nicht möglich ist – beispielsweise in Form von Sprachkursen für nicht anerkannte oder sogar abgelehnte Asylbewerber_innen. Hingewiesen wird auch auf die besondere Motivation, die diesem Engagement zugrunde liegt: u. a. spontane Hilfsbereitschaft (vgl. I_A-07) oder eine christlich-soziale Haltung (vgl. I_E-04). Das besondere Potential bürgerschaftlichen Engagements konkretisiert eine Kümmerin aus Altena am Beispiel des Sprachunterrichts für Geflüchtete:

„Jetzt ganz aktuell, nur um ein Beispiel zu nennen, die Sprachkurse, die im ‚Stellwerk‘ ehrenamtlich angeboten werden, dünnen sich aus, weil viele in die institutionalisierten Kurse über-

gehen. In die Integrationskurse der Bildungsanbieter. Nichtsdestotrotz kommt aber da wiederum zurück, dass manche in den Integrationskursen nicht mitkommen. Es geht zu schnell. So dass jetzt da wieder eine Aufgabe für das ‚Stellwerk‘ draus wird, zu gucken wie wir die auffangen können. Weil die können nicht mal eben einen Kurs wiederholen“ (I_A-06: 44).

Gelingensfaktoren

Bürgerschaftliches Engagement entzieht sich weitgehend der öffentlich-rechtlichen Steuerung (vgl. I_A-02; I_EA-03). Um das ihm innewohnende spezifische (Integrations-)Potential abzurufen, sind allerdings eine hauptamtliche Begleitung und Koordinierung sowie zuweilen auch Impulse und nicht zuletzt eine angemessene Würdigung erforderlich. Die ‚Ehrenamtlichen‘ dürfen sich nicht allein gelassen fühlen (vgl. I_A-01). Überdies müssen vonseiten der Kommune Strukturen (auch Infrastrukturen) geschaffen werden, um seine Entfaltung zu ermöglichen. Beispielsweise gilt es, Räumlichkeiten und Lehrmaterialien zur Verfügung zu stellen: „Das haben halt viele Kollegen und Kolleginnen ehrenamtlich in den Blick genommen, die gesagt haben ‚bringen Sie mir die Flüchtlinge, wir bringen denen Deutsch bei, aber wir sind jetzt nicht diejenigen, die organisieren wollen‘“ (I_EA-02: 388ff.).

Wichtig sind auch regelmäßige Treffen zwischen den Akteur_innen der Zivilgesellschaft einerseits und der öffentlichen Hand andererseits. Erfolgversprechend kann in diesem Zusammenhang eine ‚hauptamtliche‘ Supervision bürgerschaftlicher Aktivitäten sein, wie sie etwa die Stadt Altena anbietet. Vor allem aber müssen verlässliche Ansprechpersonen in der kommunalen Verwaltung vorhanden sein (vgl. I_EA-03) – dies nicht zuletzt als Vorsorge vor möglichen Überforderungssymptomen bei denjenigen Akteur_innen der Zivilgesellschaft, die sich ‚zu viel‘ zugemutet haben (vgl. I_A-03). Förderlich ist zudem eine ‚Anerkennungskultur‘ aufseiten von Politik und Verwaltung, um Enttäuschungen und das Gefühl der Ausbeutung zu vermeiden (vgl. I_EA-01).

Das Vorhandensein intermediärer Funktionsträger_innen kann die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Potentiale befördern. In Altena gibt es z. B. eine Verwaltungsmitarbeiterin, die zuständig ist für „das Übersetzen von Wünschen aus dem ‚Stellwerk‘ und von Wünschen aus dem Rathaus in die jeweilige Befindlichkeit“ (I_A-01). Auch das Kommunale Integrationszentrum des Märkischen Kreises bekräftigt, dass funktionierende Kommunikationswege zwischen Kommunen und Initiativen Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit sind, und sieht in der Vermittlung zwischen beiden Seiten eine seiner wesentlichen Aufgaben (vgl. I_AM-01). Eine ähnliche Schnittstellenfunktion zwischen Quartier bzw. Zivilgesellschaft und Verwaltung übernehmen in Altenessen & Karnap die Mitarbeiter_innen des Quartiermanagements.

Sofern ein wichtiges Potential im Integrationsprozess nicht außer Acht gelassen werden soll, ist es wichtig, Multiplikator_innen zu finden, die den Kontakt zu Migrant_innenselbstorganisationen und Moscheevereinen herstellen. Hierbei spielen auch die individuellen Biographien der Akteur_innen, ihre Sozialisations- und Enkulturationserfahrungen, eine wichtige Rolle, indem sie den Neuzugezogenen im besten Fall eine Identifikationsmöglichkeit bieten:

„[W]ir haben einen dabei, der als Algerier vor 40 Jahren hergekommen ist, und der ist total wertvoll, weil der erzählt von seinen Erfahrungen, die er als junger Student hier gemacht hat, wie er hier angekommen und reingekommen ist. Und da hängen die Geflüchteten ihm an den Lippen, wenn er erzählt. Er macht das auch auf eine Art und Weise, die sehr zum Lernen anregt, der ist hier integriert und hat 'ne Familie, hat 'ne Frau hier aus Deutschland kennen gelernt, und er hat auch erzählt, wie er seiner Familie in Algerien, die nun muslimisch war, wie er der beigebracht hat, dass er nun eine deutsche Frau heiraten will, solche Themen kommen dann dran, Thema Gleichberechtigung ist dann ein ganz wichtiges Thema, auch für die Männer“ (I_EA-03: 15).

Zu beobachten ist allerdings auch, dass sich die derzeitigen öffentlichen und politischen Debatten auf zivilgesellschaftliche Initiativen unmittelbar auswirken und aufseiten der Migrant_innenselbstorganisationen und Moscheevereine zu einem verstärkten Misstrauen führen.

Sofern seitens der öffentlichen Hand bürgerschaftliches Engagement gezielt genutzt bzw. eingeplant wird, sollte dies grundsätzlich in sensibler, durchdachter Weise geschehen (vgl. I_EA-01). Insbesondere gilt es, vorhandene Grenzen der Aktivitätsbereitschaft zu akzeptieren, um Frustrationen zu vermeiden. Auch monetäre Aufwandsentschädigungen sind denkbar (vgl. I_A-08).

Einen nicht unerheblichen Beitrag zur Beförderung des zivilgesellschaftlichen Engagementpotentials leistet mitunter auch die Bereitstellung öffentlicher (Förder-)Mittel. So stellten Bund und Länder als Reaktion auf die jüngste fluchtbedingte Zuwanderung erhebliche Fördermittel bereit – „um an Geld zu kommen, braucht man im Moment nicht so viel zu machen“ (I_EA-03) –, die nicht nur den Kommunen, sondern auch zivilgesellschaftlichen Organisationen zugute kommen und die die Durchführung von Projekten ermöglicht, für die unter ‚normalen‘ Umständen kaum Mittel zur Verfügung stünden.

Schließlich offenbart die Feldforschung in den Fallstudienquartieren, dass mit der weitgehend erfolgreichen ‚Erstintegration‘ der jüngst zugewanderten Menschen auch bezüglich des bürgerschaftlichen Engagements neue Herausforderungen zu konstatieren sind. Nunmehr gilt es vor allem, die Nachhaltigkeit des zivilgesellschaftlichen Potentials zu gewährleisten, indem neue, geeignete Settings und Formate für die Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements gefunden werden, die bislang Geleistetes hinreichend würdigen, auf Neues vorbereiten und Anreize schaffen, sich kontinuierlich zu engagieren. Dies betrifft beispielsweise die dezentrale Unterbringung der Geflüchteten: Seit diese sowohl in Essen als auch in Altena über das gesamte Stadtgebiet verteilt leben, ist – zugunsten einer angemessenen Wohnsituation – die Dichte an Kontakten zwischen Geflüchteten und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen stark zurückgegangen. Es gilt daher, neue Gelegenheiten zur sowie Räume der Begegnung zu schaffen sowie Rollen und Aufgaben aller Beteiligten neu aufeinander abzustimmen.

9 Lokale Politiken der (Des-)Integration von Geflüchteten – eine Gesamtschau der empirischen Befunde

Susen Engel, Henning Nuissl, Marie-Sophie Deuter, Anna Mantel

Im Bereich der Fluchtmigration stehen die zentralen Herausforderungen der Integration im Quartier in engem Zusammenhang mit aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen und Restriktionen. Diese kamen in der Ausgestaltung kommunaler Migrations- und Integrationspolitik bis vor wenigen Jahren jedoch kaum zum Tragen, da vorrangig Immigrant_innen mit sicherem Aufenthaltsstatus adressiert wurden. Kommunale Flüchtlingspolitik war insofern über weite Strecken eine „Abschottungspolitik“ (Filsinger 2018, S. 317). Menschen mit dem Status ‚Flüchtling‘, ‚Asylsuchender‘ oder ‚Geduldeter‘ waren aufgrund restriktiver Bestimmungen im Aufenthaltsgesetz weitgehend von integrationsfördernden Angeboten und Teilhabechancen in den Bereichen Sprachförderung, Jugendhilfe, Arbeitsmarktintegration etc. ausgeschlossen (vgl. Cyrus/Treichler 2004, S. 13; Kühne 2004; Schroeder 2011). Trotzdem sammelten in den letzten Jahren einige Kommunen Erfahrungen mit der Integration von Geflüchteten, indem sie frühzeitig Zugang zu Integrationsleistungen gewährten und Teilhabechancen eröffneten – etwa durch das Angebot von Sprachkursen, die Vermittlung von regulärem Wohnraum und regulärer Gesundheitsversorgung oder sogar die Vermittlung in Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse (vgl. Aumüller et al. 2015). Das kommunale Engagement ging dabei zum Teil weit über die vom Gesetzgeber definierten Mindeststandards hinaus. Erst im Zuge der jüngsten Phase von Fluchtmigration wurden diese Entwicklungen auf kommunaler Ebene durch zahlreiche Liberalisierungen im Aufenthaltsgesetz auch auf Bundesebene institutionell verankert. Leitlinien zur Flüchtlingsintegration wurden im 2016 von der Bundesregierung verabschiedeten Integrationsgesetz festgeschrieben (vgl. BGBl 2016, S. 39). Ausgehend von einer Politik des ‚Förderns und Forderns‘ (vgl. Die Bundesregierung 2016a) werden aufenthaltsrechtliche Entscheidungen nun partiell von der ‚Integrationsleistung‘ geflüchteter Menschen abhängig gemacht. Dazu wurden u. a. staatlich finanzierte Sprach- und Integrationskurse auch für Asylbewerber_innen geöffnet, die sogenannte Vorrangprüfung zur Arbeitsaufnahme temporär ausgesetzt, die Ausbildungsduldung („3+2-Regelung“) rechtlich etabliert und die Option auf dauerhafte Niederlassung in Deutschland (in Abhängigkeit von den individuell erbrachten Integrationsleistungen) eingeführt.

Die viele Jahrzehnte währende politische Praxis staatlicher Desintegration ist damit einer liberaleren Rechtspraxis und schließlich einem ‚staatlich-politischen‘ Integrationsverständnis gewichen, das erstmals auch Geflüchtete einschließt. Für viele Kommunen in Deutschland stellt die Ansprache und Adressierung von Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus oder im laufenden Anerkennungsverfahren durch die kommunale Migrations- und Integrationspolitik Neuland dar (vgl. Krummacher 2004; Filsinger 2018). Die damit verbundenen Herausforderungen, wie sie sich in den von uns untersuchten Städten herausstellten, weisen insgesamt starke Bezüge zu den von Ager und Strang für britische Kommunen definierten Kernbereichen lokaler Flüchtlingsintegration auf (vgl. Ager/Strang 2004; 2008). Neben den strukturellen Integrations-

dimensionen (Zugang zu Wohnungs-, Bildungs-, Arbeits- und Gesundheitsmärkten) umfasst die Integration von Geflüchteten auf lokaler Ebene demnach auch eine soziale, kulturelle und vor allem (aufenthalts-)rechtliche Dimension – zumindest insofern sie die (umfassende) Inklusion geflüchteter Menschen unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus zum Ziel hat.

Im Rahmen der Fallstudien sowie der Begleitung der in das Projekt eingebundenen Kooperationspartner_innen und Praxisakteur_innen in den Fallstudienquartieren kristallisieren sich vier zentrale Herausforderungen kommunaler Migrations- und Integrationspolitik heraus, die deren Weiterentwicklung und Professionalisierung wesentlich mit bestimmen. Diese Herausforderungen lassen sich zu folgenden, übergeordneten Politikfeldern und Kernfragen zusammenfassen, für die aus stilistischen Gründen bzw. in bewusster Anlehnung an das Konzept der *Politics of Uncertainty* (vgl. Williams/Baláz 2012) eine englischsprachige Bezeichnung gewählt wurde:

- | | |
|--|--|
| <i>Policies of Integration:</i> | Wie können kommunale Integrationsleistungen an die Bedarfe von Geflüchteten angepasst werden? |
| <i>Politics of Uncertainty:</i> | Wie können asylrechtsbedingte Unsicherheiten auf kommunaler Ebene bearbeitet werden? Können Kommunen auf diese Unsicherheiten in ihrer Stadtentwicklungsplanung reagieren? |
| <i>Policies of Recognition:</i> | Wie gelangen Kommunen von einer Willkommens- zu einer Anerkennungskultur? |
| <i>Policies of Social Cohesion:</i> | Wie lässt sich der soziale Zusammenhalt in zunehmend diversifizierten Quartieren und Städten erhalten? Was bedeutet Verteilungsgerechtigkeit im Kontext von Fluchtmigration? |

Diese vier lokalen Politikfelder sowie die Herausforderungen, die sich dort stellen, werden im Folgenden erläutert, bevor im Anschluss (vgl. Kapitel 10.2.1 bis 10.2.4) konkrete, praxisnahe Reflexionsfragen zu deren Ausgestaltung abgeleitet werden.

9.1 *Policies of Integration*

Die zentrale Frage in diesem Politikfeld lautet: Wie können kommunale Integrationsleistungen an die Bedarfe von Geflüchteten angepasst werden? Diese Leistungen lassen sich verschiedenen Dimensionen der strukturellen Integration sowie ihrer kommunalpolitischen Beförderung zuordnen: Aufnahme und Erstversorgung, langfristige Versorgung mit (eigenem) Wohnraum, Integration in Bildung und Arbeit, Einbindung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Unterstützungsstrukturen sowie interkulturelle Ausrichtung von Stadtpolitik und -verwaltung.

Aufnahme und Erstversorgung

Im Jahr 2015 standen die lokalen Akteur_innen vielerorts vor großen Herausforderungen, als es eine steigende Zahl neuankommender Geflüchteter mit dem Nötigsten zu versorgen galt:

zuerst mit Nahrung, Schlafplätzen sowie medizinischer Betreuung. Gleichzeitig war das Grundrecht auf Asyl zu gewährleisten, indem ausreichende Verwaltungskapazitäten für die Annahme und Bearbeitung einer Vielzahl von Asylanträgen bereitgestellt wurden. Im Aufgabenfeld Erstversorgung sind damit ganz unterschiedliche Akteur_innen gefordert. Ein meist ausschließlich ehrenamtlich erbrachter Beitrag zur Erstversorgung besteht in der anfänglichen Begleitung der Neuangekommenen. Sie umfasst die gesamte Spannbreite von Alltagsfragen – der räumlichen Orientierung im Quartier („Wo ist der nächste Supermarkt?“) bis hin zu Behördengängen oder Arztterminen.

Integration in den Wohnungsmarkt

Mit der Sicherstellung einer (lebensnotwendigen) Grundversorgung sind kommunale Integrationsleistungen noch nicht hinreichend erbracht. So wird auch die dezentrale Unterbringung in verschiedenen wissenschaftlichen Studien als unabdingbar für die strukturelle Integration von Geflüchteten erachtet. Denn Gemeinschaftsunterkünfte bieten keine Privatsphäre und bedeuten meist eine Isolation vom städtischen Leben (vgl. BBSR 2017, S. 12; Aumüller et al. 2015, S. 35-36; Brücker et al. 2016, S. 32-33). In Altena haben sich die Kooperation mit (kommunalen) Wohnungsunternehmen, die Nutzung leerstehender Wohnungen und der soziale Wohnungsbau als effektive kommunalpolitische Ansätze zur Sicherstellung einer dezentralen Unterbringung von Geflüchteten herausgestellt. Gleichzeitig begegnete man potenziellen Ängsten unter und Konflikten mit der alteingesessenen Bevölkerung mithilfe eines möglichst sensiblen Belegungsmanagements: Pro Mehrfamilienhaus wurde, soweit möglich, jeweils nur eine Wohnung einer geflüchteten Familie zugewiesen, die in der Anfangszeit überdies durch Mentor_innen aus der Nachbarschaft begleitet wurde. Bei der Übertragung dieser *best practice* ist allerdings zu berücksichtigen, dass in urbanen Räumen mit angespannten Wohnungsmärkten die Voraussetzungen für die Umsetzung solcher Maßnahmen ungleich schwieriger sind (vgl. BBSR 2017, S. 6). So ist in Essen die Kooperation der Stadtverwaltung mit den größeren lokalen Wohnungsbauunternehmen im Bereich der Unterbringung von Geflüchteten gescheitert. Die Stadt vermochte es nicht, der wohnräumlichen Konzentration geflüchteter Menschen in den als sozial segregiert beschriebenen Stadtteilen wie Altenessen, Karnap oder auch Hörsterfeld entgegenzusteuern.

Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit gilt als Grundvoraussetzung der gesellschaftlichen Integration von Individuen (vgl. Gesemann 2018, S. 462; Flake et al. 2017, S. 4; Etzold 2018, S. 319). Darüber hinaus können aber auch eine schrumpfende Stadt wie Altena sowie die dort ansässigen Unternehmen von der frühzeitigen Integration geflüchteter Menschen in den lokalen Arbeitsmarkt profitieren: Sie hilft, dem Fachkräftemangel zu begegnen und ein sogenanntes *„brain waste“* zu verhindern sowie geflüchtete Menschen auch langfristig an den Wohnort zu binden, der ihnen im Zuge ihres Asylverfahrens ohne eigenes Zutun zugewiesen wurden. Dabei bedarf es in der Regel allerdings einer gezielten kommunalpolitischen Förderung der Erwerbstätigkeit geflüchte-

ter Menschen. Denn deren Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt ist, abhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus, oft mit einem hohen bürokratischen Aufwand sowohl für die potenziellen Arbeitnehmer_innen als auch für die Arbeitgeber_innen verbunden. Um einer Überforderung der Arbeitsmarkttakteur_innen vorzubeugen, wurde in Altena deshalb eine lokale Anlaufstelle in der Verwaltung eingerichtet, die eine aufenthaltsrechtliche Erstberatung anbietet und die die Unternehmen in der Kommunikation mit den relevanten Behörden wie der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und der Ausländerbehörde unterstützt. Auf ähnliche Weise unterstützen auch die ‚Integrationslotsen‘ der Kreishandwerkerschaft in Altena die ansässigen Handwerksbetriebe bei der Einstellung geflüchteter Menschen. Des Weiteren zeigt sich dort, dass eine direkte Ansprache ortsansässiger Unternehmen mit Arbeitskräftebedarf insbesondere solche Betriebe, die bisher noch keine Erfahrungen mit der Einstellung Geflüchteter gesammelt haben, dazu ermutigen kann, einen Beitrag zur Arbeitsmarktintegration dieser Gruppe beizutragen. Diese Ansprache kann z. B., wie in Altena, in Form von ‚Jobmessen‘, ‚Unternehmerfrühstücken‘ oder direkt durch die Kammern oder einzelne Lokalpolitiker_innen (wie den bzw. die Bürgermeister_in) erfolgen. Insgesamt zeigt sich, dass die Arbeitsmarkteingliederung von Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus dadurch nachhaltig befördert werden kann, dass Kommunalpolitiker_innen und ökonomische Akteur_innen aus der Region auf die Ausländerbehörde einwirken. So werden aufenthaltsrechtliche Spielräume wie z. B. die ‚Ausbildungsduldung‘ oder die ‚Ermessensduldung‘ häufig erst nach einer Intervention lokaler Akteur_innen genutzt, was nicht zuletzt die Existenz integrationspolitischer Gestaltungsmöglichkeiten auch auf lokaler Ebene belegt.

Unterstützung ehrenamtlichen Engagements und lokale Präventionsarbeit

Die Ereignisse des Jahres 2015 haben verdeutlicht, welche zentrale Rolle die Zivilgesellschaft bei der Integration einnimmt. Willkommensnetzwerke vor Ort übernehmen nicht nur Aufgaben der Erstversorgung und Sprachvermittlung, sie fördern durch einen gegenseitigen Austausch auch die Integration im Alltag und das Zugehörigkeitsgefühl Neuzugezogener in der Kommune. Die in den Fallstudienquartieren gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass es sich mit Blick auf die Arbeitsteilung zwischen kommunalem Staat und Zivilgesellschaft bei der Erbringung von Integrationsleistungen auszahlt, Strukturen des zivilgesellschaftlichen Engagements zu vernetzen und so zu stärken. Hierfür sind Stellen innerhalb der Verwaltung erforderlich, die als Koordinationsinstanz und Ansprechpartner_innen für die Ehrenamtlichen zur Verfügung stehen. Neben der Unterstützung (pro-)migrantischer Organisationsstrukturen ist auch die Förderung einer toleranten und migrationsoffenen Zivilgesellschaft von Bedeutung. Teilhabechancen bedürfen einer inkludierenden Stadtgesellschaft, die es durch Demokratieförderung, klare politische Positionierung und Präventionsarbeit zu bewahren gilt.

Integration der Stadtpolitik und -verwaltung

Im Folgenden sollen einige kommunalpolitische Schritte aufgezeigt werden, die sich in den untersuchten Fällen als besonders hilfreich bei der Bewältigung von Integrationsaufgaben er-

wiesen haben. Ein erster Schritt besteht im Aufbau und in der personellen Untersetzung von Verwaltungsstrukturen, die mit Integrationsaufgaben betraut sind. In der Altenaer Stadtverwaltung wurden beispielsweise kurz nach der Etablierung einer Stabsstelle *Arbeitsgruppe Integration* unter Federführung des Bürgermeisters auch mehrere neue Stellen im Aufgabenfeld der Flüchtlingsintegration eingerichtet, das damit in die Regelstruktur der kommunalen Verwaltung überführt wurde. Eine zentrale Herausforderung bestand dabei darin, unklare Zuständigkeiten und Doppelstrukturen auf verschiedenen Verwaltungsebenen zu vermeiden bzw. abzubauen. Mit diesem Ziel hat das Kommunale Integrationszentrum des Märkischen Kreises ein kreisweites Netzwerk initiiert, in dem regelmäßig Erfahrungen ausgetauscht werden. Ein weiterer immer wieder in diesem Zusammenhang genannter Aspekt betrifft einen gewissen Pragmatismus im Verwaltungshandeln: Wesentlich effektiver als die Abarbeitung von ‚Vorgängen‘ scheinen behördenübergreifende Absprachen über den ‚kurzen Draht‘ dafür zu sorgen, dass Fälle zügig bearbeitet und ‚Integrationsprobleme‘ gelöst werden. Ein weiterer Schritt, dessen Relevanz bereits seit Längerem in der Fachdebatte hervorgehoben wird, besteht in der interkulturellen Öffnung der kommunalen Verwaltungen. Diese setzt zum einen Mitarbeiter_innen mit ‚Diversity‘- und Fremdsprachenkompetenzen voraus, zum anderen eine generell offene Haltung gegenüber Migration und Einwanderung.

Die Frage nach den Erfolgsfaktoren einer integrierenden Stadtpolitik kann nicht städte- oder quartiersübergreifend beantwortet werden. Einige Studien sehen in der Erarbeitung von Integrationskonzepten sowie in der Durchführung von damit verbundenen partizipativen Leitbildprozessen wesentliche Merkmale einer professionellen kommunalen Migrations- und Integrationspolitik (vgl. Filsinger 2018; Walther 2018). In Altena wird die Erarbeitung eines kommunalen Integrationskonzepts jedoch mit dem Hinweis abgelehnt, dass Leitbildprozesse die kommunale Verwaltung mit ihren überschaubaren Personalressourcen überfordern würden. Strategisches Verwaltungshandeln erfolgt in der Kleinstadt offenbar in erster Linie mithilfe der Weisungsbefugnis des Bürgermeisters als lokalem „Chef der Verwaltung“ (Kost 2010, S. 234) sowie über persönliche Absprachen zwischen einzelnen Verwaltungsmitarbeiter_innen und zentralen Akteur_innen der lokalen Zivilgesellschaft. Dagegen begründet das *Strategiekonzept zur Integration von Flüchtlingen* (vgl. D_E-01) der Stadt Essen die konzeptionelle Basis strategischen und integrierenden Verwaltungshandelns.

9.2 *Policies of Uncertainty*

Die zentrale Frage in diesem Politikfeld lautet: Wie können die asylrechtsbedingten Unsicherheiten für alle Beteiligten (Geflüchtete, ehrenamtliche Unterstützer_innen, Zivilgesellschaft und lokale Ökonomie) auf kommunaler Ebene bearbeitet werden? In den Fallstudien hat sich gezeigt, dass auf kommunaler Ebene durchaus Spielräume für die Gestaltung einer eigenen (lokalen) Migrations- und Integrationspolitik bestehen. Zugleich wurde jedoch deutlich, dass diese Politik, analog zur nationalstaatlichen Migrationspolitik, als *Politics of Uncertainty* beschrieben werden kann (vgl. Boswell 2009, S. 166; Williams/Baláz 2012, S. 167). Dafür sind vor allem zwei Faktoren ausschlaggebend: die Unvorhersehbarkeit von zukünftigen Fluchtbewe-

gungen zum einen, von Änderungen der maßgeblichen Gesetzeslage zum anderen. Letztere können beispielsweise die Regelung des Familiennachzuges, die von Bund und Ländern festgelegte Zuweisungspolitik oder die sogenannte Wohnsitzauflage betreffen. Da die längerfristigen persönlichen Perspektiven wie auch die aktuellen (Unterstützungs-)Bedarfe von Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltstitel ganz maßgeblich von aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen – ebenso wie von der Art und Weise ihrer Implementierung – abhängen, erfolgt eine integrierende Kommunalpolitik zwangsläufig im Schatten großer Ungewissheiten. Diese Politik muss sich damit auseinandersetzen, inwiefern die am Ort lebenden Personen, die nicht über eine langfristige Aufenthaltserlaubnis verfügen, in der Stadtentwicklungsplanung berücksichtigt werden sollen und ob, und wenn ja, wie, asylrechtsbedingt unklare Zukunftsperspektiven einzelner Einwohner_innen auf lokaler Ebene ‚verbessert‘ werden können. Die skizzierten Unsicherheiten betreffen insofern alle Akteur_innen einer integrierenden Kommunalpolitik, keineswegs nur die von ihnen direkt betroffenen Immigrant_innen.

Unsicherheiten auf der Ebene der Zivilgesellschaft

Die Gewährung von Teilhabe- und Bürgerrechten ist unstrittig eine zentrale Voraussetzung der Integration von Individuen in eine Gesellschaft (vgl. Ager/Strang 2004, S. 23). Menschen, die sich in einem – überdies häufig sehr langwierigen – Asylverfahren befinden, verfügen über diese Rechte jedoch nicht in vollem Umfang. Nicht zuletzt ist ihnen der Zugang zu vielen staatlichen Integrationsleistungen verwehrt. Der Aufbau persönlicher Beziehungen zwischen Ehrenamtlichen und Geflüchteten kann dieses Manko ein Stück weit kompensieren (vgl. Aumüller et al. 2015, S. 86), aber sie kann keine umfassende gesellschaftliche Integration sicherstellen. Auf kommunaler Seite besteht eine Möglichkeit, Integrationsleistungen wie beispielsweise Sprachkurse für alle und unabhängig von der Bleibeperspektive anzubieten. Viele Kommunen gehen diesen Weg und stellen sich darauf ein, dass auch viele der Geflüchteten ‚ohne gute Bleibeperspektive‘ zumindest mittelfristig in Deutschland bleiben werden (vgl. Schammann/Kühn 2015, S. 23). Dies ist nicht nur sinnvoll, da es den Betroffenen eine sinnvolle Zeitgestaltung ermöglicht, sondern zeigt, dass die Handlungsspielräume kommunaler Integrationspolitik auf eine Art und Weise genutzt werden können, die Unsicherheiten abfedert und eine langfristige Integration zumindest schon einmal vorbereitet.

Unsicherheiten auf der Ebene der lokalen Ökonomie

Vielerorts erbringen ortsansässige Unternehmen (strukturelle) Integrationsleistungen, indem sie geflüchtete Menschen ausbilden und/oder beschäftigen. Kommunale Politik und Verwaltung können hierbei wichtige Hilfestellungen leisten. So fördert die Stadt Altena die berufliche Eingliederung Geflüchteter nicht nur durch die direkte Ansprache von Betrieben, sondern tritt im Zuge von Einstellungsverfahren auch als Mittlerin zwischen einzelnen Betrieben, dem Jobcenter sowie der Ausländerbehörde auf. Gleichwohl gehen die Betriebe, die geflüchtete Menschen einstellen, ein hohes Risiko ein, da Mitarbeiter_innen oder Auszubildende infolge ihrer Abschiebung plötzlich ‚verschwunden‘ sein können. Der damit einhergehende Verlust an Ar-

beitskraft und Humanressourcen lässt sich kurzfristig häufig kaum ausgleichen – ganz abgesehen von der ‚Fehlinvestition‘ in die Einarbeitung bzw. Ausbildung der betreffenden Personen. Über ihre gravierenden individuellen Folgen hinaus kann die Ablehnung von Asylanträgen insofern auch die Motivation von Betrieben untergraben, überhaupt Geflüchtete zu beschäftigen. Wünschenswert wären gesetzliche Regelungen, die Betrieben wie auch (potentiellen) Beschäftigten mehr Planungssicherheit verleihen und die verhindern, dass sich aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten auf die Bereitschaft zur Integration auf beiden Seiten auswirken.

Unsicherheiten im Bereich der Stadtentwicklung

Die aufenthaltsrechtliche Unsicherheit vieler geflüchteter Menschen hat direkte Auswirkungen auf die kommunale Planung. Insbesondere mit Blick auf soziale Infrastrukturen (Kindertagesstätten, Schulen etc.) führt sie dazu, dass (künftige) Bedarfszahlen kaum prognostizierbar sind. Das stellt vor allem kleinere und/oder schrumpfende Kommunen mit angespannter Haushaltslage, wo am Bedarf vorbei gehende planerische und investive Entscheidungen kaum mehr geheilt werden können, vor große Herausforderungen und bedeutet ein zusätzliches Risiko im Rahmen einer zuwanderungsorientierten Stadtentwicklungsstrategie, wie sie die Stadt Altena mit viel Engagement verfolgt. Hinzu kommt, dass kaum vorhersehbar ist, in welchem Umfang geflüchtete Menschen, nachdem sie einen dauerhaften Aufenthaltstitel erworben haben, an dem Ort verbleiben, dem sie zugewiesen wurden. Zwar findet eine aktuelle Studie Hinweise darauf, dass sich viele Geflüchtete ein Leben außerhalb von Großstädten gut vorstellen können (vgl. SVR 2017, S. 6); andererseits ist in Altena bereits zu beobachten, dass viele der anerkannten Geflüchteten in die Großstädte des Ruhrgebiets abwandern. Daher müssen Entscheidungen zur Schließung oder Aufrechterhaltung kommunaler Infrastrukturen dort nicht nur vor dem Hintergrund einer angespannten Haushaltslage, sondern auch vieler anderer Unwägbarkeiten bezüglich des längerfristigen Erfolgs der verfolgten Zuwanderungsstrategie getroffen werden. In Essen ist demgegenüber eine zunehmende, stadtentwicklungspolitisch kaum zu steuernde Wohnkonzentration anerkannter Geflüchteter in Altenessen zu beobachten, in einem Stadtteil also, für den bereits seit vielen Jahren negative Quartierseffekte aufgrund sozialer und ethnischer Segregation diskutiert werden (vgl. Farwick 2012). Auch dies erzeugt Unsicherheiten bezüglich der Planung und Auslegung von sozialen Infrastrukturen und kommunalen Einrichtungen der Flüchtlingsberatung und -hilfe.

Es stellt sich die Frage, wie auf kommunaler Ebene mit den skizzierten Planungsunsicherheiten umgegangen werden kann. Rauws schlägt in diesem Kontext ein ‚*adaptive planning*‘ vor (vgl. Rauws 2017): eine möglichst weitgehende Flexibilisierung der Stadtentwicklungsplanung, die auf der umfassenden Ausschöpfung bestehender Handlungsspielräume beruht. Der in Altena verfolgte strategisch-pragmatische Integrationsansatz kann in diesem Sinne durchaus als beispielgebend interpretiert werden: Alle in der Stadt aufgenommenen Geflüchteten wurden ungeachtet ihrer asylrechtsbedingten Bleibeperspektive mit regulärem Wohnraum versorgt, können an integrativen Angeboten partizipieren und werden aktiv und nicht selten erfolgreich an lokale Unternehmen vermittelt. Da das 2016 verabschiedete Integrationsgesetz die sog.

Bleibeperspektive u. a. auch von individuellen Integrationsleistungen abhängig macht, trägt die Stadt Altena damit sogar aktiv dazu bei, die Chancen der in ihren Mauern wohnhaften geflüchteten Menschen auf einen längerfristigen Aufenthaltstitel deutlich zu verbessern.

„Diskursive“ Unsicherheiten

Unsicherheit ist ein integraler Bestandteil der Migrations- und Integrationspolitik. Während dies in der Forschung zunehmend thematisiert wird, erfahren die asylrechtsbedingten Ursachen dieser Unsicherheit und die damit insbesondere für die Kommunen verbundenen Herausforderungen im öffentlichen und politischen Diskurs bisher wenig Beachtung. Hinzu kommt, dass die skizzierten Planungsunsicherheiten gerade auf lokaler Ebene häufig von weiteren Formen der – vermeintlichen – Unsicherheit begleitet werden. Dies illustriert nicht zuletzt die große Bedeutung des ‚Ghettodiskurses‘ im Fallstudienquartier Essen-Altenessen & Karnap. Was als Unsicherheit, Risiko oder gar Gefahr wahrgenommen und problematisiert wird, ist demnach auch von jeweiligen lokalspezifischen Debatten abhängig. *Policies of uncertainty* sind insofern nie ausschließlich Antworten auf objektiv existierende Probleme, sowohl diese Probleme als auch ihre Lösung werden vielmehr diskursiv geformt (vgl. Bacchi 2000, S. 48).

9.3 Policies of Recognition

Die zentrale Frage in diesem Politikfeld lautet: Wie gelangen Kommunen von einer Willkommens- zu einer Anerkennungskultur? Hierunter fallen die Anerkennung pluraler Lebens- und Glaubensformen, die Förderung von Diversität und der gesellschaftliche Wille, aus Neuzugewanderten Bürger_innen zu machen. Der Sozialphilosoph Axel Honneth sieht den Ursprung kollektiver Kämpfe um Anerkennung im wiederholten individuellen Erleben rechtlicher oder sozialer Missachtung. Sobald dieses Erleben als gruppenspezifische Erfahrung erkannt wird, führt es zur gemeinsamen Forderung nach Anerkennung (vgl. Metzler 2018, S. 172) und wird damit politisch bedeutsam (vgl. Taylor 1992). Eine Anerkennungskultur ist gegeben, wenn die langfristige und diskriminierungsfreie Teilhabe und Partizipation von Migrant_innen und ihren Nachkommen am politischen und gesellschaftlichen Leben, die Anerkennung ihres nicht verhandelbaren Rechts auf individuelle und berufliche Selbstverwirklichung sowie die Akzeptanz und Wertschätzung einer diversifizierten Gesellschaft gewährleistet sind. Verwirklicht wird eine Anerkennungskultur in erster Linie ‚vor Ort‘ und im Alltag. Konkret umfasst sie die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung, den Abbau diskriminierender Praxen, mehrsprachige öffentliche Beratungsangebote; darüber hinaus kann ihre Etablierung kommunalpolitisch auch durch sprachliche Sensibilität und explizite Würdigung migrantischen Engagements unterstützt werden (vgl. Pavković 2017, S. 30).

Sprachlich-diskursive Deutungshoheit erkennen: Rassismussensible Sprache

Es ist nicht per se rassistisch oder exkludierend, Neuzugezogene in integrationspolitischen Debatten als Flüchtlinge zu bezeichnen. Gerade während der ‚Willkommensphase‘, in der die Erstversorgung bewerkstelligt und spezielle Angebote geschaffen werden müssen, ist die Be-

nennung der Zielgruppe öffentlicher Leistungen pragmatisch und zielführend. Der Terminus *Flüchtling* erfährt jedoch seit längerem Kritik, da die Endung ‚-ling‘ als verniedlichend, wenn nicht gar abwertend verstanden wird (vgl. Pavković/Behrendt 2017, S. 52). Spätestens seit 2016 ist der alternativ vorgeschlagene Terminus *Geflüchtete_r* auch in die Alltagssprache eingegangen. Doch unabhängig davon, welche Bezeichnung bevorzugt wird: Beide Begriffe implizieren eine sprachliche Markierung von Menschen als fremd, hilfebedürftig oder gar defizitär. Die Art und Weise, wie Menschen bezeichnet werden, kann somit soziale Ausschlüsse (mit-)produzieren und ist Ausdruck eines Machtungleichgewichtes (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2003, S. 174). Beispielhaft kann das an der Generation der Gastarbeiter_innen erläutert werden, deren Kinder und Enkel sprachlich noch immer durch ihren Migrationshintergrund markiert werden, wodurch Sprecher_innen sich selbst als Teil des Normalen denken (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2003, S. 168). Eine derartige (nicht nur) sprachliche (sondern auch wirklichkeitsstiftende) Ausgrenzung kann nur überwunden werden, wenn ‚ab einem bestimmten Punkt‘ damit aufgehört wird, Menschen als ‚die Anderen‘ zu adressieren, und sie stattdessen als Essener_innen, Altenaer_innen oder Bürger_innen einer beliebigen anderen Kommune bezeichnet werden (vgl. Hülsmann 2017). Im Zuge der Weiterentwicklung einer lokalen Willkommens- hin zu einer Anerkennungskultur stellt sich daher die Frage, wie lange und in welchen Situationen es noch notwendig ist, Menschen als Geflüchtete sprachlich zu markieren und anzusprechen.

Nicht nur einzelne Begriffe, sondern auch kollektiv abrufbare Bilder, sogenannte Narrative, können Ausschlüsse produzieren. Spätestens seit den Vorfällen auf der Kölner Domplatte an Silvester 2015 wird das Reden über Geflüchtete von einem solchen Narrativ mit geprägt, das junge, ‚allein reisende‘ Männer muslimischen Glaubens als latente Gefahr charakterisiert. Diese Zuschreibung kann vonseiten der Kommunalpolitik noch verstärkt werden, wenn beispielsweise für diese Gruppe eine separate Unterbringung vorgesehen oder die bevorzugte Aufnahme von Familien öffentlich gefordert wird. Problematisch ist auch die Benennungspraktik der religiösen Zugehörigkeit von Geflüchteten, da sie nicht nur mit der (scheinbaren) Existenz einer autochthonen Mehrheitskultur konnotiert ist, sondern auch geeignet ist, antimuslimische Ressentiments zu schüren. Forschungsergebnisse belegen, dass die Religionszugehörigkeit (die lange als Privatsache galt) eine zunehmende Politisierung erfährt und als zentrales Argument im ‚Antimigrationsdiskurs‘ fungiert (vgl. Spielhaus 2006; Bielefeldt 2011; Foroutan 2012; Rosta/Pollack 2014; Shooman 2014). Antimuslimischer Rassismus und Islamophobie reichen dabei bis in die Mitte der Gesellschaft hinein (vgl. Decker et al. 2008; Çakir 2014) und widersprechen einer Anerkennungskultur in fundamentaler Weise.

Gesellschaftliches Engagement anerkennen: die Rolle der muslimischen Gemeinden

Die Fallstudien zeigen, dass die örtlichen muslimischen Gemeinden als Akteure der Integrationsarbeit kaum wahrgenommen werden und für ihre Anstrengungen wenig Anerkennung, geschweige denn Unterstützung erhalten. Diese Beobachtung deckt sich mit einer Reihe von Studien, die belegen, dass das soziale Engagement von als ‚migrantisch‘ markierten Organisationen seitens der ‚Mehrheitsgesellschaft‘ eher selten zur Kenntnis genommen wird. Das gilt

insbesondere dann, wenn dieses Engagement aus einer religiösen Motivation heraus oder durch eine als ethnisch homogen wahrgenommene Gemeinde erfolgt (vgl. BMFSFJ 2017, S. 234; Bertelsmann Stiftung 2017). Dabei sind Moscheevereine und muslimische Gemeinden zentrale Akteure der Integration auf kommunaler Ebene. Sie fungieren als wichtige Anlaufstellen und Mittler vor Ort und bilden eine Brücke zwischen geflüchteten Menschen und aufnehmender Gesellschaft (vgl. BMFSFJ 2017, S. 224; Bertelsmann Stiftung 2017). Die ausdrückliche und öffentliche Würdigung dieser Leistungen wäre ein wichtiger Schritt bei der Weiterentwicklung der bestehenden Willkommens- hin zu einer Anerkennungskultur (vgl. BMFSFJ 2017, S. 530). Nicht zuletzt wäre es wünschenswert, dass die lokalpolitische Repräsentation von Muslim_innen zu einer Selbstverständlichkeit wird.

Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstermächtigung ermöglichen: partizipative Ehrenamtsstrukturen

Nach dem sprunghaften Anstieg der fluchtbedingten Zuwanderung im Jahr 2015 waren kommunale Unterstützungsstrukturen vor allem von einer durch Fürsorge geprägten Haltung gekennzeichnet. Im Sinne der Herausbildung einer Anerkennungskultur geht es langfristig jedoch um gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe auch im Bereich des Ehrenamts – und damit darum, die vielerorts (noch) sehr klare Trennlinie zwischen *Hilfeleistenden* und *Hilfeempfangenden* aufzulösen. Für diese Herausforderung ist bei den Ehrenamtskoordinator_innen in den untersuchten Quartieren bereits ein hohes Maß an Sensibilität vorhanden. In den mit ihnen geführten Interviews reflektieren sie die Asymmetrie der Beziehung zwischen Helfenden und Hilfeempfangenden. Zugleich wird über Ansätze berichtet, Geflüchtete in die Ehrenamtsstrukturen einzubinden, um ihre Eigenverantwortung zu stärken, aber auch um die bereits ehrenamtlich tätigen Personen zu entlasten. Der Gedanke des *empowerment* als Schlüssel zur Integration hat demnach bereits Eingang in die praktische Quartiersarbeit gefunden, indem „Geflüchtete selbst als aktiv Handelnde gewonnen und dafür notwendige Rahmenbedingungen geschaffen werden“ (Informationsverbund Asyl & Migration 2017, S. 11). Insofern wird in der Praxis bereits der kritischen Diskussion des *hospitality*-Begriffs Rechnung getragen, die im Zuge der Flüchtlingsaufnahme in den letzten Jahren auch in Deutschland aufgeflammt ist. *Hospitality* kann dabei grob als Gastfreundschaft gegenüber Geflüchteten verstanden werden (vgl. Squire/Darling 2013, S. 59) und wird – als Ansatz – nicht nur aufgrund der damit vorgenommenen Grenzziehung zwischen Gästen und Gastgebenden kritisiert, sondern auch aufgrund der damit implizierten Berechtigung der Aufnahmegesellschaft, Gastrecht zu gewähren oder eben auch zu verweigern (vgl. Squire/Darling 2013, S. 63), die in latentem Widerspruch zum verbrieften Grundrecht auf Asyl steht. Mit ähnlicher Stoßrichtung wird in der Kritischen Sozialen Arbeit auf die Gefahren paternalistischer Unterstützungsstrukturen hingewiesen, die geeignet sind, gesellschaftliche Hierarchien und Abhängigkeiten zu reproduzieren. Ehrenamtsstrukturen sollten daher grundsätzlich darauf ausgerichtet sein, Mechanismen gesellschaftlicher Exklusion abzubauen (nicht zu verstärken) und individuelle Befähigungen (auch bei struktureller Benachteiligung) zu fördern (vgl. Staub-Bernasconi 1995, S. 10-11).

9.4 *Policies of Social Cohesion*

Die zentralen Fragen in diesem Politikfeld lauten: Wie lässt sich der soziale Zusammenhalt in zunehmend diversifizierten Quartieren und Städten erhalten und was bedeutet Verteilungsgerechtigkeit im Kontext von Fluchtmigration? Angesichts einer zunehmenden gesellschaftlichen Diversität insbesondere in den Städten wird seit Längerem intensiv über Fragen der (stadt-)gesellschaftlichen Kohäsion debattiert (vgl. Amin 2002; Spoonley et al. 2005; Faist 2009; Holtug 2010). Dabei werden u. a. Formen der – strukturellen oder symbolischen – Exklusion und, damit einhergehend, Gefahren sozialer Spaltung und Fragmentierung thematisiert. Als Antworten auf diese Herausforderungen werden der Abbau restriktiver Bestimmungen im Bereich der Arbeitsmarktintegration, aber auch die Stärkung von interethnischen Beziehungen sowie die Förderung von sozialräumlicher Mischung gefordert, wobei diese Ansätze jedoch Gefahr laufen, einem assimilatorischen Integrationsverständnis zuzuspielen (vgl. Cheong et al. 2007, S. 30) und werden der heutigen gesellschaftlichen Diversität und Heterogenität nicht (mehr) in vollem Umfang gerecht (vgl. Harell/Stolle 2015). *Policies of Social Cohesion* zielen demgegenüber auf eine umfassende Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder ab, indem sie die (schon immer anerkannte) Bedeutung der Stärkung von Sozialbeziehungen zwischen verschiedenen Gruppen nicht in Frage stellen, darüber hinaus aber auch andere Aspekte sozialer Kohäsion einbeziehen.

Förderung von Beziehungen (auch) innerhalb sozialer Gruppen

Ager und Strang sehen in der Förderung sozialer Beziehungen ein wichtiges Element einer kommunalen Strategie zur Integration von Geflüchteten (vgl. Ager/Strang 2004, S. 18-20). Darunter fassen sie sowohl a) die Förderung und Etablierung von *„social bridges“*, also sozialer Beziehungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Gemeinschaften, als auch b) die Unterstützung von *„social bonds“*, also beispielsweise von Initiativen, Vereinen oder Religionsgemeinden im Sinne einer (nachträglichen) Anerkennung und Wertschätzung ethnisch-kultureller Identität und Gemeinschaft. Darüber hinaus spielen ihres Erachtens c) die Einbindung und Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteur_innen in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse sowie d) die interkulturelle Öffnung politischer und administrativer Strukturen eine wichtige Rolle. Nicht eine auf Assimilation zielende Durchmischung, sondern die Stärkung von Teilhabechancen und die Anerkennung verschiedener Identitäten – die bislang eher im Zusammenhang mit negativen Quartiereffekten thematisiert werden – stehen dabei im Mittelpunkt.

„Verteilungsgerechtigkeit“

Die wissenschaftliche Debatte um ethnische Segregation und migrationsbedingte sozialräumliche Polarisierungsprozesse ist in Deutschland von zum Teil widersprüchlichen empirischen Befunden geprägt (vgl. Ceylan 2006; Gestring 2011; Farwick 2012). Diskutiert werden sowohl positive wie negative Quartiereffekte (vgl. Farwick 2014). So wurde in mehreren Studien herausgearbeitet, dass freiwillige Segregation nicht zwangsläufig nachteilige Auswirkungen auf die

Integrationsperspektiven der Angehörigen der segregierten (ethnischen) Gruppen hat und dass andererseits die verbreitete kommunalpolitische Strategie einer sozialen Durchmischung Lebensbedingungen und Teilhabechancen der zugewanderten Bevölkerung nicht automatisch verbessert (vgl. Dangschat/Alisch 2014, Schader-Stiftung 2005). Im öffentlichen Diskurs stehen dagegen die scheinbar integrationshemmenden Wirkungen migrantisch geprägter Nachbarschaften im Vordergrund. Dies zeigt sich nicht zuletzt in Debatten über vermeintliche ‚Ghettos‘, ‚Parallelgesellschaften‘, ‚soziale Brennpunkte‘ oder ‚No-Go-Areas‘, die auch in den untersuchten Kommunen geführt werden. Es sollte insofern nicht in erster Linie darum gehen, Segregation unter allen Umständen zu vermeiden und eine ‚Gleichverteilung‘ Geflüchteter anzustreben, sondern vor allem darum, allen – Geflüchteten, aber auch anderen strukturell benachteiligten Gruppen und Personen – unabhängig vom Wohnort die Chance zu gesellschaftlicher Teilhabe zu eröffnen. Es ist dieser Aspekt, unter dem die Frage nach der Gerechtigkeit der ‚Verteilung‘ Geflüchteter diskutiert werden sollte.

Integrationsförderung nur für Geflüchtete?

Die explizite Adressierung politischer Programme und Maßnahmen zur Integrationsförderung an Migrant_innen oder Geflüchtete kann aus einer rassismuskritischen Perspektive als (Re-)Produktion kultureller Differenz gewertet werden (vgl. Weber/Glasze 2014, S. 345). Die Auswahl und Benennung von Zielgruppen im Rahmen einer kommunalen Migrations- und Integrationspolitik sollte daher mit Bedacht erfolgen. Abgewogen werden sollte, ab wann, ob überhaupt und für wie lange zielgruppenorientierte Angebote sinnvoll sind. Dabei sollte die Situation aller Einwandernden sowie anderer sozial benachteiligter Gruppen nicht aus den Augen verloren werden. Ein solches behutsames Vorgehen wirkt der (Über-)Betonung von kultureller Differenz, aber auch aufkommenden Neiddebatten entgegen.

Demokratieförderung und Extremismusprävention

Gesellschaftliche Entwicklungen, die mit dem Begriff der Prekarisierung gefasst werden, und damit verbundene Gefühle sozialer Verunsicherung können sich in fremdenfeindlichen Ressentiments und ausgrenzenden Identitätskonstruktionen niederschlagen (vgl. Sommer 2010, S. 233). Zygmunt Bauman spricht in diesem Zusammenhang von der ‚flüchtigen Moderne‘ und einer ‚Verflüssigung‘ sozialer Beziehungen, die mit wachsenden Ressentiments gegenüber Fremden einhergehe (vgl. Bauman 2007, S. 14). Die Schaffung einer ‚Resilienzkultur‘ könnte diesem Problem entgegenwirken. Sie impliziert, dass die Zivilgesellschaft im Umgang mit beschleunigten und ergebnisoffenen Wandlungsprozessen nicht allein gelassen wird. Die Wahrnehmung und Dokumentation politisch motivierter Straftaten, die Förderung demokratischer Strukturen und die entschlossene Extremismusprävention durch lokale Projekte sollten daher die kommunale Flüchtlingsintegration begleiten und ergänzen. In diesem Sinne bildet auch die kommunale Sicherheitspolitik einen Bestandteil der Integrationsarbeit vor Ort (vgl. Ager/Strang 2004, S. 22).

10 Transferkonzept

Michael Noack

Ein zentrales Anliegen der vorliegenden Studie bestand darin, nicht nur neue Erkenntnisse zu generieren, sondern diese auch praktisch fruchtbar zu machen, ohne dabei in die Fallstricke eines deduktiv konzipierten Praxistransfers zu geraten (vgl. Nuissl 2000; 2013). Eine unverzichtbare Informationsquelle ist dabei das Fach- und Strukturwissen der an den Integrationsprozessen vor Ort aktiv Beteiligten (Mitarbeiter_innen von Stabsstellen, Leitungskräfte von Ämtern oder freien Trägern, Mitglieder zivilgesellschaftlicher Initiativen). Dieses Wissen wurde nicht nur indirekt über empirische Forschungsmethoden erschlossen. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden auch direkt im Rahmen eines adaptierten Delphi-Verfahrens an Akteur_innen aus der Praxis zurückgekoppelt.

Beim Delphi-Verfahren handelt es sich um eine strukturierte, meist zweistufige Gruppenbefragung. Das Verfahren geht auf den Zukunftsforscher Olaf Helmer zurück, der es 1963 in den USA entwickelte (vgl. Flechtheim 1982, S. 130), sein Name auf das antike Orakel von Delphi. In der klassischen Form der Delphi-Methode (vgl. Häder 2009) werden Expert_innen um schriftliche Einschätzungen zu einem bestimmten Thema gebeten. Damit sie solide Einschätzungen vornehmen können, erhalten sie vorab aufbereitete Thesen oder Forschungsergebnisse. Meist handelt es sich um zukunftsbezogene Einschätzungsbitten (z. B.: ‚Wie schätzen Sie das Potential ämterübergreifender Sozialplanungskonferenzen für eine gerechtere Ressourcensteuerung ein?‘). Dabei bleiben die Expert_innen in der Regel anonym und haben untereinander keinen Kontakt. Alle Einschätzungen sowie die entlang ihrer überarbeiteten Thesen oder interpretierten Forschungsergebnisse werden denselben Expert_innen in der zweiten Stufe bzw. Befragungsrunde nochmals vorgelegt, um (gegebenenfalls auch unter Zuhilfenahme statistischer Methoden) eine weitgehend konsistente Einschätzung aller Beteiligten zu erreichen. Aus dieser mehrperspektivischen Einschätzung bestimmter Themen oder Probleme speist sich das spezifische Potential der Delphi-Methode, Forschungsergebnisse praxisbezogen zu interpretieren und weiterzuentwickeln.

Um die in den vorangegangenen Kapiteln erläuterten Forschungsergebnisse in Handlungswissen zu transformieren, wurde, angelehnt an das klassische Delphi-Verfahren, eine zweistufige Vorgehensweise gewählt. Mit dem Ziel, den diskursiven Mehrwert auszuschöpfen, der sich einstellen kann, wenn sich Akteur_innen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern, die selten miteinander in Kontakt stehen, über Forschungsergebnisse austauschen, wurde die Anonymität zwischen den Expert_innen zugunsten einer dialogischen Einschätzung der Anwendbarkeit der Forschungsergebnisse aufgehoben.

10.1 Kontextualisierung der Forschungsergebnisse

Mit dem Ziel, die Forschungsergebnisse praxisbezogen zu kontextualisieren, anzureichern und deren Transformation in Anwendungswissen vorzubereiten, fanden in der ersten Stufe des adaptierten Delphi-Verfahrens zwei teilnehmende Beobachtungen von Veranstaltungen statt, in deren Rahmen quartierspezifische Integrationspotentiale thematisiert wurden: im Rahmen der Altenaer Fallstudie wurde im März 2017 das Netzwerktreffen aller kommunalen Flüchtlingskoordinator_innen des Märkischen Kreises besucht, in Essen im Juni 2017 die *Essener Flüchtlingskonferenz*. Die im Zuge der teilnehmenden Beobachtungen protokollierten Beobachtungen betreffen vor allem die folgenden Aspekte:

- *Vom Krisenmodus in die Regelstruktur:* Da die Arbeit im ‚Krisenmodus‘ jetzt beendet sei, sah es der Essener Bürgermeister als entscheidend an, dass die verfolgten Integrationsstrategien verstetigt werden. In Altena wurde diskutiert, inwieweit die vorhandenen Förderprogramme für die Arbeitsmarktintegration zielführend sind. Die Diskussionssteilnehmer_innen waren sich einig, dass Angebote zur Arbeitsmarktintegration an die jeweils aktuelle Situation und den jeweiligen Bedarf der Teilnehmer_innen anpassen sind.
- *Aufenthaltsrechtliche Integrationsbarrieren:* Eine in Deutschland geborene Teilnehmerin, deren Eltern einst aus dem Libanon eingewandert waren und die deshalb in Deutschland auch selbst nur geduldet ist, führte aus, welche Integrationshemmnisse mit ihrem Aufenthaltsstaus einhergehen: Beispielsweise könne sie nicht ohne weiteres einen Führerschein machen oder ein Konto eröffnen und habe häufig Unstimmigkeiten mit der Ausländerbehörde. Ihr Status verhindere in der Regel eine Arbeitserlaubnis und führe demzufolge fast zwangsläufig in die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Sie forderte, dass sich dies für nachfolgende Generationen ändern müsse.
- *Zivilgesellschaftliche Integrationsperspektiven:* Zivilgesellschaftlich engagierte Personen in Essen kritisierten das ihrer Meinung nach respektlose Auftreten von Ämtern und Behörden gegenüber Geflüchteten und freiwilligen Helfer_innen. Bemängelt wurden zudem die vielen bürokratischen Hürden, die Geflüchtete für den Erhalt von Transferleistungen und anderen staatlichen Unterstützungen zu überwinden hätten, sowie die schlechte Erreichbarkeit öffentlicher Stellen. Positiv hervorgehoben wurde die *Ehrenamtskarte*, die freiwilligen Helfer_innen gegenüber öffentlichen Stellen Legitimität und Glaubwürdigkeit verleihe und dadurch dazu beitrage, Prozesse zu beschleunigen. In Altena wurde vor allem über das *Ehrenamt* diskutiert. Dabei wurde zum einen thematisiert, wie Personen mit einer Migrationsgeschichte an zivilgesellschaftliches Engagement herangeführt werden können. Eine Teilnehmerin wies in diesem Zusammenhang auf die eher dörfliche Struktur und das rege Vereinsleben vor Ort hin. Die Anreizfunktion monetärer Aufwandsentschädigungen wurde positiv hervorgehoben. Des Weiteren wurde ein zuletzt sinkender Bedarf an ehrenamtlich organisierten Sprach-

kursen konstatiert, da viele Geflüchtete inzwischen an ‚offiziellen‘ Integrationskursen teilnahmen. Allerdings falle es ihnen teilweise schwer, diesen Kursen zu folgen, sodass die Frage nach ehrenamtlichen Nachhilfekursen für Erwachsene aufkam.

- *Sozialer Frieden im Quartier:* Ein Vertreter der Stadt Essen äußerte, dass die Schaffung von Normalität und ‚normalen‘ Begegnungsräumen für alle Bürger_innen im Fokus der Kommunalpolitik stehe. Zudem betonte er, dass es bedeutsam sei, bereits bestehende Strukturen zu nutzen und Integration als Daueraufgabe zu betrachten, sodass keine Grundlage für eine Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen gegenüber anderen geschaffen werde. In diesem Zusammenhang wurde die Raumorientierung des Verwaltungshandelns als relevant erachtet: Eine zielgruppenübergreifende Integration im Quartier könne gelingen, wenn die Verwaltungsakteur_innen nicht ressortspezifisch, sondern integriert bzw. interdisziplinär dächten und handelten.

Die genannten Aspekte flossen in eine erste anwendungsbezogene Interpretation der Forschungsergebnisse ein, die in diesem Zusammenhang in Form von *Aufmerksamkeitsrichtungen* für die zweite Stufe des adaptierten Delphi-Verfahrens aufbereitet wurden. Die Aufmerksamkeitsrichtungen dienten der Reflexion möglicher Anwendungsbezüge mit Akteur_innen der kommunalen Politik und Verwaltung sowie zivilgesellschaftlich engagierten Akteur_innen im Rahmen einer Veranstaltung, die im November 2017 an der Universität Duisburg-Essen stattfand. In den Tabellen 4 bis 7 werden, systematisiert nach Themenfeldern, diese Aufmerksamkeitsrichtungen sowie die anhand ihrer erzielten Diskussionsergebnisse stichpunktartig vorgestellt.

Tabelle 4: Themenfeld *Segregation und Integration*

Aufmerksamkeitsrichtungen	Diskussionsergebnisse
<ul style="list-style-type: none"> - Erfahrungs- und datenbasierte Bestandsaufnahmen auf Quartierebene durchführen, um das ‚Gießkannenprinzip‘ durch einen quartierbezogenen ungleichen Mitteleinsatz zu ersetzen, mit dem chancengleiche Lebensbedingungen in ungleichen Quartieren geschaffen werden können - Verwaltungshandeln stadtteilorientiert ausrichten und dabei eine Balance schaffen zwischen einer Synchronität in den Stadtteilen und ausreichendem Handlungsspielraum für quartierspezifische Belange - Stadtteilorientiertes Verwaltungshandeln mit intermediären Instanzen flankieren, die eine Scharnierfunktion zwischen dem Quartier und der gesamten Kommune bzw. der übergeordneten Gebietskörperschaft einnehmen - Entwicklung einer sozialen Infrastruktur, in der sich die Angebote und Leistungen der Regeleinrichtungen zur Integration aufeinander beziehen - Optionen für eine paritätische Verteilung von geflüchteten Personen im Rahmen ihrer Erstunterbringung ausloten 	<p>Das Jugendamt steuere seine Ressourcen bereits datenbasiert. Das Vorgehen genieße hohe Akzeptanz, weil es ‚Verwaltungstransparenz‘ herstelle. Eine Verteilung auf Erfahrungsebene wird abgelehnt, damit nicht ‚der am meisten bekommt, der am lautesten schreit‘. Objektivität könne mittels Datenbasis gewährleistet werden. Die Reflexionsfragen, die sich aus dieser Aufmerksamkeitsrichtung ableiten lassen, müssen konkret formuliert werden, damit klar wird, welche Daten zu analysieren sind, um eine ungleiche Behandlung ungleicher Quartiere zu ermöglichen. Positiv hervorgehoben wird ein verstetigtes ‚kontinuierliches datenbasiertes Quartier-Monitoring‘, um Wirkungen von Integrationsmaßnahmen zu analysieren.</p> <p>Diese Aufmerksamkeitsrichtung wird als unklar wahrgenommen, nicht ‚Synchronität‘, sondern ‚synchrones Vorgehen‘ eignet sich als Schlagwort.</p> <p>Intermediäre Akteur_innen würden nur einen Teilaspekt des Essener Quartiermanagements darstellen. Auch die Bedeutung des Verwaltungshandelns solle Erwähnung finden.</p> <p>Es gehe nicht mehr um die Erstunterbringung, sondern um den Umzug der Geflüchteten. Es solle nicht mehr von einer Unterbringung geredet werden: Die Flüchtlinge würden sich ihre Wohnung im Anschluss selbst aussuchen.</p>

Tabelle 5: Themenfeld *Dimensionen der Zivilgesellschaft*

Aufmerksamkeitsrichtungen	Diskussionsergebnisse
<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen für die Erfassung von Personen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren wollen, entwickeln - Dokumentation von Aktivitäten und Aufgaben, die aktuell in der Kommune zivilgesellschaftlich/ehrenamtlich getragen werden; Möglichkeiten für die Erfassung von Anliegen/Bedarfen geflüchteter Personen entwickeln, die ehrenamtlich bearbeitet werden können - Verfahren entwickeln, mit denen Anliegen und Bedarfe geflüchteter Personen regelmäßig erfasst und Angebote darauf passgenau abgestimmt werden können - Maßnahmen entwickeln, mit denen der Kontakt zu geflüchteten Personen nach dem Umzug aus Großunterkünften in Wohnungen weiterhin gepflegt werden kann - Doppelstrukturen vermeiden, Regelangebote stärken und Sonderangebote für geflüchtete Menschen nicht dauerhaft etablieren - Transparente Definition von Aufgaben- und Verantwortungsbereichen für hauptamtlich beschäftigte und bürgerschaftlich/ehrenamtlich engagierte Personen 	<p>Die Teilnehmer_innen sind sich einig, dass deutlicher gewürdigt werden muss, unter welchen Umständen gesellschaftliches Engagement erbracht wird.</p> <p>Die Idee, zivilgesellschaftliche Aktivitäten zentral zu erfassen, wird als sinnvoll empfunden. Allerdings weisen die Teilnehmer_innen auf eine abnehmende Anzahl an zivilgesellschaftlich engagierten Personen hin: Zum einen würden sich viele Ehrenamtler_innen überflüssig fühlen, da sich ‚professionellere‘ Strukturen gebildet haben, über die ihre vorherigen Aufgabenbereiche abgedeckt werden. Zum anderen fühlten sich viele zivilgesellschaftlich engagierte Akteur_innen allein gelassen und überlastet.</p> <p>Die Teilnehmer_innen waren sich über die Notwendigkeit eines ausbalancierten Umgangs seitens der Verwaltung mit der Ambivalenz der Engagierten zwischen ihrem Wunsch nach Selbstbestimmung und ihrem Wunsch nach unterstützender Begleitung einig.</p> <p>Laut den Teilnehmer_innen ist die Anzahl geflüchteter Personen bei den kommunalen Integrationskonferenzen deutlich angestiegen. Die Grundvoraussetzung für den Austausch ist somit gegeben. In diesem Zusammenhang wird angeregt, Fragen zu entwickeln, die Reflexionen anregen, wie sich diese Grundvoraussetzungen für den Austausch methodisch aufgreifen lassen.</p> <p>Durch eine zentrale Erfassung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten (s. o.) können nach Ansicht der Teilnehmer_innen Doppelstrukturen vermieden werden. Zudem wird hervorgehoben, dass sich auch die Essener Zivilgesellschaft stadtteilübergreifend als eine Einheit verstehen müsse und dass Engagierte aus dem Süden ihre Kompetenzen und ihre Einsatzbereitschaft Menschen im Norden zugutekommen lassen sollten.</p>

Tabelle 6: Themenfeld *Integration in den Arbeitsmarkt*

Aufmerksamkeitsrichtungen	Diskussionsergebnisse
<ul style="list-style-type: none"> - Dokumentation von Aktivitäten und Aufgaben, die aktuell in der Kommune zivilgesellschaftlich/ehrenamtlich getragen werden - Möglichkeiten für die Erfassung von Anliegen/Bedarfen geflüchteter Personen entwickeln, die ehrenamtlich bearbeitet werden können - Identifikation von Optionen, Geflüchteten auch außerhalb von Sprachkursen die Möglichkeit zu geben, ihr Deutsch im Alltag zu verbessern - Maßnahmen zur Optimierung der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf - Konzipierung von sinnvollen Hilfen, Förder- und/oder Beschäftigungsangeboten für die Überbrückung des ca. dreijährigen Zeitraums, bis Geflüchtete ausreichende Sprachkenntnisse für eine Beschäftigung erlangt haben - Recherche von Beschäftigungsverhältnissen im Quartier, die keine perfekten Sprachkenntnisse voraussetzen - Einrichtung einer Koordinationsstelle, die Kenntnisse darüber sammelt, welchen Ausbildungsstand die geflüchteten Personen haben - Einrichtung einer Koordinationsstelle, die Kenntnisse darüber sammelt, welche Unternehmen auf der Suche nach Fachkräften sowie dazu bereit sind, entsprechend qualifizierte Flüchtlinge anzustellen - Beschleunigungsoptionen für die Anerkennung von Abschlüssen identifizieren - Optionen zu Kontaktaufbau und -pflege zu lokalen Unternehmen entwickeln - Unternehmen bei der Überwindung bürokratischer Hürden einer Einstellung unterstützen - Sensibilisierung von lokalen Unternehmen für die Beschäftigung von Flüchtlingen - Ermittlung von Angeboten im Quartier zur Unterstützung der Integration in den Arbeitsmarkt 	<p>Die Teilnehmer_innen weisen auf den inzwischen hohen Anteil von geflüchteten Personen hin, die Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch erhalten. Der ‚normale Kampf um die Arbeit‘ hat begonnen, wie es ein Teilnehmer formulierte.</p> <p>Laut den Teilnehmer_innen ist die Arbeitsmarktintegration aus dem Stadtteil heraus schlecht steuerbar. Sie müsse daher als gesamtkommunale Aufgabe begriffen werden.</p> <p>Die Reflexion von Aspekten des Spracherwerbs wird als äußerst relevant erachtet, da das Erlernen der deutschen Sprache sehr lange dauere.</p> <p>Die Teilnehmer_innen sind sich einig, dass B1 als Sprachniveau für viele geflüchtete Personen erreichbar sei. Die Praxis zeige aber, dass ein Großteil derer, die B1 schaffen, an B2 scheitern würden. B2 gilt allerdings oftmals als ‚Messlatte‘ für den Einstieg als Arbeitnehmer_in.</p> <p>In Essen gibt es so genannte <i>Kompetenzteams</i>, die sich mit arbeitsmarktorientierten Maßnahmen auseinandersetzen; dort ist auch das Jobcenter vertreten. Der Ansatz sei neu. Welche Maßnahmen konkret ergriffen werden, sei noch nicht bekannt. Daher sind sich die Teilnehmer_innen nicht einig, ob eine eingehende Reflexion von Aspekten der Arbeitsmarktvermittlung bezogen auf ihr eigenes (quartierbezogenes) Tätigkeitsfeld sinnvoll ist.</p> <p>Die Teilnehmer_innen diskutieren die Integrationspotentiale der lokalen Ökonomie kritisch. Als Herausforderung werden die geringen Bildungs- und Aufstiegschancen hervorgehoben. Als Potential wird die Möglichkeit diskutiert, auch ohne ausreichende Sprachkenntnisse eine Beschäftigung aufnehmen zu können.</p>

Tabelle 7: Themenfeld *Beschleunigung und Dynamisierung*

Aufmerksamkeitsrichtungen	Diskussionsergebnisse
<ul style="list-style-type: none"> - Dialog mit dem Landesschulministerium initiieren, um Personalstellenbemessungen so zu gestalten, dass Schulen, in die im gesamt-kommunalen Vergleich vermehrt Kinder von anerkannten Asylbewerber_innen eingeschult werden, einen bzw. eine Schulsozialarbeiter_in nicht aus jenen Budgetmitteln finanzieren müssen, die für Lehrerstellen vorgesehen sind - Ämter- und ressortübergreifende Runden nutzen, um Anforderungen und Kompetenzen zu diskutieren, die aus beschleunigten Entwicklungen resultieren - Unterstützende Foren und Formate für Haupt- und Ehrenamtliche entwickeln, die von dynamisierten Entwicklungen betroffen sind 	<p>Einrichtungen der Wohlfahrtspflege und Schulen haben sich als zentrale Institutionen erwiesen, um die ‚Flüchtlingskrise‘ zu meistern. Die Netzwerke und die entsprechenden Ansprechpartner_innen müssen erhalten und gepflegt werden. Eine ‚vertikale‘ Vernetzung mit Akteur_innen aus dem Landesschulministerium wird als relevant erachtet, um die Notwendigkeit von Ressourcenzuführen kommunizieren zu können.</p>

Auf der Basis der in den Tabellen 4 bis 7 dargestellten Aufmerksamkeitsrichtungen sowie der Ergebnisse der zu ihnen geführten Diskussionen wurden die im Rahmen der Forschung identifizierten übergeordneten Felder der kommunalen Migrations- und Integrationspolitik (vgl. Kapitel 9) inhaltlich konkretisiert. (Dies geschah u. a. im Rahmen eines Arbeitstreffens mit dem Bürgermeister, der Gleichstellungsbeauftragten sowie der Leitung des Fachbereichs für Soziales, Jugend und Familie der Stadt Altena). Auf dieser Grundlage wurden reflexionsfördernde Orientierungsfragen entwickelt, mit deren Hilfe die Forschungsergebnisse auch anderen Kommunen (als Essen und Altena) zugänglich gemacht werden sollen. Diese Fragen sollen Akteur_innen aus Kommunen und Landkreisen mit ganz unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in die Lage versetzen, zu prüfen, mit welchen Schritten und Maßnahmen sie die Integrationspotentiale von Quartieren, die vor besonderen Herausforderungen stehen, unter den jeweiligen Gegebenheiten fördern können.

10.2 Reflexionsfragen zu quartierspezifischen Integrationspotentialen

Um die Forschungs- und Diskussionsergebnisse für unterschiedliche Funktions- und Hierarchieebenen kommunaler Politik und Verwaltung nutzbar zu machen, werden im Folgenden entlang der vier in Kapitel 9 unterschiedenen Politik- und Handlungsfelder Reflexionsfragen formuliert. Dabei wird jeweils zwischen einer strategischen und einer operativen Ebene unterschieden (vgl. Rainer 2000, S. 180), die jedoch nicht in einem hierarchischen, sondern in einem rekursiven Verhältnis zueinander ‚gedacht‘ werden sollten. So ist es in der Regel hilfreich,

wenn bei der Formulierung stadtentwicklungspolitischer Zielsetzungen und Strategien das Know-how von Verwaltungsmitarbeiter_innen sowie die Erfahrungen von im Quartier operativ tätigen Akteur_innen im Hinblick auf Umsetzungsfragen von vornherein mit einbezogen wird. Überdies gilt es, die Raumorientierung des Verwaltungshandelns und der sozialen Arbeit zu berücksichtigen. Daher wurden bei der Entwicklung der Reflexionsfragen Aspekte des Fachkonzepts Sozialraumorientierung berücksichtigt (vgl. Noack 2015).

1. Illustration

„Das Schöne an der sozialraumbezogenen Arbeit in der Stadtverwaltung ist, dass man – ich will nicht sagen, dass man ein Freispiel hat – aber man kann sich aufgrund einer relativ offenen Gestaltung selber Themenschwerpunkte aussuchen. Ich sehe mich von meinem Selbstverständnis her so ein bisschen als Mensch vor Ort, am Puls des Stadtteils für meine eigene Verwaltung. Sodass ich mitbekomme, wenn etwas schräg läuft. Wenn etwas schräg läuft, bin ich der Erste hier oben, der etwas davon mitbekommt. Man kann dann auch von dieser Seite gegensteuern“ (I_EH-01: 24ff.).

10.2.1 Thema Integration

Teilthema Erstunterbringung – strategische Ebene

Die Erstunterbringung von Geflüchteten berührt Fragen einer (wie auch immer verstandenen) Verteilungsgerechtigkeit. Die ‚Weiterverteilung‘ von Personen, die ohne Aufenthaltstitel bzw. Visum nach Deutschland eingereist sind, erfolgt auf Bundes- und Landesebene nach Verteilungsschlüsseln, die sich nach der Größe und der Leistungsfähigkeit der Bundesländer bzw. Kommunen richten (sollen). Auf kommunaler Ebene existieren in der Regel dann allerdings keine weiteren Verteilungsschlüssel, was – wie am Beispiel der Stadt Essen deutlich wurde – zu kommunalpolitischen Verwerfungen führen kann.

Die folgenden Reflexionsfragen richten sich insbesondere an Kommunen, die Verteilungsmechanismen für die Erstunterbringung entwickeln wollen, mit denen residenzielle Segregationsprozesse nicht weiter forciert werden. Sie sind inspiriert vom *Capability-Ansatz* Amartya Sens (vgl. Sen 2007). Sen unterscheidet zwischen substanziellen Freiheiten bzw. grundsätzlich vorhandenen Chancen zur Verwirklichung eines individuellen Lebensplans (*capabilities*) und gewählten und verwirklichten Chancen (*functionings*). Ungleichheit entsteht in diesem Sinne (bereits) aufgrund ungleich verteilter *capabilities* und lässt sich nicht (erst) an faktisch ungleichen Lebensbedingungen festmachen. Mit Martha Nussbaum können zehn Lebensbereiche (*central capabilities*) unterschieden werden (Schutz, Gesundheit, Wohnen & Leben, Bildung, Emotion, Vernunft & Reflexion, Zugehörigkeit, Zusammenleben, Kreativität/Spiel & Erholung, Kontrolle über eigene Umgebung) (vgl. Nussbaum 1999). Bereits Einschränkungen in nur einem dieser Lebensbereiche mindern die Chance auf soziale Teilhabe und Verwirklichung eines individuellen Lebensplans. Im Rahmen ämterübergreifender Sozialplanungskonferenzen kann auf

kommunaler Ebene eruiert werden, welche (statistischen) Informationen zu diesen Lebensbereichen vorliegen und wie die Lebensbedingungen der Bevölkerung eines Quartiers bezogen auf diese Lebensbereiche einzuschätzen sind. (Um die Ausprägung der *central capability* Gesundheit zu messen, bieten sich z. B. die Indikatoren *Gesundheit von Säuglingen*, *Adipositas* und *Zahngesundheit* an, zu denen die kommunalen Gesundheitsämter regelmäßig Daten erheben.) In einem zweiten Schritt kann ein kontinuierliches Sozialraummonitoring die Sozialplanungskonferenzen ergänzen und verstetigen. Lokale Verteilungsdebatten können auf dieser Grundlage in erheblichem Maße ‚rationalisiert‘ werden.

Reflexionsfragenliste 1	Reflexionsnotizen	
1. Gibt es in der Kommune residenzielle Segregationsprozesse?	Ja:	Nein:
<u>1.1 Wenn ja:</u> in welchen Teilgebieten?	Erläuterung:	
2. Sind die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten durch ämterübergreifende Sozialplanungen allen Entscheidungsträger_innen in Politik und Verwaltung bekannt?	Ja, weil:	Nein, weil:
<u>2.1 Wenn nein:</u> Was sind notwendige (noch fehlende) Informationen?	Erläuterung:	
<u>2.2 Wenn nein:</u> Mit welchen Informationsformaten bzw. ‚Systemsprachen‘ lassen sich die einzelnen Akteur_innen erreichen?	Erläuterung:	
<u>2.3 Wenn ja:</u> Besteht ein politischer Auftrag, ämterübergreifende Sozialplanungen zu institutionalisieren?	Ja, weil:	Nein, weil:
<u>2.4 Wenn nein:</u> Wie lässt sich ein politischer Auftrag, ämterübergreifende Sozialplanungen zu institutionalisieren, erwirken?	Erläuterung:	
3. Gibt es regelmäßige ämterübergreifende Sozialplanungskonferenzen?	Ja:	Nein:
<u>3.1 Wenn ja:</u> Mit welchem Indikatorenset lässt sich die Verteilung von Capabilities quartierbezogen analysieren?	Erläuterung:	
<u>3.2 Wenn ja:</u> Liegen zu diesen Indikatoren Daten vor?	Erläuterung:	
4. Wie lassen sich folgende Aufgaben unter den beteiligten Ämtervertreter_innen verteilen: - Datenbeschaffung? - Gesamtkommunale Datenanalyse? - Vergleichende quartierbezogene Datenanalyse? - Analyseergebnisaufbereitung?	Erläuterung:	
5. Sind folgende Voraussetzungen für die ämterübergreifende Dateninterpretation gegeben: - Zeitliche Freistellung der beteiligten Ämtervertreter_innen? - Regelmäßiger und verbindlicher Sitzungsturnus der Sozialplanungskonferenz?	Erläuterung	
6. Wie wird die Informationsverwertung zu Steuerungszwecken gestaltet?	Erläuterung	
6.1 In welcher Form und Systemsprache sind welche Analyseergebnisse für welche entscheidungstragenden Akteur_innen, Gremien oder Ausschüsse aufzubereiten?		
6.2 Wer übernimmt die Aufbereitung und Weiterleitung der Informationen?		

Teilthema Erstunterbringung – operative Ebene

Sobald ‚gerechte‘ Erstunterbringungsoptionen identifiziert sind, besteht der nächste Schritt darin, an den ermittelten Erstunterbringungsorten Räumlichkeiten zu finden. Hier spielt die kommunale Ausgangssituation eine wesentliche Rolle.

Reflexionsfragenliste 2	Reflexionsnotizen	
1. Kann die notwendige Infrastruktur für Großunterkünfte bereitgestellt werden oder sind dezentrale Unterkünfte günstiger?	Erläuterung:	
1.1 Bestehen leergezogene Infrastruktureinrichtungen wie ehemalige Schulen, die zur Unterbringung genutzt werden können?	Ja:	Nein
1.2 Wenn keine geeigneten Gebäude bestehen, welche Freiflächen kommen städtebaulich und planungsrechtlich in Frage?	Ideen:	
1.3 Welche Dienstleister_innen müssen für die Versorgung und den Betrieb von Großunterkünften beauftragt werden?	Ja:	Nein:
2. Besteht in der Kommune Mangel an Wohnraum?	Ja:	Nein:
<u>2.1 Wenn ja:</u> Welche Fördermittel können zur Bereitstellung von Wohnraum für eine dezentrale Erstunterbringung akquiriert werden?	Ideen:	
4. Wie kann bei einer dezentralen Unterbringung die Ausstattung der Wohnungen sichergestellt werden?	Ideen:	
5. Wie können Akteur_innen aus Politik und Verwaltung Widerständen der Wohnbevölkerung gegenüber Erstaufnahmeeinrichtungen begegnen?	Ideen:	
5.1 Bestehen unterstützende Strukturen wie ein Quartiermanagement oder Stadtteilarbeit?	Ja:	Nein:
6. Wie wird die Erstunterbringung unbegleiteter Minderjähriger gestaltet?	Erläuterung:	
7. Ist ein Rückbau bzw. eine bedarfsorientierte Nutzung der neu geschaffenen Infrastrukturen möglich, wenn diese nicht mehr zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden?	Erläuterung	

In Altena ermöglichte der demographische Wandel – durch eine hohe Leerstandsquote und niedrige Mietzinsen – eine dezentrale Erstunterbringung. In Essen wurden zentrale Unterkünfte dort eingerichtet, wo große Räumlichkeiten leer standen.

2. Illustration

„Dann haben wir hier gegessen und haben gesagt: ‚Ok wir haben so viel Leerstand‘. Die Baugesellschaft, das ist keine städtische Baugesellschaft, sondern mehrheitlich privat, die hatten Häuser frei. Da haben wir gesagt: ‚Ok dann gucken wir mal ob wir die in Häuser untergebracht kriegen‘. Dann war [...] eine ganz andere Struktur gefragt, weil wir dann [...] in Wohngruppen untergebracht haben“ (I_A-01: 164ff.).

3. Illustration

„Und dann gab es einiges an alten Schulen, die dann reaktiviert wurden als Unterkunft und dann sozusagen wieder neu eingerichtet worden sind. Da hatten sich auch in den Fördergebieten ‚Soziale Stadt‘ doch, also überproportional viele Flüchtlinge befunden. Man kann das jetzt auch politisch diskutieren, aber es gibt auch ein paar objektive Begründungen, und die liegen darin, dass aufgrund des demografischen Wandels dort auch relativ viele Infrastruktureinrichtungen leergezogen worden sind. Also sprich: Schulen. So, und da standen die dann zur Verfügung, diese Schulen, die sollten eigentlich vermarktet werden, verkauft werden, und da sollte dann eine andere Nutzung stattfinden“ (I_EH-02: 307ff.).

Teilthema *Governance* der Integrationspolitik – strategische Ebene

Der Begriff der *Governance* impliziert einen Paradigmenwechsel des Regierens: Politische Steuerung wird dezentralisiert. Die Dezentralisierung erfolgt, indem der politische Steuerungsprozess „nicht mehr traditionell auf staatliche Institutionen fixiert bleibt, sondern auch die mitwirkende Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure betont wird“ (Schubert 2011, S. 8). Mit Blick auf die soziale Integration im Quartier ist es vor diesem Hintergrund sinnvoll, die Integrationsarbeit auf mehrere – administrative und zivilgesellschaftliche – Schultern zu verteilen, sodass

- Akteur_innen unterschiedlicher sozialer Dienste miteinander kooperieren,
- bestehende Netzwerke in Wert gesetzt und miteinander verknüpft werden,
- Erfahrungen und Kompetenzen sowohl zivilgesellschaftlich engagierter Personen als auch hauptamtlicher Fachkräfte aus unterschiedlichen Handlungsfeldern einfließen.

Grundlage der Integrationsarbeit im Quartier sollte eine Bestandsaufnahme der relevanten Akteur_innen, Initiativen, Maßnahmen usw. auf Quartierebene sein. Für eine solche Bestandsaufnahme ist es nicht ausreichend, vorhandene Daten auszuwerten. Vielmehr sollte – z. B. mittels Stadtteilkonferenzen – das vorhandene (berufliche) Erfahrungswissen einbezogen werden. Insbesondere Akteur_innen, die schon länger im Quartier arbeiten, sollten hierbei ihren

Erfahrungsschatz einbringen. Auf der Basis einer solchen Bestandsaufnahme kann geklärt werden, inwiefern bei der Verteilung kommunaler Ressourcen und Finanzmittel das ‚Gießkannenprinzip‘ zugunsten eines quartierbezogen ungleichen Mitteleinsatzes weichen kann – mit dem Ziel, chancengleiche Lebensbedingungen in ungleichen Quartieren zu schaffen, sodass nicht zuletzt auch ‚Integrationsschleusenquartiere‘ ‚Exitoptionen‘ bieten.

4. Illustration

„Ich habe hier ein sehr gutes Netzwerk vorgefunden. Also wir machen ganz viel mit dem Bürgerladen zusammen [...]. Hier in diesem Quartier ist es üblich, dass einmal im Monat ein Mitarbeiterkreis stattfindet, mit sämtlichen Institutionen, und es sind auch fast alle vertreten. Also Polizei, Jugendamt, Jobcenter, Kindergärten, Sportvereine und die Kirchengemeinden. Diese Vernetzung gibt es schon seit 25 Jahren. Ich habe einen recht guten Kontakt zu den Russlanddeutschen gehabt [...]. Und die vom Bürgerladen hatten eher den Kontakt zur libanesisch stämmigen Bevölkerung. Also ja, es war einfach ganz gut, dass wir da zu unterschiedlichen Gruppen Zugänge hatten“ (I_EH-02: 12ff.).

Reflexionsfragenliste 3	Reflexionsnotizen	
1. Gibt es für Integrationsaufgaben relevante Gremien im Quartier?	Ja:	Nein:
1.1 Wenn ja: Welche?	Erläuterung:	
1.2 Wenn nein: Welche Akteur_innen müssen vernetzt werden?	Ideen:	
2. Besteht Kontakt zu Repräsentant_innen verschiedener Bewohnergruppen im Quartier?	Ja:	Nein:
2.1 Wenn ja: Um welche Akteur_innen handelt es sich?	Erläuterung:	
2.2 Wenn nein: Zu welchen Repräsentant_innen kann Kontakt aufgebaut werden?	Erläuterung:	

5. Illustration

„Naja, ich meine, die Herausforderung, die Spaltung der Stadt, wenn man so will. Und die, ja, zu verhindern, dass die Stadtteile eben weiter absinken, die eben jetzt schon sehr belastet sind, und das, finde ich, entwickelt sich doch in so ‘ne Richtung, dass es da immer schwieriger wird tatsächlich und immer mehr Problemlagen obendrauf kommen, die diese Ankommensstadtteile, wie auch immer man sie nennen will, zu stemmen haben. Und das finde ich die größte Herausforderung. Da jetzt tatsächlich Programme und Ideen zu entwickeln um zielgenau und auch schnell und wirksam dem entgegenzuwirken, weil da braucht es einfach andere Konzepte und da kann ich nicht mit der Gießkanne die gleichen Programme fahren, da muss ich halt Schwerpunkte setzen und das ist ‘ne große Herausforderung“ (I_EA-05: 22ff.).

6. Illustration

„Und das finde ich bei der ganzen Diskussion, müssen wir, dann bin ich zum Beispiel auch dafür, muss man einfach ungleich behandeln. Dann muss man mehr Geld in die Infrastruktur im Norden stecken, da muss man mehr Geld in die Schulbildung stecken. Dann muss man mehr Geld in die Sozialarbeit stecken und natürlich auch in die Quartiersarbeit, um das Thema dann noch mal aufzugreifen. Und das wird auch immer so sein, und deswegen bedürfen diese Stadtteile eben unserer besonderen Aufmerksamkeit, damit wir denjenigen, die gehen wollen die Möglichkeit geben“ (I_E-04:716ff; 518ff.).

Teilthema *Governance* der Integrationspolitik – operative Ebene

Um im Sinne einer integrierenden Stadt(teil)entwicklung die kommunalpolitische Gestaltung der Quartiersentwicklung im Verbund mit einer starken Zivilgesellschaft in eine gesamtstädtische Strategie einzubinden, ist es günstig, raumorientiertes Verwaltungshandeln mit intermediär arbeitenden Akteur_innen auf Quartierebene zu verknüpfen.

Reflexionsfragenliste 4	Reflexionsnotizen	
1. Gibt es in der Kommune quartierspezifische Fördergebiete, z. B. aus dem Programm <i>Soziale Stadt</i> ?	Ja:	Nein:
<u>1.1 Wenn ja</u> : Kann bei der Bestandsaufnahme auf integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte zurückgegriffen werden?	Ja, auf welche?:	Nein, weil:
2. Ist ein bereichsbezogenes Steuerungsverständnis in der Kommune gängig?	Ja, weil:	Nein, weil:
<u>2.1 Wenn ja</u> : Besteht die Möglichkeit, stadtteilbezogene Sozialplanungskonferenzen bereichsübergreifend durchzuführen?	Ja, weil:	Nein, weil:
<u>2.2 Wenn ja</u> : Können intermediär arbeitende Akteur_innen in bereichsübergreifende Sozialplanungskonferenzen einbezogen werden?	Ja, weil:	Nein, weil:
<u>2.3 Wenn ja</u> : Können für intermediäre Akteur_innen quartierbezogen arbeitende Ämterlots_innen als Ansprechpartner_innen benannt werden?	Ja, weil:	Nein, weil:

Teilthema Schulbildung – strategische Ebene

Im Hinblick auf den Bereich der schulischen Bildung ist zu berücksichtigen, dass Lernbedingungen in belasteten Stadtteilen nicht allein auf kommunaler Ebene verbessert werden können. Zwar fungiert die Kommune als Schulträger. Für die personelle Ausstattung der Schulen ist jedoch das Land zuständig. Für den Ausgleich ungleicher Bildungschancen ist es beispielsweise nicht förderlich, wenn alle Schulen eine_n Schulsozialarbeiter_in aus Mitteln finanzieren müs-

sen, die für Lehrkräfte vorgesehen sind. Auf Grundlage einer ämterübergreifenden Sozialplanung, aus der hervorgeht, dass in einem ‚Ankunftsstadtteil‘ vermehrt Kinder von anerkannten Asylbewerber_innen eingeschult werden und dass aufgrund eines niedrigen Mietniveaus weitere Einschulungen zu erwarten sind, kann versucht werden, eine Modifikation der Personalstellenbemessung beim Landesschulministerium einzufordern. Aber auch die aktive Einbeziehung von Kommunapolitiker_innen ist zielführend und kann helfen, Herausforderungen wie die Bereitstellung zusätzlicher Klassenräume, die Begleitung traumatisierter Kinder, den Übergang geflüchteter Kinder von Förder- in Regelklassen oder die Sensibilisierung geflüchteter Eltern für Fragen der frühkindlichen und schulischen Bildung zu bewältigen.

Reflexionsfragenliste 5	Reflexionsnotizen	
1. Sind die (Personal-)Ressourcen in den Schulen ausreichend?	Ja:	Nein:
1.1 Wenn nein: Welche Möglichkeiten zur Aufstockung von (Personal-)Ressourcen sind vorhanden?	Ideen:	
2. Wie kann die Einbindung der Eltern in den Schulen gelingen?	Ideen:	
3. Wie können Eltern für die frühkindliche Bildung sensibilisiert werden?	Ideen:	

Teilhema Schulbildung – operative Ebene

Mit dem Wechsel geflüchteter Kinder von Förder- in Regelklassen geht die Herausforderung einher, Unterrichtskonzepte zu entwickeln, die sicherstellen, dass trotz ihres erhöhten Förderbedarfs die Förderung der anderen Kinder nicht zu kurz kommt. In diesem Zusammenhang sind u. a. die Entwicklung sprachfördernder Unterrichtsmaterialien, die Etablierung von Schülerpatenschaften oder Nachhilfeangebote für Lesen und Schreiben in der Heimatsprache sowie auf Deutsch relevant.

7. Illustration

„Ich denke aber, man kann sich ja leicht vorstellen, wenn man sich mal die Schulen anschaut, was es bedeutet, wenn 15, 20 oder mehr Sprachen in einer Klasse gesprochen werden, aber verhältnismäßig wenig Deutsch oder gutes Deutsch. Wie sind da die Lernbedingungen? Also die Lernbedingungen sind effektiv schwieriger. Also wenn man jetzt Bildung als Schlüssel für Entwicklung sieht, ist da ja schon mal so ein wichtiger Punkt angelegt, es gibt noch viele weitere“ (I_E-02: 130ff.).

Reflexionsfragenliste 6	Reflexionsnotizen	
1. Wie können Nachhilfeangebote für Kinder organisiert werden?	Ideen:	
2. Wie kann mit Altersunterschieden zwischen heimischen und Flüchtlingskindern innerhalb der Klassen umgegangen werden?	Ideen:	
3. Wie kann sowohl eine gezielte Förderung geflüchteter Kinder in Sprachförderklassen als auch deren Kontakt zu Kindern der Regelklassen sichergestellt werden?	Ideen:	
4. Wie kann geflüchteten Kindern und Jugendlichen auch in ihrer Muttersprache ein entsprechendes Sprachwissen vermittelt werden?	Erläuterung:	
5. Wie kann geeignetes Lernmaterial für die jeweiligen Sprachen zur Verfügung gestellt werden?	Erläuterung:	
6. Wie kann auch nach dem Wechsel in Regelklassen eine spezifische, zusätzliche Förderung stattfinden?	Ideen:	
7. Bestehen Möglichkeiten zur Betreuung traumatisierter oder psychisch kranker Kinder und Jugendlicher?	Möglichkeiten:	
8. Stehen genügend Räumlichkeiten für die Beschulung der neuen Schüler_innen zur Verfügung?	Ja:	Nein:
<u>8.1 Wenn nein:</u> Wie können kurzfristig Alternativen zur Verfügung gestellt werden?	Ideen:	
9. Wie kann sichergestellt werden, dass trotz des erhöhten Förderbedarfs die Förderung aller Kinder nicht zu kurz kommt?	Erläuterung:	

Teilhema Erwachsenenbildung – strategische und operative Ebene

Im Bereich der Erwachsenenbildung ist mit Blick auf geflüchtete Menschen zweierlei von besonderer Bedeutung: die Optimierung von Übergängen (z. B. zwischen zwei aufeinander aufbauenden Sprachkursen) sowie die Sicherstellung des Zugangs zu niederschweligen (beruflichen) Tätigkeiten für (noch) mit dem Erwerb der deutschen Sprache befasste Personen.

8. Illustration

„Diese beiden Damen erledigen vieles, was im Alltag in Sachen Beratung ansteht. Sie sind [...] keine Sozialarbeiterinnen. Sondern ihre Qualifikation ist ihre eigene Lebensgeschichte. Das heißt, sie haben alle selber einen Migrationshintergrund und kennen Vieles von dem, was die Erfordernisse beim Job Center oder bei Kindergärten angeht“ (I_EH-01: 347ff.).

Reflexionsfragenliste 7	Reflexionsnotizen	
1. Welche Akteur_innen können dazu beitragen, den Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. ins Berufsleben zu verbessern?	Ideen:	
2. Wie können zeitliche Lücken etwa zwischen zwei (Sprach-)Kursen im Sinne der Betroffenen geschlossen werden? Können zivilgesellschaftlich organisierte Kursangebote an dieser Stelle etwas beitragen?	Ideen:	
3. Wie lässt sich die für den Erwerb von Sprachkenntnissen, die für eine Beschäftigung ausreichend sind, notwendige Zeit (ca. drei Jahre) sinnvoll gestalten?	Ideen:	
4.1 Bestehen Möglichkeiten für Training-on-the-job-Maßnahmen?	Ja:	Nein:
4.2 Bestehen Beschäftigungsmöglichkeiten, die keine umfassenden Sprachkenntnisse voraussetzen?	Ja:	Nein:
4.3 Gibt es Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement?	Möglichkeiten:	
4.4 Gibt es niederschwellige, integrierende Aktivitäten (z. B. Sportveranstaltungen), die den Spracherwerb (als Nebenprodukt) befördern?	Ideen:	
4.5 Gibt es einen Überblick über alle haupt- und ehrenamtlich organisierten Angebote zum Sprachenlernen?	Ja:	Nein:
5. Erlangen in der Kommune auch Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus Zugang zu Bildungs- und Integrationsangeboten?	Ja:	Nein:
6. Wie kann für Frauen der Zugang zu Bildungsangeboten und/oder Sprachkursen verbessert werden?	Ideen:	
7. Gibt es Betreuungsangebote für Kinder geflüchteter Personen, die an Angeboten der Erwachsenenbildung teilnehmen?	Ja:	Nein:

Teilthema Arbeitsmarktintegration – strategische Ebene

In einem der Fallstudienquartiere wurde eine Informationsstelle eingerichtet, bei der sich anerkannte Asylbewerber_innen über die Anerkennung ihrer beruflichen und/oder akademischen Qualifikationen in Deutschland informieren können. Dies versetzt sie in die Lage, sich frühzeitig um eine für die Ausübung ihres Berufs gegebenenfalls erforderliche Nachqualifizierung zu kümmern. Darüber hinaus hat es sich als hilfreich erwiesen, wenn Akteur_innen, die über die Anerkennung von Qualifizierungen oder über Nachqualifizierungsoptionen informieren, auch über Branchen und Unternehmen informiert sind, die daran interessiert sind, geflüchtete Personen einzustellen.

9. Illustration

„Das heißt Frau GB nutzt ihre Kontakte und weiß, da ist jemand, der sucht ‘was Handwerkliches in dem und dem Bereich, dann wissen wir, was es gibt in Altena. Wenn man sich da austauscht, dann geht das gut“ (I_A-01: 1333ff.).

Allerdings werden quartierspezifische Arbeitsmarktintegrationspotentiale nicht vollends ausgeschöpft, wenn lediglich mit jenen Unternehmen kooperiert wird, die aufgrund von Fachkräftemangel oder wegen ihres Bedarfs an ungelernten (bzw. anlernbaren) Hilfskräften geflüchtete Personen einstellen wollen. In Altena hat sich das Format des *Handwerkerfrühstücks* bewährt, um kleine und mittlere Unternehmen zur Einstellung geflüchteter Personen zu motivieren. Hinzu kommt dort die Unterstützung der Stadt, wenn es darum geht, aufenthaltsrechtlich bedingte Beschäftigungshürden aus dem Weg zu räumen.

10. Illustration

„Was ich gut fand, ich glaube es war im Januar 2016, da hat der Bürgermeister eingeladen zu einem sogenannten Unternehmerfrühstück. Das fand ich auch eine schöne Aktion. Und zwar hat er da die großen Unternehmen hier eingeladen, hier aus der Stadt. Und da wurde mal ausgelotet, welche Möglichkeiten gibt es, die Leute zu beschäftigen, vom Status“ (I_A-02: 910ff.).

Mit Blick auf die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen kann es auch sinnvoll sein, jene Unternehmen systematisch zu erfassen, die Bedarf an ungelernten (bzw. anlernbaren) Hilfskräften haben.

11. Illustration

„Ausbildung hör ich zum Beispiel, da könnten und würden Unternehmen mehr ausbilden wollen, aber da sind die Genehmigungsgeschichten, was Staat und Stadt angeht, ein Problem noch. Also es würden viel mehr Unternehmen Dinge tun, aber es hängt oft an vielen Sachen“ (I_E-01: 327ff.).

Reflexionsfragenliste 8	Reflexionsnotizen	
1. Werden Kenntnisse darüber, welchen Ausbildungsstand geflüchtete Personen haben, zentral erfasst?	Ja:	Nein:
<u>1.1 Wenn nein:</u> Wie lassen sich diese Kenntnisse erfassen?	Ideen:	
2. Besteht die Möglichkeit für geflüchtete Personen, sich über die Anerkennung ihrer Abschlüsse in Deutschland zu informieren?	Ja:	Nein:
<u>2.1 Wenn nein:</u> Wie kann ein entsprechendes Beratungsangebot aufgebaut werden?	Ideen:	
3. Welche Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen, wenn kein sicherer Aufenthaltstitel vorliegt?	Ideen:	
4. Gibt es Unternehmen, die bereit sind, Geflüchtete trotz unsicherem Aufenthaltstitel zu beschäftigen?	Ja:	Nein:
<u>4.1 Wenn ja:</u> Wie können diese Unternehmen sinnvoll unterstützt werden?	Ideen:	
5. Bei welchen (lokalen) Unternehmen besteht ein Fachkräftemangel?	Hinweise:	
<u>5.1</u> Wie kann der Kontakt zu diesen Unternehmen (bzw. den betreffenden Branchen) hergestellt werden?	Ideen:	
6. Bei welchen (lokalen) Unternehmen besteht Bedarf an ungelernten Hilfskräften?	Notizen:	
<u>6.1</u> Wie kann der Kontakt zu diesen Unternehmen hergestellt werden?	Ideen:	
7. Welche Möglichkeiten bestehen, Unternehmen bei der Bewältigung der mit der Einstellung geflüchteter Personen verbundenen bürokratischen Hürden unter die Arme zu greifen?	Ideen:	

Teilthema Arbeitsmarktintegration – operative Ebene

Die aktive Beförderung der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen beruht auf dem Zusammenspiel von Akteur_innen aus Politik, Verwaltung, (lokaler) Ökonomie und Zivilgesellschaft. Die konkreten Integrationspotentiale der lokalen Ökonomie dürfen dabei allerdings nicht überschätzt werden. Ihr größtes Potential dürfte darin bestehen, geflüchteten Personen, die sich noch im Spracherwerb befinden, eine temporäre, bezahlte Tätigkeit zu bieten.

12. Illustration

„Also [...], wenn du die Dönerbuden nur dazu nutzt, in dieser deutschen Sprache nicht ankommen zu müssen, denn ‚es wird schon reichen, den Döner zu verteilen‘ als mögliche Perspektive für mein Arbeitsleben, dann ist es auch ‚ne Gefahr“ (I_E-01: 544ff.).

13. Illustration

„Also wir brauchen jetzt nicht mehr Gemüseläden, wo der Vater den Gemüseladen gründet und der Sohn den Gemüseladen irgendwann übernimmt, sondern wir brauchen letztendlich einen Aufstiegswillen innerhalb der Migranten, der dazu führt, was uns groß gemacht hat, letztendlich hier auch, [...] dass eben der Vater und die Mutter sagen, meinem Kind soll es besser gehen“ (I_E-04: 735ff.).

Sobald sich geflüchtete Personen die deutsche Sprache angeeignet haben, sollten mit ihnen Ausbildungs- oder Beschäftigungsoptionen auch außerhalb der lokalen Ökonomie eruiert werden. Als ‚Einflugschneisen‘ in den Arbeitsmarkt kommen dabei auch Praktika in Frage.

14. Illustration

„Das hat hier in fünf Fällen schon erfolgreich funktioniert, dass die Menschen einen Praktikumsplatz bekommen haben und da war der Arbeitgeber auf einmal so begeistert, dass er gesagt hat: Den stelle ich ein, den will ich haben, der bekommt einen Ausbildungsplatz. Oder der andere hat einen Platz bei der Deutschen Bank bekommen. Noch einer bei der Deutschen Bank“ (I_EH-01: 175ff.).

Hier haben die Forschungsergebnisse gezeigt: Es sind vor allem operativ tätige Akteur_innen, wie Mitarbeiter_innen in Bürgerzentren oder Quartiermanager_innen, die über informelle Netzwerke an Informationen gelangen, welche Unternehmen Praktikumsstellen vergeben.

Reflexionsfragenliste 9	Reflexionsnotizen	
1. Bestehen Kontakte zur lokalen migrantischen Ökonomie?	Ja:	Nein:
1.1 Wenn nein: Wie können die lokalen Unternehmen für die Beschäftigung von Flüchtlingen sensibilisiert werden?	Ideen:	
2. Wie lassen sich Integrationspotentiale der lokalen migrantischen Ökonomie so nutzen, dass geflüchtete Menschen dort nicht dauerhaft prekär beschäftigt sind?	Ideen:	
3. Wie können die informellen Netzwerke in Quartieren für die Vermittlung von Jobs und Praktika sinnvoll genutzt werden?	Ideen:	
3.1 Wer sind dafür wichtige Ansprechpartner_innen?	Ideen:	

Teilthema Wohnraumversorgung – strategische Ebene

Die Wohnstandortwahl geflüchteter Menschen mit einem Aufenthaltstitel hängt vorrangig von der Verfügbarkeit von (günstigem) Wohnraum, aber auch von den Anknüpfungsmöglichkeiten an vertraute und/oder heimatstiftende *communities* ab. Eine direkte Einflussnahme von kommunaler Seite ist hier in aller Regel nicht möglich. Wichtig erscheinen in diesem Zusammenhang u. a. ein gelassener Umgang mit Segregationstendenzen (vgl. das Beispiel Essen) sowie die Gewährleistung einer ‚attraktiven‘ Wohnsituation, die (insbesondere auch jungen Menschen) einen Anreiz bietet, längerfristig am Ort zu bleiben (vgl. das Beispiel Altena). In jedem Fall erscheint in diesem Zusammenhang eine Kooperation zwischen Kommune und kommunalen bzw. in öffentlichem Besitz befindlichen Wohnbaugesellschaften erstrebenswert.

Reflexionsfragenliste 10	Reflexionsnotizen	
1. Mit welchen Anreizen kann die Wohnstandortwahl geflüchteter Menschen gesteuert werden?	Ideen:	
2. Wie können geflüchtete Menschen möglichst schnell in eine eigene Wohnung vermittelt werden?	Ideen:	
3. Ist die Übernahme der Mietverträge bei einer vorherigen dezentralen Unterbringung durch die Geflüchteten möglich, sodass ein Umzug vermieden werden kann?	Ja:	Nein:
4. Welche Kooperationsmöglichkeiten mit (kommunalen) Wohnbaugesellschaften bestehen, um für geflüchtete Menschen eine Wohnungsvermittlungsstelle einzurichten?	Ideen:	

Teilthema Wohnraumversorgung – operative Ebene

Verlassen geflüchtete Personen zentrale Erstunterbringungseinrichtungen, gilt es, den damit einhergehenden Beziehungsabbruch zu reflektieren und Vorgehensweisen für dessen Kompensation zu entwickeln. Insofern spielen auch Fragen der Mobilität eine Rolle für die Integration geflüchteter Menschen, nachdem diese in den regulären Wohnungsmarkt integriert sind.

Reflexionsfragenliste 11	Reflexionsnotizen	
1. Wie lässt sich sicherstellen, dass Geflüchtete nach dem Umzug in eine eigene Wohnung ihre zuvor geknüpften Kontakte aufrechterhalten?	Ideen:	
1.1. Kennen haupt- oder ehrenamtliche Bezugspersonen die neuen Wohnorte der Geflüchteten?	Ja:	Nein:
3. Welche Möglichkeiten bestehen, um menschenwürdige Wohnverhältnisse sicherzustellen?	Ideen:	
4. Bestehen ausreichende infrastrukturelle Mobilitätsressourcen für Geflüchtete?	Ja:	Nein:
4.1 Wenn nein: Sind integrationsrelevante Institutionen für Geflüchtete mit dem ÖPNV oder fußläufig erreichbar oder sind rotierende/mobile ‚Sprechstunden‘ denkbar?	Ja:	Nein:
4.2 Wenn nein: Können alternative/zivilgesellschaftlich organisierte Mobilitätsangebote geschaffen werden (z. B. Fahrgemeinschaften)?	Ideen:	

10.2.2 Thema Unsicherheiten

Strategischer Umgang mit Unsicherheiten

Die strategische Aufgabe bei der bedarfsgerechten Anpassung von kommunalen Infrastrukturen vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Geflüchteten besteht darin, nur so viele besondere Strukturen für Geflüchtete wie nötig zu schaffen und dafür zu sorgen, dass diese möglichst dieselben (Regel-)Infrastrukturen in Anspruch nehmen können wie alle anderen Bürger_innen. Dies geht mit der Notwendigkeit einher, Regelstrukturen so weiterzuentwickeln, dass sie geflüchtete Menschen auch ansprechen, aufnehmen und entsprechend fördern können. Eine Balance aus gesamtkommunaler Strategie und quartierspezifischen Vorgehensweisen ist in diesem Zusammenhang förderlich.

15. Illustration

„Also ich glaube, dass eine gewisse Grundstruktur auf der operativen und strategischen Ebene [hilfreich ist], damit wir auch noch eine gewisse Synchronität haben in den Stadtbezirken – das wären ja woanders ganze Städte [...]. So können alle Bezirksstellenleiter der Sozialen Dienste, deren Aufgaben wir in den letzten Jahren schon weg von der Hilfe und der Erziehung hin mehr zum Quartier entwickelt haben, also auch ressortübergreifend arbeiten, und wir können in allen Stadtbezirken auf diese Personen oder auf diese Struktur zurückgreifen. Alle Stadtbezirke sollen dazu eine zusätzliche, wir nennen das Stabstelle, der Begriff ist vielleicht nicht so schön, weil er immer so ein bisschen militärisch klingt, kriegen, die das Thema Integration in den Quartieren fallunabhängig in den Blick nehmen sollen, das organisieren wir überall gleich“ (I_E-03: 455ff.).

Reflexionsfragenliste 12	Reflexionsnotizen	
1. Gibt es ein Konzept zur Anpassung sozialer Infrastrukturen an sich verändernde Bedarfe und Bedarfszahlen?	Ja:	Nein:
<u>1.1 Wenn ja</u> : Was sieht dieses Konzept vor? Wie wird dessen Tragfähigkeit eingeschätzt?	Notizen:	
2. Gibt es ein kommunales Konzept zur Stärkung von Regelangeboten?	Ja:	Nein:
<u>2.1 Wenn ja</u> : Was sieht dieses Konzept vor? Wie wird dessen Tragfähigkeit eingeschätzt?	Notizen:	
3. Sind die Angebote von Regeleinrichtungen bei geflüchteten Personen bekannt; gibt es mehrsprachige Hinweise auf diese Angebote?	Ja:	Nein:
4. Sind Regeleinrichtungen des Quartiers ‚kultursensibel‘ aufgestellt bzw. ausgestattet?	Ja:	Nein:
<u>4.1 Wenn nein</u> : Wie können Mitarbeiter_innen von Regelinstitutionen hinsichtlich ihrer interkulturellen Kompetenz gefördert werden?	Ideen:	

Operativer Umgang mit Unsicherheiten

Geflüchtete sollten nicht (allein) als Empfänger_innen (vermeintlicher) Hilfen, sondern auch als Koproduzent_innen von Hilfe gelten. Insbesondere anerkannte Asylbewerber_innen sind als Kooperationspartner_innen bei der Integrationsarbeit anzusehen.

16. Illustration

„Die [...] Perspektive, die meines Erachtens super wichtig ist, ist das Stichwort ‚Flüchtlinge als Koproduzenten‘ der Hilfe. Flüchtlinge sollen nicht einfach als Hilfeempfänger und Bedürftige gesehen werden. Ein Kollege hat mal davon gesprochen die Ressourcen zu scannen, also welche Kompetenzen bringen die Menschen mit? Da sind ja durchaus auch Menschen mit Kompetenzen zu uns geflüchtet“ (I_E-03: 482ff.).

Um geflüchteten Personen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit zu ermöglichen und um an ihre individuellen Kompetenzen und Motivationen anzuknüpfen, ist es günstig, nicht fürsorge-, sondern stärken- und willensorientiert mit ihnen (und nicht für sie) zu arbeiten.

Reflexionsfragenliste 13	Reflexionsnotizen	
1. Werden die Motivationen, Stärken und Ressourcen geflüchteter Menschen systematisch erfasst?	Ja:	Nein:
<u>1.1 Wenn nein:</u> Mithilfe welcher Methodik lassen sich Motivationen, Stärken und Ressourcen Geflüchteter eruieren?	Ideen:	
2. Welche Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten stehen Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung (z. B. Entwicklung von Regeln, Raumgestaltung, Nahrungszubereitung etc.)?	Notizen:	

10.2.3 Thema Anerkennung

Mit Blick auf die Transformation einer Willkommens- hin zu einer Anerkennungskultur besteht eine strategische Aufgabe darin, die Partizipation geflüchteter Personen an kommunalpolitischen und zivilgesellschaftlichen Prozessen sicherzustellen. Eine operative Aufgabe besteht in der Vermittlung von Zugängen zu interkulturellen Rückzugs- und Austauschräumen.

Reflexionsfragenliste 14	Reflexionsnotizen	
1. Wie kann die politische Partizipation Geflüchteter gefördert werden?	Ideen:	
2. Haben Bürger_innen und Geflüchtete Möglichkeiten, ihre Anliegen bei Politik und Verwaltung vorzubringen (z. B. Bürgersprechstunden)?	Ja:	Nein:
<u>2.1 Wenn ja:</u> Sind diese Möglichkeiten der Öffentlichkeit bekannt?	Ja:	Nein:
<u>2.2 Wenn nein:</u> Wie und von wem können sie initiiert werden?	Ideen:	
3. Welche Begegnungsräume und -möglichkeiten für geflüchtete Personen bestehen auf Quartierebene?	Notizen:	

10.2.4 Thema Kohäsion

Teilthema zivilgesellschaftliches Engagement – strategische Ebene

Um in der Integrationsarbeit Transparenz herzustellen und Doppelstrukturen zu vermeiden, gilt es, einen Überblick über alle in diesem Bereich tätigen zivilgesellschaftlichen Initiativen zu gewinnen. Im nächsten Schritt kann eine solche ‚Inventarisierung‘ auch eine Grundlage bieten, zivilgesellschaftliche Potentiale quartierübergreifend zu bündeln. Beispielsweise könnten im Fall diesbezüglicher ‚Überkapazitäten‘ in einem Quartier die dort aktiven zivilgesellschaftlichen Akteur_innen nach ihrer Bereitschaft gefragt werden, sich auch andernorts einzubringen. Darüber hinaus lässt sich zivilgesellschaftliches Engagementpotential fördern und stabilisieren, wenn verlässliche Rahmenbedingungen bestehen – dies betrifft insbesondere das Vorhandensein von Beratungs- bzw. Unterstützungsstellen sowie die Klärung gegenseitiger (Rollen-)Erwartungen von hauptamtlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen.

Reflexionsfragenliste 15	Reflexionsnotizen	
1. Sind alle Akteur_innen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren (wollen), systematisch erfasst?	Ja:	Nein:
<u>1.1 Wenn ja:</u> Wie können Doppelstrukturen und -angebote vermieden werden?	Ideen:	
<u>1.2 Wenn nein:</u> Wie kann Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Initiativen aufgenommen werden?	Ideen:	
2. Wie kann ein quartierübergreifender Ressourcentransfer sichergestellt werden (z. B. bei fehlenden Kapazitäten im einen Stadtteil, aber hinreichender Ressourcenausstattung in einem anderen)?	Ideen:	
3. Welche unterstützenden Begleitstrukturen bestehen für zivilgesellschaftlich engagierte Personen (z. B. die Möglichkeit zur Supervision)?	Notizen:	
4. Sind die spezifischen Potentiale, die je im Ehren- und Hauptamt liegen, eruiert und sinnvoll miteinander kombiniert?	Ja:	Nein:
<u>4.1 Wenn nein:</u> Wer kann diesen Prozess initiieren und moderieren?	Ideen:	
5. Gibt es Stellen zur Begleitung bürgerschaftlich engagierter Personen?	Ja:	Nein:
<u>5.1 Wenn ja:</u> Sind diese Stellen den Betroffenen bekannt?	Ja:	Nein:
<u>5.2 Wenn nein:</u> Wie kann bei Bedarf eine Begleitung trotzdem sichergestellt werden?	Ideen:	
6. Besteht für die ehrenamtliche Arbeit eine ausreichende (räumliche) Infrastruktur?	Ja:	Nein:

17. Illustration

„[D]er ein oder andere Ehrenamtler wird sich da sehr viel zugemutet haben. Die haben sich da ja reingesteigert, übernommen. Oder wenn du dann hörst, dass dann der ein oder andere 'mal einen längeren Urlaub macht, um sich von allem zu erholen, dann weißt du, dass die sicherlich ganz ganz viel Stress hatten, mit ihren Schützlingen“ (I_A-02: 1015ff.).

Teilhema zivilgesellschaftliches Engagement – operative Ebene

Zur Stärkung und Verstetigung zivilgesellschaftlicher Potentiale im Quartier ist die Gewinnung neuer bürgerschaftlich engagierter Akteur_innen mit und ohne Migrationsgeschichte essentiell.

Reflexionsfragenliste 16	Reflexionsnotizen	
1. Werden Anliegen, Wünsche und Sorgen von Personen, die sich bürgerschaftlich engagieren oder die an einem bürgerschaftlichen Engagement interessiert sind, systematisch erfasst?	Ja:	Nein:
<u>1.1 Wenn nein:</u> Wie können die betreffenden Informationen zusammengetragen werden?	Ideen:	
2. Sind das Engagementpotential und die Angebote von Migrantenselbstorganisationen, Religionsgemeinschaften und Kulturvereinen bekannt?	Ja:	Nein:
<u>2.1 Wenn nein:</u> Wie kann Kontakt zu Multiplikator_innen aus den betreffenden <i>communities</i> aufgebaut werden?	Notizen:	

Teilhema Ankommen im Quartier – strategische Ebene

Damit geflüchtete Personen, die in einem für sie neuen Quartier untergebracht sind, Kontakte zu dort schon länger lebenden Menschen aufbauen können, ist es erforderlich, dort Begegnungsgelegenheiten zu schaffen. Mit diesem Ziel können geeignete Räumlichkeiten als ‚Hardware‘ für flexibel zu ‚installierende‘ Angebote und Projekte genutzt werden.

Reflexionsfragenliste 17	Reflexionsnotizen	
1. Gibt es in den Quartieren organisierte Gelegenheiten zur Begegnung?	Ja:	Nein:
<u>1.1 Wenn ja:</u> Sind die Begegnungsgelegenheiten inklusiv und zielgruppenübergreifend angelegt (mehrsprachige Einladung, persönliche Ansprache, Barrierefreiheit, kompromissorientierte Öffnungszeiten)?	Ja:	Nein:
<u>1.2 Wenn nein:</u> Auf welche Räumlichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten könnte zur Etablierung von Begegnungsgelegenheiten zurückgegriffen werden?	Ideen:	

Teilthema Ankommen im Quartier – operative Ebene

Als flexible Formate der Förderung von Kontakten zwischen alteingesessenen und zugezogenen Bewohner_innen sind beispielsweise quartierspezifische Gremienstrukturen oder Patenschaftsmodelle denkbar. Diese können auch als Humus für ein gegebenenfalls erforderliches Konfliktmanagement im Quartier fungieren.

18. Illustration

„Dann gibt's Patenschaften von deutschen Familien hier im Stadtbezirk, die Flüchtlingen dann auch dementsprechend zur Seite stehen“ (I_EH-03: 119-120).

19. Illustration

„Ja also die Bürgersprechstunde haben wir ja nicht angelegt wegen EU-Zuwanderung, sondern Hintergrund war, um das 'mal deutlich zu formulieren, die Flüchtlingskrise mit einer Zeltstadt, wo wir gedacht haben, oh je, bevor alle abwandern und möglicherweise AfD-Parolen irgendwann 'mal schreien, gehen wir 'mal hin und versuchen, den Druck, der da möglicherweise in dieser Frage existiert, aufzugreifen. Und siehe da, natürlich ging es auch ein bisschen um Flüchtlinge, aber die eigentlichen Probleme waren im Wohnumfeld gelagert und da muss man einfach sagen, ja, da gab es viel Resignation, Enttäuschung“ (I_AE-01: 232ff.).

Reflexionsfragenliste 18	Reflexionsnotizen	
1. Welche Gremienstrukturen bestehen auf Quartiersebene zum Thema Zusammenleben, bei denen... ...Bürger_innen mit Akteur_innen aus Politik und Verwaltung diskutieren können? ...Bürger_innen sich untereinander austauschen können? ...Alteingesessene mit Geflüchteten in Kontakt kommen können?	Erläuterungen:	
2. Welche informellen Begegnungsorte nutzen die Bürger_innen zum Austausch?	Notizen:	
3. Bestehen formale (z. B. im Rahmen des Quartiermanagements) oder zivilgesellschaftliche Strukturen, um Konflikte (bzw. Konfliktpotentiale) zu erfassen und gegebenenfalls zwischen den Parteien zu vermitteln?	Ja, weil:	Nein, weil:

Literaturverzeichnis

- Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Ager, Alastair/Strang, Alison (2004): Indicators of Integration. Final report, Edinburgh: Queen Margaret University College.
- Altenried, Moritz/Bojadžijev, Manuela/Höfler, Leif/Wallis, Mira (Hrsg.) (2017): Logistische Grenzlandschaften. Das Regime mobiler Arbeit nach dem ‚Sommer der Migration‘, Münster: Unrast Verlag.
- Amin, Ash (2002): Ethnicity and the multicultural city: living with diversity. In: Environment and Planning 34, Nr. 6, S. 959-980.
- Astheimer, Sven (2016): Dax Konzerne stellen nur 54 Flüchtlinge ein. <http://www.faz.net/-gqe-8iz20> (Zugriff: 19. Aug. 2016).
- Atteslander, Peter (2010): Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Aumüller, Jutta (2018): Die kommunale Integration von Flüchtlingen. In: Gesemann, Frank/Roth, Ronald (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: VS Verlag, S. 173-198.
- Aumüller, Jutta (2009): Die kommunale Integration von Flüchtlingen. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag, S. 111-130.
- Aumüller, Jutta/Daphi, Proska/Biesenkamp, Celine (Hrsg.) (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Aumüller, Jutta/Bretl, Carolin (2008): Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland, http://www.desi-sozialforschung-berlin.de/wp-content/uploads/Kommunale_Integration_von_Fluechtligen.pdf (Zugriff: 02. Feb. 2016).
- BA – Bundesagentur für Arbeit (2017): Fluchtmigration. Berichte: Arbeitsmarkt kompakt 11/2017, Nürnberg.
- Bacchi, Carol (2000): Policy as Discourse: What does it mean? Where does it get us? In: Discourse: Studies in the Cultural Politics of Education 21, Nr. 1, S. 45-57.
- Backes, Gertrud/Höltge, Jacqueline (2008): Überlegungen zur Bedeutung ehrenamtlichen Engagements im Alter. In: Erlinghagen, Marcel/Hank, Karsten (Hrsg.): Produktives Altern und

informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde, Wiesbaden: VS Verlag, S. 277-299.

Baringhorst, Sigrid (1999): Solidarität ohne Grenzen? Aufrufe zu Toleranz, Mitleid und Protest in massenmedialen Kampagnen. In: Bergmann, Jörg/Luckmann, Thomas (Hrsg.): Kommunikative Konstruktion von Moral. Von der Moral zu den Moralen, Wiesbaden: VS Verlag, S. 236-262.

Bauman, Zygmunt (2007): Leben in der Flüchtigen Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bauriedl, Sybille (2008): Räume lesen lernen. Methoden zur Raumanalyse in der Diskursforschung. In: Historical Social Research 33, Nr. 1, S. 278-312.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Integration von Flüchtlingen in den regulären Wohnungsmarkt, http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2017/bbsr-online-21-2017-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Zugriff: 16. Apr. 2018).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2015): In welchen Regionen es viel Leerstand und zahlreiche freie Arbeitsplätze gibt, http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Home/Topthemen/wohnungsleerstand_arbeitsstellen.html (Zugriff: 27. Okt. 2017).

BBSR/BMUB – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2017): Gemeinsame Evaluierung der Programme Stadtumbau Ost und Stadtumbau West, http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2017/evaluierung-stadtumbau-ost-west-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (06. Jun. 2018).

Berger, Maria/Galonska, Christian/Koopmans, Ruud (2004): Integration durch die Hintertür. Ethnisches Sozialkapital und politische Partizipation von Migranten in Berlin. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag, S. 251-272.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017): Hilfsbereite Partner. Muslimische Gemeinden und ihr Engagement für Geflüchtete, www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LW_Broschuere_Hilfsbereite_Partner_2017.pdf (Zugriff: 15. Feb. 2018).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015): Sozialbericht. Wegweiser Kommune, <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/altena+demographischer-wandel+2013-2015+tabelle> (Zugriff: 12. Dez. 2017).

Bertelsmann Stiftung (2006): Neues Altern in der Stadt. Bericht über die Analyse- und Zielfindungsphase 2006, <http://www.isg-institut.de/download/NAIS-ZB%20Jan%202007.pdf> (Zugriff: 28. Jan. 2018).

- Bertelsmann Stiftung/Stadt Altena (2006): Neues Altern in der Stadt. Leitbildentwurf und Szenarien für Altena 2020, http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Buergermeister/NAiS/BroschuereNAISNov2006.pdf (Zugriff: 16. Apr. 2018).
- BGBI – Bundesgesetzblatt (2016): Integrationsgesetz. Teil I Nr. 39, ausgegeben zu Bonn am 5. August 2016.
- Bielefeldt, Heiner (2011): Entgleisende Islamkritik. Differenzierung als Fairnessgebot. In: Meyer, Hendrik/Schubert, Klaus (Hrsg.): Politik und Islam, Wiesbaden: VS Verlag, S. 135-144.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziale (2016): Darstellung der Maßnahmen der Bundesregierung für die Sprachförderung und Integration von Flüchtlingen, Berlin.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2015): Fortschrittsbericht 2014 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung, Berlin: BMAS.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, <http://www.bmfsfj.de/blob/jump/115658/zweiter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (Zugriff: 15. Feb. 2018).
- Boeckh, Jürgen (2012): Einkommen und soziale Ausgrenzung. In: Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 319-341.
- Bömermann, Hartmut/Jahn, Susanne/Nelius, Kurt (2006): Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1). Werkstattbericht zum Projekt ‚Vereinheitlichung von Planungsräumen‘. In: Monatsschrift des Statistischen Landesamtes Berlin 8/2006, S. 366-371.
- Bommes, Michael (1996): Migration, Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat – kommunale Probleme im föderalen System. In: Bade, Klaus (Hrsg.): Migration – Ethnizität – Konflikt, Osnabrück: Rasch, S. 213-248.
- Borchardt, Andreas/Göthlich, Stephan (2009): Erkenntnisgewinnung durch Fallstudien. In: Albers, Sönke (Hrsg.): Methodik der empirischen Forschung, Heidelberg: Gabler, S. 33-43.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen: Schwartz, S. 183-198.
- Boswell, Christina (2009): Knowledge, Legitimation and the Politics of Risk. The Functions of Research in Public Debates on Migration. In: Political Studies 57, Nr. 1, S. 165-186.
- Boswell, Christina (2007): Theorizing Migration Policy: Is There a Third Way? In: International Migration Review 41, Nr. 1, S. 75-100.

- Bozdag, Cigdem/Möller, Johanna (2015): Transkulturalität, Migration und Diaspora. In: Hepp, Andreas/Adolf, Marian (Hrsg.): Handbuch Cultural Studies und Medienanalyse, Wiesbaden: VS Verlag, S. 333-344.
- Braun, Sebastian (2001): Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. In: Leviathan 29, Nr. 1, S. 83-109.
- Braun, Reiner/Simons Harald (2015): Familien aufs Land! Warum wir die Flüchtlinge im Leerstand unterbringen sollten und wie das funktionieren könnte. Berlin: Empirica Paper Nr. 228, https://www.empirica-institut.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen_Referenzen/PDFs/empi228rb.pdf (Zugriff: 7. Feb. 2018).
- Bröse, Johanna (2018): Migration und Arbeitsmarkt. In: Bröse, Johanna/Faas, Stefan/Stauber, Barbara (Hrsg.): Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit, Wiesbaden: VS Verlag, S. 203-221.
- Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (2017): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016. Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb30-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete-2016.pdf?__blob=publicationFile (16. Apr. 2018).
- Bürk, Thomas/Engel, Susen (2012): Zuwanderung aus dem Ausland - Eine Perspektive für Städte in peripherisierten Räumen? In: Bernt, Matthias/Liebmann, Heike (Hrsg.): Peripherisierung Stigmatisierung, Abhängigkeit? Wiesbaden: VS Verlag, S. 178-192.
- Bürkner, Hans-Joachim (2011): Sozialräumliche Disparitäten und soziale Mischung. Aktuelle Diskurslinien in Forschung und gesellschaftlicher Praxis. In: Belina, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke (Hrsg.): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen den Städten, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 16-42.
- Butterwegge, Christoph (2009): Globalisierung als Spaltpilz und sozialer Sprengsatz. Weltmarktdynamik und ‚Zuwanderungsdramatik‘ im postmodernen Wohlfahrtsstaat. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag/GWV Fachverlage, S. 55-102.
- Çakir, Naime (2014): Islamfeindlichkeit. Anatomie eines Feindbildes in Deutschland, Bielefeld: Transcript.
- Castro Varela, María do Mar (2015): Integrationsregime und Gouvernamentalität. Herausforderungen an interkulturelle/internationale soziale Arbeit. In: Neue Praxis Sonderheft 8/2005, S. 152-164.

- Ceylan, Rauf (2006): *Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Cheong, Pauline Hope/Edwards, Rosalind/Gouldbourne, Harry/Solomos, John (2007): *Immigration, social cohesion and social capital: A critical review*. In: *Critical Social Policy* 27, Nr.1, S. 24-49.
- Cyrus, Norbert/Treichler, Andreas (2004): *Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Von der Ausländerarbeit zur einwanderungsgesellschaftlichen Teilhabe*. In: Treichler, Andreas/Cyrus, Norbert (Hrsg.) *Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft*, Frankfurt an Main: Brandes & Apsel, S. 11-31.
- Dangschat, Jens S. (2004): *Segregation – ein Indikator für Desintegration?* In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 6, Nr. 2, S. 9-26.
- Dangschat, Jens/Alisch, Monica (2014): *Soziale Mischung – die Lösung von Integrationsherausforderungen?* In: Gans, Paul (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*, Hannover: Forschungsberichte der ARL, S. 200-218.
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weißmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar (2008): *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*, Berlin: Wagemann.
- Degele, Nina/Winker, Gabriel (2009): *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld: Transkript.
- DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2017): *Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt*. Berlin: arbeitsmarkttaktuell Nr. 4/2017, <http://www.dgb.de/themen/++co++5ce03fc0-7762-11e7-a774-525400e5a74a> (Zugriff: 7. Feb. 2018).
- Die Bundesregierung (2016a): *Gesetz in Kraft getreten. Integrationsgesetz setzt auf Fördern und Fordern*, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/08/2016-08-05-integrationsgesetz.html> (Zugriff: 24. Jan. 2018).
- Die Bundesregierung (2016b): *Bund-Länder-Treffen im Kanzleramt. Flüchtlinge. Bund entlastet Kommunen*, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/06/2016-06-16-bund-laender-treffen.html> (Zugriff: 05. Apr. 2018).
- Die Bundesregierung (2007): *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen*, Berlin.
- Diekmann, Andreas (2012): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.

- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2005): Difu-Berichte 4/2004 – Von Tante Emma zu Onkel Ali? Ethnische Ökonomie: Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab, <https://difu.de/node/4815> (Zugriff: 23. Jan. 2018).
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2002): Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt‘, Berlin: Difu.
- Drilling, Matthias (2008): Die Metapher vom Raum als soziale Landschaft. Perspektiven zur Überwindung der Dichotomie von Quartierskonzeptionen. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden: VS Verlag, S. 55-68.
- Elwert, G. (1982). Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34, Nr. 4, S. 717-731.
- Engel, Susen (2013): Migrations- und Integrationspotenziale im ländlichen Raum Deutschlands. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 61, Nr. 1, S. 84-97.
- Esser, Hartmut (2006) Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung, Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse, Darmstadt: Luchterhand.
- Etzold, Benjamin (2018): Arbeit trotz Asyl? Erlebte Chancen und Hürden von Geflüchteten beim Zugang zu Arbeit. In: Becker, Manuel/Kroneberg, Volker/Pompe, Hedwig (Hrsg.): Fluchtpunkt Integration. Panorama eines Problemfelds, Wiesbaden: Springer VS, S. 319-353.
- Faist, Thomas (2009): Diversity – a new mode of incorporation? In: Ethnic and Racial Studies 31, Nr. 1, S. 171-190.
- Farwick, Andreas (2014): Migrantenquartiere – Ressource oder Benachteiligung? In: Gans, Paul (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Hannover: Springer-Verlag, S. 219-238.
- Farwick, Andreas (2012): Segregation. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden: Springer-Verlag, S. 381-419.

- Farwick, Andreas (2008): Behindern ethnisch geprägte Wohnquartiere die Eingliederung von Migranten? In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden: VS Verlag, S. 209-232.
- Filsinger, Dieter (2018): Entwicklung, Konzepte und Strategien der kommunalen Integrationspolitik. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 315-343.
- Flake, Regina/Jambo, Svenja/Pierenkemper, Sarah/Risius, Paula/Werner, Dirk (2017): Beschäftigung und Qualifizierung von Flüchtlingen in Unternehmen. Die Bedeutung von Unterstützungsangeboten bei der Integration, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Flechtheim, Ossip K. (1982): Futurologie. Der Kampf um die Zukunft, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Flick, Uwe (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- Foroutan, Naika (2012): Wie geht die deutsche Gesellschaft mit Vielfalt um? Das Beispiel Muslime. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Deutschland, öffne dich! Willkommenskultur und Vielfalt in der Mitte der Gesellschaft verankern, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 109-128.
- Franke, Silke/Magel, Holger (Hrsg.) (2016) Flüchtlinge aufs Land? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, München: Hanns-Seidel-Stiftung.
- Friedrichs, Jürgen/Triemer, Sascha (2009): Gespaltene Städte? – Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten, Wiesbaden: Springer VS.
- Gans, Paul/Pott, Andreas (2018): Migration und Migrationspolitik in Europa. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 11-56.
- Gesemann, Frank (2018): Kommunale Bildungs- und Integrationspolitik im Kontext regionaler, sozialer und migrationsbedingter Disparitäten. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 461-488.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) (2009): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag.
- Gestring, Norbert (2011): Parallelgesellschaft, Ghettoisierung und Segregation. In: Meyer, Hendrik (Hrsg.): Politik und Islam, Wiesbaden: VS Verlag, S. 168-190.
- Glas, Markus (2017): Potenzial von jungen Flüchtlingen für eine Ausbildung im Handwerk. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, München: Deutsches Handwerkinstitut.

- Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hrsg.) (2009): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, Bielefeld: transcript Verlag.
- Glick-Schiller, Nina/Çağlar, Ayse (2013): Locating migrant pathways of economic emplacement: Thinking beyond the ethnic lens. In: Ethnicities 13, Nr. 4, S. 494-514.
- Glock, Birgit (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag.
- Grimm, Gaby/Hinte, Wolfgang/Litges, Gerd (2004): Quartiersmanagement. Eine kommunale Strategie für benachteiligte Wohngebiete, Berlin: Edition Sigma.
- gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (Hrsg.) (2015): Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus. Handlungsansätze aus der Arbeit vor Ort, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Engagement/Pdf-Anlagen/willkommenskultur-vs-rechtsextremismus,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 15. Jan. 2016).
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2003): Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen. In: Pieper, Marianne/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hrsg.): Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault, Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 161-178.
- Hackett, Sarah (2013): Foreigners, minorities and integration. The Muslim immigrant experience in Britain and Germany. In: Migration Letters 10, Nr. 3, S. 351.
- Hannemann, Christine (2000): Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum. Was verursacht schrumpfende Städte in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) B28/2003, S. 16-24.
- Häder, Michael (2009): Delphi-Befragungen. Ein Arbeitsbuch, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Hahlen, Johann/Kühn, Hannes (2016): Die Flüchtlingskrise als Verwaltungskrise. Beobachtungen zur Agilität des deutschen Verwaltungssystems. In: VM Verwaltung & Management 22, Nr. 3, S. 157-167.
- Harell, Allison/Stolle, Dietlind (2015): Diversity and Social Cohesion. In: Vertovec, Steven: Routledge International Handbook of Diversity Studies, London: Routledge.
- Heckmann, Friedrich (2015): Integration von Migranten, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim/München: Juventa.

- Heitmeyer, Wilhelm (1998): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Helmig, Bernd (2018): Ehrenamt, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/ehrenamt.html> (Zugriff: 29. Jan. 2018).
- Henn, Sebastian (2013): Die Rolle der lokalen Ökonomie für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf. Vortrag auf dem 2. Fachtag ‚Lokale Ökonomie für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf‘, http://www.neue-arbeit-leipzig.de/pdf/1384440602_2._Fachtag_lfL_Lokale_Oekonomie_fuer_Stadtteile_mbE_web.pdf (Zugriff: 13. Feb. 2018).
- Herrmann, Heike (2016): Integrierende Stadtentwicklung vor dem Hintergrund des aktuellen gesellschaftlichen Wandels. Vortrag im Rahmen des iaw-Colloquiums, Bremen, 12. Juli 2016.
- Hess, Sabine/Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: sub\urban 2, Nr. 3, S. 11-34.
- Hillmann, Felicitas/Windzio, Michael (2008): Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration. In: Hillmann, Felicitas/Windzio, Michael (Hrsg.): Migration und städtischer Raum, Opladen: Budrich Uni Press, S. 9-27.
- Hinte, Wolfgang (2014): Sozialräumliche Hilfen zwischen Sozialarbeit, Recht und Ökonomie. In: Forum für Kinder-und Jugendarbeit 4/2014, S. 33-40.
- Hinte, Wolfgang (2012): Das Fachkonzept ‚Sozialraumorientierung‘. In: SIÖ – Sozialarbeit in Österreich 1/2012, S. 4-9.
- Hinte, Wolfgang (2011): Sozialräume gestalten statt Sondersysteme befördern. Zur Funktion Sozialer Arbeit bei der Gestaltung einer inklusiven Infrastruktur. In: Teilhabe 50, Nr. 3, S. 100-106.
- Hofmann, Hannes/Dunschen, Susanne (2017): Globale Megatrends und lokale unternehmerische Verantwortung: Integration von Geflüchteten. In: Bungard, Patrick/Smidpeter, René (Hrsg.): CSR in Nordrhein-Westfalen. Nachhaltigkeits-Transformation in der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik, Berlin: Springer Gabler, S. 193-206.
- Hohmann, René (2004): RESOURCE – Refugees’ Contribution to Europe – Länderbericht Deutschland – eine empirische Studie zu Flüchtlingen als Fachkräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Frankfurt am Main: Pro Asyl e. V., <http://archiv.proasyl.de/texte/mappe/2004/88/10.pdf> (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- Hollifield, James F. (2004): The Emerging Migration State. In: International Migration Revue 38, Nr. 3, S. 885-912.

- Holtug, Nils (2010): Immigration and the politics of social cohesion. In: *Ethnicities* 10, Nr. 4, S. 435-451.
- Hülsmann, Werner (2017): Reflektierte Begriffsverwendung im Handlungsfeld Integration, Migration und Teilhabe. In: Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik. Begriffe der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Reflexionen für die kommunale Praxis, Stuttgart: Referat Soziales und gesellschaftliche Integration, S. 3-4.
- Hüttermann, Armin (2008): Die Kartierung als geographische Arbeitsmethode in der Schule. In: *Geographie und Schule* 30, Nr. 172, S. 38-46.
- IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2004): Die soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt‘ nach vier Jahren Programmlaufzeit, o. O.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, <https://www.irbnet.de/daten/rswb/05039011730.pdf> (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (2016): Gelingende Integration im Quartier. Gutachten, Dortmund, https://www.ils-forschung.de/files_projekt/pdfs/Abschlussbericht_ILS_Gelingende_Integration_25102016.pdf (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- Informationsverbund Asyl & Migration (Hrsg.) (2017): So wirkt Engagement. Ehrenamtsförderung in der Geflüchtetenarbeit, Berlin. https://fluechtlingshelfer.info/fileadmin/user_upload/PDF/20171109_So_wirkt_Engagement_WEB_2Seitenansicht.pdf (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- Isin, Engin F. (2012): *Citizens Without Frontiers*, London: Bloomsbury Academic.
- Jacobsen, Jannes/Eisnecker, Philipp/Schupp, Jürgen (2017): Stimmungsbarometer zu Geflüchteten. In: *DIW Wochenbericht* 17/2017, S. 347–350.
- Jäger, Margarete/Wamper, Regina (Hrsg.) (2017): Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016, <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf> (Zugriff: 04. Aug. 2017).
- Jäger, Siegfried (2001): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 81-112.
- Joost, Frank/Perry, Thomas (2006): Mein Haus – mein Quartier – meine Stadt. Ergebnisse der Trendbefragung 2005 zum Thema Partizipation. In: *vhw* 4/2006, S. 246-253.

- Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin (2000): *Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kalter, Birgit/Litges, Gerhard/Sauter, Matthias (2012): Die Evaluation integrierter Stadtteilentwicklungsprozesse – Das Beispiel des Modellprojekts ‚Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln‘. In: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit* 5/2012, S. 359-368.
- Karakayali, Serhat/Kleist, Olaf J. (2016): EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015, www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_V%C3%96.pdf (Zugriff: 29. Jan. 2017).
- Karakayali, Serhat (2016): Willkommensgesellschaft stärken. Handlungsempfehlungen zur Unterstützung ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit, www.boell.de/sites/default/files/2016-06-boell-brief-willkommensgesellschaft.pdf (Zugriff: 29. Jan. 2017).
- Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2006): *Bildung in Deutschland. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*, Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2006/pdf-bildungsbericht-2006/gesamtbericht.pdf> (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- Kost, Andreas (2010): Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen. In: Kost, Andreas/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 231-254.
- Krämer-Badoni, Thomas (2002): Urbanität und gesellschaftliche Integration. In: Buckow, Wolf-Dietrich (Hrsg.): *Der Umgang mit der Stadtgesellschaft*, Wiesbaden: Springer, S. 47-68.
- Kreft, Ursula/Uske, Hans (2016): Grenzen ziehen ohne Obergrenze. Die Normalisierung der ‚Flüchtlingskrise‘, <https://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-31-2016.pdf> (Zugriff: 04. Aug. 2017).
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold (2004): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt. Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? In: Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hrsg.): *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*, Frankfurt am Main: edition suhrkamp, S. 235-257.
- Krummacher, Michael (2004): Kommunale Integrationspolitik und interkulturelles Quartiersmanagement in multiethnischen Stadtteilen. In: Treichler, Andreas/Cyrus, Norbert (Hrsg.): *Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, S. 269-291.

- Kühn, Manfred/Liebmann, Heike (2009): Regenerierung schrumpfender Städte – eine Einführung. In: Kühn, Manfred/Liebmann, Heike (Hrsg.): Regenerierung der Städte. Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext, Wiesbaden: Springer VS, S. 12-35.
- Kühne, Peter (2006): Flüchtlinge und der deutsche Arbeitsmarkt. Dauernde staatliche Integrationsverweigerung. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag, S. 245-258.
- Kühne, Peter (2004): Institutionelle und normative Rahmenbedingungen der Aufnahme, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen in Deutschland. In: Treichler, Andreas/Cyrus, Norbert (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt am Main: Brandes & Apse, S. 154-179.
- Kühner, Monika/Sauter, Matthias (2010): Integrierte Stadtteilentwicklung und ämterübergreifende Sozialraumorientierung – Leitbegriffe für eine neue Stadtpolitik. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4/2010, S. 203-207.
- Kurtenbach, Sebastian (2013): Neuzuwanderer in städtischen Ankunftsgebieten. Rumänische und bulgarische Zuwanderer in der Dortmunder Nordstadt, http://www.zefir.rub.de/mam/content/zefir-forschungsbericht_bd_3_download.pdf (Zugriff 02. Dez. 2017).
- Kurtenbach, Sebastian (2012): Urbane Integrationsschleuse. Rolle und Funktion sozial passiv segregierter Stadtquartiere und die damit einhergehende Herausforderung für die Stadtpolitik am Beispiel von Mülheim an der Ruhr, http://www.quartiersforschung.de/download/Masterarbeit_Kurtenbach_Integrationsschleuse.pdf (Zugriff: 17. Apr. 2018).
- Kurze, Martin (2007): Ehrenamtliche Mitarbeiter in Sozialarbeit/Sozialpädagogik. In: Feuerhelm, Wolfgang (Hrsg.): Taschenlexikon der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Wiebelsheim: Quelle & Meyer Verlag, S. 136-137.
- Lahner, Jörg (2017): Integration von Flüchtlingen durch Ausbildung im Handwerk – Potenziale, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren, Göttinger Beiträge zur Handwerksforschung Nr. 14, Göttingen: ifh – Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen, <http://dx.doi.org/10.3249/2364-3897-gbh-14> (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- Lebuhn, Henrik (2013): Migration – Recht – Citizenship. Potentiale und Grenzen kritischen Diskurses. In: Mecheril, Paul/Thomas-Olde, Oscar/Melter, Claus/Arens, Susanne/Romander, Elisabeth (Hrsg.): Migrationsforschung als Kritik? Wiesbaden: Springer-VS, S. 231-244.
- Leicht, René (2018): Die Bedeutung von Migrantenunternehmen für die Integrations- und Wirtschaftspolitik in den Kommunen. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer VS, S. 525-547.

- Leicht, René/Langhauser, Marc (2014): Ökonomische Bedeutung und Leistungspotenziale von Migrantenunternehmen in Deutschland, Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Liebmann, Heike/Kuder, Thomas (2012): Pathways and Strategies of Urban Regeneration – Deindustrialized Cities in Eastern Germany. In: *European Planning Studies* 20, Nr. 7, S. 1-18.
- Maier, Konrad (2005): Das Wohnquartier als Bedingungsrahmen für gelingenden Alltag. Überlegungen zur Evaluation des Bund-Länder-Programms ‚Soziale Stadt‘ aus der Perspektive der Sozialen Arbeit. In: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hrsg.): *Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf — die Soziale Stadt‘*, Wiesbaden: Springer VS, S. 95-107.
- Mattissek, Annika/Pfaffenbach, Carmella/Reuber, Paul (2013): *Methoden der empirischen Humangeographie*, Braunschweig: Westermann.
- Mayring, Philipp/Fenzl, Thomas (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 543-556.
- Metzler, Stefan (2018): *Das Spiel um Anerkennung. Vereine mit Türkeibezug im Berliner Amateurfußball*, Wiesbaden: Springer Verlag.
- Müller, Andreas (2013): *Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)*, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Netto, Gina (2011): Strangers in the City. Addressing Challenges to the Protection. Housing and Settlement of Refugees. In: *International Journal of Housing Policy* 11, Nr. 3, S. 285-303.
- Niehr, Thomas/Böke, Karin (Hrsg.) (2000): *Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Nieszery, Andrea (2008): Class, race, gender... neighbourhood? Zur Bedeutung von Quartierseffekten in der europäischen Stadtforschung. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): *Quartierseffekte*, Wiesbaden: Springer VS, S. 135-150.
- Noack, Michael (2015): *Kompendium Sozialraumorientierung. Geschichte, theoretische Grundlagen, Methoden und kritische Positionen*, Weinheim: Beltz.
- Noack, Michael (2013): Sozialraumorientierung der Kinder- und Jugendhilfe. Raumanalysen für die Annäherung von Lebenswelt und Hilfesystem. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 160, Nr. 4, S. 150-153.

- Noack, Michael/Raspel, Julia/Weingarten, Jörg/Wohlert, Jale (2018): Unterbringung geflüchteter Menschen in Essen. Eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Nuissl, Henning (2013): Perspektiven der Angewandten Geographie. In: Geographische Zeitschrift 100, Nr. 1, S. 1-16.
- Nuissl, Henning (2000): Erschließungsaufgaben. Sozialwissenschaftliches Wissen in der räumlichen Planung, Berlin: Edition Sigma.
- Nuissl, Henning/Schmiz, Antonie (2015): Migrantische Ökonomie als Potential räumlicher Entwicklung. In: Geographische Rundschau 4/2015, S. 26-32.
- Nuissl, Henning/Schmiz, Antonie (2013): Migration als Potenzial der kommunalen Entwicklung. Lokale Ansätze zur Unterstützung von ökonomischen Akteuren mit Migrationshintergrund. In: Raumforschung und Raumordnung 3/2013, S. 181-193.
- Nussbaum, Martha (1999): Die Grenze der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit, Berlin: Suhrkamp.
- Oltmer, Jochen (2018): Deutsche Migrationsverhältnisse im europäischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer VS, S. 57-73.
- Pavković, Gari/Behrendt, Günter (2017): Flüchtlinge/Geflüchtete/Asylbewerber_innen. Flucht und Einwanderungsabwehr. In: Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik. Begriffe der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Reflexionen für die kommunale Praxis, Stuttgart: Landeshauptstadt Stuttgart, Referat Soziales und gesellschaftliche Integration, S. 50-57, http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/broschuere_integrationspolitik/broschuere_begriffe_integrationspolitik.pdf (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- Pavković, Gari (2017): Willkommenskultur/Anerkennungskultur. Verständigung über die Prinzipien des guten Zusammenlebens. In: Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik. Begriffe der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Reflexionen für die kommunale Praxis, Stuttgart: Landeshauptstadt Stuttgart, Referat Soziales und gesellschaftliche Integration, S. 29-32, http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/broschuere_integrationspolitik/broschuere_begriffe_integrationspolitik.pdf (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- Phillips, Deborah (2006): Moving Towards Integration. The Housing of Asylum Seekers and Refugees in Britain. In: Housing Studies 21, Nr. 4, S. 539-553.
- Portes, Alejandro/Rumbaut, Rubén (2001): Legacies. The story of the immigrant second generation, Berkeley: University of California Press.

- Portes, Alejandro/Rumbaut, Rubén (1996): *Immigrant America. A Portrait*, Los Angeles: University of California Press.
- Pries, Ludger (2003): Transnationalismus, Migration und Inkorporation. Herausforderungen an Raum und Sozialwissenschaften. In: *Geographische Revue* 5, Nr. 2, S. 23-39.
- Pro Asyl (2017): Die Einstufung nach ‚Bleibeperspektive‘ ist bewusste Integrationsverhinderung, <https://www.proasyl.de/news/die-einstufung-nach-bleibeperspektive-ist-bewusste-integrationsverhinderung/> (Zugriff: 03. Apr. 2018)
- Rainer, Heinz (2000): *Kommunales Management. Überlegung zu einem KGSt-Ansatz*, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Rauer, Valentin/Schmidtke, Oliver (2004): Integration als Exklusion. Mediale und alltagspraktische Rahmungen eines sozialwissenschaftlichen Konzepts. In: Klaus Eder/Valentin Rauer/Oliver Schmidtke (Hrsg.): *Die Einhegung des Anderen. Türkische, polnische und russlanddeutsche Einwanderer in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 249-274.
- Rauws, Ward (2017): Embracing Uncertainty Without Abandoning Planning. Exploring an Adaptive Planning Approach for Guiding Urban Transformations. In: *disP – the Planning Review* 53, Nr. 1, S. 32-45.
- Reichertz, Jo (2016): *Qualitative und interpretative Sozialforschung. Eine Einladung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Rietdorf, Werner/Liebmann, Heike/Haller, Christoph (2001): Schrumpfende Städte—verlassene Grosssiedlungen? Stadtstrukturelle Bedeutung und Probleme von Großwohnsiedlungen. In: *disP - The Planning Review* 37, Nr. 146, S. 4-12.
- Rommelfanger, Stefan/Sauter, Matthias (2010): Integrierte Stadt(teil)entwicklung. Vom Sonderprojekt zur Regelaufgabe – Das Beispiel Gelsenkirchen. In: *Sozial Extra* 7|8/2010, S. 25-29.
- Ronneberger, Klaus/Tsianos, Vassilis (2009): Panische Räume. Das Ghetto und die Parallelgesellschaft. In: Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hrsg.): *No Integration! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, Bielefeld: Transcript, S. 137-152.
- Rosta, Gergely/Pollack, Detlef (2014) Eine neue religiös-kulturelle Spannungslinie in Deutschland? In: Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Rosta, Gergely/Friedrichs, Nils/Yewndell, Alexander (Hrsg.): *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*, Wiesbaden: Springer VS, S. 179-196.

- Roth, Roland (2000): Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven. In: Zimmer, Anette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich, S. 25-48.
- Sackmann, Rosemarie (2004): Zuwanderung und Integration. Theorien und empirische Befunde aus Frankreich, den Niederlanden und Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag.
- Salheiser, Axel (2014): Natürliche Daten. Dokumente. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 813-827.
- Sauter, Matthias (2015): Integrierte Stadt(teil)entwicklung durch intermediäre Sozialraumkoordinator/innen – Erfahrungen mit dem Modellprojekt ‚Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln‘. In: Blandow, Rolf/Knabe, Judith/van Rießen, Anne (Hrsg.): Städtische Quartiere gestalten. Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat, Bielefeld: Transcript, S. 149-166.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2014): Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel, https://www.schader-stiftung.de/fileadmin/downloads/pdf/PDF_dynamische_Contents/Projekte_2014/Abschlussbericht_Integrationspotenziale_laendlicher_Regionen_im_Strukturwandel.pdf (Zugriff 17. Jan. 2018).
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/MigrationIntegration/Integration/schader_integrationspotenziale.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff 18. Jan. 2016).
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2005): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, https://www.schader-stiftung.de/fileadmin/content/Empfehlungen_zur_stadtraeumlichen_Integrationspolitik.pdf (Zugriff: 17. Apr. 2018).
- Schammann, Hannes (2015): Wenn Variationen den Alltag bestimmen. Unterschiede lokaler Politikgestaltung in der Leistungsgewährung für Asylsuchende. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 3/2015, S. 161-182.
- Schammann, Hannes/Kühn, Boris (2016): Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12763.pdf> (Zugriff: 08. Aug. 2017).
- Schnur, Olaf (2010): Demographischer Impact in städtischen Wohnquartieren. Entwicklungsszenarien und Handlungsoptionen, Wiesbaden: Springer VS.
- Schnur, Olaf (2008a): Gute Beziehungen, schlechte Beziehungen. Lokales Sozialkapital und soziale Integration von Migranten im Quartier. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 3/2008, S. 138-144.

- Schnur, Olaf (2008b): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden: VS Verlag, S. 19-53.
- Schnur, Olaf (2003): Lokales Sozialkapital für die ‚Soziale Stadt‘ – Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit, Opladen: Leske + Budrich.
- Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Zakrzewski, Philipp (2013): Migrationsort Quartier – zwischen Segregation, Integration und Interkultur. In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Zakrzewski, Philipp (Hrsg.): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur, Wiesbaden: Springer VS, S. 9-24.
- Schroeder, Joachim (2011): Wenn Schulen Vielfalt nutzen (möchten). Möglichkeiten und Hindernisse im Umgang mit Diversität im Bildungssystem. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Heck, Gerda/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (Hrsg.): Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag, S. 83-95.
- Schubert, Herbert (2011): Die GWA im sozialräumlichen ‚Governancekonzept‘, <http://www.sozialraum.de/die-gwa-im-sozialraeumlichen-governancekonzert.php> (Zugriff: 04. Okt. 2011).
- Schultz, Caroline/Kolb, Holger (2018): Von der Verwaltung von Arbeitslosigkeit zur Fachkräftegewinnung (Neue) Perspektiven kommunaler Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer VS, S. 509-523.
- Schweitzer, Helmuth (2018): Wi(e)der die Verführung zur Projektitis. Die Grenzen strategischer Steuerung interkultureller Stadtpolitik am Beispiel von 20 Jahren Praxis des Essener Modells. In: Gesemann, Frank/Roth, Ronald (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: VS Verlag, S. 735-764.
- Sen, Amartya (2007): Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München: dtv.
- Shooman, Yasemin (2014): „...weil ihre Kultur so ist.“. Narrative des antimuslimischen Rassismus, Bielefeld: Transcript.
- Simmel, Georg (1984): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Simmel, Georg: Das Individuum und die Freiheit, Berlin: Wagenbach, S. 192-204.
- Sommer, Bernd (2010): Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Spielhaus, Riem (2006): Religion and Identity. On German Efforts to Turn ‚Foreigners‘ into ‚Muslims‘. In: Fikrun wa Fann 44, Nr. 83, S. 22-28.

- Spletter, Martin (2017): 15 Schulen im Essener Norden rufen um Hilfe, <https://www.waz.de/staedte/essen/15-schulen-im-essener-norden-rufen-um-hilfe-id212290389.html> (Zugriff: 19. Jan. 2018).
- Spoonley, Paul/Peace, Robin/Butcher, Andrew/O'Neill, Damian (2005): Social Cohesion: a Policy and Indicator Framework for assessing Immigrant and host Outcomes. In: Social Policy Journal of New Zealand 24/2005, S. 85-110.
- Squire, Vicki/Darling, Jonathan (2013): The 'Minor' Politics of Rightful Presence. Justice and relationality in City of Sanctuary. In: International Political Sociology 7, Nr. 1, S. 59-74.
- Statistisches Bundesamt (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2014. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220147004.pdf%3F__blob%3DpublicationFile (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- Staub-Bernasconi, Silvia (1995): Das fachliche Selbstverständnis Sozialer Arbeit. Wege aus der Bescheidenheit. Soziale Arbeit als Human Rights Profession. In: Wendt, Wolf Rainer (Hrsg.): Soziale Arbeit im Wandel ihres Selbstverständnisses, Freiburg: Lambertus, S. 57-105.
- Steingrube, Wilhelm (1998): Quantitative Erfassung, Analyse und Darstellung des Ist-Zustandes des Raumes. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Methoden und Instrumente räumlicher Planung, Hannover: ARL, S. 67-94.
- Strohmeier, Klaus-Peter/Neu, Marc (2011): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die sozialen Dienste in den Städten und Gemeinden. In: Evers, Adalbert/Heinze, Rolf/Olk, Thomas (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 145-167.
- SVR – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2017): Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland, https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/11/SVR-FB_Wie_gelingt_Integration.pdf (Zugriff: 15. Feb. 2018).
- SVR – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016): Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung und des SVR-Forschungsbereichs, Berlin, https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/07/SVR-FB_Fluechtlinge_wissen.pdf (Zugriff: 7. Feb. 2019).
- Täubig, Vicky (2009): Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration, Weinheim: Juventa Verlag.

- Taylor, Charles (1992): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Technologie-Netzwerk (Hrsg.) (1990): Lokale Ökonomie. Exploration und Evaluierung Lokaler Strategien in Krisenregionen. Band 1. Zusammenfassung der Forschungsergebnisse (1988-1990), Berlin: Technologie Netzwerk Berlin e. V.
- Thränhardt, Dietrich (o. J.): Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland. Humanität. Effektivität, Selbstbestimmung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Studie_IB_Die_Arbeitsintegration_von_Fluechtlingen_in_Deutschland_2015.pdf (Zugriff: 16. Jan. 2018).
- Tsianos, Vassilis S. (2015): Antimuslimischer Urbanismus. Zur Stadtsoziologie des antimuslimischen Rassismus. In: Jahrbuch für Islamophobieforschung, Wien: new academic press, S. 55-82.
- Tsianos, Vassilis S./Kasperek, Bernd (2015): Zur Krise des europäischen Grenzregimes: eine regimetheoretische Annäherung. In: Widersprüche 138, S. 8-22.
- Tsianos, Vassilis S./Ronneberger, Klaus (2012): Panische Räume. In: StadtBauwelt 93, S. 41-49.
- Vertovec, Steven/ Meissner, Fran (2015): Comparing super-diversity. In: Ethnic and Racial Studies 2015/4, S. 541-555.
- vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (2016a): Die vhw-Kommunalbefragung Herausforderung Flüchtlingskrise vor Ort. Begleitmaterial zum Pressegespräch am 28. April 2016, http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/07_presse/PDFs/PDF_15_16/Begleitmaterial_Presse_28._April_2016.pdf (Zugriff: 20. Jan. 2018).
- vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (2016b): Herausforderungen ‚Flüchtlingskrise vor Ort‘. Sonderausgabe Nordrhein-Westfalen, http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/06_forschung/PDF/Auswertung_vhw_Kommunalbefragung_NRW.pdf (Zugriff: 05. Jan. 2018).
- Viehöver, Willy (2001): Diskurse als Narrationen. In: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden, Wiesbaden: VS Verlag, S. 177-206.
- von Loeffelholz, Hans Dietrich. (2018): Auswirkungen von Zuwanderung auf die ökonomische Entwicklung von Kommunen. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer VS, S. 145-172.
- von Unger, Hella (2014): Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis, Heidelberg: Springer VS.

- Walther, Claudia (2018): Erfahrungen aus der Beratung von Kommunen bei der Entwicklung von Integrationskonzepten. In: Gesemann, Frank/Rotth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 823-835.
- Weber, Florian/Glasze, Georg (2014): ‚Migrant(inn)en‘ als Zielgruppe in quartiersbezogenen Stadtpolitiken. In: Gans, Paul (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Hannover: Verlag der ARL, S. 344-364.
- Wendel, Kay (2014): Kettenduldung. Bleiberechtsregelungen und parlamentarische Initiativen 2000-2014, Potsdam: Flüchtlingsrat Brandenburg.
- Wengeler, Martin (2006): Zur historischen Kontinuität von Argumentationsmustern im Migrationsdiskurs. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, Wiesbaden: Springer VS, S. 13-36.
- Wengeler, Martin (2000): Von ‚Belastungen‘, ‚wirtschaftlichen Nutzen‘ und ‚politischen Zielen‘. Die öffentliche Einwanderungsdiskussion in Deutschland, Österreich und der Schweiz Anfang der 70er Jahre. In: Niehr, Thomas/Böke, Karin (Hrsg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 135-157.
- Williams, Allan/Baláž, Vladimir (2012): Migration, Risk, and Uncertainty. Theoretical Perspectives. In: Population, Space and Place 18, Nr. 2, S. 167-180.
- Wischer, Christine (1997): Zusammen leben. Die Integration der Migranten als zentrale kommunale Zukunftsaufgabe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) B46/1997, S. 29-38.
- Worbs, Susanne/Bund, Eva (2016): Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und Zukuntorientierungen. Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Kurzanalysen/kurzanalyse1_qualifikationsstruktur_asylberechtigzte.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 23. Feb. 2016).
- Wrobel, Ralph (2016): Der deutsche Arbeitsmarkt zwischen Fachkräftemangel und Immigration: Ordnungspolitische Perspektiven in der Flüchtlingskrise, Zwickau: OrdnungsPolitisches Portal.
- Yarwood, Richard (2014): Citizenship, Abingdon/New York: Routledge.
- ZDH – Zentralverband des deutschen Handwerks (2016): Positionspapier des Handwerks zu Flüchtlingen. Ausbildung und Beschäftigung fördern, Integration fordern, Berlin, https://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/themen/Sozial-und-Tarifpolitik/Rundschreiben_2016/rs2016_Anlage_ZDH_Positionspapier_Fluechtlinge_Foerdern_und_Fordern.pdf (Zugriff: 7. Feb. 2017).

Verzeichnis der zitierten Materialien und Quellen (einschließlich der zur Zitation verwendeten Kürzel)

a) Verzeichnis der geführten Interviews

Kürzel	Interviewpartner_innen	Institution, räumliche Zuordnung	Datum
I_A-01	Bürgermeister der Stadt Altena Gleichstellungsbeauftragte und Koordinatorin der haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe	Stadt Altena, Stadtverwaltung	02.11.16
I_A-02	Geschäftsführender Vorstand der Altenaer Baugesellschaft Kundenbetreuer der Altenaer Baugesellschaft	Altenaer Baugesellschaft	20.02.17
I_A-03	Mitglied einer katholischen Gemeinde	Altena	20.02.17
I_A-04	Inhaber eines Dienstleistungsbetriebes	Altena	21.02.17
I_A-05	Gleichstellungsbeauftragte und Koordinatorin der haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe Projektkoordination des Integrations- und Begegnungszentrums	Stadt Altena, Stadtverwaltung	21.02.17
I_A-06	Mitglied einer Moscheegemeinde	DiTiB Gemeinde Altena „Mevlana Camii“	21.02.17
I_A-07	Ehrenamtlich Engagierte für Geflüchtete	Stellwerk e.V., Altena	22.02.17
I_A-08	Geschäftsführer eines lokalen Handwerksbetriebes	Altena	22.02.17
I_A-09	Ehrenamtlich Engagierte für Geflüchtete	Stellwerk e.V., Altena	29.03.17
I_AM-01	Leiter des Kommunalen Integrationszentrums (KI) und der Ausländerbehörde	Märkischer Kreis, Kreisverwaltung	20.02.17
I_AM-02	Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft und des Berufsbildungszentrums Willkommenslotse zur Integration Geflüchteter in Handwerksbetriebe Leiterin des Berufsbildungszentrums der Kreishandwerkerschaft	Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis e.V.	28.03.17
I_AM-03	Fachdienstleiter des Bereichs Aufenthaltsrecht und Integration (Ausländerbehörde) Leiter des Kommunalen Integrationszentrums (KI) und der Ausländerbehörde	Märkischer Kreis, Kreisverwaltung	28.03.17
I_AM-04	Netzwerktreffen der lokalen Flüchtlingskoordinator*innen im Märkischen Kreis sowie des KI	Märkischer Kreis, Kreisverwaltung, Akteure aus den Kommunen	29.03.17
I_E-01	Vertreter der IHK Mülheim, Essen, Oberhausen	IHK, Essen	07.02.17
I_E-02	Vertreterin des Bereichs Stadterneuerung, Stadtteilentwicklung und Städtebauförderung der Stadt Essen	Stadt Essen, Stadtverwaltung	11.01.17
I_E-03	Vertreter des Jugendamts der Stadt Essen Mitarbeiter der Jugendhilfeplanung der Stadt Essen Mitarbeiter der Jugendhilfeplanung der Stadt Essen	Stadt Essen, Stadtverwaltung	17.01.17
I_E-04	Mitarbeiter der Stadt Essen in Leitungsfunktion	Stadt Essen, Stadtverwaltung	23.03.17
I_E-05	Referentin für Integration, Büro des OB	Stadt Essen, Stadtverwaltung	20.02.17
I_EA-01	Vertreter des Jugendamts Essen, zuständig für die Stadtteilarbeit in Altenessen	Stadt Essen, Stadtverwaltung, Altenessen & Karnap	20.02.17
I_EA-02	Schulleiter Leibniz-Gymnasium	Stadt Essen, Altenessen & Karnap	20.03.17
I_EA-03	Evangelischer Pfarrer in Altenessen	Essen, Altenessen & Karnap	06.03.17
I_EA-04	Vorsitzender Interessengemeinschaft (IG) Altenessen	Essen, Altenessen & Karnap	26.04.17
I_EA-05	Stadtteilmoderation im QM Altenessen	Essen, Altenessen & Karnap, QM	03.05.17
I_EH-01	Vertreter der Stadtteilarbeit, QM	Essen, Hörsterfeld, QM	16.02.17
I_EH-02	Evangelischer Pfarrer der Kirchgemeinde Freisbruch-Horst-Eiberg	Essen, Hörsterfeld	17.01.17
I_EH-03	Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks VII	Stadt Essen, Hörsterfeld	15.02.17

b) Verzeichnis der ausgewerteten Dokumente und Quellen

Kürzel	Titel des Dokuments	Herausgeber_in Verfasser_in	Dokumen- tentyp	Jahr	Anmerkungen
Quellenkorpus Altena					
D_A-001	Stein auf Stein, das Häuschen kann bald fertig sein!	Stadt Altena	Homepage	o. J.	http://www.wohnen-in-altena.de/ (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-002	Entwicklungs- und Handlungskonzept Altena	ArchitekturStadtplanungStadtentwicklung	Konzept	2007	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Fachbereich_3/Entwicklungs-_und_Handlungskonzept/ehk07Teil_I-Text.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-003	Altena Stadtchronik 2007	Pfiffikus-Agentur	Stadtchronik	2007	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Fachbereich_1/Archiv/Stadtchroniken/2007_Chronik.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-004	Wohnen und Bauen	Stadt Altena	Homepage	2008	http://www.altena.de/Wohnen-und-Bauen-in-Altena.61.0.html (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-005	Stadtteile - Ortsvorsteher	Stadt Altena	Homepage	2008	http://www.altena.de/Stadtteile-Ortsvorsteher.1118.0.html (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-006	Unsere Stadt	Stadt Altena	Homepage	2008	http://www.altena.de/Unsere-Stadt.10.0.html (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-007	Wohnen und Bauen in Altena	Stadt Altena	Homepage	2008	http://www.altena.de/Wohnen-und-Bauen-in-Altena.61.0.html (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-008	Zahlen, Daten und Fakten	Stadt Altena	Homepage	2008	http://www.altena.de/Zahlen-Daten-und-Fakten.53.0.html (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-009	Altena Stadtchronik 2008	Turner, C.	Stadtchronik	2008	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Fachbereich_1/Archiv/Stadtchroniken/2008_Chronik.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-010	Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie	Stadt Altena	Protokoll	01.12.2008	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok6KfylhuGWsDsM4Pm4OfyGauDYtATn5Sm9Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.Ha.CeuGJ/Oeffentliche_Niederschrift_-_Archiv_-_Ausschuss_fuer_Soziales_-_Generationen_und_Familie_01.12.2008.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-011	Altena Stadtchronik 2009	Turner, C.	Stadtchronik	2009	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Fachbereich_1/Archiv/Stadtchroniken/2009_Chronik.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-012	Audit „familiengerechte Kommune“	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. R 279/14	03.04.2009	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok6KfylhuGWsDsM4Pm4OfyGauDYtATn5Sm9Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.Ha.CbwGJ/Beratungsvorlage_06.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-013	Entwicklung von Wohnstandorten	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. SE 15/01	03.11.2009	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok6KfylhuGWsFsQ4Pm4OfyGauDYtATn5Sm9Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.Ha.CbwGJ/Beratungsvorlage_06.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-014	Altena Stadtchronik 2010	Turner, C.	Stadtchronik	2010	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Fachbereich_1/Archiv/Stadtchroniken/2010_Chronik.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-015	Altena Stadtchronik 2011	Turner, C.	Stadtchronik	2011	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Fachbereich_1/Archiv/Stadtchroniken/2011_Chronik.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-016	Stadtumbau West: Motor des Strukturwandels. 2. Statusbericht der Bundestransferstelle	BMVBS	Statusbericht	2011	http://www.nationale-stadtentwicklungs-politik.de/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/StadtumbauWest/statusbericht2transferstellen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Zugriff: 17.02.2017)
D_A-017	Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie	Stadt Altena	Protokoll	09.05.2011	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok7KiyhuGWt8Ur4Pm4OfyGauDYtATn5Sm9Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.Ha.CeuGJ/Oeffentliche_Niederschrift_-_Archiv_-_Ausschuss_fuer_Soziales_-_Generationen_und_Familie_09.05.2011.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-018	Zensus 2011, Gebäude und Wohnungen (...) Wohnverhältnisse (...) Altena, Stadt	Statistik NRW	Zensusbericht	09.05.2011	https://www.it.nrw.de/statistik/z/zensus_2011/gemeindeblaetter/G05962004.pdf (Zugriff: 25.04.2017)

D-A-018a	Zensus 2011, Bevölkerung, Altena, Stadt	Statistik NRW	Zensusbericht	09.05.2011	https://www.it.nrw.de/statistik/z/zensus_2011/gemeindeblaetter/B05962004.pdf (Zugriff: 03.08.2017)
D_A-019	Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets Schulsozialarbeit	Stadt Altena	Informationsvorlage Nr. J 22/15	27.12.2011	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok4KfyIeuDWsHTs4Qp00ezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_04.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-020	Altena Stadtchronik 2012	Turner, C.	Stadtchronik	2012	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Fachbereich_1/Archiv/Stadtchroniken/2012_Chronik.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-021	Erlebnisaufzug zur Burg (Regionale 2013). Bau eines zusätzlichen Eingangstores und der Außenanlagen	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. R 147/15	15.05.2012	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok4KfyIeuDWsHTs4Qp00ezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_03.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-022	Niederschrift über die 22. Sitzung des Rates der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	21.05.2012	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok7KiyJcylWt8Ur4Pm4OfyGauDYtAtn5Sm9Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.Ha.CeuGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Archiv_Rat_21.05.2012.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-023	Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses	Stadt Altena	Protokoll	13.06.2012	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok8KnylduGWsCSn4Pm4OfyGauDYtAtn5Sm9Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.Ha.CeuGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Archiv_Jugendhilfeausschuss_13.06.2012.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-024	Altena Stadtchronik 2013.	Klimpel, G.	Stadtchronik	2013	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Abt._1/10_Stadtarchiv/Stadtchroniken/2013_Stadtchronik_1.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-025	Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	18.06.2013	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok5KeyIuCWsDSm4QI00ezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8YmCSGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Ausschuss_fuer_Schule_Sport_und_Kultur_18.06.2013.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-026	Chronik der Stadt Altena in Westfalen 2014. Teil 1.	Isselhorst, F.	Stadtchronik	2014	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Abt._1/10_Stadtarchiv/Stadtchroniken/2014_Stadtchronik_1_Teil.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-027	Chronik der Stadt Altena in Westfalen 2014. Teil 2.	Isselhorst, F.	Stadtchronik	2014	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Abt._1/10_Stadtarchiv/Stadtchroniken/2014_Stadtchronik_2_Teil.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-028	Anerkennung von Kindertageseinrichtungen als plusKITA- und Sprachförderereinrichtungen nach dem (...) Kinderbildungsgesetz	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. (325/15)	10.06.2014	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok6KfyJawHwSEsn4Qo0LzKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_325-15.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-029	Bekanntmachung der Stadt Altena (Westf.) 4. Sitzung des Rates der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Bekanntmachung	01.12.2014	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok7KiyIhuGWsCSn4Qp00ezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8WtAPGJ/Bekanntmachung_Rat_01.12.2014.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-030	Die Chronik der Stadt Altena 2015.	Isselhorst, F.	Stadtchronik	2015	http://www.altena.de (Zugriff: 10.01.2017)
D_A-031	Einrichtung einer Internationalen Förderklasse	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. (117/16)	20.08.2015	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok8KnyliuLWSEsn4Qr1QezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_117-16.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-032	Niederschrift über die 9. Sitzung des Rates der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	24.08.2015	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok8KnyliuLWSEsn4Qr1QezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8YmCSGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Rat_24.08.2015.pdf (Zugriff: 25.04.2017)

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTeграtion

D_A-033	Niederschrift über die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	09.09.2015	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok8KnylJvIWsD5m4Qo0LezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8YmCSGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Jugendhilfeausschuss_09.09.2015.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-034	Niederschrift über die 10. Sitzung des Rates der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	02.11.2015	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok8KnylJvIWsBsq4Qp0OezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8YmCSGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Archiv_Rat_02.11.2015.pdf (25.04.2017)
D_A-035	Niederschrift über die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	22.11.2015	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ol1NkylduGWsESn4Qn0KezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8YmCSGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Archiv_Jugendhilfeausschuss_22.11.2016.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-036	Niederschrift über die 3. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	23.11.2015	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok9LkyIfuCWsBSsq4Qp0OezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8YmCSGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Hauptausschuss_23.11.2015.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-037	Niederschrift über die 11. Sitzung des Rates der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	30.11.2015	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok9LkyIfuCWsBSsq4Qo0LezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8YmCSGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Archiv_Rat_30.11.2015.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-038	Integration von Flüchtlingen; hier: Einrichtung einer weiteren Förderklasse im Burggymnasium	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. (184/16)	17.03.2016	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok9LkyJawHwsBSsq4QI0OezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_184-16.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-039	Haushalt 2016; hier: ergänzende Beschlussfassung durch Neuplanung der FlÜAG-Pauschale	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. (193/16)	31.03.2016	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok9LkyJawHwsGSv4Qr1QezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_193-16.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-040	Niederschrift über die 13. Sitzung des Rates der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	18.04.2016	(nicht mehr online verfügbar)
D_A-041	Handlungskonzept Wohnen Beschluss des Konzepts	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. (216/16)	15.06.2016	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ol0MjyIeuDWsFSq4Ri2PeZKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_216-16.pdf (Zugriff 25.04.2017)
D_A-042	Einrichtung "Gemeinsames Lernen"; hier: Burggymnasium	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. (232/16)	23.08.2016	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ol0MjyIeuDWt9Vs4Qq0TezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_232-16.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-043	Kommunalprofil Altena, Stadt	Statistik NRW	Statistikbericht	07.10.2016	https://www.it.nrw.de/kommunalprofil/I05962004.pdf
D_A-044	Niederschrift über die 16. Sitzung des Rates der Stadt Altena (Westf.)	Stadt Altena	Protokoll	02.11.2016	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ol0MjyIbxiWwsBSsq4Qp0OezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8YmCSGJ/Oeffentliche_Niederschrift_Rat_02.11.2016.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-045	Stellenplan der Stadt Altena (Westf.) 2017	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. (265/16)	03.11.2016	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ol0MjyJawHwt8Ur4Qm0LezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_265-16.pdf (Zugriff: 25.04.2017)

D_A-046	Erläuterungen zu Investitionsmaßnahmen – Burg Holtzbrinck	Stadt Altena	Tischvorlage	10.11.2016	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HayEYv8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok4KfyfCWs8Sq4Qq0TezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Erlaeuterungen_Investitionen_04.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-047	Besuch der Syrisch - Katholischen Gemeinde in Altena	Stadt Altena	Beratungsvorlage Nr. (273/16)	22.11.2016	https://altena.ratsinfomanagement.net/sdn/etrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HayIYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ol0MjyJcyLWsESn4Rj3QezKeyDWq8Sn6Rk1Lf0KjvFavETqASj1Mj0KaxJYr8Zm9UGJ/Beratungsvorlage_273-16.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D_A-048	Stadtchronik 2016	Klimpel, G.	Stadtchronik	2016	http://www.altena.de/fileadmin/user_upload/News/Abt._1/10_Stadtarchiv/Stadtchroniken/2016_Stadtchronik.pdf (Zugriff: 12.01.2018)
D_A-049	Stellwerk: Das Generationenbüro.	Stadt Altena	Homepage	o. J.	http://www.altena.de/Stellwerk.405.0.html (Zugriff: 29.01.2018)
Quellenkorpus Märkischer Kreis					
D_MK-01	Die Lücke schließen. Ein Beteiligungs- und Qualifizierungskonzept für Mitletinnen und Mittler	Märkischer Kreis	Konzept	Mai 2011	http://www.maerkischer-kreis.de/buergerinfo/broschueren/fb1/DIE_LUECKE_SCHLIESSEN_sortiert.pdf (Zugriff: 25.04.2017)
D-MK-02	Zensus 2011: Bevölkerung und Haushalte, Märkischer Kreis	Statistik NRW	Zensusbericht	Mai 2011	https://www.it.nrw.de/statistik/z/zensus_2011/gemeindeblaetter/B05962.pdf (Zugriff: 03.08.2017)
D-MK-03	Zensus 2011: Bevölkerung und Haushalte, Werdohl	Statistik NRW	Zensusbericht	Mai 2011	https://www.it.nrw.de/statistik/z/zensus_2011/gemeindeblaetter/B05962060.pdf
D_MK-04	Integrationskonzept für den Märkischen Kreis	Märkischer Kreis	Kreistagsbeschluss	31.10.2012	http://www.maerkischer-kreis.de/buergerinfo/broschueren/fb1/Integrationskonzept_kurzNEU.pdf . (Zugriff: 25.04.2017)
D_MK-05	Das Kommunale Integrationszentrum Märkischer Kreis	Märkischer Kreis	Steckbrief	Mai 2016	http://www.kommunale-integrationszentrum-nrw.de/sites/default/files/public/system/steckbriefe/kommunales_integrationszentrum_mk_schwerpunkte_mai_2016handout.pdf . (Zugriff: 25.04.2017)
D_MK-06	Anerkennungsbegleiter aus Migrantenorganisationen	Märkischer Kreis	Internetseite	Mai 2016	http://www.kommunale-integrationszentrum-nrw.de/sites/default/files/public/system/steckbriefe/kommunales_integrationszentrum_mk_schwerpunkte_mai_2016handout.pdf . (Zugriff: 25.04.2017)
Quellenkorpus Essen, gesamtstädtisch					
D_E-01	Strategiekonzept Integration von Flüchtlingen	Stadt Essen	Öffentliche Vorlage	2016	(nicht mehr online verfügbar)
D_E-02	Integration von Flüchtlingen in Essen	Stadt Essen	Öffentliche Vorlage	2016	(nicht mehr online verfügbar)
D_E-03	Koordinierungsstelle Ehrenamt von Caritas und Diakonie	Caritas und Diakonie	Internetseite	o. J.	https://www.diakoniewerkessen.de/de/FI%C3%BCchtlinge%20und%20Migranten/Ehrenamt%20FI%C3%BCchtlingshilfe/285.1189? (Zugriff: 10.01.2017)
D_E-04	Bundesprojekt "Demokratie leben – Partnerschaften für Demokratie"	Stadt Essen		o. J.	https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_0401/interkulturelle_orientierung/dienststelle/demokratie_leben.de.html (Zugriff: 17.05.2017)
D_E-05	Integration durch Sport	KI und Essener Integrationsrat		o. J.	http://www.idsub.de/ (Zugriff: 07.09.2017)
D_E-06	Perspektiven für junge Flüchtlinge (PerjuF)	Job-Center	Internetseite		(Flyer online nicht mehr verfügbar)
D_E-07	ProSalamander goes on Top	Verbundprojekt Univ. Duisburg-Essen u. a.	Internetseite	o. J.	https://www.uni-due.de/prosalamander/ (Zugriff: 16.11.2017)
D_E-08	Projekt KompAS	Stadt Essen			<i>weitere Informationen zum Projekt unter:</i> http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationskurse/Kurstraeger/Traegerrundschreiben/2016/traegerrundschreiben-09_20160420.html (Zugriff: 07.06.2017)

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTeграtion

D_E-09	Landesförderung von Integrationsleistungen der Kommunen, die besonders von der Zuwanderung aus Südosteuropa betroffen sind	MAIS	unveröffentlicht	2017	(nicht online verfügbar)
D_E-10	Projekt „Zusammen Wachsen“	Ehrenamt Agentur Essen	Internetseite		https://www.ehrenamtessen.de/portfolio-items/zusammen-wachsen/ (Zugriff: 07.06.2017)
D_E-11	Netzwerk „Deutsch lernen in Essen“	KI	PDF-Datei		https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0513/delie_net/Ueber_das_Netzwerk.pdf (Zugriff: 07.06.2017)
D_E-12	Berufsorientierte Sprachkurse [und] Modellprojekt „B3 Brücken bauen für den Beruf“	JobCenter Essen und Verbundpartner			(findet Erwähnung in D_E-02; keine eigene Webpräsenz)
D_E-13	Clearingstelle „Newland“ für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	Stadt Essen	Internetseite	o. J.	https://www.diakoniewerk-essen.de/de/Jugend%20und%20Familie/newland/281.991 (Zugriff: 26.02.2017)
D_E-14	Einrichtung „Integration Point“	Agentur für Arbeit; Stadt Essen	Konzept		
D_E-15	MiA (Migranten in Arbeit)	Stadt Essen u. a.	Internetseite	o. J.	http://www.neue-arbeit-essen.de/vermitteln/mia-migrantinnen-in-arbeit/ (Zugriff: 17.05.2017)
D_E-16	Projekt „Gemeinsam Aufwachsen“	Ehrenamt Agentur Essen	Internetseite	o. J.	https://www.ehrenamtessen.de/portfolio-items/gemeinsam-aufwachsen-in-essen/ (Zugriff 11.04.2017)
D_E-17	Koordinierungsstelle Flüchtlingsunterbringung	Stadt Essen	Internetseite	o. J.	https://www.essen.de/rathaus/organisationseinheiten/organisationseinheit_1189537.de.html (Zugriff: 11.04.2017).
D_E-18	Infotelefon zur Flüchtlingshilfe des Amtes für Soziales und Wohnen	Stadt Essen	Internetseite	o. J.	https://www.essen.de/rathaus/organisationseinheiten/organisationseinheit_1188884.de.html (Zugriff: 11.04.2017)
D_E-19	Programm „Zusätzliche Deutschkurse für Asylbewerber und Flüchtlinge“	Land NRW	Bericht	2015	http://www.sgb2.info/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Eingliederungsberichte/eb-essen-2015.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Zugriff: 20.04.2017)
D_E-20	„Einstiegskurse“	Volkshochschule Essen	Internetseite	o. J.	https://www.vhs-essen.de/sprachenangebot.htm (Zugriff 11.04.2017)
D_E-21	„Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz“	Stadt Essen (Delie.net)	PDF-Datei	2018	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0513/delie_net/Delie2016.pdf (Zugriff 20.05.2017)
D_E-22	Programm „Basissprachkurse für Flüchtlinge zur Arbeitsmarktintegration“	Wirtschaftsfachschule und Diakonie	Beschlussvorlage	2016	(findet Erwähnung in D_E-02; keine eigene Webpräsenz)
D_E-23	Sprachunterstützungsangebote in Verbindung mit einer Arbeitsgelegenheit	EABG	Beschlussvorlage	2016	(findet Erwähnung in D_E-02; keine eigene Webpräsenz)
D_E-24	Modellprojekt „Bildung und Wohnen“	EABG und Stadt Essen	Internetseite	2015	http://eabg.essen.de/ueber-uns/presse/firmengruppe-eabg-und-stadt-essen-starten-integrationsprojekt-fuer-sprachliche-und-berufliche-bildung-1 (Zugriff: 20.04.2017).
D_E-25	Deutsch als Fremdsprache	Volkshochschule Essen	Internetseite	o. J.	https://www.vhs-essen.de/daf-wegweiser.htm (Zugriff: 20.04.2017)
D_E-26	Projektantrag „CHANGE“	Stadt Essen	Beschlussvorlage	2016	(findet Erwähnung in D_E-02; keine eigene Webpräsenz)
D_E-27	Essener Stadtbezirke und Stadtteile	Histor. Verein für Stadt und Stift Essen e.V.	Internetseite	o. J.	https://geschichte.essen.de/historischesportal_orte/essener_stadtteile/bezirk_5/stadtbezirke_stadtteile_5.de.html (Zugriff: 17.05.2017)
D_E-28	Stadtentwicklungsprozess Essen 2015+. Bericht der Projektgruppe „Perspektive Wohnen“	Stadt Essen (Der OB)	Bericht	2007	https://www.wohnungsmarktbeobachtung.de/kommunen/teilnehmer/a-g/essen/step-wohnen-essen-2007/pdf-perspektive-wohnen-endbericht (Zugriff: 20.04.2017)
D_E-29	Bevölkerungsatlas	Stadt Essen	Statistik	o. J.	https://webapps.essen.de/instantatlas/html/report_STADTTEIL_i5.html (Zugriff 17.05.2017)

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTeграtion

D_E-30	Handbuch Essener Statistik. Soziales – Gesundheit	Stadt Essen	Statistik	2015	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/Soziales_Gesundheit.pdf (Zugriff: 17.05.2017)
D_E-31	Landtagswahl am 14. Mai 2017 in Essen. Informationen. Ergebnisse. Analysen	Stadt Essen	Wahlergebnisse	2017	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/LW_2017_bu_Teil_1.pdf (Zugriff: 17.05.2017)
D_E-32	Mietspiegel für gewählte Orte	Immowelt.de	Internetseite	o. J.	https://www.immowelt.de/immobilienpreise/detail.aspx?geoid=10805113000004 (Zugriff: 03.09.2018)
D_E-33	Standort Essen. Immobilienmarkt 2015	EWG	Internetseite	2015	http://www.ewg.de/standort_essen_2/immobilienmarkt/immobilienmarkt.de.html
D_E-34	Ämterverzeichnis Schulen	Stadt Essen	Internetseite	o. J.	
D_E-35	Alle städtischen Kitas auf einen Blick	Stadt Essen	Internetseite	o. J.	https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_51/familienzentren/Alle_Kitas_auf_einen_Blick.de.html
D_E-36	Sozialatlas	Stadt Essen	Statistik	o. J.	https://webapps.essen.de/instantatlas/sozialatlas/atlas.html (Zugriff: 18.01.2017)
D_E-37	Wahlatlas	Stadt Essen	Statistik	o. J.	(Zugriff: 14.06.2017)
D_E-38	Bevölkerung nach Alter in den Stadtbezirken und Stadtteilen am 31.12.2016	Stadt Essen	Statistik	2016	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/Bevoelkerungszahlen.pdf (Zugriff: 18.01.2017)
D_E-39	Mietpreise und Kaufpreise in Essen	Immobilien Scout GmbH	Internetseite	o. J.	https://www.immobilienscout24.de/immobilienbewertung/ratgeber/mietpreise-und-kaufpreise/mietspiegel/mietspiegel-essen.html (Zugriff: 06.02.2017)
D_E-40	Essen. Einst „Stadt Montan“ – Heute „Stadt der Energie, des Handels und der Dienstleistung“	IHK zu Essen...	Bericht	2015	https://www.essen.ihk24.de/blob/eihk24/service/marken/ueber_uns/wirtschaftsregion/2093906/9749d2a3400bafa3408da59f1bb17a68/essen-data.pdf (Zugriff: 16.05.2017)
D_E-41	Statistisches Jahrbuch der IHK Essen,... (38. Jg.)	IHK zu Essen	Bericht	2016	
D_E-42	Ein Blick auf... Menschen in Essen	Stadt Essen	Internetseite	2017	https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_12/ein_blick_auf_a_z.de.jsp (Zugriff: 05.02.2017)
D_E-43	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitsort) nach Wirtschaftsbereichen	IT.NRW	Statistik	2017	https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data (Werteabruf 16.02.2018)
D_E-44	Arbeitslosenquote (Prozent)	IT.NRW	Statistik	2018	https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data (Werteabruf 16.02.2018)
D_E-45	Wohnungsmarkt in Essen 2014. Bericht Projektgruppe „Perspektive Wohnen“	Stadt Essen – der OB	Bericht	2015	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/68/download_1/Wohnungsmarkt_in_Essen_2014_Version_B.pdf
D_E-46	Wohnungsmarkt Ruhr. Dritter Regionaler Wohnungsmarktbericht	AG Wohnungsmarkt Ruhr	Bericht	2015	
D_E-47	Beispiele Essener Wohnungsprojekte nach Stadtbezirken/Stadtteilen	Stadt Essen (Amt für Stadterneuerung...)	Internetseite	o. J.	https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_68/wohnungsmarktbeobachtung/Liste_der_Stadtbezirke.de.html (Zugriff: 17.05.2017)
D_E-48	Essen 2015/2016	Planet Home Immobilien	Bericht	2016	
D_E-49	Stadtbezirke und Stadtteile in Essen	Stadt Essen (Amt für Statistik...)	Karte	o. J.	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/Stadtbezirke_und_Stadtteile.pdf (Zugriff: 16.05.2017)
D_E-50	Integrierte Stadtteilentwicklung	Stadt Essen	Internetseite	o. J.	https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_68/soziale_stadt/Soziale_Stadt_in_Essen.de.html (Zugriff: 05.12.2017)
D_E-51	Programm „Stärken vor Ort“ in Essen	Stadt Essen	Internetseite	o. J.	https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_68/soziale_stadt/Staerken_vor_Ort.de.html (Zugriff: 02.12.2017)
D_E-52	SPD verliert Essen – Kufen neuer Oberbürgermeister	Welt	Artikel	2015	https://www.welt.de/politik/deutschland/article146928659/SPD-verliert-Essen-Kufen-neuer-Oberbuergemeister.html (Zugriff: 29.11.2017)

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTeграtion

D_E-53	Maßanzüge für Bedarfsge-meinschaften	BMUNBR	Internetsei-te	o. J.	https://www.biwaq.de/BIWAQ/DE/Projekte/Projekte_BIWAQ3/2446_Essen.html (Zugriff: 18.01.2018)
D_E-54	Umsetzung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes	MAIS und MSW	Erlass, För-derrichtlinie	2012	https://media.essen.de/media/wwwessend e/aemter/0513/Erlass_KIZ_Endfassung_25_06_2012.pdf (Zugriff: 10.01.2017)
D_E-55	Wohnungsmarktreport Deutschland 2016	Vonovia SE & CBRE	Bericht	2016	https://www.vonovia.de/ueber-vonovia/pre sse/marktbericht?sc_lang=de-DE# (Zugriff: 16.04.2018)
D_E-56	Programm "Soziale Stadt – Investitionen im Quartier"	Stadt Essen	Internetsei-te	o. J.	https://www.essen.de/rathaus/aemter/ord ner_68/soziale_stadt/Soziale_Stadt_in_Esse n.de.html (Zugriff: 05.12.2017)
D_E-57	Flüchtlingsdörfer	Stadt Essen	Internetsei-te	o. J.	https://www.essen.de/leben/fluechtlinge_1 /fluechtlingsdoerfer.de.html (Zugriff: 03.04.2018)
D_E-58	Bezirksvertretungen	Stadt Essen	Internetsei-te	o. J.	https://www.essen.de/rathaus/bezirksvertr etungen/bezirksvertretungen.de.html (Zugriff: 07.012.2017)
D_E-59	Der Rat der Stadt	Stadt Essen	Internetsei-te	o. J.	https://www.essen.de/rathaus/rat/RatderSt adt.de.html (Zugriff: 07.12.2017)
D_E-60	Ausbau der interkulturellen Orientierung in Essen	Stadt Essen	Konzept	2013	
D_E-61	Neuorientierung der Integ-rationsarbeit und Fort-schreibung des „Konzepts für die interkulturelle Ar-beit...“ zu einem kommunalen Strategiekonzept..	Stadt Essen	Konzept	2012	
D_E-62	Kontinuität und Wandel auf dem Weg zur Metropole Ruhr	Stadt Essen	Dokumen-tation	2010	https://media.essen.de/media/wwwessend e/aemter/0513/Doku_Fachkonferenz_10_Ja hre_IKK.pdf (Zugriff: 02.12.2017)
D_E-63	Handbuch Bevölkerung	Stadt Essen	Bericht	2018	https://media.essen.de/media/wwwessend e/aemter/12/Bevoelkerung_1987-2016.pdf (Zugriff: 15.01.2018)
D_E-64	Die Eingemeindungen im Stadtgebiet Essen nach heutigen Stadtteilen	Stadt Essen (Amt für Statis-tik...)	Bericht	o. J.	https://media.essen.de/media/wwwessend e/aemter/12/Eingemeindungen_in_Essen.p df (Zugriff: 16.05.2017)
D_E-65	Bericht über die Entlastung der Kommunen durch ein Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen	MIK	Landtag NRW, Vor-lage 16/3567	2015	
D_E-66	Verstetigung integrierter Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen	MWEBWV	Bericht	2011	
D_E-67	Wir in NRW. Flüchtlingspo-litik in NRW	Land NRW	Bericht	2016	https://www.land.nrw/de/fluechtlingshilfe
D_E-68	Landtagswahl Stadt Essen 14.05.17	Stadt Essen	Bericht	2017	https://webapps.essen.de/wahlergebnisse/L W2017/05113000/html5/Landtagswahl_NR W_501_Uebersicht_stadtteil_Erststimmen.h tml
D_E-69	Kommunalwahl 2014, Ergebnisse in Essen	Stadt Essen	Bericht	2014	https://webapps.essen.de/wahlergebnisse/ KW2014/Rat/STT/JavaScript/ergebnisse.htm (Zugriff: 10.08.18)

Quellenkorpus Essen, Altenessen & Karnap

D_AE_K-01	Integriertes Handlungskon-zept „Soziale Stadt“ Essen-Altenessen-Süd/Nordviertel	Stadt Essen	Konzept	2012	(liegt in Papierform vor)
D_AE_K-02	Open Sundays. Spiel, Sport und Bewegung für alle Kinder im Essener Norden	Universität Duisburg-Essen	Konzept	2015	(liegt in Papierform vor)
D_AE_K-03	Projekt MifriN (Migrantin-nen und Migranten in friedlicher Nachbarschaft)	Stadt Essen, KI	Konzept	2017	(liegt in Papierform vor)

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

D_AE_K-04	Landesprogramm „Komm-An“	Land NRW	Internetseite	o. J.	http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/KOMM-AN-NRW/ (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-05	Controllingbericht 2015	ISSAB, Stadt Essen		2015	(liegt in Papierform vor)
D_AE_K-06	Controllingbericht 2016	ISSAB		2016	(liegt in Papierform vor)
D_AE_K-07	Interessensbekundung BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier)	Stadt Essen		2015	(liegt in Papierform vor)
D_AE_K-08	Projekt MiA (Migranten in Arbeit)	Diakonie			http://www.neue-arbeit-essen.de/vermitteln/mia-migrantinnen-in-arbeit/ (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-09	Projekt MiO (Migranten in Organisation)	Diakonie			http://www.neue-arbeit-essen.de/projekte/mio-migrantinnen-in-orientierung/ (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-10	Essen sind wir. Altenessen. Karnap. Vogelheim	Stadt Essen	PDF-Dokument	2015	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/emg/broschueren_1/EssenSindWir_Bezirk5.pdf (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-11	Der lebens- & liebenswerte Stadtteil i. Essener Norden	Ohne Verfasser_in	Internetseite	o. J.	www.karnap-online.de (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-12	Stadtteilportrait Altenessen	Stadt Essen	Internetseite	o. J.	https://www.essen.de/leben/stadtteile/altenessen_1/Stadtteilportrait_Altenessen.de.jsp (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-13	Ein Blick auf... Stadtteile: Altenessen-Nord	Stadt Essen	PDF-Dokument	o. J.	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/ein_blick_auf_stadtteile/Altenessen-Nord_24.pdf (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-14	Ein Blick auf... Stadtteile: Altenessen-Süd	Stadt Essen	PDF-Dokument	o. J.	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/ein_blick_auf_stadtteile/Altenessen-Sued_25.pdf (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-15	Müllheizkraftwerk Essen-Karnap.	RWE	Internetseite	o. J.	http://www.rwe.com/web/cms/de/1757474/rwe-generation-se/energetraeger/laenderuebersicht/deutschland/weitere-kraftwerke (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-16	Bürgerverein Karnap e.V.: Wir über uns	Bürgerverein Karnap (e.V.)	Internetseite	o. J.	http://www.buergerverein-karnap.de/index.php/wir-ueber-uns (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-17	Matthias Stinnes	EWG	Internetseite	o. J.	http://www.ewg.de/standort_essen_2/immobilienmarkt/gewerbegebiete_2/mathias_stinnes_2/Mathias_Stinnes.de.html (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-18	Die IG Altenessen stellt sich vor	IG Altenessen	Homepage	o. J.	http://igaltenessen.de/pages/ig-altenessen/ig-altenessen.php (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-19	Die Altenessen-Konferenz	Altenessen-Konferenz	Homepage	o. J.	http://altenessen-konferenz.de/aek/ (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-20	Sport- und Gesundheitszentrum (SGZ) Altenessen	SGZ	Homepage	o. J.	https://www.fitnessstudios-essen-sgz.de/ (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-21	Zeche Carl	Zeche Carl	Homepage	o. J.	http://www.zechecarl.de/ (Zugriff: 16.04.2018)
D_AE_K-22	Gartenbau-Verein Essen-Karnap e.V.: Wir über uns		Homepage	o. J.	https://gbv-essen-karnap-ev.jimdo.com/ (Zugriff: 16.04.2018)
Quellenkorpus Essen, Hörsterfeld					
D_EH-01	Häuserverkauf im Hörsterfeld: Kritik am Allbau		Presseartikel	2016	http://www.derwesten.de/staedte/essen/haeuserverkauf-im-hoersterfeld-kritik-am-allbau-id11815853.html (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-02	Essen sind wir. Steele, Kray, Leithe, Freisenbruch, Horst.	Essen Marketing GmbH	Broschüre	2010	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/emg/broschueren_1/EssenSindWir_Bezirk7.pdf (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-03	Der Bürgerladen im Hörsterfeld leistet gute Arbeit“	SPD Essen	Stellungnahme	2016	http://spdessen.de/node/228 (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-04	Mietpreise und Kaufpreise in Essen	Immobilien Scout GmbH	Internetseite	o. J.	https://www.immobilienscout24.de/immobilienbewertung/ratgeber/mietpreise-und-kaufpreise/mietspiegel/mietspiegel-essen.html (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-05	Linkspartei sorgt sich um die soziale Betreuung im Hörsterfeld	Lindgens, J.	Presseartikel	2016	https://www.derwesten.de/staedte/essen/linkspartei-sorgt-sich-um-soziale-betreuung-im-hoersterfeld-id12134816.html (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-06	Horst – ein Dorf samt Naherholungsgebiet an der Ruhr	Schabelon, T.	Presseartikel	2015	http://www.derwesten.de/staedte/essen/horst-ein-dorf-samt-naherholungsgebiet-an-der-ruhr-id11126120.html (Zugriff: 22.02.2018)

D_EH-07	Essen – Horst	Sippel, P.	Internetseite	o. J.	www.rheinruhronline.de/essen/essen1/essenhorst/essenhorst.htm (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-08	Im Hörsterfeld weht immer ein frischer Wind	Spletter, M.	Presseartikel	2010	http://www.derwesten.de/staedte/essen/in-hoersterfeld-weht-immer-ein-frischer-wind-id3571492.html (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-09	Im Hörsterfeld wollte man alles anders machen	Spletter, M.	Presseartikel	2013	http://www.wr.de/staedte/essen/im-hoersterfeld-wollte-man-damals-alles-anders-machen-id8733601.html (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-10	Bevölkerung nach Alter in Stadtbezirken & Stadtteilen	Stadt Essen	Internetseite	2016	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/Bevoelkerungszahlen.pdf (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-11	Ein Blick auf... Stadtteile: Horst	Stadt Essen	PDF-Dokument	2016	https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/ein_blick_auf_stadtteile/Horst_46.pdf (Zugriff: 22.02.2018)
D_EH-12	Essen sind wir. Steele, Kray, Leithe, Freisenbruch, Horst	Essen Marketing GmbH	Broschüre	2010	
D_EH-13	Allbau zieht sich aus Problemviertel Hörsterfeld zurück	Lindgens, J.	Presseartikel	2016	http://www.wp.de/staedte/essen/allbau-zieht-sich-aus-problemviertel-hoersterfeld-zurueck-id11749915.html (Zugriff: 16.01.2017)
D_EH-14	Essen – Horst	Sippel, P.	Internetseite	o. J.	www.rheinruhronline.de/essen/essen1/essenhorst/essenhorst.htm (Zugriff: 16.01.2017)

c) Verzeichnis der ausgewerteten überregionalen Presseartikel

Kürzel	Titel des Artikels	Verfasser_innen		Datum
P_ÜB_001	In Lebach müssen Flüchtlinge in Zelten leben... ..aber der Innenminister will dieses Haus nicht haben	Wichmann, M.	Bild	11.08.15
P_ÜB_002	Jetzt wird eine Polizeiwache zum Flüchtlingsheim	Ohne Verfasser_in	Bild	20.08.15
P_ÜB_003	Was sich Deutschland einfallen lässt, um Flüchtlinge unterzubringen	Köhnlein, L.	Bild	30.08.15
P_ÜB_004	Milliarden-Kosten durch Flüchtlingsansturm	Ohne Verfasser_in	Bild	01.09.15
P_ÜB_005	Wir Schwarzen müssen zusammen halten	Schuler, R.; Solms-L., F.	Bild	02.09.15
P_ÜB_006	Hier wird alles getan, dass es den Menschen gut geht	Ohne Verfasser_in	Bild	10.09.15
P_ÜB_007	Bayern-Spieler laufen mit Flüchtlingskindern ein	Ohne Verfasser_in	Bild	12.09.15
P_ÜB_008	Städte und Gemeinden arbeiten am Anschlag	Kleine, R.; Kautz, H.	Bild	16.09.15
P_ÜB_009	Ganz viel Honig in Til Schweigers Topf	Rosendahl, I.	Bild	17.09.15
P_ÜB_010	ISIS hat die Flucht zur Todsünde erklärt	Ohne Verfasser_in	Bild	20.09.15
P_ÜB_011	Zwei deutsche Helden	Bewersdorff, H.; Straten, W	Bild	30.09.15
P_ÜB_012	Bayern-Politiker klagen Seehofer ihr Leid	Riechers, K.	Bild	08.10.15
P_ÜB_013	CSU-Chef Seehofer greift knallhart durch	Schuler, R.	Bild	08.10.15
P_ÜB_014	Merkel verteidigt Asyl-Kurs	Mayer, H.	Bild	12.10.15
P_ÜB_015	Scholz nach Prag sofort zum Arzt	Aswad, N.	Bild	14.10.15
P_ÜB_016	Zornedinger CSU-Spitze tritt zurück	Ohne Verfasser_in	Bild	03.11.15
P_ÜB_017	Merkel und Seehofer: neuer Plan gegen Flüchtlingskrise	Ohne Verfasser_in	Bild	04.11.15
P_ÜB_018	Gauk geht gegen CDU-Slogan vor	Ohne Verfasser_in	Bild	06.11.15
P_ÜB_019	Die Forderungen der Flüchtlingshelfer	Hartmann, F.	Bild	10.11.15
P_ÜB_020	Was uns die Flüchtlinge wirklich kosten	Ohne Verfasser_in	Bild	11.11.15
P_ÜB_021	Keine neuen Schulden trotz Flüchtlingskrise!	Ohne Verfasser_in	Bild	13.11.15
P_ÜB_022	Mein Sohn, der Terrorist!	Frankowski, J.	Bild	25.11.15
P_ÜB_023	Ja, wir müssen ISIS vernichten!	Helleman, A. et al.	Bild	05.12.15
P_ÜB_024	OB Melf Grantz ohne Plan für Flüchtlinge?	Ohne Verfasser_in	Bild	07.12.15
P_ÜB_025	Hier leben die Migranten in Hamburg	Arndt, M.	Bild	08.12.15
P_ÜB_026	So werde ich die Stadt umkrempeln	Brücher, J.; Pastors, W.	Bild	15.12.15
P_ÜB_027	Das Wirtschaftsjahr 15 von A bis Z	Ohne Verfasser_in	Bild	28.12.15
P_ÜB_028	Wie Flüchtlinge unsere Wirtschaft retten	Löning, M.	Bild	02.01.16
P_ÜB_029	Rot-Grün rechnet weiter mit hohen Flüchtlingszahlen	Arndt, M.	Bild	05.01.16
P_ÜB_030	Gauweiler legt CSU Austritt aus der Koalition nahe	Schuler, R.	Bild	09.01.16
P_ÜB_031	Die Polizei war nicht präsent	Ohne Verfasser_in	Bild	12.01.16
P_ÜB_032	Wir müssen uns an Terror gewöhnen	Küppers, C.	Bild	14.01.16
P_ÜB_033	SPD sagt Fackelzug gegen Flüchtlingsheime ab	Ohne Verfasser_in	Bild	23.01.16
P_ÜB_034	Kraft rüffelt Essener SPD-Mann	Kindel, T; Weise, K.	Bild	25.01.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

P_ÜB_035	Nach Facebook-Hetze: Claudia Roth fordert von AfD Entschuldigung	Ohne Verfasser_in	Bild	29.01.16
P_ÜB_036	Jetzt sind ihre drei Kinder tot. Dabei wollten sie nur ein sicheres Leben	Windmaisser, K.; All Haji, Y.	Bild	30.01.16
P_ÜB_037	In seinem Büro spielen bald Flüchtlingskinder	Schütz, J.	Bild	02.02.16
P_ÜB_038	Wirtschaft schlägt sich auf Merkels Seite	Ohne Verfasser_in	Bild	05.02.16
P_ÜB_039	Flüchtlings-Unterbringung bewegt Hamburg	Meyer, H.	Bild	08.02.16
P_ÜB_040	So geht Integration schief	Meyer, H.	Bild	12.02.16
P_ÜB_041	Kein Mindestlohn für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Bild	15.02.16
P_ÜB_042	McKinsey am LaGeSo – und wo ist der Senat geblieben?	Buschkowski, H.	Bild	24.02.16
P_ÜB_043	Rückenwind für Volksinitiative.	Meyer, H.; Schröder, D.	Bild	29.02.16
P_ÜB_044	Wer Flüchtlinge ablehnt, ist gegen Wohlstand	Elitz, E.	Bild	01.03.16
P_ÜB_045	Was sagt Ihre Mutter zur Flüchtlingskrise?	Eichinger, R. et al.	Bild	06.03.16
P_ÜB_046	BILD zeigt den Vertrag, den es angeblich gar nicht gibt	Petersen, L.	Bild	26.03.16
P_ÜB_047	Die wahre Herausforderung	Brügelmann, M.	Bild	07.04.16
P_ÜB_048	SPD-Mann platzt der Kragen!	Weise, K.	Bild	11.04.16
P_ÜB_049	Sarrazin rechnet ab! Exklusiv! das neue Buch	Ohne Verfasser_in	Bild	19.04.16
P_ÜB_050	Werden Flüchtlingsbabys automatisch Deutsche?	Kreye, L. et al.	Bild	10.05.16
P_ÜB_051	Flüchtlingsunterkunft darf weiter gebaut werden	Ohne Verfasser_in	Bild	11.05.16
P_ÜB_052	„Fördern und Fordern“ – Weg für Integrationsgesetz ist frei	Ohne Verfasser_in	Bild	24.05.16
P_ÜB_053	Weil: Integration der Flüchtlinge bleibt Stückwerk	Ohne Verfasser_in	Bild	26.05.16
P_ÜB_054	Dreisprachiges Zeitungsprojekt als Integrationsprojekt	Ohne Verfasser_in	Bild	27.05.16
P_ÜB_055	Sportvereine erhalten weiter Zuschüsse für Flüchtlingsarbeit	Ohne Verfasser_in	Bild	30.05.16
P_ÜB_056	Familienminister beraten über Integration von Flüchtlingsfamilien	Ohne Verfasser_in	Bild	02.06.16
P_ÜB_057	So massiv waren die Folgen für die wichtigsten Akteure	Ohne Verfasser_in	Bild	03.06.16
P_ÜB_058	Woidke fordert Hilfe bei Integration der Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Bild	15.06.16
P_ÜB_059	Selling: Flüchtlings-Milliarden des Bundes reichen nicht	Ohne Verfasser_in	Bild	16.06.16
P_ÜB_060	Ministerinnen: Integration weiblicher Flüchtlinge fördern	Ohne Verfasser_in	Bild	16.06.16
P_ÜB_061	IAB-Chef: Mindestlohn-Erhöhung kein Risiko für Arbeitsmarkt	Ohne Verfasser_in	Bild	23.06.16
P_ÜB_062	Ramelow zu Flüchtlingskosten: Schäuble lässt uns im Stich	Ohne Verfasser_in	Bild	07.07.16
P_ÜB_063	Integrationskosten: Jährlich 110 Millionen vom Bund	Ohne Verfasser_in	Bild	08.07.16
P_ÜB_064	Deutlich weniger Asylsuchende im ersten Halbjahr 16	Ohne Verfasser_in	Bild	08.07.16
P_ÜB_065	Überraschend keine Einigung bei Flüchtlingsgipfel	Ohne Verfasser_in	Bild	12.07.16
P_ÜB_066	Berliner CDU beschließt Wahlprogramm: als Film	Ohne Verfasser_in	Bild	15.07.16
P_ÜB_067	Ibisevic spendet 50.000 Euro für Flüchtlinge.	Lamprecht, R. et al.	Bild	23.07.16
P_ÜB_068	Bundeswehr stellt Flüchtlinge im zivilen Bereich ein	Ohne Verfasser_in	Bild	24.07.16
P_ÜB_069	Besorgnis um Zuwanderung erreicht laut Umfrage Höchststand	Ohne Verfasser_in	Bild	26.07.16
P_ÜB_070	Flüchtlinge gärtnern in neuer Brandenburger Heimat	Ohne Verfasser_in	Bild	27.07.16
P_ÜB_071	Vor Krönung in Trier: Syrische Weinkönigin ist bereit	Ohne Verfasser_in	Bild	30.07.16
P_ÜB_072	Wanka: Wirtschaft muss bei Ausbildung von Flüchtlingen mehr tun	Ohne Verfasser_in	Bild	03.08.16
P_ÜB_073	6.000 Ausbildungsplätze für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Bild	03.08.16
P_ÜB_074	Geflohene Syrerin zur Weinkönigin von Trier gekürt	Ohne Verfasser_in	Bild	04.08.16
P_ÜB_075	Kauder hält an Kurs in der Flüchtlingspolitik fest	Ohne Verfasser_in	Bild	07.08.16
P_ÜB_076	Bei Siemens kaum Stellen für ungelernte Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Bild	08.08.16
P_ÜB_077	Promi-Friseur heuert Flüchtlinge an	Helfricht, J.	Bild	18.08.16
P_ÜB_078	Können Sie uns schützen, Herr de Maizièr?	Eichinger, R. et al.	Bild	20.08.16
P_ÜB_079	Robuste Konjunktur lässt Staatskasse klingeln	Ohne Verfasser_in	Bild	24.08.16
P_ÜB_080	Lehrerverband VBE kritisiert Finanzierung von Schulen	Ohne Verfasser_in	Bild	26.08.16
P_ÜB_081	Das Grundgesetz ist ein Glücksfall. Heute: Deutsche-Bahn-Vorstandschef Rüdiger Grube	Ohne Verfasser_in	Bild	28.08.16

P_ÜB_082	Flirt-Experte bietet Beziehungs-Workshop für Flüchtlinge an	Ohne Verfasser_in	Bild	29.08.16
P_ÜB_083	Wohnsitzauflage für anerkannte Asylbewerber kommt in Kürze	Ohne Verfasser_in	Bild	31.08.16
P_ÜB_084	Nahles: „Wir schaffen das - es dauert“	Ohne Verfasser_in	Bild	31.08.16
P_ÜB_085	Grillo: Beschäftigungsverbot für Flüchtlinge in Zeitarbeit aussetzen	Ohne Verfasser_in	Bild	04.09.16
P_ÜB_086	Was uns die Wahl in Meck-Pomm lehrt	Blome, N.	Bild	05.09.16
P_ÜB_087	Lesen Sie mal, wie gut Ihr Kandidat einstecken kann	Ohne Verfasser_in	Bild	06.09.16
P_ÜB_088	Von Lettland anerkannte Flüchtlinge zieht es nach Deutschland	Ohne Verfasser_in	Bild	06.09.16
P_ÜB_089	Maffay startet Gemüse – Projekt mit Kindern	Steinbach, D.	Bild	09.09.16
P_ÜB_090	Was wir aus Bautzen lernen müssen	Ranga, Y.	Bild	17.09.16
P_ÜB_091	Seehofer will nicht Kanzler werden	Hollstein, M. et al.	Bild	24.09.16
P_ÜB_092	Projekte zu Smartphones und Stadtteilen bekommen Lehrpreis	Ohne Verfasser_in	Bild	26.09.16
P_ÜB_093	Niemand wird schlechter gestellt	Hollstein, M.; Uhlenbroich, B.	Bild	01.10.16
P_ÜB_094	Flüchtlinge für Einsatz in der Pflege geeignet	Ohne Verfasser_in	Bild	02.10.16
P_ÜB_095	Erzbisum mit Überschuss: Geld fließt in Bildungsarbeit	Ohne Verfasser_in	Bild	06.10.16
P_ÜB_096	Merkel-Kurve schießt nach oben	Ohne Verfasser_in	Bild	07.10.16
P_ÜB_097	Syrer besser als Hunderte deutsche Polizisten	Ohne Verfasser_in	Bild	11.10.16
P_ÜB_098	München erhält Millionen für Flüchtlingsprojekt	Ohne Verfasser_in	Bild	21.10.16
P_ÜB_099	Kita-Pflicht für Flüchtlings-Kinder	Peters, D.	Bild	25.10.16
P_ÜB_100	„Ich werde die Seele der CSU nicht verkaufen“	Ohne Verfasser_in	Bild	04.11.16
P_ÜB_101	Handwerk: Integration von Flüchtlingen teils ernüchternd	Ohne Verfasser_in	Bild	13.11.16
P_ÜB_102	Bei diesem Projekt fallen die Vorurteile	Sievert, A.	Bild	16.11.16
P_ÜB_103	Flüchtlingsmädchen Reem sagt Merkel „einfach nur Danke“	Ohne Verfasser_in	Bild	14.07.16
P_ÜB_104	Wie gut sind unsere Behörden?	Ohne Verfasser_in	Bild	02.01.16
P_ÜB_105	Was zu tun ist, damit Stimmung nicht kippt	Anda, B.	Bild	09.08.15
P_ÜB_106	Nationalist, Medien-Hasser, Macho	Vehlewald, H.	Bild	03.09.15
P_ÜB_107	Die ganze Welt feiert uns Deutsche	Ohne Verfasser_in	Bild	08.09.15
P_ÜB_108	Merkel: „Wir müssen jetzt einfach anpacken!“	Ohne Verfasser_in	Bild	09.09.15
P_ÜB_109	Linken-Chefin pöbelt gegen CSU-Politiker	Zimmerer, F.	Bild	18.09.15
P_ÜB_110	1.180 Einwohner, 3.100 Flüchtlinge	Gehrmann, L.; Herbst, S.	Bild	22.09.15
P_ÜB_111	Hier leben 1.000 Flüchtlinge	von Schade, M.	Bild	23.09.15
P_ÜB_112	Ein reiches Land kann nicht alle aufnehmen	Ohne Verfasser_in	Bild	15.10.15
P_ÜB_113	Attentat schockt Deutschland	Altenhofen, G. et al.	Bild	17.10.15
P_ÜB_114	Jetzt beginnen die Massenabschiebungen	Ohne Verfasser_in	Bild	23.10.15
P_ÜB_115	CDU-Spitzenkandidat will Ehemänner bestrafen	Krüger, L.	Bild	02.11.15
P_ÜB_116	Flüchtlinge sollen ihre Asylhäuser selber bauen	Wiegers, M.	Bild	20.11.15
P_ÜB_117	Maschmeyer und Ferres nehmen Flüchtlinge auf	Hoffmann, C.	Bild	30.11.15
P_ÜB_118	Flüchtlinge ziehen in katholische Kirche	Rösener, S.	Bild	17.12.15
P_ÜB_119	Großunterkünfte führen zu Parallelgesellschaften	Aswad, N.; Walter, C.	Bild	19.01.16
P_ÜB_120	Muslimen sollen bei Integration mithelfen	Ohne Verfasser_in	Bild	20.01.16
P_ÜB_121	Hanning: „Der Boom ist da!“	Kayser, S.	Bild	21.02.16
P_ÜB_122	Deutschland muss mehr tun als andere	Ohne Verfasser_in	Bild	28.02.16
P_ÜB_123	Abschiebe-Zoff um Flüchtlingstrainer	Sauerbier, M.; Brier, R.	Bild	28.02.16
P_ÜB_124	Wahllokal für Migranten zugemauert!	Ohne Verfasser_in	Bild	11.03.16
P_ÜB_125	Unausgewogen: A. Spiegel kritisiert Integrationsgesetz	Ohne Verfasser_in	Bild	25.05.16
P_ÜB_126	Landkreistag lehnt Bundesteilhabegesetz ab	Ohne Verfasser_in	Bild	01.06.16
P_ÜB_127	Gauk spricht mit Flüchtlingen in Bonn über Job-Suche	Ohne Verfasser_in	Bild	10.06.16
P_ÜB_128	Weil will mehr Bundesmittel für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Bild	16.06.16
P_ÜB_129	Flüchtlinge unterstützen die Feuerwehren	Ohne Verfasser_in	Bild	07.07.16
P_ÜB_130	Initiative «Gemeinsam Perspektiven eröffnen»	Ohne Verfasser_in	Bild	18.07.16
P_ÜB_131	Flüchtlingsbeauftragte warnt vor Stimmungsmache	Ohne Verfasser_in	Bild	25.07.16
P_ÜB_132	Brauchen wir Erdogan mehr als er uns?	Ohne Verfasser_in	Bild	09.08.16
P_ÜB_133	Gabriel: Merkels «Wir schaffen das» reicht nicht aus	Ohne Verfasser_in	Bild	13.08.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INtegration

P_ÜB_134	Warum werben Sie mit einer Kopftuch-Frau?	Hellemann, A. et al.	Bild	13.08.16
P_ÜB_135	Bad Karlshafen: Arabisch-Unterricht für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Bild	16.08.16
P_ÜB_136	Linke kritisiert Rauswurf von Praktikantin	Ohne Verfasser_in	Bild	25.08.16
P_ÜB_137	Deutschlands Bevölkerungszahl steigt durch Zuwanderung	Ohne Verfasser_in	Bild	26.08.16
P_ÜB_138	Weise: Integration von Flüchtlingen in Arbeitsmarkt wird lange dauern	Ohne Verfasser_in	Bild	28.08.16
P_ÜB_139	Merkel steht zu „Wir schaffen das“ – und sieht frühere Fehler	Ohne Verfasser_in	Bild	31.08.16
P_ÜB_140	Flüchtlinge: 15 wiederholt sich nicht	Ohne Verfasser_in	Bild	01.09.16
P_ÜB_141	Förderpreis für Integration an Flüchtlingshilfe Schwerin	Ohne Verfasser_in	Bild	02.09.16
P_ÜB_142	OECD: Deutschland bei Flüchtlings-Integration in Jobs auf gutem Weg	Ohne Verfasser_in	Bild	07.09.16
P_ÜB_143	Junge Flüchtlinge nicht schnell reif für Ausbildung	Ohne Verfasser_in	Bild	14.09.16
P_ÜB_144	Merkel für schnellere Integration von Flüchtlingen in Arbeitsmarkt	Ohne Verfasser_in	Bild	15.09.16
P_ÜB_145	Was nach Bautzen passieren muss	Ohne Verfasser_in	Bild	17.09.16
P_ÜB_146	MV übernimmt Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz	Ohne Verfasser_in	Bild	01.10.16
P_ÜB_147	Nord-CDU will Flüchtlingsintegration fördern/fordern	Ohne Verfasser_in	Bild	05.10.16
P_ÜB_148	Erste Berliner Flüchtlinge kommen nach Wünsdorf	Ohne Verfasser_in	Bild	14.10.16
P_ÜB_149	Bundesagentur setzt bei Flüchtlings-Integration auf frühe Job-Praxis	Ohne Verfasser_in	Bild	24.10.16
P_ÜB_150	Polizei bleibt präsent auf Bautzener Kornmarkt	Ohne Verfasser_in	Bild	28.10.16
P_ÜB_151	Eine Kita für Flüchtlinge!	Rosendahl, I.	Bild	16.11.16
P_ÜB_152	Seehofer: Obergrenze bei Zuwanderung Bedingung für Koalition	Ohne Verfasser_in	Bild	24.11.16
P_ÜSZ_001	Altmaier: Bund offen für rascheres Flüchtlingstreffen mit Ländern	Ohne Verfasser_in	SZ	03.08.15
P_ÜSZ_002	Nachbarschaftshilfe für Puchheimer Vereine	Ohne Verfasser_in	SZ	04.08.15
P_ÜSZ_003	Wie viel mehr ist genug?	Brössler, D.	SZ	06.08.15
P_ÜSZ_004	Kaiserschmarrn und Dudelsack	Feckl, J.	SZ	07.08.15
P_ÜSZ_005	Ferienprogramm für minderjährige Flüchtlinge	Rahmsdorf, I.	SZ	07.08.15
P_ÜSZ_006	Riskante Rettung	Ohne Verfasser_in	SZ	07.08.15
P_ÜSZ_007	Optimist mit Mut und Hoffnung	Bachstein, A.	SZ	12.08.15
P_ÜSZ_008	Geteilte Meinungen	Finke, B.	SZ	13.08.15
P_ÜSZ_009	Den Tränen nahe	Eisenberger, K.	SZ	13.08.15
P_ÜSZ_010	Steinmeier will Balkan-Flüchtlinge schneller abschieben	Ohne Verfasser_in	SZ	16.08.15
P_ÜSZ_011	Museumsserie, Teil 8. Neue Heimat	Poppek, Y.	SZ	16.08.15
P_ÜSZ_012	"Die kommen an und haben nichts"	Bluhme, R.	SZ	17.08.15
P_ÜSZ_013	Mutter der Verlassenen	Ohne Verfasser_in	SZ	17.08.15
P_ÜSZ_014	Schreiben untersagt Hilfe für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	SZ	21.08.15
P_ÜSZ_015	Reportage: Gestrandet	Cadenbach, C.	SZ	22.08.15
P_ÜSZ_016	Warum die Griechenland-Krise so schwer zu lösen ist	Snower, D.	SZ	23.08.15
P_ÜSZ_017	Örtlich betäubt	Pollmer, C.	SZ	25.08.15
P_ÜSZ_018	Neue Leitlinie. Flüchtlinge aus Syrien dürfen ...bleiben	Brössler, D. et al.	SZ	25.08.15
P_ÜSZ_019	Es erinnert an Rostock-Lichtenhagen	Prantl, H.	SZ	25.08.15
P_ÜSZ_020	Bundespräsident Joachim Gauck, die Osis und Dunkeldeutschland	Ondreka, L.	SZ	26.08.15
P_ÜSZ_021	Merkel und Gauck stellen sich gegen Ausländerfeinde	Ohne Verfasser_in	SZ	26.08.15
P_ÜSZ_022	Wie Menschen in Deutschland Flüchtlingen helfen	Ohne Verfasser_in	SZ	26.08.15
P_ÜSZ_023	Neues Flüchtlingsdrama im Mittelmeer	Ohne Verfasser_in	SZ	28.08.15
P_ÜSZ_024	Frankreichs Regierungschef besucht Flüchtlinge i. Calais	Ohne Verfasser_in	SZ	31.08.15
P_ÜSZ_025	Fatale Einstellung. Die Politik könnte in der Flüchtlingspolitik viel mehr erreichen, wenn sie offen auf die Bürger zugehen würde.	Schmidt, W.	SZ	02.09.15
P_ÜSZ_026	Ihre Post zu Flüchtlingen. Erbärmliche EU	Leserin „Ingrid Novosad“	SZ	04.09.15
P_ÜSZ_027	SPD: Einwanderungsgesetz kein Thema beim Koalitions-treffen	Ohne Verfasser_in	SZ	04.09.15

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

P_ÜSZ_028	Orban ruft Österreich und Deutschland zur Grenz-schließung auf	Ohne Verfasser_in	SZ	07.09.15
P_ÜSZ_029	Münchner Verteilungskonflikte	Wimmer, S.	SZ	10.09.15
P_ÜSZ_030	Verfassungsschutz: Salafisten wollen Flüchtlinge anwerben	Ohne Verfasser_in	SZ	10.09.15
P_ÜSZ_031	Menschen wie im Tiergehege	Ohne Verfasser_in	SZ	11.09.15
P_ÜSZ_032	Österreichs Kanzler wirft Orbàn Nazi-Methoden vor	Ohne Verfasser_in	SZ	12.09.15
P_ÜSZ_033	EU-Bürger haben kein Recht auf Hartz IV	Ohne Verfasser_in	SZ	15.09.15
P_ÜSZ_034	QUH mit neuem Vorstand	Sebald, K.	SZ	18.09.15
P_ÜSZ_035	BA-Chef Weise wird auch neuer Präsident des BAMF	Ohne Verfasser_in	SZ	18.09.15
P_ÜSZ_036	Weitere Flüchtlinge aus Kroatien in Ungarn angekommen	Ohne Verfasser_in	SZ	21.09.15
P_ÜSZ_037	Suche nach Schulschwimmbädern	Winkler-Schlang, R.	SZ	23.09.15
P_ÜSZ_038	Wolfratshausen: CSU hat Grippe und sagt Diskussion ab	Ohne Verfasser_in	SZ	29.09.15
P_ÜSZ_039	Bremen plant Beschlagnahmung von Wohnraum für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	SZ	29.09.15
P_ÜSZ_040	Schlägerei mit mehr als 300 Flüchtlingen in Landesauf-nahmebehörde	Ohne Verfasser_in	SZ	07.10.15
P_ÜSZ_041	Notquartier auf unbestimmte Zeit	Meixner, I.	SZ	07.10.15
P_ÜSZ_042	Bundespräsident Gauck bei Obama im Weißen Haus	Ohne Verfasser_in	SZ	08.10.15
P_ÜSZ_043	Suche nach dem Glück. Sei glücklich oder stirb!	Drobinski, M.	SZ	10.10.15
P_ÜSZ_044	Bundesregierung: Keine EU-Steuer für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	SZ	10.10.15
P_ÜSZ_045	Justizminister lehnt Transitzone für Flüchtlinge vehe-ment ab	Roßmann, R.	SZ	12.10.15
P_ÜSZ_046	Neue Pläne für Asylunterkünfte	Ohne Verfasser_in	SZ	21.10.15
P_ÜSZ_047	EU-Konservative fordern Geschlossenheit in Flücht-lingsskrise	Ohne Verfasser_in	SZ	22.10.15
P_ÜSZ_048	Slowenien meldet Rekord an Flüchtlingen	Ohne Verfasser_in	SZ	25.10.15
P_ÜSZ_049	50.000 Euro für Deutschkurse	Ohne Verfasser_in	SZ	29.10.15
P_ÜSZ_050	Neubiberg: Toleranz lernen	Bode, D.	SZ	03.11.15
P_ÜSZ_051	Hintergrund: Das neue Asyl-Paket der Koalition	Ohne Verfasser_in	SZ	05.11.15
P_ÜSZ_052	Sprachkurse für Flüchtlinge. Afghanen sollen vorerst kein Deutsch lernen	Ohne Verfasser_in	SZ	05.11.15
P_ÜSZ_053	Koalition einigt sich auf beschleunigtes Asylverfahren	Ohne Verfasser_in	SZ	05.11.15
P_ÜSZ_054	Wie bewerten Sie Camerons Reformvorschläge für EU?	Ohne Verfasser_in	SZ	10.11.15
P_ÜSZ_055	UN-Generalsekretär: Gebt Flüchtlingen die Chance, etwas zurückzugeben	Ohne Verfasser_in	SZ	11.11.15
P_ÜSZ_056	Münsing: "Wir bewältigen das gut"	Raviol, S.	SZ	11.11.15
P_ÜSZ_057	Europas Grenzen immer undurchlässiger	Ohne Verfasser_in	SZ	17.11.15
P_ÜSZ_058	Eching: Fußballschuhe gesucht	Ohne Verfasser_in	SZ	18.11.15
P_ÜSZ_059	Maas: Flüchtlinge nicht unter Terrorismusverdacht stellen	Ohne Verfasser_in	SZ	19.11.15
P_ÜSZ_060	"Tafel" hat nicht genug Waren. Neue Wege zur Versor-gung gesucht	Ohne Verfasser_in	SZ	27.11.15
P_ÜSZ_061	Die Mitte brennt	Kampf, L. et al.	SZ	29.11.15
P_ÜSZ_062	Tragflughalle kommt später	Ohne Verfasser_in	SZ	01.12.15
P_ÜSZ_063	Flucht aus Afrika	Ohne Verfasser_in	SZ	02.12.15
P_ÜSZ_064	Zwölf Lektionen aus 15 Jahren Terror	Mascolo, G.	SZ	03.12.15
P_ÜSZ_065	Kommentar: Fette Jahre	Gammel, C.	SZ	08.12.15
P_ÜSZ_066	"Was ist deutsch?" Warum Ostdeutschland mehr Aus-länder braucht	Bittner, M.	SZ	08.12.15
P_ÜSZ_067	CDU-Spitze einigt sich im Flüchtlingsstreit auf Kompro-miss	Ohne Verfasser_in	SZ	13.12.15
P_ÜSZ_068	Orbán's Schießpulver-Reden	Kahlweit, C.	SZ	15.12.15
P_ÜSZ_069	Bei uns in Hamburg: Fiasko mit Fischbrötchen	Slavik, A.	SZ	17.12.15
P_ÜSZ_070	Test für Asylentscheidungen binnen 48 Stunden	Kelnberger, J.	SZ	18.12.15
P_ÜSZ_071	Obama plant im kommenden Jahr Flüchtlingsgipfel	Ohne Verfasser_in	SZ	22.12.15
P_ÜSZ_072	CSU verlangt Einreisestopp für Flüchtlinge ohne Papiere	Ohne Verfasser_in	SZ	30.12.15
P_ÜSZ_073	Kein Ende der deutschen Grenzkontrollen in Sicht	Ohne Verfasser_in	SZ	02.01.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

P_ÜSZ_074	Gewalt gegen Frauen: Wenn männliche Allmachtsvorstellungen explodieren	Zekri, S.	SZ	06.01.16
P_ÜSZ_075	Syrische Flüchtlinge auf dem Weg zurück nach Bayern	Ohne Verfasser_in	SZ	15.01.16
P_ÜSZ_076	CSU verschärft vor Merkel-Besuch in Kreuth den Ton	Fried, N.; Wittl, W.	SZ	19.01.16
P_ÜSZ_077	Menschen als Menschen sehen	Koestler, C.	SZ	21.01.16
P_ÜSZ_078	Schwierige Prognose	Remien, A.	SZ	21.01.16
P_ÜSZ_079	Olching/Germering: Barrierefreies Denken	Ariane L.	SZ	22.01.16
P_ÜSZ_080	Tausende Flüchtlinge in Piräus angekommen	Ohne Verfasser_in	SZ	23.01.16
P_ÜSZ_081	Erding: Arabisch-Lehrer dringend gesucht	Issig, J.	SZ	24.01.16
P_ÜSZ_082	Erste Gesprächsrunde der Parteichefs beendet	Ohne Verfasser_in	SZ	28.01.16
P_ÜSZ_083	Kommentar: Raus aus den Unterkünften!	Costanzo, David	SZ	05.02.16
P_ÜSZ_084	Seehofer Im Unrechtsstaat	Fried, N.	SZ	09.02.16
P_ÜSZ_085	Vorschlag aus Maisach: Obergrenze für Flüchtlinge	Eisenkolb, G.	SZ	09.02.16
P_ÜSZ_086	Der Flüchtling als Angestellter	Ohne Verfasser_in	SZ	11.02.16
P_ÜSZ_087	Nachmittagsbetreuung: Gedrängel um zwei freie Plätze	Grundner, B.	SZ	12.02.16
P_ÜSZ_088	Gabriel und Steinmeier warnen vor Zerfall der EU	Ohne Verfasser_in	SZ	13.02.16
P_ÜSZ_089	Flüchtlinge: Integration für 20 Euro pro Stunde	Osel, J.; Niewel, G.	SZ	15.02.16
P_ÜSZ_090	Sozialreferentin erklärt Rückzug Brigitte Meier geht	Effern, H.	SZ	17.02.16
P_ÜSZ_091	Wie die besorgten Bürger integriert werden können	Kastner, B.	SZ	19.02.16
P_ÜSZ_092	Schlepper suchen neue Routen für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	SZ	21.02.16
P_ÜSZ_093	Vorbild für andere	Bierl, P.	SZ	02.03.16
P_ÜSZ_094	Bluttausch in Bergkarabach	Schlötzer, C.	SZ	06.03.16
P_ÜSZ_095	Pliening Wohnraum unter Folie	Nahrhaft, M.	SZ	08.03.16
P_ÜSZ_096	Fehlende Unterkünfte: Wie die Stadt die vielen Wohnungslosen unterbringen will	Rahmsdorf, I.	SZ	09.03.16
P_ÜSZ_097	"Schön wär's". Der Kreishandwerksmeister verkündet gute Zahlen und setzt wenig Hoffnung auf Flüchtlinge als Nachwuchs	Weber, M.	SZ	13.03.16
P_ÜSZ_098	Europa schafft das – EU-Türkei-Pakt unumkehrbar	Ohne Verfasser_in	SZ	18.03.16
P_ÜSZ_099	Gut integriert reicht nicht, um zu bleiben	Rahmsdorf, I.	SZ	20.03.16
P_ÜSZ_100	Frankreich: Schluss mit Gutmenschentum	Wernicke, C.	SZ	23.03.16
P_ÜSZ_101	Berg am Laim: Bürgerversammlung	Ohne Verfasser_in	SZ	31.03.16
P_ÜSZ_102	EU-Parlamentspräsident erwartet Entspannung in Flüchtlingskrise	Ohne Verfasser_in	SZ	03.04.16
P_ÜSZ_103	Essay über Terrorismus: Warum wir? Warum jetzt?	Zielcke, A.	SZ	04.04.16
P_ÜSZ_104	Leben in der Turnhalle: "Ist Flüchtling zu sein, eine Sünde?"	Bachhuber, K.	SZ	05.04.16
P_ÜSZ_105	Integration im Museum: Spiel des Lebens	Scherf, M.	SZ	12.04.16
P_ÜSZ_106	Kohl und Orbán: Die Eurosion	Ulrich, S.	SZ	19.04.16
P_ÜSZ_107	Hunderte Tote im Mittelmeer	Krüger, P.	SZ	20.04.16
P_ÜSZ_108	SPD und CSU: Duell der Gegensätzlichen	Galler, S.; Mühlfenzl, M.	SZ	22.04.16
P_ÜSZ_109	Gauk verteidigt Flüchtlingsabkommen mit der Türkei	Ohne Verfasser_in	SZ	24.04.16
P_ÜSZ_110	Oberhaching: 60.000 Euro für Klinik in Afghanistan	Ohne Verfasser_in	SZ	26.04.16
P_ÜSZ_111	Freising: Führungswechsel im Bauamt	Ohne Verfasser_in	SZ	27.04.16
P_ÜSZ_112	Wagenknecht: Die Torte war nicht das Schlimmste	Denkler, T.	SZ	28.05.16
P_ÜSZ_113	Flüchtlings-Dependance an der Karlstraße	Mühleisen, S.	SZ	15.06.16
P_ÜSZ_114	De Maizières Zahlen zu Abschiebe-Attesten nicht gedeckt	Ohne Verfasser_in	SZ	18.06.16
P_ÜSZ_115	"Danke, dass ihr meine Überzeugungen erschüttert"	Hurtz, S.	SZ	23.06.16
P_ÜSZ_116	München: Weniger junge Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	SZ	22.07.16
P_ÜSZ_117	Weltjugendtag: Papst: Macht aus dem Leben kein Sofa	Hassel, F.	SZ	31.07.16
P_ÜSZ_118	Palmer verteidigt Vorstoß zu Abschiebungen nach Syrien	Ohne Verfasser_in	SZ	09.08.16
P_ÜSZ_119	Flüchtlingsteam: Syrer verbessert persönliche Bestmarke	Ohne Verfasser_in	SZ	10.08.16
P_ÜSZ_120	Flüchtlingshilfe in Dörfern: "Das Abschiednehmen war wichtig"	Weber, M.	SZ	12.08.16
P_ÜSZ_121	Statistisches Bundesamt: Deutschland wächst so stark wie seit 1992 nicht mehr	Deutschländer, L.	SZ	26.08.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTeграtion

P_ÜSZ_122	Bundeskanzlerin im SZ-Interview: "Deutschland wird Deutschland bleiben"	Braun, S.; Roll, E.	SZ	30.08.16
P_ÜSZ_123	Grenzland	Ohne Verfasser_in	SZ	02.09.16
P_ÜSZ_124	Die neue Heimat verstehen	Niewel, G.	SZ	09.09.16
P_ÜSZ_125	Erhebliche Sprachdefizite	Daller, T.	SZ	11.09.16
P_ÜSZ_126	Allein in der Fremde	Ohne Verfasser_in	SZ	12.09.16
P_ÜSZ_127	Asselborn provoziert den großen Ungarn-Krach	Brössler, D.	SZ	13.09.16
P_ÜSZ_128	Die Unterrichtsversorgung ist gesichert - gerade so	Schafflik, P.	SZ	13.09.16
P_ÜSZ_129	Jung und bereit	Ramelsberger, A.	SZ	13.09.16
P_ÜSZ_130	Die Leinwand als Spiegel. Vier Künstler zeigen (...) Arbeiten zum Thema "Illusion".	Brandstätter, A.	SZ	19.09.16
P_ÜSZ_131	Die Weisheit der Städte	Kreye, A.	SZ	21.09.16
P_ÜSZ_132	AfD-Fraktion zieht ohne Nerstheimer ins Abgeordnetenhaus ein	Ohne Verfasser_in	SZ	21.09.16
P_ÜSZ_133	Pop: Gemeinsam duschen	Wagner, D.	SZ	03.10.16
P_ÜSZ_134	Neuer UN-Generalsekretär: Was von António Guterres zu erwarten ist	Urban, T.	SZ	06.10.16
P_ÜSZ_135	Wie Kreuzfahrtschiffe gegen Angriffe gerüstet werden	Behling, F.	SZ	12.10.16
P_ÜSZ_136	Freihandelsabkommen Ceta: Kanada ist für Europa ein Traumpartner	Piper, N.	SZ	16.10.16
P_ÜSZ_137	Umfrage: Was sich Nachbarn wünschen	Ohne Verfasser_in	SZ	20.10.16
P_ÜSZ_138	Räumung des „Dschungels“ von Calais startet ohne größere Proteste	Ohne Verfasser_in	SZ	24.10.16
P_ÜSZ_139	Unerträgliche Häufigkeit	Ohne Verfasser_in	SZ	03.11.16
P_ÜSZ_140	Wie ein Start-up Flüchtlinge auf die Uni vorbereitet	Schmidt, L.	SZ	20.11.16
P_ÜSZ_141	Flüchtlinge sollen schneller wieder zurückkehren	Ohne Verfasser_in	SZ	30.11.16
P_ÜSZ_142	Petershausen unterstützt Helferkreis	Ohne Verfasser_in	SZ	05.12.16
P_ÜSZ_143	Freiburg: Die verwundete Stadt	Kelnberger, J.	SZ	06.12.16
P_ÜSZ_144	München fehlen mehr als 5.000 Plätze für Flüchtlinge	Effern, H.	SZ	12.12.16

d) Verzeichnis der zitierten Presseartikel zu den Fallstudienquartieren

Altena

Kürzel	Titel des Artikels	Verfasser	Presseorgan	Datum
P_A-001	Fritz-Thomeé-Straße: Flüchtlingsheim bleibt endgültig in der Heimecke	Hüls, C.	Der Westen	25.10.12
P_A-002	Für den neuen Breitenhagen	Hornemann, I.	Come on	21.10.13
P_A-003	Demographie: Wachsen & Schrumpfen 4: Altena	Budde, J.	Die Zeit	06.02.14
P_A-004	„Ich kann nur dafür beten, dass die Kanzlerin ihren Kurs hält“	Heinemann, C.	Deutschlandfunk	26.02.16
P_A-005	Rückenwind aus Berlin für Altena	Bonnekoh, J.	Come on	05.03.14
P_A-006	Stadtumbau West: erneut Landespreis für Altena	Bender, T.	Come on	25.09.14
P_A-007	Brücke lässt auf sich warten	Bender, T.	Come on	05.06.15
P_A-008	Altenaer wollen Flüchtlingen helfen	Bonnekoh, J.	Come on	01.10.15
P_A-009	Zusätzliche Flüchtlinge für Altena	Dreyer, T.	WDR Nachr.	02.10.15
P_A-010	THW nimmt Spenden für Flüchtlinge entgegen – Altenaer zeigen sich hilfsbereit	Fischer-Bolz, S.	Come on	07.10.15
P_A-011	Brandanschlag: Stadtverwaltung und Feuerwehr zeigen sich fassungslos	Eiber, B.	Come on	09.10.15
P_A-012	Brandstiftung im Flüchtlingsheim: Zwei junge Altenaer sind geständig	Fischer-Bolz, S.	Come on	09.10.15
P_A-013	Nach Brandanschlag in Altena. Tatverdächtige festgenommen	Krischer, H.	WDR Nachr.	09.10.15
P_A-014	Fremdenhass das Motiv für Brandanschlag im Flüchtlingsheim	Menzel, C.	Der Westen	09.10.15
P_A-015	Feuerwehrmann gesteht Brandstiftung in Altena	Menzel, C.	Der Westen	10.10.15
P_A-016	„Stolz sind sie nicht auf ihre Tat. Ich denke beiden Tätern tut es leid“	Fischer-Bolz, S.	Come on	11.10.15

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

P_A-017	Nach Festnahmen in Altena: Staatsanwalt wehrt sich gegen Kritik	Ohne Verfasser_in	Come on	11.10.15
P_A-018	Brandanschlag auf Flüchtlingshaus: Staatsanwalt Maas wird per E-Mail bedroht	Fischer-Bolz, S.	Come on	12.10.15
P_A-019	Staatsanwaltschaft: Fremdenhass ist keine rechtsradikale Einstellung	Ohne Verfasser_in	Der Tages- spiegel	12.10.15
P_A-020	Stadt erhält gefälschtes Angebot für Flüchtlingswohnung	Bender, T.	Come on	13.10.15
P_A-021	Altenaer Brandanschlag findet großes Echo in nationalen Medien	Finke, W.	Come on	13.10.15
P_A-022	Brandstiftung in Altena. Ein Kommentar: Ängste unter der Oberfläche	Fischer-Bolz, S.	Come on	14.10.15
P_A-023	Spenden für Flüchtlinge: Ein Blick ins THW-Lager	Keim, T.	Come on	15.10.15
P_A-024	Altenaer Baugesellschaft vermittelt Gespräch mit Flüchtlingen. Mieterängste ernst genommen	Ohne Verfasser_in	Come on	15.10.15
P_A-025	Altenaer kümmert sich privat um Flüchtling. Tischhaußer als Flüchtlingshelfer	Fischer-Bolz, S.	Come on	17.10.15
P_A-026	Demo gegen Rechts nach Brandstiftung in Flüchtlingsunterkunft	Ohne Verfasser_in	Come on	18.10.15
P_A-027	Stadt verteilt Begrüßungsmappen.	Reichelt, S.	Come on	20.10.15
P_A-028	102 zusätzliche Flüchtlinge angekommen	Bonnekoh, J. et al.	Come on	23.10.15
P_A-029	Hochhäuser auf dem Nettenscheid nicht für Flüchtlinge geeignet	Bender, T.	Come on	29.10.15
P_A-030	Etatentwurf 16 bringt Steuererhöhungen	Bender, T.	Come on	03.11.15
P_A-031	Altena nimmt freiwillig mehr Flüchtlinge auf	Karpa, J.	Der Westen	03.11.15
P_A-032	36 Flüchtlinge besuchen das Burggymnasium	Bonnekoh, J.	Come on	05.11.15
P_A-033	Ausgaben für Flüchtlinge viel zu niedrig kalkuliert	Bender, T.	Come on	11.11.15
P_A-034	Jetzt nehmen wir erst recht Flüchtlinge auf	Frigelj, K.	Die Welt	17.11.15
P_A-035	Zwei Stellen für Flüchtlinge	Bender, T.	Come on	23.11.15
P_A-036	Tattoo-Aktion für Flüchtlingshilfe erbringt stolze 935 Euro	Bonnekoh, J.	Come on	24.11.15
P_A-037	Altena will durch Flüchtlinge wachsen	Senf, E.	RP-online	25.11.15
P_A-038	Sportplakette für Jörg Kowalke und Ralf Springob	Schäfer, L.	Come on	27.11.15
P_A-039	CDU und Grüne kritisieren das Altenaer Kreisblatt	Ohne Verfasser_in	Come on	01.12.15
P_A-040	Ländlicher Raum wird erneut benachteiligt	Bender, T.	Come on	10.12.15
P_A-041	Zuweisung für Flüchtlinge: Land prellt die Stadt um Millionen	Bender, T.	Come on	10.12.15
P_A-042	Schick und Scheffler beziehen Stellung	Bender, T.	Come on	13.12.15
P_A-043	Geld vom Land: Verteilung „nicht nachvollziehbar“	Bender, T.	Come on	15.12.15
P_A-044	Zusätzliche Räume für Flüchtlingskinder in Altena	Bender, T.	Come on	18.12.15
P_A-045	Altena ist die „Hauptstadt der Mutbürger	Ohne Verfasser_in	Die Welt	21.12.15
P_A-046	Stadt ist „ins Gelingen verliebt“	Bender, T.	Come on	22.12.15
P_A-047	Auch „Einzelkämpfer“ engagieren sich im Rat	Bonnekoh, J.	Come on	06.01.16
P_A-048	Mülltrennung fällt Flüchtlingen noch schwer	Reichelt, S.	Come on	07.01.16
P_A-049	Caritas baut Beratung aus	Schmidt, S.	Come on	10.01.16
P_A-050	Flüchtlinge und Finanzen Themen beim Neujahrsempfang	Bender, T.	Come on	11.01.16
P_A-051	Flüchtlinge leisten Vorarbeiten in Wohnung	Reichelt, S.	Come on	13.01.16
P_A-052	Betriebe helfen bei Integration	Bender, T.	Come on	14.01.16
P_A-053	Hauptamtliche Kümmerer treiben Integration voran	Bender, T.	Come on	14.01.16
P_A-054	Innenminister verspricht Altena finanziellen Ausgleich in diesem Jahr	Bender, T.	Come on	20.01.16
P_A-055	Macht das Modell Altena Schule?	Goebel, K.	WDR Nachr.	20.01.16
P_A-056	Brandanschlag wird voraussichtlich als versuchter Mord verhandelt	Krumm, T.	Come on	28.01.16
P_A-057	Nicht nur Brandstiftung – sondern Mordversuch	Ohne Verfasser_in	WDR Nachr.	28.01.16
P_A-058	Brandstifter von Altena wird doch wegen Mordversuchs angeklagt	Ohne Verfasser_in	Die Zeit	28.01.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

P_A-059	Besondere Jugendbetreuung für unbegleitete Flüchtlinge	Bonnekoh, J.	Come on	02.02.16
P_A-060	Altena - Die Hauptstadt der Mutbürger	Bender, T.	Come on	06.02.16
P_A-061	Wo bleibt die Solidarität?	Broder, H. M	Bilanz.de	15.02.16
P_A-062	Flüchtlingshelfer beim THW in der Brachtenbeck willkommen heißen	Ohne Verfasser_in	Come on	15.02.16
P_A-063	Nach Brand in Flüchtlingsunterkunft: Untersuchungshaft für Tatverdächtige	Bender, T.	Come on	16.02.16
P_A-064	Flüchtlinge kosten 15 rund 500.000 Euro mehr als geplant	Bender, T.	Come on	18.02.16
P_A-065	Flüchtlingszahl sinkt leicht - Rechnung mit vielen Unbekannten	Ohne Verfasser_in	Come on	23.02.16
P_A-066	Monitor Umfrage zu Flüchtlingen – Kommunen kaum überfordert?	Seidel, M.; Taßler, J.	Tagesschau.de	25.02.16
P_A-067	Internationales Chorprojekt: Flüchtlinge singen „Kein schöner Land“	Hornemann, I.	Come on	29.02.16
P_A-068	Sorge beim TuS Mühlenrahmede: Hallennutzung ungewiss	Bender, T.	Come on	07.03.16
P_A-069	Koch-Aktion für Flüchtlinge im Stellwerk Altena	Reichelt, S.	Come on	11.03.16
P_A-070	Flüchtlinge: Sparkasse hat in Altena alles im Griff	Bender, T.	Come on	19.03.16
P_A-071	Fest für Flüchtlinge in der Burg Holtzbrinck	Reichelt, S.	Come on	22.03.16
P_A-072	Kochen gegen Langeweile im Stellwerk Altena	Bender, T.	Come on	24.03.16
P_A-073	Syrischer Handwerker hilft, Ausmalungen sanieren	Bonnekoh, J.	Come on	26.03.16
P_A-074	Das Programm "Liechtenstein Languages" wird in Altena vermittelt	Reichelt, S.	Come on	01.04.16
P_A-075	Einer von elf Aufrechten	Bonnekoh, J.	Come on	02.04.16
P_A-076	Prinz Stefan von und zu Liechtenstein besucht Altena	Bonnekoh, J.	Come on	07.04.16
P_A-077	Navid Kermani besucht Altenas Bürgermeister	Bonnekoh, J.	Come on	14.04.16
P_A-078	Haushaltszahlen zu Flüchtlingen jetzt „erlasskonform“	Bender, T.	Come on	19.04.16
P_A-079	Stadt sucht weiter nach Lösungen für zusätzliche Flüchtlingskosten	Bender, T.	Come on	20.04.16
P_A-080	Landesgelder kommen	Keim, T.	Come on	25.04.16
P_A-081	Mehr als 100 Teilnehmer bei Integrations-Workshop	Keim, T.	Come on	27.04.16
P_A-082	50 Flüchtlinge lernen in 320 Übungsstunden die deutsche Sprache	Finger, B.	Come on	01.05.16
P_A-083	Liechtenstein-Sprachkurse werden weiter gefördert	Bonnekoh, J.	Come on	04.05.16
P_A-084	Bares in acht Sprachen zu haben	Keim, T.	Come on	04.05.16
P_A-085	Besondere Hilfestellungen für Flüchtlinge im ESBK und im Hallenbad	Ohne Verfasser_in	Come on	05.05.16
P_A-086	Elternverein. „Egitim“ heißt Bildung auf Türkisch	Gabel, T.	Der Westen	06.05.16
P_A-087	Familienportfest im Zeichen der Flüchtlingsintegration	Hornemann, I.	Come on	16.05.16
P_A-088	Sprache und Beruf sinnvoll verzahnen	Bonnekoh, J.	Come on	19.05.16
P_A-089	Hass-Kommentare im Internet machen Nadja Mehari traurig und wütend	Hornemann, I.	Come on	19.05.16
P_A-090	Schüler-Aufnahmestopp	Bonnekoh, J.	Come on	25.05.16
P_A-091	Prozess um Brandanschlag auf Flüchtlingshaus beginnt	Bender, T.	Come on	30.05.16
P_A-092	Brandanschlag in Altena: Initiative sei von Dirk D. ausgegangen	Bender, T.	Come on	31.05.16
P_A-093	Feuerwehrmann gesteht Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft	Ohne Verfasser_in	Come on	31.05.16
P_A-094	Feuerwehrmann gesteht Brandanschlag auf Flüchtlingsheim	Ohne Verfasser_in	Spiegel Online	31.05.16
P_A-095	Feuerwehrmann gesteht Anschlag in Altena	Ohne Verfasser_in	Zeit Online	31.05.16
P_A-096	Mordversuch aus Verärgerung?	Polke-Majewski, K.	Zeit Online	31.05.16
P_A-097	Paten von Flüchtlingen enttäuscht	Bender, T.	Come on	02.06.16
P_A-098	Konnten uns das nicht vorstellen	Hansmann, R.	Der Westen	03.06.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

P_A-099	Brandanschlag in Altena: Erklärungen gesucht	Bender, T.	Come on	04.06.16
P_A-100	„Eine sehr starke Initiative“	Bonnekoh, J.	Come on	14.06.16
P_A-101	Turnhallen-Deals perfekt	Ohne Verfasser_in	Come on	14.06.16
P_A-102	Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer am Limit	Rosenkranz, G.	WDR Nachr.	05.07.16
P_A-103	Zeugin äußert vor Gericht Kritik an Informationspolitik der Baugesellschaft	Bender, T.	Come on	08.07.16
P_A-104	Polizei übersah Nazi-Hinweise bei Brandstiftern	Frigelj, K.; Hinrichs, P.	Die Welt	18.07.16
P_A-105	Brandanschlag Altena: Heftige Kritik an Ermittlern	Ohne Verfasser_in	WDR Nachr.	29.07.16
P_A-106	Babyboom in Altena	Bender, T.	Come on	29.07.16
P_A-107	Zahl der Flüchtlinge in Altena sinkt auf 281	Bender, T.	Come on	05.08.16
P_A-108	Flüchtlinge pauken deutsche Sprache in ehemaliger Hauptschule in Rahmede	Bonnekoh, J.	Come on	09.08.16
P_A-109	Post-Azubis helfen Flüchtlingen in Altena	Bender, T.	Come on	26.08.16
P_A-110	Aktueller Bericht zur Flüchtlingssituation in Altena	Bender, T.	Come on	31.08.16
P_A-111	Hitler-Fotos bei Brandstiftern: Polizei schaut weg?	Taron, J.	ZDF heute	01.09.16
P_A-112	Anschlag auf Flüchtlingsheim war kein Mordversuch	Frigelj, K.	Die Welt	12.09.16
P_A-113	Besorgte Bürger? Fremdenfeinde!	Geisler, A.	Die Zeit	12.09.16
P_A-114	Mehrjährige Haftstrafen für zwei Männer nach Brandanschlag in Altena	Hansmann, R.	Der Westen	12.09.16
P_A-115	Brandstifter müssen ins Gefängnis	Ohne Verfasser_in	n-tv	12.09.16
P_A-116	Sechs Jahre Haft für Feuerwehrmann	Ohne Verfasser_in	Spiegel Online	13.09.16
P_A-117	Was Altena anstelle von Weißwasser gelingt	Köhler, C.	Lausitzer Rundschau	24.09.16
P_A-118	One small-town German mayor thinks refugees can save the economy	Vo, L. T.	Quartz	15.10.16
P_A-119	Heimatsuche in Altena	Ohne Verfasser_in	Der Westen	14.11.16
P_A-120	Warum die Stadt Altena um Essens Flüchtlinge buhlt	Kunte, R.	Der Westen	16.11.16
P_A-121	Elf Familien wollen wechseln	Keim, T.	Come on	21.11.16
P_A-122	Altena lockt hundert Flüchtlinge aus Essen	Kunte, R.; Wiese, I.	Der Westen	22.11.16
P_A-123	Für beide Seiten eine positive Situation	Ohne Verfasser_in	Domradio.de	22.11.16
P_A-124	Hoffnung auf bessere Integration: Flüchtlinge ziehen von Essen nach Altena	Ohne Verfasser_in	Westfalen heute	22.11.16
P_A-125	Junge Flüchtlinge im Erwachsenenalter größte Besuchergruppe im Jugendzentrum	Bender, T.	Come on	23.11.16
P_A-126	Neuanfang im Sauerland	Korsch, W.	Evangelisch.de	26.11.16
P_A-127	Syrer in Altena: Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein räumt Fehler bei Informationspolitik ein	Bender, T.	Come on	06.12.16
P_A-128	Kleinstadt nimmt freiwillig mehr Flüchtlinge auf	Korsch, W.	MiGAZIN	13.12.16
P_A-129	Hassmails an Bürgermeister Hollstein	Bonnekoh, J.	Come on	14.12.16
P_A-130	Die Stadt, die Flüchtlinge liebt	Senf, E.	RP-online	14.12.16
P_A-131	„Am Anfang hatten wir auch Angst“: Altena nimmt mehr Flüchtlinge auf als es muss	Ohne Verfasser_in	Sputnik	16.12.16
P_A-132	Hollstein bei Neujahrsempfang den Tränen nahe	Bender, T.	Come on	08.01.17
P_A-133	Regale im Toom leeren sich	Keim, T.	Come on	13.01.17
P_A-134	Flüchtlinge wollen doch nicht von Essen nach Altena umziehen	Ohne Verfasser_in	IKZ	01.02.17
P_A-135	Syrisch-irakische Katholiken wollen nicht nach Altena	Bonnekoh, J.	Come on	02.02.17
P_A-136	Unterstützung bei der Integration Geflüchteter	Demirkan, K.	Migazin	02.02.17
P_A-137	Zwei Dutzend Flüchtlinge packen in ehemaligem Restaurant an	Bonnekoh, J.	Come on	06.02.17
P_A-138	Stadt Altena nimmt an OECD-Flüchtlingsstudie teil. Ministerium fordert Altenaer Beteiligung an	Bonnekoh, J.	Come on	15.02.17
P_A-139	Stadt Altena für gute Flüchtlingsarbeit ausgezeichnet	Ohne Verfasser_in	Süddeutsche	17.05.17

Märkischer Kreis

Kürzel	Titel des Artikels	Verfasser	Presseorgan	Datum
P_MK-1	Kinderreiche auf Tafel angewiesen	Land, M.	Der Westen	19.05.08
P_MK-2	Integration durch Engagement	Maus, B.	Der Westen	30.06.11

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

P_MK-3	Bisher bei der Integration weit vorn	Alfringhaus, M.	IKZ Online	04.12.12
P_MK-4	Heimische Unternehmen auf dem Weg zu neuer Willkommenskultur	Ohne Verfasser_in	Der Westen	15.05.13
P_MK-5	Weichen für weitere Deutschkurse gestellt	Drees, S.	Der Westen	26.09.13
P_MK-6	„Rucksack-Projekt“ fördert deutsche Sprache	IKZ Redaktion	IKZ-online	05.02.14
P_MK-7	„Griffbereit“, „Rucksack“ und Elterncafés	Tiemann, R.	IKZ-online	18.06.14
P_MK-8	Projekt voller Eigendynamik	Landsiedel, M.–A.	Der Westen	13.07.14
P_MK-9	„Mittendrin“ startet besondere Aktion für Flüchtlinge	Zacharias, F.	Come on	25.10.14
P_MK-10	„Hand in Hand die Probleme lösen“	Dönmez, H.	Westfalenpost	26.02.15
P_MK-11	Bündnisgrüne fordern Flüchtlingskonzept	Griese, V.	Come on	06.05.15
P_MK-12	Zuschlag für Flüchtlingsprojekt	Gelewski, T.	Westfalenpost	22.07.15
P_MK-13	„Es ist möglich, eine zweite Heimat zu finden“	Lehmann, T.	Der Westen	01.09.15
P_MK-14	Bezirksregierung bittet um Hilfe	Ohne Verfasser_in	Westfalenpost	17.09.15
P_MK-15	Märkischer Kreis erwartet Freitag 400 Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Come on	17.09.15
P_MK-16	Fluktuation erschwert Arbeit der Ehrenamtlichen	Tiemann, R. et al.	Der Westen	17.09.15
P_MK-17	Der Märkische Kreis ist auf 330 Flüchtlinge vorbereitet	Ohne Verfasser_in	Come on	18.09.15
P_MK-18	Flüchtlinge: Viel Arbeit für Einsatzkräfte im Kreis	Ohne Verfasser_in	Come on	20.09.15
P_MK-19	Flüchtlinge: Große Resonanz bei Info-Veranstaltung	Salzmann, M.	Come on	20.09.15
P_MK-20	Malteser betreuen Flüchtlinge – Kirchenkreise sagen Hilfe zu	Ohne Verfasser_in	Come on	23.09.15
P_MK-21	Arbeitgeber KME warnt die Wirtschaft	Erlenkämper, J.	Westfalenpost	07.10.15
P_MK-22	Vermietung an Flüchtlinge kann Pflicht werden	Ohne Verfasser_in	Come on	14.10.15
P_MK-23	Auch im Kreis Aufklärungsarbeit leisten	Ohne Verfasser_in	Come on	16.10.15
P_MK-24	MK-Landrat Gemke: Mehr Deutsch-Lehrer für Flüchtlinge	Overkott, J.	Der Westen	17.10.15
P_MK-25	Landrat Gemke verteidigt im ZDF „Brandbrief“ an Kanzlerin	Bange, A.	Westfalenpost	18.10.15
P_MK-26	Unternehmen wollen Flüchtlinge integrieren	Müller, L.	Come on	21.10.15
P_MK-27	Märkische Kreis hat die höchste Verschuldung	Ohne Verfasser_in	Come on	23.10.15
P_MK-28	Zehnmal so viele Asylanträge wie im Jahr 2011	Ohne Verfasser_in	Der Westen	24.10.15
P_MK-29	Kreis braucht 1990 Wohnungen für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Westfalenpost	27.10.15
P_MK-30	Kreis braucht 1990 Wohnungen für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Der Westen	27.10.15
P_MK-31	Agentur für Arbeit: Rekordhoch bei den Azubi-Stellen	Bonnekoh, J.	Come on	30.10.15
P_MK-32	Ohne sozialen Wohnungsbau wird es nicht gehen	Pütter, T.	Der Westen	03.11.15
P_MK-33	Flüchtlinge verlassen Unterkunft am Raitheplatz	Ohne Verfasser_in	Come on	05.11.15
P_MK-34	Schwerer Stand für Frauen in der Ausgabe	Ohne Verfasser_in	Come on	07.11.15
P_MK-35	Hönnequell-Schule stellt sich den Neuenrader Eltern vor	Kühn, J.	Come on	26.11.15
P_MK-36	AWO übernimmt Bildungswerk	Merkel, C.	Westfalenpost	01.12.15
P_MK-37	Ein starkes Team: Die Flüchtlingshilfe Halver	Holz, E.	Come on	03.12.15
P_MK-38	Diana Ewert sieht Integration als Hauptaufgabe	Ohne Verfasser_in	Der Westen	09.12.15
P_MK-39	Sechsköpfige Familie abgeschoben	Hagemann, T.	Come on	11.12.15
P_MK-40	Flüchtlinge sind besondere Herausforderung	Elmerhaus, R.	Der Westen	15.12.15
P_MK-41	„Rekordhoch bei gemeldeten Stellen“	Merkel, C.	Westfalenpost	18.12.15
P_MK-42	Wissenschaftler referiert: Vielfalt gegen die Einheit	Othlinghaus, B.	Come on	21.12.15
P_MK-43	Sozialarbeiter Jörg Esser betreut 260 Flüchtlinge	Kolossa, J.	Come on	23.12.15
P_MK-44	Stehen für unsere Mitmenschen und Werte ein	Gemke, T.	Come on	24.12.15
P_MK-45	Redaktions-Gesprächsrunde: drei Syrer und der Kummer	Fischer-Bolz, S.	Come on	16.01.16
P_MK-46	Kleines Kollegium ehrenamtlich an der Tafel	Hagemann, T.	Come on	16.01.16
P_MK-47	Sprachkurse für 1154 Flüchtlinge	Eiber, B.	Come on	20.01.16
P_MK-48	Die Verwaltung muss jetzt liefern	Gelewski, T.	Der Westen	21.01.16
P_MK-49	Stadt gegen Gesundheitskarte für Flüchtlinge	Poll, A.	Der Westen	10.02.16
P_MK-50	Flüchtlinge zeigen ihre Sicht auf Lüdenscheid	Rudewig, J.	Come on	11.02.16
P_MK-51	Caritas-Mitmach-Kampagne: „Es geht um die Zukunft“	Ohne Verfasser_in	Come on	17.02.16
P_MK-52	Iserlohner Modell Vorreiter in Sachen Flüchtlings-Ausbildung	Karpa, J.	Der Westen	25.02.16
P_MK-53	VHS: Volle Motivation in den Deutschkursen	Heyn, V.	Come on	26.02.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

P_MK-54	Begegnungsstätte für Flüchtlinge im Gemeindezentrum	Wilcezek, M.	Come on	26.02.16
P_MK-55	Die stete Furcht vor dem Schwund auf Raten	Gelewski, T.	Der Westen	27.02.16
P_MK-56	Rückgang der Arbeitslosigkeit	Ohne Verfasser_in	Der Westen	02.03.16
P_MK-57	671 arbeitsfähige Flüchtlinge im Märkischen Kreis	Ohne Verfasser_in	Westfalenpost	03.03.16
P_MK-58	IBSV-Oberst zeigt der AfD die „Rote Karte“	Drees, S.	Der Westen	08.03.16
P_MK-59	Lions-Club: 9.000 Euro für Integrationsprojekte	Kämper, F.	Come on	08.03.16
P_MK-60	Junge Flüchtlinge hochmotiviert	Miertzschke, M.	Westfalenpost	09.03.16
P_MK-61	Flüchtlinge gut gerüstet für Schulalltag	Meyer, M.	Come on	16.03.16
P_MK-62	Landrat begrüßt 49 Neubürger im Märkischen Kreis	Dringelstein, C.:	Südwestfalen-Nachrichten	18.03.16
P_MK-63	49 Frauen und Männer sind nun Märker	Ohne Verfasser_in	Der Westen	19.03.16
P_MK-64	18 Kommunen in Südwestfalen freuen sich über Fördermittel	Pohl, S.; Menzel, C.	Der Westen	07.04.16
P_MK-65	1461 Bewerber suchen noch Ausbildungsplatz	Ohne Verfasser_in	Der Westen	12.04.16
P_MK-66	Nach der Flucht: Der schwierige Weg in den Beruf	Menzel, C.	Der Westen	18.04.16
P_MK-67	1,3 Millionen Euro für Integrationszentrum Schöneck	Ohne Verfasser_in	Come on	21.04.16
P_MK-68	Qualifikation als Schlüssel zur Integration	Bergman, O.	Westfalenpost	22.04.16
P_MK-69	Sprachkurse der Flüchtlingshilfe Halver	Holz, E.	Come on	22.04.16
P_MK-70	40 Prozent der Betriebe sind bereit, Flüchtlinge kennenzulernen	Ohne Verfasser_in	Westfalenpost	22.04.16
P_MK-71	Zwischen Chance und Schwierigkeit	Bergmann, O.	Westfalenpost	23.04.16
P_MK-72	DRK-Aktive leisten 16020 Dienststunden im Jahr	Salzmann, M.	Come on	23.04.16
P_MK-73	KSB erhält halbe Fachkraftstelle für Integration	Topp, M.	Der Westen	26.04.16
P_MK-74	Kooperation über Kreisgrenzen hinweg	Plugge, P.	Der Westen	27.04.16
P_MK-75	Mit 60 noch einmal Eltern werden	Ohne Verfasser_in	Wochenkurier	09.05.16
P_MK-76	Industrie dominiert die „Bom“	Klaus, L.	Come on	18.05.16
P_MK-77	37 Unternehmen beteiligen sich an Berufsvorbereitungsmesse	Klaus, L.	Westfalenpost	19.05.16
P_MK-78	78 Flüchtlingskinder ohne Schule	Hagemann, T.	Der Westen	21.05.16
P_MK-79	Elternbegleiter informierten sich über Berufsfelder bei Stauff	Pressestelle Märkischer Kreis	Lennespiegel – online	24.05.16
P_MK-80	Fünf Flüchtlinge als Praktikanten bei SuK	Rieder, D.	Come on	24.05.16
P_MK-81	Schulausschuss: Sondersitzung für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Der Westen	25.05.16
P_MK-82	Freizeitturnier verläuft friedlich und fröhlich	Bottin, M.	Come on	28.05.16
P_MK-83	Susannenhöhe: Unterkunft vor Umbau	Hesse, F.	Come on	28.05.16
P_MK-84	Neues Team für Flüchtlingsbetreuung	Heyn, V.	Come on	02.06.16
P_MK-85	Neue Grundlagen für Jugendarbeit	Von der Beck, P.	Westfalenpost	03.06.16
P_MK-86	Jobcenter erwartet monatlich 80 - 100 Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	Der Westen	04.06.16
P_MK-87	Jobcenter Chef: „Integration braucht Geduld“	Eiber, B.	Come on	06.06.16
P_MK-88	Vorsitzender der Jungen Union hält Referat	Ohne Verfasser_in	Der Westen	06.06.16
P_MK-89	Sprachförderzentrum "Die Schule" eingeweiht	Benninghaus, S.	Come on	12.06.16
P_MK-90	Leader-Projekt: Infoabende in Werdohl, Plettenberg, Altena und Nachrodt	Fischer-Bolz, S.	Come on	16.06.16
P_MK-91	Wie der Märkische Arbeitgeberverband die Integration von Flüchtlingen vorantreibt	Goor-Schotten, H.	AKTIVonline	16.06.16
P_MK-92	Flüchtlingskosten: Frust über NRW-Regierung	Von der Beck, P.	Come on	16.06.16
P_MK-93	Stadt Neuenrade erhält nur 1,65 Millionen Euro	Von der Beck, P.	Der Westen	16.06.16
P_MK-94	Balve Verlierer bei Flüchtlingskostenpauschale	Elmerhaus, R.	Der Westen	22.06.16
P_MK-95	Alle Kinder der Flüchtlinge bald in Schulen	Ohne Verfasser_in	Der Westen	22.06.16
P_MK-96	Ehrenamtliche Lehrer ziehen sich zurück	Hagemann, T.	Der Westen	28.06.16
P_MK-97	Wohngruppe: Hier ist Integration mehr als ein Wort	Becker, J.	Come on	20.07.16
P_MK-98	Balve wird mit gut 259.000 Euro ab 2018 entlastet	Ohne Verfasser_in	Der Westen	23.07.16
P_MK-99	Untätigkeit soll möglichst schnell beendet werden	Becker, J.	Come on	29.07.16
P_MK-100	Mit dem Flüchtlings-Koordinator unterwegs	Witt, C.	Come on	01.08.16
P_MK-101	Integration am besten im Betrieb	Ohne Verfasser_in	Der Westen	13.08.16
P_MK-102	Land schließt Flüchtlingsunterkünfte	Engel, R.; Korte, M.	Der Westen	27.08.16
P_MK-103	Neue Ansprechpartnerinnen für Flüchtlingshelfer	Ohne Verfasser_in	Der Westen	30.08.16
P_MK-104	Integrationszentrum am Schöneck nimmt Form an	Schmidt, S.	Come on	03.09.16
P_MK-105	Flüchtlingshilfe Halver wird Begegnungstreff eröffnen	Holz, E.	Come on	12.09.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

P_MK-106	Zu viele studieren am Markt vorbei	Bange, A.	Der Westen	27.09.16
P_MK-107	Ankommen in neuer Heimat erleichtern	Katz, J.	Der Westen	01.10.16
P_MK-108	Sprachcamp für Flüchtlingskinder in Meinerzhagen	Reichelt, S.	Come on	11.10.16
P_MK-109	Flüchtlings-Helfer brauchen Hilfe: „Geht an die Substanz“	Benninghaus, S.	Come on	13.10.16
P_MK-110	Springtec für vorbildhafte Inklusion gelobt	Bergman, O.	Der Westen	13.10.16
P_MK-111	36 Kinder beim Sprachcamp	Reichelt, S.	Meinerzhagener Zeitung	18.10.16
P_MK-112	Neue Flüchtlinge treffen ein	Poll, A.	Westfalenpost	19.10.16
P_MK-113	Krankheit Fremdenhass	Ohne Verfasser_in	Lüdenscheider Nachrichten	20.10.16
P_MK-114	Partizipation statt Integration gefordert	Steden, U.	Der Westen	23.10.16
P_MK-115	Begabungen werden häufig verkannt	Drees, S.	Der Westen	26.10.16
P_MK-116	Mehr als 130 Teilnehmer bei Integrationskonferenz	Pressestelle Märkischer Kreis	Lennespiegel – Online-	27.10.16
P_MK-117	Hagener Flüchtlingsprojet ist gestartet	Märkischer Arbeitgeberverband	Pressemitteilung	08.11.16
P_MK-118	Mehr Flüchtlinge beim Jobcenter des Märkischen Kreises	Eiber, B.	Come on	18.11.16
P_MK-119	Integrationsarbeit: Verstärkung für Grundschulen in Aussicht	Meyer, M.	Come on	18.11.16
P_MK-120	Erwerbslosenberatung: Immer mehr Menschen suchen Hilfe	Witt, C.	Come on	18.11.16
P_MK-121	Flüchtlingsprojekt des MAV im Märkischen Kreis ist ein voller Erfolg	Märkischer Arbeitgeberverband	Pressemitteilung	29.11.16
P_MK-122	„NRW. Das machen WIR!“: Integration ins Arbeitsleben	Köller, K.	Come on	20.12.16
P_MK-123	Flüchtlingsprojekt auch in Hagen gestartet	Ohne Verfasser_in	WAZ	22.12.16
P_MK-124	„Wir wissen zu wenig voneinander“ – Ratsherr Aykut Aggöl im Gespräch“	Fischer-Bolz, S.	Come on	29.12.16
P_MK-125	Abschiebungen trotz versprochener Weihnachtspause	Poll, A.	Westfalenpost	30.12.16
P_MK-126	Thomas Gemke kritisiert sinkendes Bildungsniveau	Bange, A.	Westfalenpost	04.01.17
P_MK-127	Im Märkischen Kreis gibt es wieder mehr Arbeitslose	Hameister, R.	Come on	10.01.17
P_MK-128	Integration: „Nichts unter den Teppich kehren“	Zacharias, F.	Come on	10.01.17
P_MK-129	Gute Aussichten am Arbeitsmarkt	Kleine, J.	IKZ online	11.01.17
P_MK-130	Karrierchancen in der heimischen Wirtschaft	Kleine, J.	Westfalenpost	12.01.17
P_MK-131	Kreisgrenzen übergreifende Fachtagung zum Thema Integration	Plugge, P.	Westfalenpost	13.01.17
P_MK-132	Unternehmen für 17 „gedämpft optimistisch“	Eiber, B.	Come on	26.01.17
P_MK-133	Willkommen statt Mauerbau	Hagemann, T.	Westfalenpost	31.01.17
P_MK-134	Das Handwerkszeug für Integration	Kleine, J.	IKZ online	03.02.17
P_MK-135	Flüchtlinge auf dem Weg zum Arbeitsplatz	Bröking, K.	Westfalenpost	11.02.17
P_MK-136	Abschiebung erschüttert Helfer und Arbeitgeber	Zacharias, F.	Come on	25.02.17

Essen – gesamtstädtisch

Kürzel	Titel des Artikels	Verfasser	Presseorgan	Datum
P_E-001	Standorte der drei Essener Zeltdörfer für Flüchtlinge stehen fest	Niewerth, G.	WAZ	04.08.15
P_E-002	Land baut erste Großzelte für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	WAZ	04.08.15
P_E-003	Streit unter Clans: Mehr Polizisten	Ohne Verfasser_in	WAZ	06.08.15
P_E-004	Flüchtlinge auf Flughafen Essen-Mülheim: SPD stützt Idee des OB	Ohne Verfasser_in	WAZ	08.08.15
P_E-005	Flüchtlingsdorf: Stadt Essen stellt sich den Fragen der Anwohner	Sagan, D.	WAZ	12.08.15
P_E-006	Hunderte Flüchtlinge und Migranten stehen in Essen für Deutsch-Kurse an	Spletter, M.	WAZ	19.08.15
P_E-007	Wachleute sollen Asylbewerber im Essener Opti-Park geschlagen haben	Wandt, C.	WAZ	20.08.15
P_E-008	Riesiger Info-Bedarf zum Zeltdorf in Holsterhausen	Schulz, E.	WAZ	21.08.15

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

P_E-009	Einsatz gegen Clans – Essen bekommt mehr Polizisten	Sagan, D.	WAZ	22.08.15
P_E-010	Eine Flüchtlingshelferin klagt an	Niewerth, G.	WAZ	28.08.15
P_E-011	Wohnungen für Flüchtlinge gesucht	Ohne Verfasser_in	WAZ	03.09.15
P_E-012	App informiert über Flüchtlingslage	Böhnke, A.	WAZ	09.09.15
P_E-013	Unmut über Kahlschlag: 100 Bäume für Flüchtlingsdorf gefällt	Wandt, C.	WAZ	09.09.15
P_E-014	Ich verstehe die Angst der Menschen	Ohne Verfasser_in	WAZ	10.09.15
P_E-015	OB Paß über Essener Probleme, die SPD und Thomas Kufen	Stenglein, F.	WAZ	10.09.15
P_E-016	Essen braucht vielleicht noch ein Mega-Zeltdorf	Wandt, C.	WAZ	15.09.15
P_E-017	Mehr Flüchtlinge an Gymnasien	Ulitschka, B.	WAZ	16.09.15
P_E-018	Kinderschutzbund will Flüchtlingen helfen	Böhnke, A.	WAZ	17.09.15
P_E-019	Flüchtlingsfest in fünf Sprachen	Ohne Verfasser_in	WAZ	17.09.15
P_E-020	Kufen lobt Merkel in der Flüchtlingskrise	Stenglein, F.	WAZ	21.09.15
P_E-021	Angst in Karnap um sozialen Frieden	Schabelon, T.	WAZ	24.09.15
P_E-022	Essener Ausländeramt ist hoffnungslos überlastet	Wandt, C.	WAZ	25.09.15
P_E-023	Zuhause zwischen Zeltdach und Stellwänden	Ohne Verfasser_in	WAZ	30.09.15
P_E-024	Essen schließt Turnhallen – Flüchtlinge ziehen ein	Goebels, W.	WAZ	03.10.15
P_E-025	Jugendamt informiert über das Aufwachsen mit amtlicher Hilfe	Wandt, C.	WAZ	05.10.15
P_E-026	Abu-Bakr-Moschee vergrößert sich und will umziehen	Niewerth, G.	WAZ	08.10.15
P_E-027	Kufen: Flüchtlinge für Essen auch eine Chance	Ohne Verfasser_in	WAZ	12.10.15
P_E-028	Essener Alu-Hütte will Flüchtlinge in Arbeit bringen	Ohne Verfasser_in	WAZ	12.10.15
P_E-029	Stadt Essen will Sporthallen bis 24 Uhr öffnen	Ohne Verfasser_in	WAZ	13.10.15
P_E-030	Messehallen in Essen sind Winterreserve für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	WAZ	14.10.15
P_E-031	Kongress zum Thema Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	WAZ	15.10.15
P_E-032	Feldköche aus Essen versorgen Flüchtlinge in Bayern	Mauer, D.	WAZ	17.10.15
P_E-033	Nimm einen Flüchtling mit	Mücke, M.	WAZ	19.10.15
P_E-034	Flüchtlingskrise belastet Haushalt	Ohne Verfasser_in	WAZ	21.10.15
P_E-035	Asyl: Städte schlagen Alarm	Goebels, W.	WAZ	22.10.15
P_E-036	Die Helfer wachsen mit ihren Aufgaben		WAZ	23.10.15
P_E-037	Die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge ist ungebrochen	Warketin, C. et al.	WAZ	23.10.15
P_E-038	Ehrenamtliche können Vormund für Flüchtlingskinder werden	Wandt, C.	WAZ	27.10.15
P_E-039	Essen baut neues Zeltdorf im Süden der Stadt	Wandt, C.	WAZ	29.10.15
P_E-040	Essens OB Kufen: Wir können es schaffen	Knietscher, W.	WAZ	29.10.15
P_E-041	Erster Flüchtling studiert an der Uni Duisburg-Essen	Spletter, M.	WAZ	29.10.15
P_E-042	Essen, Schlafen – und nichts passiert	Ohne Verfasser_in	WAZ	29.10.15
P_E-043	Brutale Anschläge auf Flüchtlinge in Deutschland	Ohne Verfasser_in	WAZ	02.11.15
P_E-044	Vier Schulen sollen Essens Flüchtlinge unterrichten	Maibaum, J.	WAZ	02.11.15
P_E-045	400 Flüchtlinge ziehen am Donnerstag ins Zeltdorf Altenessen	Grenz, M.	WAZ	04.11.15
P_E-046	8.000 neue Plätze für Flüchtlinge	Maibaum, J.	WAZ	04.11.15
P_E-047	Razzia: Libanesischer Familienclan soll Flüchtlinge geschleust haben	Maibaum, J.	WAZ	05.11.15
P_E-048	Warum Flüchtlinge in Oberhausen in eine Kirche ziehen	Fischer, A.	WAZ	06.11.15
P_E-049	Mit Bildung gegen die Lücke	Klose, S.	WAZ	06.11.15
P_E-050	Warum der Essener Altbau den sozialen Wohnungsbau belebt	Schymiczek, M.	WAZ	06.11.15
P_E-051	Das Asylpaket ist eher ein Päckchen	Ohne Verfasser_in	WAZ	07.11.15
P_E-052	Hilfen für junge Flüchtlinge	Maibaum, J.	WAZ	07.11.15
P_E-053	Zeltdorf für Flüchtlinge in Karnap – Einblick in spartanische Unterkunft	Hagenbucher, R.	WAZ	10.11.15
P_E-054	Immer mehr Syrer in Essen – die meisten landen in Hartz IV	Maibaum, J.	WAZ	10.11.15
P_E-055	Viele Migranten wollen als Deutsche akzeptiert werden	Onkelbach, C.	WAZ	10.11.15
P_E-056	Religionsgemeinschaften: NRW will Islamverbände deutlich aufwerten	Blasius, T.	WAZ	11.11.15

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

P_E-057	Neues Großasyl in Essen: „Asylstraße“ mit Stadt, Land und Bund	Wandt, C.	WAZ	13.11.15
P_E-058	Stadt will den Flüchtlingen helfen	Ohne Verfasser_in	WAZ	13.11.15
P_E-059	Islamisten werben Flüchtlinge an	Gaugele, J. et al.	WAZ	14.11.15
P_E-060	Die Stadt Essen plant deutlich größere Asylheime	Maiborn, J.	WAZ	17.11.15
P_E-061	Sturmtief Heini ängstigt Zeltdorf-Bewohner	Wandt, C.	WAZ	19.11.15
P_E-062	Stadt Essen baut ein Zeltdorf für 400 Flüchtlinge in Gerschede	Wandt, C.	WAZ	19.11.15
P_E-063	Laternenumzug lässt den Alltag im Flüchtlingsdorf vergessen	Ohne Verfasser_in	WAZ	21.11.15
P_E-064	Neues Geschäftsmodell der Clans	Niewerth, G.	WAZ	25.11.15
P_E-065	Spontan, jünger, vielfältiger. Wie das Ehrenamt sich wandelt	Sagan, D.	WAZ	01.12.15
P_E-066	Flüchtlingskrise: NRW will Beamte reaktivieren – volles Gehalt zur Pension	Jessen, J.; zur Nieden, F.	WAZ	08.12.15
P_E-067	Flüchtlinge: Stadt Essen muss Personal weiter aufstocken	Wandt, C.	WAZ	10.12.15
P_E-068	Plötzlich stehen viel weniger Wohnungen leer	Schymiczek, M.	WAZ	10.12.15
P_E-069	Frohnhauser diskutieren sachlich über Flüchtlingsdorf	Mauer, D.	WAZ	11.12.15
P_E-070	Fußballer begrüßen Flüchtlinge	Mauer, D.	WAZ	14.12.15
P_E-071	Keine Patentlösung bei Unterkunft für Flüchtlinge	Steglein, F.	WAZ	15.12.15
P_E-072	Leer stehende Hochhäuser für Flüchtlinge	Schymiczek, M.	WAZ	15.12.15
P_E-073	Unterbringung von Flüchtlingen: Alle Freizeiten im Emil-Fricke-Haus abgesagt	Maibaum, J.	WAZ	16.12.15
P_E-074	Bebauung von Freiflächen bleibt für Essener Rat eine Option	Schymiczek, M.	WAZ	16.12.15
P_E-075	Was Essens einzige türkischstämmige Schulleiterin antreibt	Spletter, M.	WAZ	30.08.15
P_E-076	Stadt Essen schickt bis zu 2500 zugezogene Flüchtlinge zurück	Wandt, C.	WAZ	29.08.15
P_E-077	Zwischen Landschaftsschutz und Willkommenskultur	Wandt, C.	WAZ	08.12.15
P_E-078	SPD-Ratsherr: Integration arabischer Flüchtlinge scheitert	Stenglein, F.	WAZ	08.01.16
P_E-079	Wutrede gegen kriminelle Zuwanderer: „Packt doch einfach Eure Klamotten“	Niewerth, G.	WAZ	08.01.16
P_E-080	Flüchtlingskrise: Essener SPD-Spitze distanziert sich von Ratsherr Reil	Kintscher, W.	WAZ	11.01.16
P_E-081	Fußball spielen und Deutsch lernen	Hagenbucher, R.	WAZ	14.01.16
P_E-082	Neue Schule nur für Zuwanderer entsteht in Steele	Spletter, M.	WAZ	15.01.16
P_E-083	Die Drogendealer haben sich am Essener Univiertel etabliert	Lindgens, J.	WAZ	16.01.16
P_E-084	Essens Oberbürgermeister fordert schnellere Asylverfahren	Ohne Verfasser_in	WAZ	18.01.16
P_E-085	Stadt Essen und Polizei wollen Flüchtlinge überprüfen	Maibaum, J.	WAZ	18.01.16
P_E-086	Essener Bürgerwehr tritt erstmals am Rosenmontag in Aktion	Niewerth, G.	WAZ	01.02.16
P_E-087	Essener Karnevalisten: „Wir brauchen keine Bürgerwehr“	Niewerth, G.	WAZ	02.02.16
P_E-088	Beirat pocht auf Landschaftsschutz	Schymiczek, M.	WAZ	03.02.16
P_E-089	Tausende unbegleitete Flüchtlingskinder verschwinden einfach	Korfmann, M.; Onkelbach, C.	WAZ	03.02.16
P_E-090	Das neue Groß-Asyl im Essener Süden wartet auf Bewohner	Wandt, C.	WAZ	04.01.16
P_E-091	Asyl bringt Etat der Stadt Essen aus den Fugen	Kintscher, W.	WAZ	19.01.16
P_E-100	Blinde Wut auf Fremde – Gewalt gegen Flüchtlinge nimmt zu	Onkelbach, C.; Kaufmann, M.	WAZ	21.01.16
P_E-101	In Essen will jetzt eine Bürgerwehr auf die Straße gehen	Niewerth, G.	WAZ	21.01.16
P_E-102	Kleine Ratsfraktionen lehnen Flächen-Konzept ab	Ohne Verfasser_in	WAZ	21.01.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

P_E-103	OB Kufen zum Essener Asylplan: „Mehr geht nicht“	Kintscher, W.	WAZ	21.01.16
P_E-104	Salafismus-Projekt startet Ende des Jahres in Essen	Ohne Verfasser_in	WAZ	21.01.16
P_E-105	Der andere Blick auf die Flüchtlingsdebatte	Ohne Verfasser_in	WAZ	24.02.16
P_E-106	Runder Umwelttisch bringt neue Flächen ins Gespräch	Schymiczek, M.	WAZ	26.01.16
P_E-107	Wie Facebook zum wichtigen Flüchtlingshelfer wird	Unger, C.	WAZ	26.01.16
P_E-108	Flüchtlingskrise: Stadt Essen stellt 250 Mitarbeiter ein	Kintscher, W.	WAZ	27.01.16
P_E-109	Flüchtlingsunterkünfte: Politiker im Essener-Norden wollen Initiative gründen	Ohne Verfasser_in	WAZ	28.01.16
P_E-110	Betreuer-Team ist für junge Flüchtlinge ein Familienersatz	Schulz, E.	WAZ	29.01.16
P_E-111	Flüchtlingsfrage: die Essener SPD driftet auseinander	Schymiczek, M.	WAZ	30.01.16
P_E-112	Stadt Essen fordert mehr Polizeipräsenz auf den Straßen	Maibaum, J.	WAZ	04.02.16
P_E-113	Flüchtlingskrise: Bürgerinitiative gründet sich aus der SPD Essen heraus	Schymiczek, M.	WAZ	05.02.16
P_E-114	SPD will keine drei Groß-Asyle im Essener Norden	Kintscher, W.	WAZ	05.02.16
P_E-115	Streit um Flüchtlingspolitik: Essens SPD-Chefin tritt ab	Ohne Verfasser_in	WAZ	06.02.16
P_E-116	Helferin aus Karnap: „Herr Reil kann das nicht beurteilen“	Wandt, C.	WAZ	09.02.16
P_E-117	Jobcenter Essen: 16 wohl 5.700 neue Flüchtlinge in Hartz IV	Lindgens, J.	WAZ	09.02.16
P_E-118	Unbekannte zündeln in leer stehender Essener Asylunterkunft	Maibaum, J.	WAZ	10.02.16
P_E-119	Gebetsraum: Uni Essen hat zu lange die Zügel schleifen lassen	Niewerth, G.	WAZ	12.02.16
P_E-120	Essener Netzwerk will Jobs für Flüchtlinge schaffen	Wandt, C.	WAZ	12.02.16
P_E-121	Stadt Essen plant neues Containerdorf	Maibaum, J.	WAZ	13.02.16
P_E-122	In der Flüchtlingskrise wächst in Essen die Verzweiflung	Stenglein, F.	WAZ	13.02.16
P_E-123	Randale im Essener Sozialamt: Panzerglas schützt bald Mitarbeiter	Niewerth, G.	WAZ	13.02.16
P_E-124	Guido Reil fordert Stadt auf, weitere Flüchtlinge abzulehnen	Ohne Verfasser_in	WAZ	14.02.16
P_E-125	Zu wenig Plätze für jugendliche Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	WAZ	16.02.16
P_E-126	SPD und CDU entscheiden, wo in Essen Asylheime entstehen	Kintscher, W.	WAZ	17.02.16
P_E-127	Stadt sucht Wohnraum für Flüchtlinge	Ahmann, N.	WAZ	18.02.16
P_E-128	Asyl-Einigung „schont“ den Essener Norden in Maßen	Kintscher, W.	WAZ	19.02.16
P_E-129	Essener Schullandheim wird für junge Flüchtlinge zum Zuhause	Wandt, C.	WAZ	20.02.16
P_E-130	Asyl-Kompromiss der Essener GroKo – faul, falsch oder fair?	Ohne Verfasser_in	WAZ	22.02.16
P_E-131	Essen ist nicht braun, sondern bunt	Maibaum, J.	WAZ	04.04.16
P_E-132	Senioren tanzen durch die Kulturen	Kensbock, V.	WAZ	04.04.16
P_E-133	Hassprediger-Affäre: Problem-Moschee in Steele bleibt dicht	Niewerth, .G.	WAZ	07.04.16
P_E-134	Essen braucht 16.900 Wohnungen	Schymiczek, M.	WAZ	08.04.16
P_E-135	Neue Wohnungen – Stadt wird Ziel verfehlen	Schymiczek, M.	WAZ	09.04.16
P_E-136	Blutige Gewalt und Krawalle erschüttern Innenstadt	Wahl, P.	WAZ	10.04.16
P_E-137	Von Falafeln und Integration – Flüchtling eröffnet Imbiss in Essen	Maruhn, M.	WAZ	14.04.16
P_E-138	Blutige Familienfehde in Essen: Keine Hinweise auf Racheakt	Maibaum, J.	WAZ	15.04.16
P_E-139	Die Stadt Essen will straffällige Libanesen abschieben	Maibaum, J.	WAZ	20.04.16
P_E-140	Essener Moscheevereine wollen sich mit Terror auseinandersetzen	Maibaum, J.	WAZ	25.04.16
P_E-141	Flüchtlinge: Betrüger knöpfen Flüchtlingen geld für Wohnungen ab	Wandt, C.	WAZ	01.06.16
P_E-142	Terroranschlag: Der Weg der Tempelbomber vom Kinderzimmer in den Dschihad	Niewerth, G.	WAZ	11.06.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTeграtion

P_E-143	Kurs: So betreut man Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	WAZ	24.06.16
P_E-144	Flüchtlinge: Großteil der Unternehmen ist skeptisch	Lindgens, J.	WAZ	01.07.16
P_E-145	Allbau fährt Wohnungsbau in Essen zurück	Schymiczek, M.	WAZ	06.07.16
P_E-146	Ostdeutsche Städte empfehlen Flüchtlingen Umzug nach Essen	Kintscher, W.	WAZ	12.07.16
P_E-147	Gärten sollen Unterkünften für Flüchtlinge weichen	Hagenbucher, R.	WAZ	14.07.16
P_E-148	AfD-Mitglieder sind bei Wohlfahrtsverbänden unerwünscht	Onkelbach, C.; Weltmann, S.	WAZ	15.07.16
P_E-149	Junge Flüchtlinge gestalten Planke für die Arche Noah	Mauer, D.	WAZ	17.07.16
P_E-150	Stadt Essen bewirbt sich für Starke Quartiere – Starke Menschen	Ohne Verfasser_in	WAZ	18.07.16
P_E-151	Aufgeheizte Stimmung nach Putschversuch – auch in Essen	Niewerth, G.	WAZ	18.07.16
P_E-152	Stadt Essen beteuert: Wir sind im Asyl flexibel genug	Kintscher, W.	WAZ	28.07.16
P_E-153	Diese Schule kennt keine Sommerferien	Wandt, C.	WAZ	09.08.16
P_E-154	SPD-Ratsfraktion begrüßt Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge	Ohne Verfasser_in	WAZ	04.08.16
P_E-155	Fast schon 600.000 – Zahl der Essener Bürger wächst weiter	Ohne Verfasser_in	WAZ	11.08.16
P_E-156	Leerstehendes Großasyl: FDP-Abgeordneter Witzel will vom Innenminister Zahlen	Kintscher, W.	WAZ	13.08.16
P_E-157	FDP: Land NRW gefährdet Integration	Ohne Verfasser_in	WAZ	17.08.16
P_E-158	Wohnungen anstelle von 170 Kleingärten	Hagenbucher, R.	WAZ	17.08.16
P_E-159	Auf der Suche nach dem Gleichgewicht beim Asyl-Spagat	Kintscher, W.	WAZ	22.08.16
P_E-160	Akten-Schlamperei in Essens Immobilien-Amt eher die Regel?	Kintscher, W.	WAZ	23.08.16
P_E-161	Akten-Schlamperei in Essen: Kritik und ein Erklärungsversuch	Kintscher, W.	WAZ	25.08.16
P_E-162	Frauencafé ist offen für alle Konfessionen	Mauer, D.	WAZ	26.08.16
P_E-163	Stadt Essen erwägt eigenes Asyl im Opti-Gewerbepark	Kintscher, W.	WAZ	27.08.16
P_E-164	2017 soll Essen 2400 Flüchtlinge aufnehmen	Kintscher, W.	WAZ	05.12.16
P_E-165	Toter in Essen-Holterhausen: Asylbewerber brutal erschlagen	Kunte, R.; Maibaum J.	WAZ	07.12.16
P_E-166	Flüchtling (30) soll Syrer Begin I. in Essen ermordet haben	Ohne Verfasser_in	WAZ	08.12.16
P_E-167	Migranten sind in Essen als Gesundheitslotsen Wegweiser	Schabelon, T.	WAZ	09.12.16
P_E-168	Kirchen kritisieren Abschiebung	Ohne Verfasser_in	WAZ	17.12.16
P_E-169	Familie aus Essen wird kurz vor Weihnachten abgeschoben	Wandt, C.	WAZ	22.12.16
P_E-170	Bundespolicisten schildern Grenzerfahrungen mit Flüchtlingen	Fischer, A.	WAZ	26.12.16
P_E-171	Wie ein Iraner in Altenessen eine neue Heimat gefunden hat	Mauer, D.	WAZ	26.12.16

Essen – Altenessen & Karnap

Kürzel	Titel des Artikels	Verfasser	Presseorgan	Datum
P_AEK-001	Schluß mit den Vorurteilen – warum Flüchtlinge Smartphones besitzen (müssen)	Köhle, S.	Nordanzeiger	10.08.15
P_AEK-002	Thomas de Maiziere in Essen: Die Flucht nach vorn in der Flüchtlingsfrage	Leweux, D.	Nordanzeiger	15.08.15
P_AEK-003	11 Jahre Montagsdemonstration in Essen	Urbat, B.	Nordanzeiger	15.08.15
P_AEK-004	Rechte Hetze in Frintrop stoppen	Drell, J.	Nordanzeiger	16.08.15
P_AEK-005	Flüchtlinge: Linke fordert Sondersitzung des Sozialausschusses	Giesecke, G.	Nordanzeiger	18.08.15
P_AEK-006	Flüchtlingsdorf am Altenberghof ist im Bau	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	21.08.15
P_AEK-007	Flüchtlinge schneller und besser integrieren	Drell, J.	Nordanzeiger	26.08.15
P_AEK-008	Zeichen für Toleranz zwischen den Religionen	Hartung, T.	Nordanzeiger	26.08.15

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

P_AEK-009	UFO-Sichtung und merkwürdige Wiesenkreise in Altenessen – Alien stellt Asylantrag	Demmer, S.	Nordanzeiger	27.08.15
P_AEK-010	Stark aus der Sommerpause: Alte Baustellen und neue Themen gabs in der BV V	Müller, A.	Nordanzeiger	29.08.15
P_AEK-011	Gönül Eglence (Grüne) in Altenessen unterwegs	Drell, J.	Nordanzeiger	31.08.15
P_AEK-012	Mit Musik kommen auch Flüchtlinge besser an	Pfeffer, S.	Nordanzeiger	07.09.15
P_AEK-012	Flüchtlingsdorf in Karnap wird für 700 Menschen geplant	Pfeffer, S.	Nordanzeiger	10.09.15
P_AEK-013	Refugees welcome – aber bitte bei den anderen	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	11.09.15
P_AEK-014	Willkommenskultur auf Essener Art – Ich kam und es wurde zum Halali geblasen	Demmer, S.	Nordanzeiger	15.09.15
P_AEK-015	BAL: Massenunterkünfte und Großzeltlager für Asylantragstellende falscher Weg	van Heesch-Orgass, E.	Nordanzeiger	15.09.15
P_AEK-016	Zu viel ist zu viel: Karnaper schockiert über Anzahl der Flüchtlinge fürs Matthias-Stinnes-Stadion	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	15.09.15
P_AEK-017	Gewalt ist keine Lösung	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	16.09.15
P_AEK-018	Sanitärer Notstand: Über das Zelt Dorf Bonifaciusstraße informierte die Stadt Essen	Müller, A.	Nordanzeiger	18.09.15
P_AEK-019	Flüchtlingsunterkunft „Erbslöhstraße“ – Wut, Wärme und Klassenkampf	Demmer, S.	Nordanzeiger	22.09.15
P_AEK-020	Zwei Info-Termine am selben Abend: Dienstag in der Kirche Hattramstraße	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	23.09.15
P_AEK-021	Spielmobil fährt zu Flüchtlingskindern	Plesken, D.	Nordanzeiger	23.09.15
P_AEK-022	Workshop für Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer/innen	Drell, J.	Nordanzeiger	19.10.15
P_AEK-023	Party im Nordpark: Infos über Zeitplan der Umgestaltung gibt's am Freitag	Müller, A.	Nordanzeiger	21.10.15
P_AEK-024	Mehr Zeltstädter: Elf Standorte sind geplant	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	24.10.15
P_AEK-025	Europa zwischen Anspruch und Wirklichkeit	Räbinger, S.	Nordanzeiger	24.10.15
P_AEK-026	Vollpension: EABG-Projekt bringt 100 Flüchtlinge ins Bfz-Bildungshotel	Müller, A.	Nordanzeiger	28.10.15
P_AEK-027	Kommentar: So geht Integration	Bütefür, D.	Nordanzeiger	28.10.15
P_AEK-028	Flüchtlinge in der Tiegelschule nach Tumult verletzt	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	29.10.15
P_AEK-029	Begegnungsfest im Nordpark	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	30.10.15
P_AEK-030	Flüchtlingspolitik: Solidarität und Willkommenskultur statt Angstmache und Abschiebungen	Urbat, B.	Nordanzeiger	01.11.15
P_AEK-031	CDU-Fraktion: Beschulung von Flüchtlingskindern	Hubbert, M.	Nordanzeiger	03.11.15
P_AEK-032	Die Stadtverwaltung (...) lehnt die Einführung einer Gesundheitskarte für Geflüchtete (...) ab	Drell, J.	Nordanzeiger	05.11.15
P_AEK-033	Sonntag: Protest gegen NPD in Frintrop und Borbeck	Urbat, B.	Nordanzeiger	07.11.15
P_AEK-034	Welcome to the Jungle: Bewegungsprojekt zeigt Nordviertel-Schülern Angebote im Stadtteil	Müller, A.	Nordanzeiger	11.11.15
P_AEK-035	Das Thema Flüchtlinge hat die 6. Altenessen-Konferenz	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	11.11.15
P_AEK-036	Flüchtlingshilfe in Essen – ein Überblick zum ehrenamtlichen Engagement	Drell, J.	Nordanzeiger	12.11.15
P_AEK-037	Unsere Gesellschaft steht auf der Kippe	Demmer, S.	Nordanzeiger	13.11.15
P_AEK-038	Propaganda und Parallelgesellschaften: Vor dem Beispiel Frankreich warnte die 6. Altenessenkonferenz	Müller, A.	Nordanzeiger	18.11.15
P_AEK-039	Erfolgreiche Demonstration gegen NATO-Propaganda in Essen	Urbat, B.	Nordanzeiger	23.11.15
P_AEK-040	Tutti Frutti an der Erbslöhstraße – Willkommensfest war ein Erfolg	Demmer, S.	Nordanzeiger	28.11.15
P_AEK-041	Gesundheitsministerin Steffens zum Arbeitsbesuch beim Kinderschutzbund Essen	Plesken, D.	Nordanzeiger	30.11.15
P_AEK-042	Nach Flucht aus Afghanistan – im gestrüpp des kapitalistischen Gesundheitssystems verfangen	Mau, H.	Nordanzeiger	07.12.15
P_AEK-043	Stadt Essen plant 15 Flüchtlingsunterkünfte für 16	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	07.12.15
P_AEK-044	Flüchtlingsiedlungen nicht ohne Standards	Giesecke, G.	Nordanzeiger	09.12.15

P_AEK-045	Karnaper Kinder wünschen eine fröhliche Adventszeit und einen guten Rutsch	Plesken, D.	Nordanzeiger	10.12.15
P_AEK-046	Heimat?	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	11.12.15
P_AEK-047	Polizei Essen-Nord spendet „Socke“ für Flüchtlinge	Barkhofen, K.	Nordanzeiger	14.12.15
P_AEK-048	GRÜNE: Hände weg vom Heuweg – in der Vaestraße bauen	Drell, J.	Nordanzeiger	15.12.15
P_AEK-049	Bezirksvertretung lehnt Asylstandorte ab: Protest gegen Marina und Handwerkerpark	Müller, A.	Nordanzeiger	16.12.15
P_AEK-050	FDP-Fraktion Essen stellt Alternativstandorte zur Flüchtlingsunterbringung vor	Weber, M.	Nordanzeiger	17.12.15
P_AEK-051	lernHAUS-Altenessen wünscht fröhliche Weihnachten und ein gutes Jahr 16	Plesken, D.	Nordanzeiger	21.12.15
P_AEK-052	Interview mit Thomas Kufen: „Wir müssen raus aus dem Krisenmodus“	Herlinger, C.	Nordanzeiger	22.12.15
P_AEK-053	Karnap kann das! Fest mit Flüchtlingen statt Streit ums Stinnes-Stadion	Müller, A.	Nordanzeiger	23.12.15
P_AEK-054	Jahresrückblick Essen-Nord, Teil 1: Flüchtlingsfrage	Müller, A.	Nordanzeiger	24.12.15
P_AEK-055	„Thema des Monats“ Flüchtlingshilfe: Eine Lokalkompass-Leseauswahl	Vitte, S.	Nordanzeiger	30.12.15
P_AEK-056	Keine Bebauung in Landschaftsschutzgebieten-BAL fordert parteiübergreifenden Konsens	Dr. van Heesch-Orgass, E.	Nordanzeiger	04.01.16
P_AEK-057	Workshop der Grünen zum Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe	Drell, J.	Nordanzeiger	06.01.16
P_AEK-058	Protest am Zeltdorf: Karnaper Flüchtlinge demonstrieren vor Stinnes-Stadion	Müller, A.	Nordanzeiger	08.01.16
P_AEK-059	Der FC Karnap 07/27 trainierte Flüchtlinge aus Karnap	Gollan, D.	Nordanzeiger	10.01.16
P_AEK-060	Wir schaffen die Integration der Flüchtlinge	Giesecke, G.	Nordanzeiger	11.01.16
P_AEK-061	RAG-MI und Stadt Essen einigen sich auf Gelände Am Handwerkerpark	Müller, A.	Nordanzeiger	13.01.16
P_AEK-062	Frage der Woche: Könnte der Staat mich zwingen, Flüchtlinge aufzunehmen?	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	14.01.16
P_AEK-063	Flüchtlingsunterkünfte: Alternativen zur grünen Wiese sind machbar	Drell, J.	Nordanzeiger	15.01.16
P_AEK-064	Jutta Eckenbach für Wiedereinführung der Residenzpflicht	Eckenbach, J.	Nordanzeiger	15.01.16
P_AEK-065	Grüne laden zum Neujahrsempfang mit Cem Özdemir ein	Drell, J.	Nordanzeiger	15.01.16
P_AEK-066	Wird der Essener Norden mit der Unterkunft der Flüchtlinge überfordert	Frentrop, F.	Nordanzeiger	20.01.16
P_AEK-067	Demo vor dem Rathaus Stoppenberg	Bütefür, D.	Nordanzeiger	21.01.16
P_AEK-068	Altenessen – Über Bürger, Bäume, Bauten und das Nord-Süd-Gefälle	Demmer, S.	Nordanzeiger	22.01.16
P_AEK-069	Stadt Essen hat Vorschläge für Flüchtlingsunterkünfte beschlossen	Müller, A.	Nordanzeiger	23.01.16
P_AEK-070	Kommentar: Viele viele bunte Sozis. Kasalla und großes Trara um (abgesagte) Demo im Essener Norden	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	24.01.16
P_AEK-071	Kommentar: SPD-Demo eingepackt und Flöpzelen gebunkt	Demmer, S.	Nordanzeiger	27.01.16
P_AEK-072	Nord-Anzeiger: Wolle mer se reinlasse	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	28.01.16
P_AEK-073	Versagen in der Flüchtlingspolitik in Essen Karnap	Broeker, R.	Nordanzeiger	28.01.16
P_AEK-074	Flüchtlingsverlegung: Desintegration statt Integration	Giesecke, G.	Nordanzeiger	08.02.16
P_AEK-075	Neue Herausforderungen: Am 14.2. wählt Borbeck-Vogelheim das Presbyterium	Müller, A.r	Nordanzeiger	10.02.16
P_AEK-076	Richtigstellung	Brandherm, H.	Nordanzeiger	15.02.16
P_AEK-077	Altenessen Cycling übergibt Räder an Flüchtlinge	Sondermann, P.	Nordanzeiger	18.02.16
P_AEK-078	Altenessen-Süd: Asylkompromiss oder Bürgerbeschluss	Demmer, S.	Nordanzeiger	22.02.16
P_AEK-079	Eure Hilfe ist gefragt: Karnaper Kleiderkammer braucht neue Räume	Urbat, B.	Nordanzeiger	22.02.16
P_AEK-080	Onkel Reinhold und die Flüchtlingsfragen an der Bude	Demmer, S.	Nordanzeiger	25.02.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

P_AEK-081	Es ist so traurig	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	28.02.16
P_AEK-082	Crashkurs für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer/innen fällt aus	Drell, J.	Nordanzeiger	29.02.16
P_AEK-083	Hundesportverein DVG MV Essen-West sichern	Giesecke, G.	Nordanzeiger	01.03.16
P_AEK-084	Geflüchtete schneller in Wohnungen vermitteln	Giesecke, G.	Nordanzeiger	01.03.16
P_AEK-085	Aufruf zu Sachspenden für Flüchtlinge: Bilderbücher, Sprachbücher u.a.m.	Drell, J.	Nordanzeiger	02.03.16
P_AEK-086	Bundestagsabgeordnete Eckenbach (CDU) begrüßt die Gründung der neuen Wohnungsvermittlungsagentur	Eckenbach, J.	Nordanzeiger	03.03.16
P_AEK-087	Bundestagsabgeordnete Jutta Eckenbach informiert über flüchtlingsinduzierte Mehrausgaben	Eckenbach, J.	Nordanzeiger	05.03.16
P_AEK-088	7. Altenessener Stadtteilkonferenz – OB sieht keine No-Go-Area und schiebt Schuld auf Presse	Demmer, S.	Nordanzeiger	08.03.16
P_AEK-089	Altenessen: Nur Asylstandorte oder Wohnraum für alle?	Demmer, S.	Nordanzeiger	14.03.16
P_AEK-090	CDU-Chef Laschet im LK-Interview: „AfD für uns kein Partner“	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	23.03.16
P_AEK-091	Jetzt Integration? SPD-Ratscherr Reil fordert klare Linie	Müller, A.	Nordanzeiger	02.04.16
P_AEK-092	Die Bürgerinitiativen im Essener Norden luden zu Kundgebung auf den Schonnebecker Markt	Frentrop, F.	Nordanzeiger	03.04.16
P_AEK-093	Diskussionsveranstaltung zur Essener Flüchtlingspolitik am 10. April	Urbat, B.	Nordanzeiger	07.04.16
P_AEK-094	lernHAUS-Mobil bringt Integration ins Rollen	Dt. Kinderschutzbund Ortsverb. Essen e.V.	Nordanzeiger	12.04.16
P_AEK-095	Ein Paradebeispiel der Integration	Gensheimer, C.	Nordanzeiger	14.04.16
P_AEK-096	Rotarier und Jugendmigrationsdienst organisieren ehrenamtliche Nachhilfe für Flüchtlinge	Koppelman, S.	Nordanzeiger	29.04.16
P_AEK-097	Lost in Translation – Guido Reil und die Essener SPD	Demmer, S.	Nordanzeiger	11.05.16
P_AEK-098	Spielplatzfest für Flüchtlinge findet großen Anklang	Dt. Kinderschutzbund Ortsverband Essen	Nordanzeiger	18.05.16
P_AEK-099	Begegnungsfest für alle Neu-Karnaper am Samstag	Gensheimer, C.	Nordanzeiger	19.05.16
P_AEK-100	Grünes Kino „Trapped by Law“ am 1. Juni mit Terry Reintke MDEP	Drell, J.	Nordanzeiger	24.05.16
P_AEK-101	Essener Parteienkarussell: Abgedreht und Perspektivlos	Urbat, B.	Nordanzeiger	25.05.16
P_AEK-102	Ensemble Ruhr: Vor Ort	Weltzer-Pauls, A.	Nordanzeiger	31.05.16
P_AEK-103	Entwurzelt		Nordanzeiger	31.05.16
P_AEK-104	CDU-Forderung zur Unterbringung kommunaler Flüchtlinge am ehemaligen Kutel ist gesetzeswidrig	Drell, J.	Nordanzeiger	07.06.16
P_AEK-105	Bürgerschaftliches Engagement war Thema beim dritten Integrationsworkshop	Eckenbach, J.	Nordanzeiger	16.06.16
P_AEK-106	Faktor Fußball hilft bei der Integration	Müller, A.	Nordanzeiger	29.06.16
P_AEK-107	Mehr Flüchtlinge als geplant an der Hubertusstraße in Essen	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	15.07.16
P_AEK-108	Runder Tisch Bonifaciusstraße lädt zum Juli-Treffen ein	Gensheimer, C.	Nordanzeiger	26.07.16
P_AEK-109	Frage der Woche: Fluchtursachen bekämpfen – wie soll das gehen?	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	18.08.16
P_AEK-110	Klassenkampf zwischen Beet und Beton – Der Aufstand der Kleingärtner	Demmer, S.	Nordanzeiger	19.08.16
P_AEK-111	Vortrag zum neuen Integrationsgesetz der Bundesregierung am 1.9.16	Drell, J.	Nordanzeiger	22.08.16
P_AEK-112	Spätschicht für die Zukunft	Frisch, I.	Nordanzeiger	29.08.16
P_AEK-113	Flüchtlingsunterkunft Erbslöhstraße – Hier wird neu gebaut. Aber was denn eigentlich?	Demmer, S.	Nordanzeiger	07.09.16
P_AEK-114	„Eine Zensur findet nicht statt“: Über Meinungsfreiheit im Internet	Steinmann, J.	Nordanzeiger	07.09.16
P_AEK-115	26.09.: Essener Montagsdemo und Flüchtlinge bei ruhrgebietsweiter Demonstration gegen „Wohnsitzauflage“	Urbat, B.	Nordanzeiger	24.09.16
P_AEK-116	Heute im Rat: Neues Konzept zur Flüchtlingsunterbringung	Schröder, A.	Nordanzeiger	28.09.16

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

P_AEK-117	Rat beschließt „angepasstes Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen“	Schröder, A.	Nordanzeiger	29.09.16
P_AEK-118	Gibt es eine Leitkultur, und wenn ja, brauchen wir eine Neue?	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	30.09.16
P_AEK-119	Der „Bufdi“ (BFD) in Essen ist eine echte Erfolgsgeschichte	Eckenbach, J.	Nordanzeiger	30.09.16
P_AEK-120	Weiter sinkende Flüchtlingszahlen in Essen	Walter, A.	Nordanzeiger	21.10.16
P_AEK-121	CDU-Fraktion zur Forderung nach Reduzierung der beschlossenen Flüchtlingsunterkünfte	Hubbert, M.	Nordanzeiger	24.10.16
P_AEK-122	Integration: Kai Gehring wirbt für Zuversicht	Steinbrink, P.	Nordanzeiger	02.11.16
P_AEK-123	7.11.: Montagsdemonstration und syrische Flüchtlinge gemeinsam gegen den Krieg in Syrien	Urbat, B.	Nordanzeiger	05.11.16
P_AEK-124	Nord-Stammtisch von „Essen steht AUF“ am 30.11.	Urbat, B.	Nordanzeiger	18.11.16
P_AEK-125	Hätte die tagesschau über den Fall der in Freiburg getöteten Studentin berichten müssen?	Leweux, D.	Nordanzeiger	06.12.16
P_AEK-126	Integration im kleinen Handwerksbetrieb	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	13.12.16

Essen – Hörsterfeld

Kürzel	Titel des Artikels	Verfasser	Presseorgan	Datum
P_EH-01	Steeler Bühne für die Flüchtlinge	Grenz, M.	WAZ	17.12.16
P_EH-02	Flüchtlingshilfe Steele ist nun ein Verein	Heiße, M.	WAZ	01.07.16
P_EH-03	Junge Syrer finden Münzschatz im Herd – und geben ihn ab	Wandt, C.	WAZ	02.10.16
P_EH-04	Essen kann beim Asyl aufatmen	Kintscher, W.	WAZ	04.06.16
P_EH-05	Stadt Essen beteuert: Wir sind beim Asyl flexibel genug	Kintscher, W.	WAZ	28.07.16
P_EH-06	Kleingärtner kämpfen in Essen-Horst um ihre Parzellen	Sagan, D.	WAZ	23.08.16
P_EH-07	Gewerbehallen sollen Flüchtlingszelte ersetzen	Strahl, G..	WAZ	17.06.16
P_EH-08	Hier will die Stadt Essen Flüchtlinge unterbringen	Schymiczek, M.	WAZ	21.01.16
P_EH-09	Flüchtlingshilfe Steele läuft auf Hochtouren	Heiße, M.	WAZ	24.09.15
P_EH-10	Runder Tisch für Flüchtlinge in Horst	Grenz, M.	WAZ	16.09.15
P_EH-11	Wie die Standorte der Zeltdörfer künftig genutzt werden	Sagan, D.	WAZ	23.11.16
P_EH-12	Stillgelegte Essener Kirche wird zur Kleiderkammer für Flüchtlinge	Grenz, M.	WAZ	18.11.15
P_EH-13	Stadt Essen will Bildung von Ghettos verhindern	Wandt, C.	WAZ	20.12.16
P_EH-14	EBB drängt, auf Asyl-Neubau zu verzichten	Ohne Verfasser_in	WAZ	12.11.16
P_EH-15	Asyl: An der Basis regt sich Widerstand	Ohne Verfasser_in	WAZ	19.02.14
P_EH-16	Essen kippt nun auch die letzten beiden Asyl-Baupläne	Kintscher, W.	WAZ	18.11.16
P_EH-17	636 Euro Miete, eiskalt – Das Geschäft mit der Not der Flüchtlinge	Kintscher, W.	WAZ	26.07.15
P_EH-18	Großes Nachbarschaftsfest	Ahman, N.	WAZ	11.11.15
P_EH-19	Ehrenamtliche suchen in Essen Räume für Flüchtlingsarbeit	Wandt, C.	WAZ	24.11.15
P_EH-20	Rat beschließt "angepasstes Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen"	Schröder, A.	Nordanzeiger	29.09.16
P_EH-21	Pläßweidenweg: „Wir fällen keine Bäume, wenn es nicht nötig ist“	Leweux, D.	Nordanzeiger	28.08.15
P_EH-22	Pläßweidenweg: Ruhe in den Ruhrau-Gärten	Leweux, D.	Nordanzeiger	26.07.16
P_EH-23	Stadt Essen plant 15 Flüchtlingsunterkünfte für 16	Ohne Verfasser_in	Nordanzeiger	07.12.15
P_EH-24	Essen kippt nun auch die letzten beiden Asylbaupläne	Kintscher, W.	NRZ	08.11.16
P_EH-25	EBB drängt, auf Asyl-Neubau zu verzichten	Ohne Verfasser_in	NRZ	12.11.16
P_EH-26	Runder Tisch für Flüchtlinge in Horst	Grenz, M.	NRZ	16.09.15
P_EH-27	Wie die Standorte der Zeltdörfer künftig genutzt werden	Sagan, D.	NRZ	23.11.16

Anhang: Übersicht über Förderprogramme

1. Kommunale Koordinierung und interkulturelle Öffnung

Kommunale Koordinierung von Bildungsprojekten für Neuzugewanderte	
Projektträger	BMBF
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Unzureichende Koordinierung von und Information über Bildungsangebote auf der lokalen Ebene
Thematische Inhalte	Beratung der Entscheidungsinstanzen der Kommunen
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau kommunaler Koordinierungsstrukturen und -gremien bei Nutzung und Erweiterung ggf. bestehender Strukturen - Identifizierung und Einbindung der relevanten Bildungsakteure - Herstellung von Transparenz über vor Ort tätige Bildungsakteure
Zuwendungsempfänger	Kreise und kreisfreien Städte
Art der Förderung	Finanzielle Förderung von Koordinator_innen
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none"> - Abhängig vom Projektvorhaben - Vollfinanzierung - Zusätzliche Deckmittel (z. B. Spenden) reduzieren Zuwendungen - Reisekosten/ Person: max. 3.500€ / Jahr
Zuwendungslaufzeit	2-jährige Projektphasen
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Mehrere Bewerbungsfristen pro Jahr
Berichte und Nachweise	Verwendungsnachweis
Rahmenbedingungen	Eine Weiterleitung an kreisangehörige Städte ist nicht möglich

Förderung von Migrantenselbstorganisation	
Projektträger	MAIS (NRW)
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Migrantenselbstorganisationen sind wichtige Partner der Landesregierung für eine erfolgreiche Integrationspolitik - Gesetzliche Verpflichtung, Migrantenselbstorganisationen zu unterstützen (Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration vom 14.02.2012)
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Einzelprojektförderung - Maßnahmen, um die Bildungsteilhabe und -chancen zu verbessern - Gesundheitsförderung und Inklusion - Kommunikationstrainings - Interkulturelle und interreligiöse Dialoge - Maßnahmen zur Konfliktbewältigung, Rassismus und Fundamentalismus Bekämpfung
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Anschubförderung u.A. <ul style="list-style-type: none"> o Mieten o Geschäftsbedarf o Geräte-, Ausstattung, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände o Honorarkosten o Reisekosten - Förderung von Vernetzung, Qualifizierung und Vernetzung von Migrantenselbstorganisationen

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

Zuwendungsempfänger	Im Land NRW ansässige Migrantenselbstorganisationen
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none"> - Anschubförderung: Vollfinanzierung bis zu 6.000€ - Einzelprojektförderung: Anteilfinanzierung - Förderung von Unterstützung, Qualifizierung und Vernetzung: Anteilfinanzierung
Zuwendungslaufzeit	<ul style="list-style-type: none"> - Eine Förderphase beträgt maximal 24 Monate - Bis zu 2 Förderphasen sind pro Projekt möglich - Ausnahmeregelungen sind möglich
Zuwendungsvoraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine Zuwendungsvoraussetzungen: <ul style="list-style-type: none"> o 50 % der Mitgliederzahl, Vorstandsmitglieder und aktiven Mitglieder müssen Migrant_innen sein o Fokus liegt auf der Situation der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland o Verein muss in das Vereinsregister eingetragen sein o Verein muss als gemeinnützig anerkannt sein o Verein muss unabhängig von staatlichen Strukturen oder Parteien aus dem In- und Ausland sein - Besondere Voraussetzungen für einzelne Förderbereiche: <ul style="list-style-type: none"> o Anschubförderung <ul style="list-style-type: none"> o Verein muss innerhalb der letzten fünf Jahre vor Beginn der jeweils neuen Förderphase gegründet bzw. in das Vereinsregister eingetragen worden sein bzw. die Eintragung bis zum 31.1. des neuen Förderjahres erfolgen o Verein hat noch keine Landes-, Bundes- oder EU-Fördermittel erhalten o Verein verfügt über keine eigenen Räumlichkeiten o Eigene Räumlichkeiten haben einen Ausstattungsbedarf o Qualifizierungsbedarf der Organisationsmitglieder besteht o Einzelprojektförderung - Nachweisbare Erfahrung in der Durchführung von Projekten <ul style="list-style-type: none"> o Förderung von Unterstützung, Qualifizierung und Vernetzung o Nachweisbare Erfahrung in der Durchführung von Projekten o Organisation muss in regionalen oder überregionalen Netzstrukturen arbeiten o Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Organisationen unterschiedlicher Herkunft
Fristen	30.06.2018 (1. neue außerplanmäßige Förderphase)
Berichte und Nachweise	<ul style="list-style-type: none"> - Anschubförderung: Verwendungsnachweis bestehend aus Sachbericht, tabellarischer Belegübersicht und zahlenmäßigem Nachweis - Einzelprojektförderung: Verwendungsnachweis nach den Vorgaben der Nr. 6.1 der ANBestP - Förderung von Unterstützung, Qualifizierung und Vernetzung: Verwendungsnachweis nach den Vorgaben der Nr. 6.1 der AN-BestP
Rahmenbedingungen	Grundsätzlich ist nur eine Förderung pro Förderzeitraum möglich (Aufnahmen möglich)

Kommunale Integrationszentren

Projektträger	MAIS, MSW (NRW)
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTeграtion

Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Bestands- und Bedarfsanalysen zu integrationsrelevanten Daten und Fakten - Entwicklung integrationspolitischer Handlungskonzepte - Konzepte interkultureller und durchgängiger sprachlicher Bildung entlang der Biografie begleitenden Bildungskette - Fortbildungen zur durchgängigen Sprachbildung - Interkulturelle Profilierung von Kultureinrichtungen,
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund - Bildungspartnerschaften zwischen KiTa, Schule und Elternhaus - Förderung von Renovierungen
Zuwendungsempfänger	Kreise und kreisfreie Städte
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none"> - Ausschließlich Personalausgaben - Maximal 3,5 Stellen (1,5 Verwaltung, 2 sozialpäd. Begleitung) - Festbetrag je voller Stelle: 50.000€ - Festbetrag je 0,5 Verwaltungsassistent: 20.000€ - Zuwendungshöhe richtet sich nach Anzahl der Zuteilung der Flüchtlinge
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Verpflichtende Kooperation und Austausch mit anderen Institutionen - Verpflichtende Weitergabe von Erfahrungen
Fristen	
Berichte und Nachweise	<ul style="list-style-type: none"> - Verwendungsnachweis bis spätestens 3 Monate nach Beendigung der Maßnahme - Sachbericht - Auflistung der geförderten Stellen/ Investitionen
Rahmenbedingungen	

Interkulturelle Zentren	
Projektträger	MAIS (NRW)
Gesamt volumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Ursprungsproblem / Relevanz des Projekts	<p>Notwendigkeit der Verbesserung der Begegnungs- und Kommunikationsorte zur gegenseitigen Verständigung von Menschen unterschiedlicher Kulturen</p> <p>Ausbau der integrationspolitischen Infrastruktur</p> <p>Notwendigkeit der Schaffung eines positiven Wirgefühls in der Gesellschaft trotz verschiedener Herkunft</p>
Thematische Inhalte	<p>Interkulturelle Zentren als Begegnungs- und Kommunikationsorte</p> <p>Fortbildungsangebote</p> <p>Begegnungsstätten für Einheimische und Zuwanderer bzw. Zuwanderinnen schaffen</p>
Administrative / Organisatorische Inhalte	Schaffung einer Integrationspolitischen Infrastruktur
Zuwendungsempfänger	Mitgliedsverbände in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalens
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	80%ige Teilfinanzierung (bis zu 20.000€ je Zentrum)
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	30. November für das Folgejahr

Berichte und Nachweise	Verwendungsnachweis mit allen notwendigen Anlagen für das Berichtswesen und das Förderprogramm-Controlling ist einzureichen
Rahmenbedingungen	Vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides darf mit der Maßnahme nicht begonnen werden Keine Förderung für Einrichtungen, die sich überwiegend mit der Pflege der Herkunftskultur oder der Religionsausübung widmen

2. Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt

Perspektive für junge Flüchtlinge im Handwerk	
Projektträger	Bundesagentur für Arbeit
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Unzureichende Kenntnisse der Geflüchteten über den deutschen Arbeitsmarkt (Aufbau und Funktionsweise) und Ausbildungsmarkt
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Die Teilnehmer_innen erhalten Orientierung in drei verschiedenen Handwerksberufen - Bewerbungstrainings - Teilnehmer_innen lernen das deutsche Ausbildungs- und Beschäftigungssystem kennen
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	<ul style="list-style-type: none"> - Juristische Personen des öffentlichen Rechts - Im Sinne der Abgabenordnung gemeinnützige juristische Personen des privaten Rechts, die Träger von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten sind
Art der Förderung	Beratungs- und Informationsangebot
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	4-6 Monate
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Werden auf www.Berufsorientierung-für-Flüchtlinge.de bekanntgegeben
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Berufsorientierung für Flüchtlinge	
Projektträger	BMBF, BA, Zentralverband des Deutschen Handwerks
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Unzureichende Kenntnis der Geflüchteten über den deutschen Arbeitsmarkt (Aufbau und Funktionsweise) und die Ausbildungsmöglichkeiten.
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Werkstatttage in einer ÜBS oder in Werkstätten von Kooperationspartner_innen, um Entscheidungen für einen möglichen Ausbildungsberuf zu treffen - Betriebsphase soll den Ausbildungsberuf überprüfen und anschließend in eine Ausbildung münden - Vermittlung von berufsbezogenen Sprachkenntnissen

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTegration

Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Projektbegleitung zur <ul style="list-style-type: none"> o Koordination der verschiedenen BOF-Maßnahmen o Hilfestellung beim Aufbau sozialer Netzwerke o Sozialpädagogische und psychologische Betreuung o Beratung der Teilnehmer_innen und Betriebe zu Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten
Zuwendungsempfänger	<ul style="list-style-type: none"> - Juristische Personen des öffentlichen Rechts - Im Sinne der Abgabeordnung gemeinnützige juristische Personen des privaten Rechts, die Träger von ÜBS sind
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmenkosten: 307€/ Person / Woche - Fahrtkosten: 23€ / Person / Woche - Kinderbetreuung: 32,50€ / Kind / Woche
Zuwendungslaufzeit	Individuelle Laufzeit
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	Abfragen zum tatsächlichen Bedarf
Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> - Teilnehmerlisten sind bei der Mittelanforderung beizulegen - Aufbau, Methodik und Didaktik sind in der Projektbeschreibung klar darzustellen - Verpflichtung, bei Ausschreibungen, Bekanntmachungen und Veröffentlichungen auf die Förderung durch das BMBF hinzuweisen

KAUSA Servicestelle im Programm JOBSTARTER

Projektträger	BMBF
Gesamtvolumen in Euro	1,4 Millionen (für 2016-2019)
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Unzureichende Kenntnisse über gesellschaftliche, berufliche und schulische Strukturen - Geringe Quote von ausbildenden Betrieben mit Inhaber_innen mit Migrationshintergrund
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendliche und junge Flüchtlinge, Eltern und Selbstständige über gesellschaftliche, berufliche und schulische Strukturen beraten - Individuelle Unterstützung der Jugendlichen und jungen Geflüchteten beim Einstieg in die duale Berufsausbildung und der Integration in die Gesellschaft
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau eines Netzwerkes aus Institutionen der Berufsbildung, Schulen sowie Migrantenorganisationen und Unternehmen - Verstärkung und Ausweitung der KAUKA Servicestellen
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none"> - Junge Flüchtlinge - Jugendliche - Eltern - Arbeitgeber_innen
Art der Förderung	Beratungs- und Informationsangebot
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	2016-2019
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Fortlaufende Beratung
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Ausbau der Qualifizierungen für Migrant_innen im Kontext des Anerkennungsgesetzes	
Projektträger	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (gehört zum Projekt ESF – Förderprogramm Integration durch Qualifizierung (IQ))
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migrant_innen - Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Modul 1: Qualifizierungsmaßnahmen in reglementierten Berufen: Anpassungsqualifizierungen/-lehrgänge in reglementierten Berufen oder Vorbereitungen auf die Kenntnis- und Eignungsprüfung in reglementierten Berufen - Modul 2: Entwicklung und Erprobung von Anpassungsqualifizierungen im Bereich der dualen Berufe (BBiG/HWO) - Modul 3: Brückenmaßnahmen für Akademiker_innen in nicht reglementierten Berufen - Modul 4: Vorbereitung auf die Externenprüfung bei negativem Ausgang/negativer Prognose des Anerkennungsverfahrens
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Personen mit Migrationshintergrund
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Beratungen - Weiterbildungsmaßnahmen
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	01.01.2015 bis 31.12.2018
Zuwendungsvoraussetzungen	-
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

ESF – Integrationsrichtlinien Bund	
Projektträger	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene, deren Zugang zu Arbeit und Ausbildung erschwert ist, z. B. wegen Langzeitarbeitslosigkeit, defizitärer schulischer/beruflicher Bildung oder Migrationshintergrund, und die von den Eingliederungsleistungen der Jobcenter (SGBII) oder der Agentur für Arbeit (SGB III) nicht ohne nicht mehr erfolgreich erreicht werden - Arbeit in Kooperationsverbünden mit Beteiligung von Betrieben oder der öffentlichen Verwaltung sowie von Jobcentern oder Agenturen für Arbeit - Projektvorhaben in drei Handlungsschwerpunkten - Integration durch Austausch (idA) mit Schwerpunkt transnationale Mobilität - Integration statt Ausgrenzung (IsA) - Integration von Asylbewerber_innen und Flüchtlingen (IvAF)

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTegration

Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendliche - Junge Erwachsene - Arbeitslose - Personen mit Migrationshintergrund - Personen unter 35 Jahren mit besonderen Schwierigkeiten beim Zugang zu Arbeit oder Ausbildung (Langzeitarbeitslose, Asylbewerber_innen und Flüchtlinge)
Art der Förderung	Maßnahmen; u. a. Vermittlung von Praktika durch Jobcenter o. Ä.
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	06.11.2014 – 31.12.2019
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	10.02.2015; Antragstellung als Projekt nicht mehr möglich
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Berufsbezogene Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund (ESF-BAMF-Programm)

Projektträger	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Verbesserung der Chancen von Menschen mit Migrationshintergrund auf Integration in den Arbeitsmarkt
Thematische Inhalte	Maßnahmen zur Verbesserung der berufsbezogenen Sprachkenntnisse verknüpft mit Elementen der beruflichen Qualifizierung
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none"> - Personen mit Migrationshintergrund - Arbeitslose - Jugendliche, Junge Erwachsene - Leistungsbezieher_innen nach dem SGB II und SGB III - Unter bestimmten Voraussetzungen auch Asylbewerber_innen und Flüchtlinge
Art der Förderung	Sprachkurse
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	01.01.2015 bis 31.12.2017
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	04.09.2015, Antragstellung als Projekt nicht mehr möglich
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

ESF-Programm „Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“

Projektträger	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen mit Kindern
Thematische Inhalte	
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Mütter mit Migrationshintergrund

Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Beratung - Coaching - Kurse zur Erwerbsaufnahme - Vermittlung in Ausbildung und Arbeit
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	09.02. 2015 bis 31.12.2018 (erste Förderungsperiode)
Zuwendungsvoraussetzungen	Mütter mit Migrationshintergrund
Fristen	09.02.2015; Antragsstellung als Projekt nicht mehr möglich
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Programm KompAS (Kompetenzfeststellung, frühzeitige Aktivierung und Spracherwerb)

Projektträger	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Bundesagentur für Arbeit
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Kombination von Spracherwerb durch Integrationskurse mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten der BA
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Schnelle Vermittlung der Teilnehmenden in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt bzw. Teilnahme an weiterführenden (Bildungs-) Maßnahmen nach dem Besuch des Integrationskurses - Frühzeitige und detaillierte Feststellung von Kompetenzen der Teilnehmenden noch während des Integrationskurses - Möglichkeit der Teilnehmenden, die im Integrationskurs erworbenen Deutschkenntnisse unmittelbar in der Praxis zu trainieren und zu erweitern
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none"> - Erwachsene erwerbsfähige Migrant_innen im Leistungsbezug SGB II - Erwachsene arbeitslose Migrant_innen aus dem Rechtskreis SGB III (Asylbewerber_innen und Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive, sonstige arbeitslose Personen mit Migrationshintergrund, die sich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten und Arbeitsmarktzugang haben)
Art der Förderung	Integrationskurs und Aktivierungsmaßnahmen nach §45 SGBIII
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	<ul style="list-style-type: none"> - Integrationskurs mit 700 Unterrichtseinheiten - Aktivierungsmaßnahmen mit 200 bis 400 Stunden
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Individuell, Kurse solcher Art werden regelmäßig angeboten
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> - Teilnahmeberechtigung/-verpflichtung für den Besuch des Integrationskurses vorhanden - Person verfügt über keine oder nicht genügend Deutschkenntnisse - Ein Integrationskurs wurde noch nicht absolviert - Es liegen Voraussetzungen für den Besuch eines allgemeinen Integrationskurses vor (d. h. in der lateinischen Schrift alphabetisiert)

Perspektive für Flüchtlinge	
Projektträger	Bundesagentur für Arbeit
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Feststellung und Erfassung beruflicher Kenntnisse von leistungsberechtigten Geflüchteten und Vorbereitung auf die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung - Vermittlung und Vertiefung berufsbezogener Sprachkenntnisse
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Vermittlung berufsbezogener Sprachkenntnisse - Bewerbungsunterstützung - Allgemeine Informationen über die Möglichkeiten der Arbeitsplatzsuche / über den deutschen Arbeitsmarkt - Unterstützung im Umgang mit der Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit und deren Funktionen
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)	
Projektträger	Bundesagentur für Arbeit
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Entlastung von Kommunen und Ländern durch pauschalisierte Kosten-erstattung
Thematische Inhalte	Heranführung an den Arbeitsmarkt mittels niedrigschwelliger Angebote für arbeitsfähige Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG über 18 Jahren außer Asylbewerber_innen aus sicheren Herkunftsstaaten sowie vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer_innen einschließlich Geduldete
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none"> - Junge Menschen unter 25 Jahren, die perspektivisch eine berufliche Ausbildung anstreben und Asylbewerber_innen sowie Geduldete mit Arbeitsmarktzugang und anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigte, die - Die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben - Über keine berufliche – in Deutschland anerkannte – Erstausbildung verfügen - Über keine bzw. geringe berufliche Erfahrung verfügen - Unterstützung bei der Heranführung an den Ausbildungsmarkt benötigen

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTeграtion

Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none">- Vermittlung und Erweiterung von berufsbezogenen Sprachkenntnissen,- Bewerbungstraining,- Sucht- und Schuldenprävention und- Grundlagen gesunder Lebensführung
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	Maximal sechs Monate mit einem zeitlichen Aufwand von bis zu 30 Stunden pro Woche
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Abhängig vom jeweiligen Träger
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Kommit – Kooperationsmodell mit Verzahnung von Sprachförderung, betrieblicher Praxis und berufsbegleitender Qualifizierung für ü. 25-jährige Flüchtlinge und Geringqualifizierte

Projektträger	Bundesagentur für Arbeit
Gesamt volumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none">- Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt durch Gewinnung möglichst vieler Unternehmen- Hinführung möglichst vieler Geflüchteter, aber auch langzeitarbeitsloser Geringqualifizierter zu einem Berufsabschluss
Thematische Inhalte	Kooperationsmodell von Bundesagentur für Arbeit, BAMF, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem DGB, bei dem in einem stufenweisen Aufbau Sprachförderung, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und abschlussbezogene Qualifizierungen verknüpft werden
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	<ul style="list-style-type: none">- Personen mit Migrationshintergrund- Besonders Asylberechtigte über 25 Jahren
Art der Förderung	
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	Seit November 2016
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Willkommenslotsen

Projektträger	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Gesamt volumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung und Beschäftigung in KMU

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none">- Förderung der Bereitschaft kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), schutzsuchende Ausländer_innen in Praktika, Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisse zu nehmen und damit zu integrieren- Beratung von KMU bei allen Fragen, insbes. rund um die Besetzung von offenen Ausbildungsstellen mit schutzsuchenden Ausländer_innen- Sensibilisierung von KMU für das Thema ‚Willkommenskultur im Unternehmen‘
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	Kleine und mittelgroße Unternehmen
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none">- Beratung- Förder- und Unterstützungsangebote für Unternehmen
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	2016 bis 2018
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“

Projekträger	Initiative der Deutschen Industrie- und Handelskammertages
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung und Beschäftigung
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none">- Angebot an Unternehmen, die sich für Flüchtlinge engagieren oder engagieren wollen durch- Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und Kooperation- Bereitstellung praxisrelevanter Informationen zur Beschäftigung von Flüchtlingen- Informationen zu Rechtsfragen, Integrationsinitiativen und ehrenamtlichem Engagement- Praxistipps zur Integration von geflüchteten Menschen in Ausbildung und Beschäftigung
Administrative / Organisatorische Inhalte	Stetige Netzwerkerweiterung
Zuwendungsempfänger	Unternehmen
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none">- Informationsaustausch- Beratung- Networking
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	2016 bis 2018
Zuwendungsvoraussetzungen	Mitgliedschaft in dem Netzwerk
Fristen	Keine
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Modellprojekt „Gemeinsam in die Ausbildung“

Projekträger	Otto Benecke Stiftung e.V., Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTeграtion

Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Ansatz der „doppelten Integration“ (75 % der Teilnehmenden sind Geflüchtete) - Beitrag zur Überwindung des Fachkräftemangels in Handwerksberufen
Thematische Inhalte	Gemeinsame Vorbereitung geflüchteter und benachteiligter deutscher Jugendlicher auf eine Ausbildung im Handwerk durch berufsvorbereitenden Unterricht und/oder Sprachkurs und Praktika sowie Begleitung im ersten Ausbildungsjahr
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendliche/junge Erwachsene mit oder ohne Migrationshintergrund zwischen 18 und 35 Jahren - Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung bei Geflüchteten oder Genehmigung der Ausländerbehörde
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Integrationskurs plus berufliche Basisqualifikation - Unterrichtseinheiten in Sprache (allg. deutsche Sprache und berufsbezogene Sprache), Mathe, Naturwissenschaften, WiSo und anderen berufsrelevanten Fächer - Berufspraktische Elemente
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	1 Jahr
Zuwendungsvoraussetzungen	Siehe Zuwendungsempfänger_innen
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Laufende Aktualisierung und Erweiterung des BQ-Portals (das Informationsportal für ausländische Berufsqualifikationen)

Projektträger	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung der Kammern bei der Umsetzung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes - Verbesserung der Transparenz, Einheitlichkeit und Schnelligkeit der Bewertung ausländischer Abschlüsse
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeits- und Wissenschaftsplattform für Berufskammern, welche die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durchführen - Informationen zu mehr als 2750 Berufsprofilen aus 81 Ländern und 83 Beschreibungen von ausländischen Berufsbildungssystemen - Ergänzung um Länder- und Berufsprofilen aus den zentralen Herkunftsländern der Flüchtlinge - Erster Überblick für Unternehmen zu den jeweiligen Flüchtlingsherkunftsländern durch eine Rubrik ‚Flüchtlinge – Berufliche Qualifikationen einschätzen und anerkennen‘ mit Ländersteckbriefen
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Nutzer_innen, die im Portal registriert sind
Art der Förderung	Umfassendes Informationsangebot zu ausländischen Berufsqualifikationen und Berufsbildungssystemen
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	2016 bis 2018
Zuwendungsvoraussetzungen	

Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Wege in Ausbildung für Flüchtlinge/Berufsorientierung für Flüchtlinge	
Projektträger	Bundesministerium für Bildung und Forschung
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Unterstützung junger Geflüchteter mit Arbeitsmarktzugang bei der Orientierung und der Vorbereitung auf eine Ausbildung im Handwerk
Thematische Inhalte	Teilnahme von geflüchteten Leistungsberechtigten im Anschluss an BA-Maßnahmen bzw. berufsvorbereitenden Bildungsgänge an beruflichen Schulen am BMBF
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	<ul style="list-style-type: none"> - Juristische Personen des öffentlichen Rechts - Im Sinne der Abgabenordnung gemeinnützige juristische Personen des privaten Recht - Müssen Organisationen des Handwerks und Träger von ÜBS sein
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - In der Regel 13 bis 26 Wochen dauernde Berufsorientierung - Projektleitung, Vernetzung mit regionalen Partnern und Teilnehmendengewinnung - Vermittlung berufsbezogener Sprachkenntnisse - Vermittlung berufsbezogener Fachkenntnisse - Betriebsphase - Projektbegleitung
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	Gruppen mit höchstens 12 Teilnehmenden
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)	
Projektträger	BAMF
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Initiierung und Steuerung des Integrationsprozesses - Feststellung der Kompetenzen - Befähigung zu selbstständigem Handeln
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Bedarfsorientierte Einzelfallberatung der Zuwanderer bzw. Zuwanderinnen auf Grundlage eines Casemanagements bzw. einer sozialpädagogischen Begleitung - Gruppenpädagogische Begleitung zur zielgruppenspezifischen Weitergabe von Informationen zur Orientierung im Alltag oder zur Förderung der Teilhabe, insb. durch bedarfsorientierte Wissensangebote wie z. B. Wertevermittlung, Diskussionsrunde und Exkursionen - Hilfestellung bei der Vermittlung von Kinderbetreuungsangeboten während der Integrationskursen
Administrative / Organisatorische Inhalte	

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTegration

Zuwendungsempfänger	Die vom BAMF mit der Durchführung der MBE beauftragten Organisationen
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none">- Beratung- Informationsaustausch
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none">- Nicht rückzahlbare Zuschüsse für die als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben- Projektförderung als Anteilfinanzierung
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Laufend
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

„MIGRANTINNEN gründen“ und Folgeprojekt „Frauen mit Fluchterfahrung gründen“	
Projektträger	BFSFJ, Initiative FRAUEN gründen
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none">- Konkrete Existenzgründung teilnehmender Frauen- Sensibilisierung von Multiplikatoren und Öffentlichkeit für Belange von Gründerinnen mit Migrationshintergrund bzw. mit Fluchterfahrung
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung von Frauen mit Migrationshintergrund bei Existenzgründung- Im Folgeprojekt Heranführung von Frauen mit Fluchterfahrung
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Frauen im Rhein-Main-Gebiet mit Fluchterfahrung, die ihr unternehmerisches Potential als Chance ihrer sozialen Integration nutzen möchten Migrantinnen mit Wunsch zu gründen
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none">- Mentoring plus dazugehöriges Begleitprogramm (individuelle Einzelberatung, Workshops, Zusammenarbeit in Erfolgsteams)- Tandems aus Mentee und Mentor_innen
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	<ul style="list-style-type: none">- MIGRANTINNEN gründen zwei Jahre (Januar 2015 bis Dezember 2017)- Frauen mit Fluchterfahrung gründen drei Jahre (Januar 2017 bis Dezember 2019)
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	<ul style="list-style-type: none">- Erste Phase mit Frauen mit Fluchterfahrung ist bereits gestartet, diese können nicht mehr teilnehmen- Es werden immer noch Mentor_innen gesucht
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

3. Gesellschaftliche und soziale Integration

Einstieg Deutsch	
Projektträger	Deutscher Volkshochschulverband e.V., BMBF
Gesamtvolume in Euro	19 Millionen € (über 3 Jahre bis Ende 2019)
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Nicht alle Geflüchteten erhalten direkt nach ihrer Ankunft in Deutschland einen Platz in einem Integrationskurs
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Vermittlung einfacher Sprachkenntnisse an Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive - Selbstständiges Lernen soll erlernt werden
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinnützige Einrichtungen mit Qualitätsmanagementzertifikat, Erfahrungen in der Integration oder Flüchtlingshilfe und Erfahrungen im DaZ- / DaF-Bereich oder der Erwachsenenbildung - Gemeinnützige Einrichtungen, die als Integrationsträger vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugelassen sind - Körperschaften des öffentlichen Rechts
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	100% der Projektkosten + Pauschalen für Verwaltung, Planung und Beratung
Zuwendungslaufzeit	4-12 Wochen
Zuwendungsvoraussetzungen	Die antragstellende Einrichtung muss eine rechtfähige juristische Person sein
Fristen	Fortlaufend
Berichte und Nachweise	Nachweise müssen bis zu zwei Monate nach der Maßnahme eingereicht werden
Rahmenbedingungen	

Förderung von Projekten zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern	
Projektträger	BMI, BMFSFJ
Gesamtvolume in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Notwendigkeit der gesellschaftlichen Integration von jungen Geflüchteten sowie die Weiterentwicklung von sozialen Kompetenzen
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung von sozialen Kompetenzen und Erziehungskompetenzen von Erziehungsberechtigten - Stärkung der aktiven Partizipation am gesellschaftlichen und politischen Leben - Verbesserung der wechselseitigen Akzeptanz von Zuwanderern bzw. Zuwanderinnen und Einheimischen - Kriminalitäts-, Gewalt- und Suchtprävention
Administrative / Organisatorische Inhalte	Weiterentwicklung der örtlichen Integrationsnetzwerke und Projektarbeiten
Zuwendungsempfänger	Verbände, Vertriebsseinrichtungen, Kirchen, anerkannte Träger der politischen Bildung, Migrantenselbstorganisationen, Kommunen und Einrichtungen, die in der Arbeit mit Zuwanderern bzw. Zuwanderinnen auf überregionaler, regionaler oder lokaler Ebene tätig sind
Art der Förderung	Finanzieller Förderung

Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none"> - Teilfinanzierung - Bemessungsgrundlage: zuwendungsfähige projektbezogene Ausgaben - Ausnahmen: Auslandsreisekosten und Verwaltungskosten
Zuwendungslaufzeit	1-3 Jahre
Zuwendungsvoraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Ausschließlich Anschubfinanzierung, jedoch muss die anschließende Gesamtfinanzierung gesichert sein - Projekt soll nachher in die örtlichen Strukturen integriert werden
Fristen	Antragsstellung bis zum 31. Oktober für einen Projektbeginn im folgenden Jahr
Berichte und Nachweise	Verwendungsnachweis, bestehen aus Sachbericht und zahlenmäßigem Nachweis
Rahmenbedingungen	

Integration durch Sport	
Projektträger	BAMF, Deutscher Olympischer Sportbund
Gesamtvolumen in Euro	11,4 Million Euro/ Jahr
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Im Vergleich zu Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund gibt es eine deutlich geringere Anzahl an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Sportvereinen - In ehrenamtlichen Positionen in Sportvereinen bilden Menschen mit Migrationshintergrund nur einen sehr geringen Prozentsatz
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Steigerung der wechselseitigen Toleranz und der sozialen Integration der Zugewanderten durch gemeinsames Sporttreiben - Interkulturelle Öffnung der Sportvereine - Integration der Zugezogenen in alle Ebenen des Vereinslebens
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Beratungs- und Informationsmaterialien werden bereitgestellt - Organisation von Fortbildungen für Ehrenamtliche
Zuwendungsempfänger	Stützpunktvereine
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzielle Förderung - Informationsangebote
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none"> - Unterschiedlich in den verschiedenen Landessportverbänden (NRW: bis zu 5.000€/Jahr) - Förderfähig sind: <ul style="list-style-type: none"> o Honorare o Spielgeräte o Mieten o Eintägige und mehrtägige Integrationsmaßnahmen o Eigenanteil bei Stelle des Bundesfreiwilligendienstes o Öffentlichkeitsarbeit
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinnütziger, eingetragener Verein - Ordentliche Geschäftsführung - Kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gerichtliches Verfahren gegen den Verein
Fristen	Mitte des Jahres für das folgende Jahr
Berichte und Nachweise	Nachweise inklusive Belegliste
Rahmenbedingungen	

AMIF - Asyl- Migrations- und Integrationsfond	
Projektträger	Europäische Union, verwaltet vom Bundesamt für Migration
Gesamtvolume in Euro	3.137 Milliarden € (über 7 Jahre)
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projektes	<ul style="list-style-type: none"> - Starker Anstieg der Geflüchteten - Einstellung des Europäischen Flüchtlingsfonds, des Europäische Rückkehrfonds und des Europäischen Integrationsfonds
Thematische Inhalte	Vorintegration (Teilnahme von Migrant_innen am kulturellen, politischen und sozialen Leben)
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Beratung und Erstorientierung - Unterstützung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration in den Heimatländern
Zuwendungsempfänger	<ul style="list-style-type: none"> - Eingetragene juristische Personen des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts (z. B. Träger der freien Wohlfahrtspflege, kirchliche und karitative Einrichtungen, Vereine, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, Gebietskörperschaften) - internationale Organisationen
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none"> - Teilfinanzierung (bis zu 75 %) - keine Höchstanzugssumme - Mindestanzugssumme: 100.000€
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	Projekt im Bereich Asyl, Migration oder Integration
Fristen	bis 2020
Berichte und Nachweise	<ul style="list-style-type: none"> - Zwischenberichte alle 6 Monate ab Projektbeginn - Abschlussbericht am Ende des Projektes (Sachbericht und Belegbericht) - Verpflichtung, Daten zur Messung des Projekterfolges zu übermitteln
Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> - Informationspublikationen müssen das Emblem der Europäischen Union und einen Verweis auf den Fonds enthalten - Vor-Ort-Kontrollen - 80 % der Mittelauszahlung im Laufe des Projekts - 20 % der Mittelauszahlung nach Beendigung des Projekts

Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug	
Projektträger	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
Gesamtvolume in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Möglichkeit für in Deutschland lebende Freiwillige, insbes. Asylbewerber_innen, die eine gute Bleibeperspektive haben, sich zugunsten von anderen Schutzsuchenden zu engagieren
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzierung von bis zu 6500 neuen Bundesfreiwilligenstellen mit Flüchtlingsbezug 2017 sowie 7500 neue Bundesfreiwilligenstellen 2018 - Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen bei ihrer Unterbringung und Versorgung - Unmittelbare Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge bei ihrer gesellschaftlichen Orientierung und Integration im Alltag - Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen im Bildungsbereich - Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen im integrationsorientierten Freizeitbereich - Koordinierung und Organisation von bürgerschaftlichem Engagement zugunsten von Flüchtlingen

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTeграtion

Administrative / Organisatorische Inhalte	- Freiwillige_r muss volljährig sein - sowohl in Teil- als auch in Vollzeit
Zuwendungsempfänger	
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	Bis 31.12.2018
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Laufend, abhängig von dem jeweiligen lokalen Träger
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Jugendmigrationsdienste (JMD)	
Projektträger	BMFSFJ, Initiative Jugend Stärken
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Förderung der sozialen Integration mit Schwerpunkt der Unterstützung am Übergang Schule/Beruf
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none">- Verbesserung der Integrationschancen (sprachliche, soziale, schulische und berufliche Integration)- Förderung von Chancengerechtigkeit- Förderung der Partizipation in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none">- Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene mit Migrationshintergrund vom 12. bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres unabhängig vom Aufenthaltsstatus, solange sie sich rechtmäßig oder aufgrund einer ausländerrechtlichen Duldung in Deutschland aufhalten- Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, insbesondere in Fragen der Bildung/ Ausbildung ihrer Kinder- Initiativen und Institutionen, die für den Integrationsprozess junger Migrant_innen relevant sind, einschließlich der Bevölkerung im Lebensumfeld der jungen Menschen
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none">- Individuelle Angebote/Unterstützung- Beratung- Gruppen- und Bildungsangebote- Vernetzung mit Schulen, Ausbildungsbetrieben, Integrationskurs-trägern und anderen Einrichtungen der Jugendhilfe
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Laufend; Regelangebot der Integrationsförderung
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Programm des Bundeskulturfonds: Fonds Soziokultur	
Projektträger	Fonds Soziokultur
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Impulse zur Weiterentwicklung von Flüchtlingsprojekten, Neuentdeckung der Vielfalt der Kulturen zur Verbesserung der Chancen zur kulturellen und gesellschaftlichen Teilhabe

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

Thematische Inhalte	Modellhafte Projekte zur Integration von Geflüchteten, Förderung vor allem von Projekten mit niedrigschwelligen Kulturangeboten zur aktiven Beteiligung von Neuankömmlingen am kulturellen und gesellschaftlichen Leben
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none">- Die Vorhaben dürfen (einschließlich der Vorbereitungsarbeiten) nicht vor den Entscheidungssitzungen des Fonds-Kuratoriums beginnen- Projektstart frühestens Ende Januar bei der Ausschreibung für das 1. Halbjahr bzw. Mitte Juli bei der Ausschreibung für das 2. Halbjahr- Die Projektmittel sind nicht an das Haushaltsjahr gebunden
Zuwendungsempfänger	
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none">- In der Regel max. 50 % der Projektgesamtkosten- Bisher max. Fördersumme pro Vorhaben: 26.000€
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	2. Mai und 2. November eines Jahres (bis 2020)
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Programm des Bundeskulturfonds: Stiftung Kulturfonds

Projektträger	Stiftung Kulturfonds
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Förderung des Prozesses der Akzeptanz und Anerkennung von dauerhaft in Deutschland niedergelassenen Kolleg_innen mit multinationalen Wurzeln
Thematische Inhalte	Programm zur Förderung unkonventioneller und experimenteller künstlerischer Kooperationen Projekte und Ausstellungen mit dem Schwerpunkt ‚künstlerische Produktion‘ von und mit bildenden Künstler_innen aus den Flüchtlingsländern, die in Deutschland Asyl suchen und/oder hier bleiben wollen
Administrative / Organisatorische Inhalte	Jeder bzw. jede Bewerber_in kann insgesamt nur einen Antrag alle zwei Jahre für die unterschiedlichen Programme stellen
Zuwendungsempfänger_innen	Künstler_innen
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	Bis Ende 2017
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	31.10 und 31.03 jeden Jahres
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Programm des Bundeskulturfonds: Deutscher Übersetzerfonds

Projektträger	Deutscher Übersetzerfonds
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none">- Vertraut werden mit der fremden Sprache- Sprachbewusstsein, Stärkung der Identität

Thematische Inhalte	Projekt „In zwei Sprachen zu Hause“: Anregung zum Erzählen, zur Verschriftlichung oder zum bildlichen Festzuhalten von Fluchterfahrungen von Kindern und gemeinsame Übersetzung ins Deutsche zur Sprachaneignung
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	
Art der Förderung	Materielle und finanzielle Stipendien
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	2017 bis 2018
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Kultur öffnet Welten	
Projektträger	Initiative Kultur öffnet Welten
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Angebot von unterschiedlichen Veranstaltungen und Projekten für Menschen, die bisher kaum Zugang zu kulturellen Angeboten gefunden haben
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Initiative der BKM mit Internetportal zur Präsentation von mehr als 700 kulturellen Veranstaltungen und Vernetzung von rd. 500 Akteur_innen aus Bund, Ländern und Kommunen - Es existiert ein Sonderpreis mit dem Ziel der Honorierung und Sichtbarmachung exzellenter Projekte
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	
Art der Förderung	Förderung von unterschiedlichen Kulturangeboten
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	Seit 2015
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Antragstellung nicht mehr möglich
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

360° Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft	
Projektträger	Kulturstiftung des Bundes
Gesamtvolumen in Euro	21 Mio. €
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Unterstützung bei der Umsetzung der Themen Einwanderung und kulturelle Vielfalt in Programmangebote
Thematische Inhalte	Unterstützung bei der Umsetzung von Programmangeboten von Institutionen beider Themen Einwanderung und kulturelle Vielfalt
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	Kultureinrichtungen
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Mittel für Personalstelle in der Kultureinrichtung - Projektmittel für unterstützende Aktivitäten und Formate

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTeграtion

Zuwendungshöhe	100.000 bzw. €
Zuwendungslaufzeit	2017 bis 2023
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	<ul style="list-style-type: none">- 30.06.2017 (erste Antragsrunde)- 30.06.2018 (zweite Antragsrunde)
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Integrationskurse (bestehend aus Sprach- und Orientierungskurs)	
Projektträger	BAMF; Kommunen
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben
Thematische Inhalte	
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	Für Personen mit Migrationshintergrund/ Einwanderungsgeschichte
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none">- Sprachkurs: im Allgemeinen dauert der Integrationskurs 600 Unterrichtseinheiten (UE), in speziellen Kursen bis zu 900 UE, im Intensivkurs 400 UE- Orientierungskurs: er umfasst im Regelfall 100 UE, im Intensivkurs 30 UE
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	Laufend (Regelangebot der Integrationsförderung)
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Werden von den Kommunen in regelmäßigen Abständen angeboten; vor Ort informieren
Berichte und Nachweise	Werden von den einzelnen Kommunen angeboten
Rahmenbedingungen	Kosten müssen im Regelfall von Teilnehmenden selber getragen werden; Übernahme der Kosten kann unter Umständen beantragt werden

4. Kita und Schule

„Aktion zusammen wachsen – Bildungspatenschaften stärken, Integration fördern“	
Projektträger	BMFSFJ, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Gesamtvolumen in Euro	300.000€/Jahr
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projektes	<ul style="list-style-type: none">- Geringere Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.- Kinder und Jugendliche haben ein Bedürfnis nach dem Erlernen von Sprach- und Lesekompetenzen- Unbürokratische und individuelle Hilfe macht Patenschaftsprogramme effektiv, diese sind jedoch relativ unbekannt
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none">- Bereitstellung von Informationen zum Thema Integration und Patenschaften- Vermittlung von Patenschaftsprojekten- Verbesserung der Teilhabe und Bildungschancen junger Menschen mit Zuwanderungshintergrund- Schaffung neuer Projekte

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTegration

Administrative / Organisatorische Inhalte	- Projektdatenbank (www.aktion-zusammen-wachsen.de) - Vernetzung der Patenschaftsprogramme
Zuwendungsempfänger	Akteure im Patenschafts- und Mentoringbereich
Art der Förderung	Vernetzungs- und Informationsangebot
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	Seit 2008 bis heute
Zuwendungsvoraussetzungen	Engagement im Patenschafts- und Mentoringbereich
Fristen	Fortlaufend
Zwischenberichte	
Rahmenbedingungen	

Bündnis für Bildung	
Projektträger	BMBF
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	- Bedarf an Unterstützung von bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen in Deutschland - Bedarf an außerschulischen Maßnahmen - Abschwächung des Zusammenhangs zwischen Herkunft und Bildung
Thematische Inhalte	- kulturelle Bildung aller künstlerischen Sparten bis hin zur Medienbildung und Alltagskultur - interkulturelle Bildung - Lese- und Sprachförderung
Administrative / Organisatorische Inhalte	- Qualifizierung von ehrenamtlich tätigen Betreuer_innen - Einbeziehung der Eltern
Zuwendungsempfänger	Verbände und bundesländerübergreifend tätige Initiativen mit Kompetenzen und Erfahrungen in der außerschulischen Bildung
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	Anteil- und Vollfinanzierung
Zuwendungslaufzeit	Bis zu 5 Jahren + maximal 3 Jahre Weiterförderung
Zuwendungsvoraussetzungen	- Maßnahmen sollen insbesondere Kindern und Jugendlichen im Alter von drei bis 18 Jahren zugutekommen, die in einer Risikolage aufwachsen und in ihren Bildungschancen beeinträchtigt sind - Maßnahmen müssen in einer Kooperation durchgeführt werden - Verbände und Initiativen müssen Erfahrungen und Kompetenzen bei der Durchführung von außerschulischen Bildungsmaßnahmen mit Kindern und Jugendlichen nachweisen - Verbände müssen fachliche und administrative Ressourcen bereitstellen, um die Weiterleitung der Fördermittel sicherzustellen
Fristen	Herbst 2017 für 2018
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	- Mitarbeit in einem Gremium der Zuwendungsempfänger_innen zum Erfahrungsaustausch und Vernetzung - Einwilligung, ein vom BMBF zu berufendes Expertengremium aktiv zu unterstützen - Evaluationsmaßnahmen - Spätere Veröffentlichung des Projektes bei positiver Bewertung

Nutzung erfolgreicher Instrumente der „Bildungsketten“	
Projektträger	BMBF, BMAS, Bundesagentur für Arbeit
Gesamt volumen in Euro	- 460 Mio. € (2010 bis 2014) - 1,3 Mrd. € (2014 bis 2018)
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	Unterstützung von Schüler_innen 7./8. Jahrgangsstufe sowie von jugendlichen Geflüchteten in Integrationsklassen beruflicher Schulen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Kooperation mit Ländern, BMAS und Bundesagentur für Arbeit auf für die Flüchtlingsintegration - Ausweitung des Berufsorientierungsprogramms - Anpassung von Potentialanalysen (PA) im Rahmen der BOP an besondere Bedürfnisse von schutzsuchenden Kindern - Maßnahmen im Übergangsbereich - Ehrenamtliches Coaching - Maßnahmen in Ausbildung - Zentrales Gestaltungs- und Begleitung
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Jugendliche/ Junge Erwachsene
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützt Jugendliche dabei, einen passenden Ausbildungsberuf / Ausbildungsbetrieb zu finden - Begleitet Jugendliche bis zu einem Jahr in die Ausbildung, um den Weg zu einem erfolgreichen Ausbildungsschluss vorzubereiten
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	2010 bis 2020
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

5. Unterstützung von zivilisatorischen Organisation und des Ehrenamtes

Menschen stärken Menschen – Patenschaftsprogramm	
Projektträger	BMFSFJ
Gesamt volumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Starke Zunahme der Anzahl von Geflüchteten in Deutschland, auch an unbegleiteten Minderjährigen
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Patenschaftsprogramme - Gastfamilienprogramme - Vormundschaften für minderjährige Flüchtlinge - Wissenstransfer zwischen Paten - Schulungen und Beratungen - Entwicklung von Qualitätsstandards
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	Ehrenamtliche
Art der Förderung	Beratungs- und Informationsangebot
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	

Zuwendungsvoraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Volljährigkeit - Verantwortungsbewusstsein - Offenheit für andere Kulturen
Fristen	Fortlaufend
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Willkommen bei Freunden - Bündnisse für Junge Flüchtlinge

Projektträger	BMFSFJ, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Deutsche Kinder und Jugendstiftung gGmbH
Gesamtvolume in Euro	12,3 Millionen Euro
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Unzureichender Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe für geflüchtete Jugendliche und Kinder - Bedarf an Unterstützung für Kommunen, Initiativen und Vereine
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Workshops zur Analyse von bestehenden Kooperationen - Beratung und Fortbildung
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Organisation von Transferforen (2x/ Jahr) - Auf- und Ausbau von funktionierenden Netzwerken - Organisation von Bürgerdialogen - Organisation und Förderung von Hospitationsreisen - Vermittlung von Referent_innen
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none"> - Mitarbeiter_innen auf der kommunalen Ebene (Jugendämtern, Sozialämtern, Ausländerämtern, der Bildungsverwaltung oder Flüchtlingskoordination) - Sozialarbeitende - Lehrer_innen - Ehrenamtliche
Art der Förderung	Vernetzungs- und Informationsangebot
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	März 2015 – Dezember 2018
Zuwendungsvoraussetzungen	Aktivitäten in der Integrationsarbeit
Fristen	Fortlaufend
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Förderung des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe

Projektträger	MAIS (NRW)
Gesamtvolume in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Starkes Engagement des Ehrenamtes in der Flüchtlingsbetreuung
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von ehrenamtlichen Ansätzen der niedrigschwelligen, begleitenden Hilfen (zu Institutionen und Freizeitangeboten) für Flüchtlinge - Sprachentwicklung - Spiel- und Lesegruppen - Informationsangebote - Begleitung von Flüchtlingen durch Ehrenamtler_innen
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	Kreise und kreisfreie Städte mit kommunalen Integrationszentrum
Art der Förderung	Finanzielle Förderung

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTeграtion

Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none">- Bis 18.000€ je Zuwendungsempfänger- Festbetragsfinanzierung- Es muss kein Eigenanteil geleistet werden- Die finanziellen Mittel können an Dritte weitergegeben werden- Keine Bagatellgrenze
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Förderung ist abgeschlossen
Berichte und Nachweise	<ul style="list-style-type: none">- Sachbericht- Bei Weiterleitung: Belegkopien beifügen
Rahmenbedingungen	

KOMM-AN-NRW I (Teil von Kommunale Integrationszentren)

Projektträger	MAIS (NRW)
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none">- Notwendigkeit der Integration einer großen Anzahl von Geflüchteten in NRW- Bedarf einer leistungsstarken, organisierten integrationspolitischen Infrastruktur in den Kommunen- Aufnahme von weiteren Flüchtlingen in den kommenden Jahren
Thematische Inhalte	
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none">- Vernetzung, Unterstützung und Qualifizierung des Ehrenamts- Ausbau der Kooperation der Behörden und kommunalen Einrichtungen, die im Flüchtlingsbereich tätig sind bzw. eingesetzt werden
Zuwendungsempfänger	Kreise oder kreisfreie Städte
Art der Förderung	Finanziell Förderung
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none">- Mittel für 1, 1,5 oder 2 Stelle für sozialpädagogische Begleitung und/oder Angehörige für die allgemeine innere kommunale Verwaltung- Pro Stelle stehen 50.000€ zur Verfügung- Berechnet nach Anzahl der, der Kommune, zugeteilten Flüchtlinge- Sachausgaben: bis zu 20.000€ berechnet nach dem FlüAG-Schlüssel
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	<ul style="list-style-type: none">- 31. Oktober des Vorjahres für das 1. Halbjahr- 30. April für das 2. Halbjahr
Berichte und Nachweise	<ul style="list-style-type: none">- Verwendungsnachweis ist bis spätestens 3 Monate nach Beendigung des Bewilligungszeitraums vorzulegen- Die Teilnahme am Förderprogramm- Controlling ersetzt den Sachbericht
Rahmenbedingungen	

Zusammenkommen und Verstehen – NRW Soforthilfe für Kommunen zur Förderung von Begegnungsorten und Informationsmaterialien für Flüchtlinge (Programm ist abgeschlossen)

Projektträger	MAIS (NRW)
Gesamtvolumen in Euro	1,5 Millionen € (in 2015)
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Notwendigkeit von Räumlichkeiten zum Zusammenkommen von Ehrenamtlichen und Geflüchteten

Thematische Inhalte	
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Renovierung, Ausstattung mit Möbeln und Beschaffung flüchtlingsbezogener Lern- und Betätigungskomponenten - Erstellung, Pflege und Druck von Informationsmaterialien
Zuwendungsempfänger	Kreise und kreisfreie Städte
Art der Förderung	Finanzielle Förderung
Zuwendungshöhe	<ul style="list-style-type: none"> - Vollfinanzierung - Die maximale Höhe der Soforthilfe ist unter Zugrundelegung des Verteilschlüssels zur Aufnahme von Flüchtlingen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz festgelegt - Maximaler Betrag/Renovierung/ Begegnungsraum: 2.000€
Zuwendungslaufzeit	Beendet
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Antragsstellung ist nicht mehr möglich
Berichte und Nachweise	<ul style="list-style-type: none"> - Verwendungsnachweis muss eingereicht werden - Sachbericht mit Kriterien die Mittel an Dritte weiterverteilt wurden
Rahmenbedingungen	Mittel können an kreisangehörige Gemeinden und Träger der Freien Wohlfahrtspflege weitergeleitet werden

Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“	
Projektträger	BMFSFJ
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Integration, Engagementförderung und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung und Unterstützung von Patenschaften geflüchteter und hier lebender Menschen - Aufbau, Qualifizierung und Begleitung möglichst vieler neuer Patenschaftsstandems - Aufbau eines systematischen Wissenstransfers zwischen den teilnehmenden Programmträgern - Weiterentwicklung und Umsetzung von Qualitätsstandards für Patenschaftsprogramme
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Personen, die eine Patenschaft, Vormundschaft übernehmen wollen oder Gastfamilie sein wollen
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Schulungen - Beratung - Informationsaustausch
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	Programm läuft seit Anfang 2016
Zuwendungsvoraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine soziale Kompetenzen - Empathie, Kommunikations-und Kooperationsfähigkeit
Fristen	Laufend
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	
Koordinierung, Qualifizierung und Förderung ehrenamtlicher Unterstützung von Flüchtlingen	
Projektträger	AWO, Caritas, Diakonie, DRK, Parität
Gesamtvolumen in Euro	7 Mio. €

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTeграtion

Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten, Integration, Vernetzung
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Hauptamtliche Unterstützung des Ehrenamtes - Koordinierung von vorhandenen Strukturen - Insbes. Förderung von partizipativen Projekten - Schaffung von hauptamtlichen Koordinationsstellen
Administrative / Organisatorische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Koordination des Projekts von den freien Wohlfahrtsverbänden - Die Ausgestaltung des Projekts obliegt ihnen
Zuwendungsempfänger_innen	Ehrenamtliche
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche - Informationsveranstaltungen - Supervisionsangebote
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	2016 bis 2017
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Strukturförderung für Migrantendachorganisationen	
Projektträger	BAMF
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau von tragfähigen Strukturen und Bildung von Netzwerken durch bundesweit tätige Migrantendachorganisationen - Professionalisierung der Migrantendachorganisationen
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau von Netzwerken von überregionalen Migrantenorganisationen - Ausbau von Dachverbands -/Bundesverbandsstrukturen von Migrantenorganisationen, insbesondere im Bereich Flüchtlingsarbeit - Aufbau/Ausbau der systematischen, fachlichen Zusammenarbeit zwischen Migrantenorganisationen und staatlichen und nichtstaatlichen Akteur_innen der Integrationsarbeit auf Bundesebene einschließlich der Mitarbeit in landes- und bundesweit thematischen Netzwerken und Gremien, insbesondere im Bereich der Flüchtlingshilfe - Professionalisierung der integrativen Arbeit von Migrantenorganisationen auf Bundesebene sowie Unterstützung der Drittmittelakquise - Erarbeitung von (gemeinsamen) Konzepten zur effektiven Integrationsarbeit und zur Sicherstellung von auch überregionalen Angeboten im Bereich der Flüchtlingshilfe - Stärkung der Position als Ansprechpartner für Politik und Verwaltung bei Fragen zur Integration und Flüchtlingshilfe - Sicherung und Ausbau ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Migrantendachorganisationen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, Asylbewerber_innen und Geduldete unabhängig von Herkunft und Bleibeperspektive
Art der Förderung	Finanzielle Förderung

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTEgration

Zuwendungshöhe	Max. 110.000€ pro Jahr für max. 3 Jahre
Zuwendungslaufzeit	Projektlaufzeit soll frühestens am 01.07.2017 beginnen und spätestens zum 30.06.2020 enden
Zuwendungsvoraussetzungen	<ul style="list-style-type: none">- Finanzielle Unabhängigkeit der Migrantenorganisationen bzw. des Dachverbandes von staatlichen Strukturen im In- und Ausland sowie von Parteien- Anerkennung der Gemeinnützigkeit
Fristen	12.05.2017
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Multiplikatorenschulung

Projektträger	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	
Relevanz des Projekts	
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none">- Fördermittel für Vereine und Organisationen im Bereich der Integrationsarbeit zur Durchführung von Multiplikatorenschulungen- Qualifizierung ehrenamtlicher Multiplikator_innen für ihre interkulturelle Arbeit vor Ort mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten- Stärkung / Professionalisierung des Engagements
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	
Art der Förderung	
Zuwendungshöhe	Vereins- und Projektmanagement: bis zu 30.000€ pro Schulung
Zuwendungslaufzeit	8 Monate
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

6. Sonstige Projekte

Projekt „Schwangerschaft und Flucht“ Bundesverband donum vitae e.V.	
Projektträger	Donum vitae, BFSFJ
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Zugang zu Hilfesystemen für schwangere, geflüchtete Frauen
Thematische Inhalte	Aufsuchende Schwangerschaftsberatung für schwangere, geflüchtete Frauen mit Beratungsbedarf
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Geflüchtete Frauen, die auf der Flucht oder nach ihrer Ankunft in Deutschland schwanger geworden sind bzw. noch schwanger werden
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none">- Beratung- Kultursensibel bebilderte Informationsmaterialien- Bildung von Netzwerken aus Ehrenamtlichen und Geflüchteten- Vermittlung zu weiteren Beratungsstellen

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTegration

Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	01.05.2016 bis 30.04.2019
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	laufend
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Projekt „Fachinformations- und Vernetzungsstellen für die qualifizierte Hilfe und Unterstützung von schwangeren, geflüchteten Frauen“ Bundesverband pro familia e.V.

Projektträger	Pro Familia, BMFSFJ
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Besonderer Hilfe- und Unterstützungsbedarf schwangerer, geflüchteter Frauen
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Erfassung des Hilfe- und Unterstützungsbedarfs zur Wahrung und Wahrnehmung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte schwangerer, geflüchteter Frauen - Unterschiedliche Formen der Vernetzung von Akteur_innen erprobt, die bereits medizinische und psychosoziale Angebote für diese Zielgruppe vorhalten
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	Institutionen und andere Organisationen, die in der Schwangerschaftsberatung tätig sind
Art der Förderung	
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	01.11.2016 bis 31.10.2019
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	Angebotsfrist bereits abgelaufen: 06.02.2017
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Projekt „Migrantinnen und geflüchtete Frauen stärken“

Projektträger	Dachverbands der Migrantinnenorganisationen (DaMigra)
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Verbesserung der politischen, rechtlichen und sozialen Gleichberechtigung von Migrantinnen und geflüchteten Frauen
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Frauenspezifische Perspektive auf Flucht und Asyl - Stärkere Sichtbarkeit von migrantinnenspezifische Belangen in Politik und Öffentlichkeit - Ausbau von Kooperationen mit wissenschaftlichen Organisationen
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none"> - Frauen mit Migrationshintergrund - Geflüchtete Frauen
Art der Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Informationsveranstaltungen - Beratungs- und Empowermentprojekte - Workshops zu Menschen- und Frauenrechten
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	10.2016 bis 09.2019

Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

MiMi – Gewaltprävention mit Migrantinnen für Migrantinnen	
Projektträger	Ethno-medizinisches Zentrum e.V.
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung geflüchteter Frauen und Mädchen in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Vermittlung von Hilfsangeboten - Aufarbeitung des Erlebten, Stärkung
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Capacity Building zur Gewaltprävention, zum Selbstschutz und Empowerment für geflüchtete Frauen in Deutschland - Kultur-, sprach- und geschlechtssensible Information über Formen der Gewalt, Rechte von Frauen in Deutschland sowie über Selbstschutzmöglichkeiten
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Mentor_innen, die Interesse haben, an einer Schulung zum Thema Gewaltprävention teilzunehmen
Art der Förderung	Schulung (umfasst 50 Stunden)
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	
Zuwendungsvoraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Interesse, sich für Flüchtlinge zu engagieren und Informationsveranstaltungen zur Gewaltprävention durchzuführen - Gute Kenntnisse der deutschen und der Muttersprache (Arabisch, Dari, Farsi, Paschto, Kurdisch, Türkisch, Serbisch/Bosnisch/Kroatisch, Russisch, Englisch oder Französisch) - Guten Zugang und gute Kontakte zu geflüchteten Frauen und/oder Mädchen
Fristen	21.04.2017; Anmeldefrist bereits abgelaufen
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Ratgeber Gesundheit für Asylsuchende in Deutschland (BMG)	
Projektträger	Bundesministerium für Gesundheit
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Information zur zielgerichteten Inanspruchnahme von Versorgungsleistungen
Thematische Inhalte	Ratgeber in sieben Sprachfassungen für einen ersten bundesweiten einheitlichen Überblick über das deutsche Gesundheitswesen mit Informationen für Asylsuchende
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger	<ul style="list-style-type: none"> - Asylsuchende - Ehrenamtliche in diesem Bereich
Art der Förderung	Informationsbroschüre
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	Seit 01.2016

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POTentiale der INTeграtion

Zuwendungsvoraussetzungen	Keine
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Sentinel Surveillance der Gesundheit und primär-medizinischen Versorgung von Asyl-suchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) und Gemeinschaftsunterkünfte (GU)

Projektträger	Universitätsklinikum Heidelberg
Gesamtvolumen in Euro	
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Verbesserung der Datengrundlage zur Gesundheit von Asylsuchenden, um gesundheitspolitische Maßnahmen zu planen und Entscheidungen auf einer transparenten Datenbasis treffen zu können
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Erarbeiten eines einheitlichen Mindestindikatorensatzes zur Gesundheit und zur medizinischen Versorgung von Asylsuchenden in EAE/GU in Deutschland - Etablierung von „Sentinel Surveillance Sites“ in ausgewählten EAE/GU verschiedener Bundesländer - Entwicklung und Implementierung einer geeigneten Infrastruktur zur einrichtungsübergreifenden sowie überregionalen Erhebung und Zusammenführung des Mindestindikatorensatzes aus den „Sentinel Surveillance Sites“ - Zeitnahe und regelmäßige Disseminierung von relevanten Ergebnissen der Surveillance über eine Reportingplattform
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	<ul style="list-style-type: none"> - Mediziner_innen - Medizinische Einrichtungen - Politik
Art der Förderung	
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	1.11.2016 bis 31.10.2019
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Onlineportal zu integrativen und partizipatorischen Maßnahmen im Musikbereich

Projektträger	Deutsches Musikinformationszentrum (MIZ)
Gesamtvolumen in Euro	113.000 €
Rechtsanspruch	Nein
Relevanz des Projekts	Präsentation und Anregung zu neuen Initiativen von Solidarität und Hilfsbereitschaft der Akteur_innen des Musiklebens Ermutigung zur
Thematische Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Ideensammlung: Engagement und zur Kreativität - Kontakte zu bereits in der Flüchtlingshilfe Aktiven - Erfahrungsaustausch, gegenseitige Hilfestellung und Kooperation
Administrative / Organisatorische Inhalte	
Zuwendungsempfänger_innen	Teilnehmer_innen: Künstler_innen und Kulturschaffende, kulturell interessierte Menschen, Vereine, Verbände, öffentliche Institutionen

QUARTPOINT

QUARTierspezifische POtentiale der INTEgration

Art der Förderung	Schaffung von verschiedenen Projekten, die sich mit der Integration durch Musik auseinandersetzen
Zuwendungshöhe	
Zuwendungslaufzeit	2016-2017; anschließend Fortführung aus der regulären Förderung des MIZ geplant
Zuwendungsvoraussetzungen	
Fristen	
Berichte und Nachweise	
Rahmenbedingungen	

Über die Autor_innen



Henning Nuissl

ist Professor für Angewandte Geographie und Raumplanung an der Humboldt-Universität zu Berlin, studierte Städtebau/Stadtplanung, Soziologie, Geographie, Geschichte und Politik in Hamburg und Heidelberg, promovierte an der BTU Cottbus und habilitierte sich an der TU Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Migration und Stadtentwicklung, Urban Governance, Suburbanisierung, Angewandte Geographie.



Susen Engel

ist als studierte Sozialwissenschaftlerin im Berliner Bezirk Neukölln im Bereich des Integrationsmanagement tätig. Zuvor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geographischen Institut der Humboldt Universität zu Berlin sowie am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Stadtforschung, Migrations- und Integrationspolitik.



Michael Noack

studierte Soziale Arbeit. Nach dem Masterstudium promovierte er mit Auszeichnung am Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen zum Thema *Interterritoriale Hilfen in sozialraumorientierten Kinder- und Jugendhilfesystemen*. Anschließend arbeitete er als Quartiermanager und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ISSAB. Danach vertrat er die Professur für Kinder- und Jugendhilfe und Sozialraumorientierung an der Hochschule Koblenz. Seit Oktober 2017 ist er Professor für Methoden der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Quartiermanagement/Gemeinwesenarbeit am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Niederrhein.



Julia Rasper

ist seit 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB). Sie studierte Soziale Arbeit, Beratung und Management (MA) an der Universität Duisburg-Essen. Seit 2016 ist sie Promovendin im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsprojekts. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Stadt(teil)entwicklung sowie sozialraumorientierte Kinder- und Jugendhilfe.

**Jörg Weingarten**

absolvierte nach seiner Ausbildung ein Studium der Geographie und der Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, wo er anschließend promovierte. Er war nach seiner Tätigkeit am Institut für Immobilienwirtschaft, Wohnungswesen, Stadt- und Regionalentwicklung (InWIS) wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Siedlungs- und Kulturgeographie der RUB. Jörg Weingarten ist Handlungsbevollmächtigter der PCG – Project Consult GmbH und Bereichsleiter für europäische Projekte.

**Jale Wohler**

nahm bereits während ihres Studiums ihre Arbeit bei der PCG - Project Consult GmbH auf und ist dort seit 2014 im Bereich für europäische Projekte und Forschungsvorhaben und seit 2017 als Consultant tätig. Nach einem Bachelorabschluss in Geographie an der Ruhr-Universität Bochum konzentrierte sie sich während ihres Masterstudiums auf Stadt- und Regionalentwicklungsmanagement.

**Marie-Sophie Deuter**

absolvierte den Master Urbane Geographien in Berlin und war am Geographischen Institut in der Abteilung für Angewandte Geographie und Raumplanung der Humboldt-Universität zu Berlin als studentische Mitarbeiterin tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte dort waren kritische Migrationsstudien und die Verschränkung zur Stadtsoziologie und -entwicklung.

**Anna Mantel**

absolvierte den Master Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitete dort als studentische Mitarbeiterin am Geographischen Institut in der Abteilung für Angewandte Geographie und Raumplanung. Forschungsschwerpunkte: Stadtforschung, Relationale Soziologie, Migration und Integration.

**Alice Baumgärtner**

ist Studentin des Masters Urbane Geographien an der Humboldt-Universität zu Berlin und studentische Mitarbeiterin am dortigen Geographischen Institut in der Abteilung für Angewandte Geographie und Raumplanung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Stadtentwicklung und Migrationsstudien.

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will das Forschungsinstitut die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: www.fgw-nrw.de

Der Themenbereich „Integrierende Stadtentwicklung“

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs Integrierende Stadtentwicklung des FGW ist es, eine integrative Stadtpolitik auf der Grundlage eines sozial-räumlichen Lastenausgleichs in den genannten Themenfeldern zu unterstützen. Dabei ist das bereits vorhandene Handlungs- und Erfahrungswissen im Sinne einer integrativen Stadtpolitik zusammen zu führen, sind jeweils lokal dominante Spannungsfelder und Konflikte zu benennen und Möglichkeiten der Entwicklung aufzuzeigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in einen übergeordneten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein. Durch Forschungssynthesen, die Förderung kleinerer und größerer Projekte sowie die Förderung eines ressort- und fachübergreifenden Dialogs der an der Stadt- und Regionalentwicklung beteiligten Akteure will der Arbeitsbereich Stadtentwicklung dazu beitragen, eine gesicherte Wissensgrundlage z.B. für ein Monitoring integrativer Stadtentwicklungspolitik und damit einen gemeinsamen Bezugsrahmen einer integrativen Stadtentwicklungspolitik zu schaffen.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter:

www.fgw-nrw.de/stadtentwicklung
